



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„Die BRICS-Staaten –
Mächtige „Ziegelsteine“ für den Aufbau einer neuartigen und
zukünftigen internationalen politischen und ökonomischen
Macht?“

verfasst von

Sibylle Drexel BA, BSc (WU)

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt: Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von: Univ.-Doz. Dr. Gernot Stimmer

Danke

Diese Arbeit zu schreiben wäre nicht so einfach und angenehm möglich gewesen ohne die Unterstützung von verschiedenen Menschen, von denen jede/r auf ihre/seine eigene Art einen Anteil dazu beigetragen hat das Bestmögliche aus mir und dieser Arbeit herauszuholen.

Ich danke zuallererst Herrn Dr. Stimmer für seine aufmunternde und angenehme Begleitung der Arbeit. Seine Kritik zur richtigen Zeit am richtigen Ort hat dieser Arbeit den nötigen Fokus gegeben. Darüber hinaus bedanke ich mich für die stets theoretisch und praktisch versierten Anmerkungen und Hinweise, die viel zum Werden dieser Arbeit beigetragen haben.

Ich danke Franziska Fleisch, Sabrina Hofer, Julia Jäger und Elisabeth Visinoni für ihre Freundschaft und ihre Anmerkungen, Kritiken, Hinweise, Diskussionen und den motivierenden Zuspruch ohne die diese Arbeit viel schwerer von der Hand gegangen wäre.

Ich danke Claudia Schauer für ihre engagierte Kritik, für Anmerkungen und Hinweise zu Unklarheiten, die auch Eingang in diese Arbeit gefunden haben. Besonders bedanken möchte ich mich für das rasche Korrekturlesen der Arbeit, das unglaublich schnell und präzise von staten gegangen ist. Darüber hinaus bedanke ich mich natürlich auch für ihre Freundschaft.

Ich möchte mich auch bei all jenen bedanken, die meinen privaten, beruflichen und universitären Werdegang begleitet haben, und meine Sicht auf die Welt maßgeblich beeinflusst und geprägt haben. Vieles ist mir zudem erst durch das Studium der Politikwissenschaft bewusst geworden, welches eines zweiten, kritischen Blickes würdig ist. Für diese Bereicherung meines Lebens und unzählige Impulse zum Nachdenken möchte ich mich zudem bedanken.

Ganz besonders bedanke ich mich bei meinen Eltern, die es mir immer wieder ermöglichen mein Leben so zu leben, wie ich es mir wünsche, und die immer mit Interesse (und dem wohl nötigen Druck) diese Arbeit begleitet haben. Papa danke ich besonders für seine Unterstützung in allen Belangen meines Lebens, sowie für sein Interesse an allem, was ich tue. Mama danke ich besonders für ihr stetes Bemühen um mich und ihren liebevoll-kritischen Blick, der mich (auch) zu dem Menschen gemacht hat, der ich heute bin. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Inhaltsverzeichnis

I.	Abkürzungsverzeichnis.....	8
II.	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	9
1.	Einleitung	11
2.	Das System der Internationalen Politik	15
2.1.	Modelle der Internationalen Politik.....	16
2.1.1.	Das „Staatenwelt-Modell“	16
2.1.2.	Das „Weltmarkt-Modell“	17
2.1.3.	Das „Weltgesellschafts-Modell“	17
2.1.4.	Das „Spinnennetz-Modell“	18
2.2.	Überlegungen zum Machtbegriff.....	18
2.3.	Der Begriff des „Governance“	19
2.3.1.	Entscheidungsfindung in Governance-Systemen	19
2.3.2.	„Global Governance“	21
2.3.3.	International Governmental Organizations (IGOs)	22
2.4.	Legitimation in der Internationalen Politik	23
2.4.1.	Das „Two-Level-Game“ der Internationalen Politik	24
2.4.2.	Politische Prozesse	25
2.5.	Generelle Überlegungen zur globalisierten Welt.....	25
3.	Theorien der Internationalen Politik bzw. der Internationalen Beziehungen	27
3.1.	Idealismus.....	28
3.2.	Realismus	28
3.2.1.	Neo-Realismus.....	30
3.3.	(Liberaler) Institutionalismus.....	32
3.3.1.	Neo-Institutionalismus	33
3.3.2.	Interdependenzansatz.....	35
3.3.3.	(Neo-)Funktionalismus	36
3.3.4.	Regimetheorie.....	38
3.4.	Liberaler Intergouvernementalismus	39

3.5.	Konstruktivismus	40
3.6.	Spieltheorie	41
3.7.	Ausgewählte kritische Sichtweisen der Internationalen Politischen Ökonomie	42
3.7.1.	Neo-Gramscianische Perspektiven	43
3.7.2.	Feministische Ansätze	44
3.8.	Überlegungen hinsichtlich der Anwendbarkeit der Theorien auf Kooperationen und Staatengebilde wie die BRICS	45
4.	Die BRICS-Staaten	48
4.1.	Brasilien	51
4.1.1.	Politische Dimension	51
4.1.2.	Ökonomische Dimension	52
4.1.3.	Soziale Dimension	54
4.1.4.	Militärische Dimension	55
4.1.5.	Zusammenfassung.....	55
4.2.	Russland	56
4.2.1.	Politische Dimension	56
4.2.2.	Ökonomische Dimension	58
4.2.3.	Soziale Dimension	60
4.2.4.	Militärische Dimension	61
4.2.5.	Zusammenfassung.....	61
4.3.	Indien	62
4.3.1.	Politische Dimension	62
4.3.2.	Ökonomische Dimension	63
4.3.3.	Soziale Dimension	65
4.3.4.	Militärische Dimension	68
4.3.5.	Zusammenfassung.....	68
4.4.	China	69
4.4.1.	Politische Dimension	69
4.4.2.	Ökonomische Dimension	71
4.4.3.	Soziale Dimension	73

4.4.4.	Militärische Dimension	74
4.4.5.	Zusammenfassung.....	74
4.5.	Südafrika.....	75
4.5.1.	Politische Dimension	75
4.5.2.	Ökonomische Dimension	76
4.5.3.	Soziale Dimension	78
4.5.4.	Militärische Dimension	79
4.5.5.	Zusammenfassung.....	79
5.	Vergleichende Analyse der BRICS-Staaten.....	80
5.1.	Überlegungen zur Vergleichenden Forschung.....	80
5.2.	Analysekriterien, Kategorisierung und Priorisierung der Daten.....	81
5.3.	Schlüsselindikatoren	82
5.4.	Tabellarische Darstellung der BRICS-Staaten.....	88
5.5.	Vergleich der Staaten an Hand der Schlüsselindikatoren	93
5.5.1.	Basisdaten	93
5.5.2.	Politische Dimension	95
5.5.3.	Ökonomische Dimension	98
5.5.4.	Soziale Dimension	105
5.5.5.	Militärische Dimension	108
5.5.6.	Resümee.....	109
6.	BRICS – ein Staatenbund, eine machtvolle Allianz, ein interessengeleitetes Kooperationsbündnis?	113
6.1.	Die BRIC(S)-Summits	116
6.2.	Gemeinsame Statements und Forderungen.....	116
6.3.	Implikationen für die BRICS	118
7.	Conclusio und Ausblick	122
8.	Anhang.....	129
9.	Bibliographie	131

I. Abkürzungsverzeichnis

ANC	African National Congress
APTA	Asian Pacific Trade Agreement
AU	Afrikanische Union
BEE	Black Economic Empowerment
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CIS	Commonwealth of Independent States (zu Deutsch: GUS)
EU	Europäische Union
FDI	Foreign Direct Investment
G8	Gruppe der acht führenden Industrienationen
G20	Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer
G77	Gruppe der 77 (vorwiegend Dritte-Welt-Länder)
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
IGO	International Governmental Organization
ILO	International Labour Organization
INGO	International Non-Governmental Organization
IPÖ	Internationale Politische Ökonomie
IWF	Internationaler Währungsfonds
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
Mercosur	Mercado Común del Sur
NAFTA	North Atlantic Free Trade Agreement
NGO	Non-Governmental Organization
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
PTA	Preferential Trade Agreement
SAARC	South Asian Association for Regional Cooperation
SADC	Southern African Development Community
SAFTA	South Asian Free Trade Agreement
UN (SC)	United Nations (Security Council)
USD	US-Dollar
VR China	Volksrepublik China
WTO	World Trade Organization

II. Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Legitimationsdynamiken in der Internationalen Politik	23
Abbildung 2: Modell des politischen Prozesses	25
Abbildung 3: Brasiliens Wirtschaftssektoren 2011	53
Abbildung 4: Brasiliens Altersstruktur 2013	54
Abbildung 5: Russlands Wirtschaftssektoren 2011	59
Abbildung 6: Russlands Altersstruktur 2013	60
Abbildung 7: Indiens Wirtschaftssektoren 2011	64
Abbildung 8: Indiens Altersstruktur 2013	65
Abbildung 9: : Chinas Wirtschaftssektoren 2011	71
Abbildung 10: Chinas Altersstruktur 2013	73
Abbildung 11: Südafrikas Wirtschaftssektoren 2011	77
Abbildung 12: Südafrikas Altersstruktur 2013	78
Abbildung 13: Bevölkerungszahl 2012	93
Abbildung 14: Bevölkerungswachstum 2004-2050	93
Abbildung 15: Urbanisierungsgrad	94
Abbildung 16: Infrastruktur	94
Abbildung 17: Infrastruktur Hafen	94
Abbildung 18: Staatliche Einflussbereiche	96
Abbildung 19: Image der Staaten im Zeitverlauf	96
Abbildung 20: CPI 2013	96
Abbildung 21: Staatsausgaben 2013 Überschuss bzw. Defizit	97
Abbildung 22: Staatsausgaben.....	97
Abbildung 23: BIP 2012	99
Abbildung 24: BIP-Wachstum	99
Abbildung 25: BIP/Kopf 2012.....	100
Abbildung 26: BIP/Kopf-Wachstum.....	100
Abbildung 27: Außenhandelsbilanz 2012	101
Abbildung 28: Außenhandelsbilanz 2005-2012	101
Abbildung 29: Außenhandelsquote 2012.....	102
Abbildung 30: Rohstoffrenten 2011	102
Abbildung 31: Investments 2013	103
Abbildung 32: Makroindikatoren	103
Abbildung 33: Währungen an Hand des Big-Mac-Indexes.....	104
Abbildung 34: Ranking Wettbewerbsfähigkeit	105
Abbildung 35: Lebenserwartung bei Geburt	105
Abbildung 36: Soziale Dimensionen	106

Abbildung 37: Alphabetisierungsgrad 2010	107
Abbildung 38: Frauenanteil Parlamente.....	107
Abbildung 39: Meinung der Bevölkerung 2013	108
Abbildung 40: Truppenstärke 2012.....	108
Abbildung 41: Exporte/Importe BRICS 2011	115
Abbildung 42: Multilaterale Kooperationen inklusive BRICS	119
Abbildung 43: Darstellung der BRICS als Pentagon inkl. Zentrum.....	126

Tabelle 1: Governance-Formen	20
Tabelle 2: Dimensionen staatlicher Macht	92

1. Einleitung

„Erwartet wird zugleich, dass diese Verschiebung nicht nur auf den wirtschaftlichen Bereich beschränkt bleibt, sondern auch weitreichende politische Konsequenzen haben wird. Große Schwellenländer sind inzwischen nicht nur in globalen Institutionen wie der G20 oder dem Internationalen Währungsfonds prominent vertreten; sie bilden zudem eigenständige Organisationsformen (z. B. im Rahmen der jährlichen BRICS-Summits oder der sicherheitspolitischen Shanghai Cooperation Organisation) und artikulieren gemeinsame Positionen im Rahmen der WTO sowie den Klima- und Biodiversitätskonferenzen“ (Nölke u.a. 2014: 9).

Den BRICS-Staaten wird von den Medien, aber auch von wirtschaftlichen und politischen AkteurInnen, enormes Potenzial zugeschrieben. Dabei wird nicht nur auf die wirtschaftliche Machtposition der BRICS-Staaten gegenüber dem Rest der Welt angespielt – die BRICS-Staaten hatten 2012 einen Export-Anteil von 17,4% (Import: 16,2%) am Welthandel und sind somit der größte Wirtschafts-„Block“ noch vor institutionalisierten Zusammenschlüssen wie der NAFTA mit 13% oder den EU-27 mit 12% (vgl. World Trade Organization 2013), trugen zu 26% des weltweiten BIP bei und waren für 50% des globalen Wirtschaftswachstums über die letzten zehn Jahre verantwortlich (vgl. Glitz 2013: 1) –, sondern häufig auch eine Verschiebung der globalen Kräfteverhältnisse hinsichtlich politischer Macht, wie etwa deren Ambitionen im Rahmen der G20 oder der UN betreffend, damit verknüpft. Diese Annahmen basieren allerdings hauptsächlich auf einem simplen Addieren von (vorwiegend wirtschaftlichen) Kennzahlen bzw. einem Aneinanderreihen von Äußerungen der Einzelstaaten. Die Tatsache, dass die Staaten keine gemeinsame institutionelle Basis mit Ausnahme der jährlich stattfindenden BRICS-Summits haben, macht die Definition als BRICS-Block bzw. als mächtige gemeinsame Akteure, die gemeinsame Interessen vertreten, zusätzlich schwierig. Die BRICS-Staaten können dabei durchaus als transnationale Organisation aufgefasst werden, die vor allem auf höchster politischer Ebene miteinander kooperieren (Staats- und Regierungschefs bzw. Fachminister). Deren institutionelle Ambitionen sind jedoch auf spezifische, vor allem wirtschaftliche und die Umwelt betreffende, Themenfelder beschränkt.

Im Rahmen dieser Masterarbeit soll daher die folgende Forschungsfrage beantwortet werden:

„Die BRICS-Staaten – Mächtige „Ziegelsteine“ für den Aufbau einer neuartigen und zukünftigen internationalen politischen und ökonomischen Macht?“

Um darauf eine Antwort zu finden, wird es zunächst nötig sein die Einzelstaaten und deren eigenständige Machtposition zu erfassen, diese in Verbindung zu den übrigen BRICS-Staaten zu setzen und zu vergleichen. Darauf basieren Hypothese 1 und 2:

Hypothese 1: Die Machtverhältnisse zwischen den BRICS-Staaten sind zu asymmetrisch um die Bildung einheitlicher Interessen zuzulassen.

Dazu sollen durch einen Vergleich der Staaten untereinander asymmetrische Strukturen offengelegt bzw. erkannt werden, die eine Zusammenarbeit zwischen den Staaten erschweren. Dabei wird ein Vergleichsraster erstellt, das die politische, wirtschaftliche, soziale und militärische Dimension eines jeden Staates erfasst, somit also sowohl „hard“ als auch „soft“ facts staatlicher Macht einschließt. Aus der Sammlung von Daten und Fakten sollen dann Schlüsselindikatoren ausgewählt werden, die miteinander verglichen Asymmetrien bzw. Symmetrien erkennen lassen. Methodisch wird an Hand der Konkordanzmethode vorgegangen, d.h. Gemeinsamkeiten sollen erkannt und durch Differenzierungen ergänzt werden. Somit kann auf Symmetrien bzw. im Umkehrschluss auf Asymmetrien geschlossen werden.

Hypothese 2: China dominiert das BRICS-Gebilde. Die chinesische Vorgehensweise kann durch realistische bzw. neo-realistische Ansätze erklärt werden.

Die zweite Hypothese soll die erste dahingehend unterstützen, dass es im BRICS-Gebilde dominante Staaten gibt, die vorrangig eigene und nur nachrangig gemeinschaftliche Ziele verfolgen. Dabei wird davon ausgegangen, dass die einzelnen Staaten vorwiegend im Sinne einer realistischen bzw. neo-realistischen außenpolitischen Agenda agieren und deren Eigeninteressen dominieren. Eine Zusammenarbeit wird dabei nur bei für sie nützlichen Themen angestrebt. China sticht auf Grund seiner Bevölkerungsanzahl und seiner enormen wirtschaftlichen Machtstellung heraus und soll deshalb in Hypothese 2 näher beleuchtet werden. Eine Vertiefung der Kooperation hin zu einer Integration kann darüber hinaus bei vorrangig neo-realistisch agierenden Staaten als unwahrscheinliche Zielsetzung angenommen werden.

Hypothese 3: Die Zusammenarbeit der Staaten im Rahmen der BRICS basiert auf keinen „klassischen“ Theorien der politischen oder wirtschaftlichen Integration. Ziel ist nicht eine Institutionalisierung der Zusammenarbeit, sondern die Beibehaltung souveräner Staaten, die sich bei konvergierenden Interessen zusammenschließen und gemeinsame Positionen vertreten.

Hypothese 3 greift die außenpolitischen Ambitionen der BRICS-Staaten auf und hebt die Analyse auf die internationale Ebene. Die „klassischen“ (westlichen) Theorien der

wirtschaftlichen und politischen Integration gehen davon aus, dass Staaten idealtypisch gewisse Phasen der Integration durchlaufen und nach tieferer Integration streben. So ist das Ziel des (liberalen) Institutionalismus die Etablierung von Institutionen, die eine wirtschaftliche und die darauf folgende wünschenswerte politische Integration ermöglichen und fördern, die über eine lose Zusammenarbeit der Staaten hinausgeht. Auch neo-funktionalistische Ansätze gehen davon aus, dass durch eine Zusammenarbeit in funktionalen, d.h. in spezifischen, Bereichen eine tiefere Integration (quasi von unten) erfolgt. Die BRICS-Staaten betreiben zwar Handel untereinander, sind wirtschaftlich jedoch nicht weitergehend vernetzt. So sind auch die Treffen der Wirtschaftsminister beispielsweise vor allem durch rhetorische Gesten, aber keine konkreten Beschlüsse, geprägt. Darüber hinaus sind die klassischen Stufen einer Wirtschaftsintegration nicht gegeben bzw. werden (zumindest zum jetzigen Zeitpunkt) auch nicht angestrebt (Freihandelszone, Zollunion, Gemeinsamer Markt, Wirtschafts- und Währungsunion). Genauso wenig wie eine politische Integration als Ziel formuliert wird. Einzig die Zusammenarbeit in spezifischen Bereichen, die dann durchaus zu Entscheidungen bezüglich einer institutionellen Verstetigung (siehe Entscheidung zur Gründung einer Entwicklungsbank) führen kann, wird als erstrebenswert angesehen. Die „klassischen“ Theorien greifen also zu kurz, sind zu starr bzw. zu sehr auf institutionelle Etablierungen fokussiert. Eine Einbindung bzw. Verknüpfung von funktionalistischen, institutionalistischen, (neo)-realistischen und neo-gramscianischen Theorien könnte das BRICS-Arrangement zu erklären helfen. Der Vergleich der Einzelstaaten untereinander, deren außenpolitische Ambitionen und die Analyse hinsichtlich Dominanzmuster bzw. Asymmetrien innerhalb des BRICS-Blocks bilden den ersten Teil der Beantwortung der Forschungsfrage. Die Zielsetzungen bzw. Beschlüsse, die auf den BRICS-Summits formuliert werden, Äußerungen und Abstimmungen der einzelnen Vertreter der Staaten (auch im internationalen Umfeld, etwa im Rahmen der G20 oder der UN) und die Betrachtung der institutionellen Arrangements der BRICS sollen die Analyse vervollständigen.

Was den aktuellen Forschungsstand bzw. die vorhandene Literatur zu den BRICS-Staaten betrifft, so ist diese vor allem wirtschafts- bzw. investmentlastig. Forschungen zu den einzelnen Staaten sind in ihren Ausführungen und in ihrem Umfang sehr unterschiedlich: So gibt es zu Südafrika wenig Literatur, zu Indien, genauso wie zu China, umfangreiche und fundierte Analysen. Russland und Brasilien werden vor allem hinsichtlich ihres Rohstoffreichtums untersucht und analysiert. Hinsichtlich des BRICS-Gebildes sind es vor allem Investmentprospekte der Großbanken, allen voran von Goldman Sachs, die 2001 auch den Begriff „BRIC“ geprägt haben und 2006 eine Erweiterung der Analysen unter dem Titel „The World and the BRICs Dream“ herausgegeben haben (vgl. Goldman Sachs 2008), die Analysen bereitstellen. 2012 wird dabei von Goldman Sachs noch von einem „beschleunigten

Vormarsch“ der BRICS ausgegangen, deren Aufstieg an die Weltspitze sogar früher als erwartet als möglich angesehen wird (vgl. Goldman Sachs 2012: 7f). Momentan hat sich die Stimmung vor allem in den Medien umgekehrt, tendenziell wird zu De-investitionen geraten: „Raus aus den Schwellenländern“ (vgl. Gutbrunner 2014). Wissenschaftliche Artikel zu den BRICS werden teilweise dazu verwendet Investmententscheidungen zu untermauern: So gibt es viele Untersuchungen bezüglich Markteintrittschancen in die „Emerging Markets“ und Internationalisierungsstrategien für multinationale Konzerne („emerging markets are becoming core business for multinationals“). Was fehlt, ist jedoch eine fundierte und detaillierte Analyse der einzelnen Staaten, ihrer jeweiligen Charakteristika bzw. „Kennzahlen“, sowie eine theoretische Einordnung der BRICS in die Internationale Politik.

In dieser Masterarbeit wird das Augenmerk hauptsächlich auf klassische Theorien, aber auch auf Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie gelegt, wobei letztere vor allem die Entwicklung bzw. Krisenerscheinungen des Kapitalismus betrachten und eine kritische Fokussierung aufweisen. Es werden keine akteursbezogenen Theorien, in deren Zentrum das Individuum bzw. einzelne Unternehmen stehen, oder Rational-Choice-Modelle angewendet, da diese eine mikroperspektivische Betrachtungsweise einnehmen, deren Ausarbeitung bei Staatenvergleichen und vor allem im (begrenzten) Rahmen einer Masterarbeit zu umfangreich ausfallen würde. Der Begriff der Hegemonialmacht wird in dieser Arbeit hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt der führenden Staaten innerhalb eines Regionalverbundes verwendet, die ihre Vormachtstellung auch auf Grund der globalen Kräfteverhältnisse, arbeitsteiliger Beschäftigung und den damit verbundenen Investitionsgelegenheiten begründen. Zu unterscheiden ist dieser Hegemoniebegriff von jenem der Internationalen Politischen Ökonomie, der vor allem auf innerstaatliche hegemoniale Herrschaft fokussiert ist. Diese unterschiedliche Anwendung wird in der Arbeit, wo notwendig, nochmals gesondert vermerkt. Diese Masterarbeit hat nicht den Anspruch einen vollständigen Überblick über die BRICS zu geben, noch ein umfassendes theoretisches Erklärungsmodell für die Allianz der Staaten anzubieten. Es soll eine Annäherung an die Staaten bzw. an das BRICS-Gebilde erfolgen, die, so umfassend wie möglich, Anhaltspunkte für ein Begreifen der Staaten und deren Ambitionen liefert. Darüber hinaus soll versucht werden die Allianz der BRICS annähernd theoretisch zu fassen und neue Erklärungsansätze jenseits der bereits vorhandenen anzubieten.

2. Das System der Internationalen Politik

Vielfältige Verflechtungen, wechselseitige und reziproke Beziehungen, sowie Kooperationen auf unterschiedlichen Ebenen machen das internationale politische System zu einem vielschichtigen Analysegegenstand, der nicht mehr nur den Staat umfassen kann, sondern auch diverse internationale AkteurInnen mit einbeziehen muss. Heutzutage kann von einem Begriff der Internationalen Politik ausgegangen werden, „in dem die internationalen Beziehungen ein vielschichtiges Interaktionsmuster bilden, in das politisch-kulturelle und geschichtlich gewachsene Zusammenhänge einfließen und das von einer Vielzahl internationaler Akteure auf verschiedenen Ebenen gestaltet wird“ (Lemke 2012: VII). Es kann deshalb nicht mehr – wie in der klassischen Betrachtungsweise – nur von Beziehungen zwischen souveränen Staaten ausgegangen werden, die ihre nationalen Interessen auf der internationalen Ebene durchzusetzen versuchen. Der Blick muss vielmehr darüber hinaus auch auf Einflussfaktoren gerichtet werden, die außerhalb des Kernbereichs politischer Wirkmacht liegen. Während es in der Innenpolitik eines Staates ein (zumeist) allgemein anerkanntes Gewaltmonopol gibt, wurde das internationale politische System lange Zeit als anarchisches Feld wahrgenommen, in dem Machterhalt und Machtsicherung nationale Interessen widerspiegeln. Darüber hinaus waren auch die gegenseitige Anerkennung von Souveränität und der Grundsatz der Nichteinmischung in fremdstaatliche Angelegenheiten grundlegende Prinzipien.

„Heute hat sich diese Welt grundlegend gewandelt. Neben die klassische Außenpolitik und die diplomatischen Beziehungen zwischen Staaten sind nichtstaatliche Organisationen, soziale Netzwerke und internationale Organisationen getreten, so dass ein vielschichtigeres Akteursfeld entstanden ist und Kommunikationsprozesse auf unterschiedlichen Ebenen stattfinden“ (Lemke 2012: Vf).

Darüber hinaus ist es für eine globalisierte Welt typisch, dass es vielfältig verflochtene und ineinandergreifende Prozesse gibt, und dass transnationale Unternehmen (vor allem große Konzerne) und Organisationen (wie die UN, der IWF oder die Weltbank) die internationale Akteursstruktur und somit das internationale System prägen. Zudem finden wirtschaftliche Verflechtungsprozesse statt, die zunehmend auch politische und damit auch soziale und gesellschaftliche Prozesse beeinflussen. Globalisierungsprozesse können somit einerseits wechselseitige Abhängigkeiten der Staaten verursachen (beispielsweise in der Energie- oder Rohstoffpolitik, der Umweltpolitik oder im Bereich von Arbeitsmärkten), andererseits kann auch eine verstärkte „Regionalisierung politischer Handlungsräume“ festgestellt werden. „Während Staaten durch den Prozess der Globalisierung an Einfluss verlieren, gewinnen trans- und supranationale Zusammenschlüsse, wie beispielsweise die Europäische Union, an Bedeutung“ (ebd.: Vf). Der Wandel im Internationalen System von einem primär auf bilaterale

Beziehungen ausgelegten Handlungsrahmen hin zu einem vielschichtigen und sich wechselseitig bedingenden Feld beeinflusst auch staatliches Handeln bzw. staatliche Handlungsmöglichkeiten.

Eine Analyse im Bereich des Internationalen Systems muss deshalb sowohl politische als auch nicht-politische AkteurInnen bzw. Bedingungen umfassen, die sich innerhalb des staatlichen, nicht-staatlichen bzw. internationalen Kontexts befinden, und dieses und dessen Inhalte beeinflussen, mitgestalten und prägen. Somit rücken neben politischen auch wirtschaftliche, gesellschaftliche und auch sicherheitspolitische Interessen in das Blickfeld der Betrachtung, die nur in ihrer Gesamtheit betrachtet ein schlüssiges Bild des internationalen Feldes liefern können.

2.1. Modelle der Internationalen Politik

Die Internationale Politik kennt diverse Modelle um das internationale Staatensystem darzustellen. Die Rolle der Staaten bzw. deren Interaktionen und Interessen unterscheiden sich je nach Modell und müssen auch in einem historisch gewachsenen Kontext betrachtet werden. Während die sogenannten „Staatenweltmodelle“ die Nationalstaaten als zentrale Akteure begreifen, legen andere Modelle den Fokus beispielsweise auf ökonomische oder gesellschaftliche Verflechtungen und sehen den Staat als Teilakteur, aber nicht mehr als Kern der Überlegungen. Historisch haben sich die einzelnen Modelle im Zeitverlauf gewandelt bzw. weiterentwickelt und spiegeln die bipolare Welt in den 1940er/50er Jahren (USA und UdSSR als die zentralen Machtblöcke) und eine zunehmend multipolare Welt mit den einzelnen europäischen Staaten, den Staaten der Dritten Welt und einzelnen sich etablierenden Nationalstaaten, wie Russland, Japan oder den Schwellenländern (vor allem in den 1970er/80er bzw. 1990er Jahren) wider. Darüber hinaus werden auch unterschiedliche Ebenen von staatlicher Koordination in den Blick genommen, wie beispielsweise die Wirtschaft oder die Gesellschaft. Das Modell, das am besten die heutige globale Konstellation umschreibt, entspricht einem Spinnennetz, das die vielfältigen Interaktionsbeziehungen zwischen den Staaten darstellen kann, allerdings eine generelle Erweiterung des Systems nicht vorsieht.

2.1.1. Das „Staatenwelt-Modell“

In diesem Modell (vgl. Druwe 1995: 66f) werden die Staaten als einzige und zentrale Akteure dargestellt und die Internationale Politik als zwischenstaatliche, also inter-nationale Politik, begriffen. Die Staaten sind rational handelnde, nach außen hin abgeschlossene und gleichartige Handlungseinheiten. Das Staatenweltmodell firmiert in der wissenschaftlichen Literatur auch unter dem Namen „Billardkugel-Modell“, da die Staaten in der modellhaften Darstellung als Kugeln modelliert werden.

Aus diesem Modell ergeben sich folgende Annahmen:

- Die relevanten Akteure sind ausschließlich Nationalstaaten. Die Darstellung als gleichartige und in sich geschlossene Handlungseinheit lässt eine verschiedenartige Binnenstruktur der einzelnen Staaten nicht als Erklärung für ihr Außenverhalten zu. Das Modell stößt hier an seine Grenzen.
- Staaten werden als gleichartige Gebilde betrachtet, die als rational handelnde Akteure nutzenmaximierend agieren. „Die Antriebskraft internationaler Politik ist damit Nutzenmaximierung“ (Druwe 1995: 67).
- Der Nutzen eines Staates geht zu Lasten eines anderen Staates (Nullsummenspiel). Das Umfeld wird deshalb als potentiell bedrohlich wahrgenommen, Unsicherheit dominiert staatliches Handeln.

Das Staatenweltmodell spiegelt wohl nur in Teilen bzw. in Teilbereichen die Realität des heutigen politischen Systems wider und ist auch deshalb umstritten, weil es beispielsweise nicht-staatliche AkteurInnen und Wertvorstellungen jenseits von Nutzenmaximierung gar nicht in Betracht zieht.

2.1.2. Das „Weltmarkt-Modell“

In diesem Modell (vgl. Druwe 1995: 67f) wird davon ausgegangen, dass Politik nicht mehr nur von staatlichen AkteurInnen gestaltet wird, sondern es rückt auch nicht-staatliche AkteurInnen in den Betrachtungshorizont. So wird beispielsweise angenommen, dass transnationale Konzerne Einfluss auf die Wirtschaftspolitik von Staaten nehmen können und somit staatliche Entscheidungen mitbestimmen. Investitionsentscheidungen wirken sich in weiterer Folge auch konkret auf die Lebensbedingungen von BürgerInnen aus. Wirtschaftsbeziehungen werden in diesem Modell ins Blickfeld gerückt und zeichnen sich dadurch aus, dass nicht-staatliche AkteurInnen die staatlichen AkteurInnen dominieren. Zwar wird in diesem Modell von grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Handlungszusammenhängen ausgegangen, die Konzentration auf den Weltmarkt als Impulsgeber scheint jedoch auch eine eingeschränkte Sichtweise zu produzieren.

2.1.3. Das „Weltgesellschafts-Modell“

Das „Weltgesellschafts-Modell“ (vgl. Druwe 1995: 68f) rückt den Staat wieder mehr ins Zentrum der Betrachtung, dieser wird allerdings zu einem Akteur unter vielen. Weiters wird in diesem Modell zwischen unterschiedlichen Politikfeldern unterschieden, die unterschiedliche Akteurskonstellationen begünstigen bzw. hervorbringen und konstituieren. Eine zunehmende zwischengesellschaftliche Verflechtung wird als prägend für die Internationale Politik angesehen. Beziehungen werden wichtig und bilden Netze über die gesamte Welt. Im Rahmen

dieser „Weltgesellschaft“ treten Interdependenzen – also wechselseitige Beeinflussungen – in den Vordergrund der Betrachtung.

2.1.4. Das „Spinnennetz-Modell“

Im „Spinnennetz-Modell“ (vgl. Druwe 1995: 70) – auch „Gitter-Modell“ genannt – wird einem pluralistischen Weltbild Rechnung getragen. Es erlaubt sowohl die Vielfalt an Interaktionsbeziehungen zwischen AkteurInnen im Weltsystem als auch eine Ausdifferenzierung dieser AkteurInnen. Kritisiert wird dieses Modell für die Ansicht, dass keine gesamtheitliche Entwicklung des Internationalen Systems sondern „nur“ wachsende Verflechtungen in bestimmten Bereichen möglich sind.

Vielfältige Interaktionsbeziehungen auf unterschiedlichsten Ebenen sind bezeichnend für das heutige internationale bzw. globale System. Das Ineinandergreifen von Prozessen, die sowohl staatliche als auch nicht-staatliche AkteurInnen angestoßen bzw. beeinflusst haben, ist typisch für ein globales Weltsystem, in dem Staaten vor allem durch Kooperationsbeziehungen ihren Einflussbereich zu vergrößern versuchen. Die Rolle des einzelnen Nationalstaats wird bedingt durch diverse Einflussfaktoren, die internationale Koordinierungen und Kooperationen nötig machen bzw. vielversprechend erscheinen lassen. Eine gesamtheitliche Weiterentwicklung des internationalen Systems bzw. mögliche neue Allianzbildungen zwischen den Staaten inklusive möglicher neu entstehender Machtblöcke sollten dabei in Betracht gezogen werden.

2.2. Überlegungen zum Machtbegriff

Für eine Analyse des Internationalen Systems ist es neben der Betrachtung diverser politischer, wirtschaftlicher, sozialer oder militärischer Einflussfaktoren auch wichtig diese hinsichtlich ihres Machtfaktors zu untersuchen. Der Machtbegriff als solcher wird in der Internationalen Politik als ambivalent dargestellt: Einerseits werden die Staaten durch Machtbeziehungen beeinflusst, üben selbst Macht aus, konstituieren und beeinflussen diese wiederum, andererseits kann im internationalen Feld kein globales Machtzentrum ausgemacht werden. Dies wiederum lässt das internationale System als anarchisches System, also als ein System ohne zentrale Herrschaft, erscheinen. Hier unterscheidet sich das außenpolitische vom innenpolitischen System, in dem sehr wohl der Staat bzw. staatliche Strukturen als Machtzentren auftreten und auch das Gewaltmonopol innehaben (vgl. Lemke 2012: 9).

Der typischerweise in der Politikwissenschaft verwendete klassische Machtbegriff ist jener von Max Weber, der Macht als Willensdurchsetzung bzw. als dominierende Macht über andere definiert hat. Hannah Arendt setzt dem beispielsweise einen „kontextbezogenen, interaktiven Machtbegriff entgegen“, der vor allem auch in den internationalen Beziehungen als vielversprechend gehandelt wird. Macht setzt hierbei auch auf soziale Beziehungen und

schließt „soziale Prozesse der Kohäsion“ mit ein (vgl. Lemke 2012: 10). Um empirische Analysen von Macht durchführen zu können, wird häufig auf Machtindikatoren, wie beispielsweise militärische Macht, technisch-wirtschaftliche Grundlagen, industrielle und finanzielle Mittel, Währungen oder Humankapital, zurückgegriffen. Diese Indikatoren können auch in Zusammenhang mit internationalen Führungsrollen der Staaten im globalen Kontext verwendet werden. Eine Erweiterung dieser Überlegungen stellt J.S. Nye vor, indem er zwischen „hard“ und „soft“ power unterscheidet. „Soft power“ wird dabei als „kluge“ (smarte) Macht angesehen, die mit Argumentation überzeugen kann und sich auf Kommunikation, Kulturaustausch und Sozialisation stützt, während „hard power“ vor allem durch militärische und wirtschaftliche Überlegenheit Durchsetzungskraft verspricht (vgl. Lemke 2012: 10f). Vor allem im Bereich der Internationalen Politischen Ökonomie wird auch von „opaker“ Macht gesprochen, was den Machtbegriff auf den Umstand lenkt, dass „materielle“ Macht, wie beispielsweise Militärressourcen, vor allem quantitativ besser erfasst werden kann wie „diskursive“ Macht, also beispielsweise Glaubwürdigkeit oder Vertrauen (vgl. Graf/Fuchs 2014: 270). Es muss deshalb das Ziel einer Analyse von internationalen AkteurInnen sein ein möglichst umfangreiches Bild sowohl der materiellen als auch der immateriellen Ressourcen bzw. deren Machtvermögen abzuliefern und diverse Einflussfaktoren, wie beispielsweise bilaterale Beziehungen oder koordinierte zivilgesellschaftliche Bewegungen, miteinzubeziehen.

2.3. Der Begriff des „Governance“

Der Begriff des „Governance“ steht zunächst dem Begriff des „Government“ konträr gegenüber, da er als nicht-hierarchische Steuerungsform definiert wird, während unter dem Begriff des „Government“ eine hierarchische, also vor allem staatliche, Steuerungsform verstanden wird. Governance umfasst somit ein flexibleres bzw. weiter gefasstes Feld, das sowohl staatliche als auch private AkteurInnen und darüber hinaus auch zivilgesellschaftliche Bewegungen bzw. Institutionalisierungen mit einschließt (vgl. Pfister 2012: 41f). Es entspricht demnach der heute üblichen Vorstellung des Internationalen Systems, das auch von vielfältigen Akteurskonstellationen in unterschiedlichen (Politik)-Bereichen ausgeht. Die Regierungs-, Steuerungs- bzw. Führungsfunktion eines Staates hat demnach auch immer das ihn umgebende Netzwerk bzw. Feld zu umfassen und zu berücksichtigen.

2.3.1. Entscheidungsfindung in Governance-Systemen

Je nach Zusammenwirken und Kooperationsverhalten der AkteurInnen im Feld können nach A. Benz vier verschiedene Formen von Governance unterschieden werden (vgl. Benz 2009: 85ff):

Formen	Koordination	Struktur
<i>Hierarchie</i>	Wechselseitige Anpassung, formale Regeln	Asymmetrische Verteilung von Macht und Information
<i>Netzwerk</i>	Wechselseitiger Einfluss, Vertrauen	Variable Verteilung von Kommunikationsbeziehungen
<i>Verhandlung</i>	Wechselseitiger Einfluss, Verhandeln (Dialog)	Gleiche Vetomacht, variable Verteilung von Informationen und Tauschpotenzialen
<i>Wettbewerb</i>	Wechselseitige Anpassung, Konkurrenz	Formale Gleichheit, variable Wettbewerbsfähigkeit

Tabelle 1: Governance-Formen (Quelle: Benz 2009: S. 86)

Ein hierarchischer Aufbau ermöglicht einer Zentralregierung die einseitige Steuerung von politischen Prozessen. Dies kann durch Gesetze geschehen, die als vorrangig eingestuft werden, oder durch finanzielle Zuweisungen, an die Parlamente, Regierungen und/oder Verwaltungen gebunden sind bzw. durch diese gebunden werden. Netzwerk-Systeme sind ebenso wie hierarchische Systeme durch wechselseitigen Einfluss geprägt, die Interaktionen zwischen den beteiligten AkteurInnen sind allerdings nicht bzw. nur wenig formell geregelt, obwohl die Beziehungsstruktur zwischen diesen formal autonom ist. Vertrauen ist hierbei eine entscheidende Komponente, da erst durch Vertrauen Kooperation und Ressourcentausch ermöglicht werden. Die Governance-Formen Verhandlung und Wettbewerb stehen bei Mehrebenensystemen im Mittelpunkt der Betrachtung, da diese am häufigsten in der Praxis zu finden sind: Verhandlungen basieren auf Kommunikation, bei der AkteurInnen wechselseitig Einfluss zu nehmen versuchen. Vetomacht spielt hier eine große Rolle, genauso wie die Manipulation von Informationen, Kompromisse oder wechselseitige Tauschgeschäfte. Entscheidungen bzw. der Prozess der Entscheidungsfindung lässt „Entscheidungskosten“ entstehen, die je nach Anzahl der involvierten AkteurInnen und Interessenslagen sehr stark variieren können. So sind Entscheidungskosten beispielsweise bei Einstimmigkeitsentscheidungen und multilateralen Verhandlungen tendenziell höher als bei Mehrheitsentscheiden bzw. bilateralen Verhandlungen mit einer starken Zentralinstanz. Wettbewerb wiederum zielt auf eine wechselseitige Anpassung von Handlungen ab, die KonkurrentInnen ihren Zielen (vor allem Ressourcen und Macht) näher bringen. Die Verfahrenskosten sind tendenziell geringer als im Verhandlungs-Modus, da auch durch Konkurrenz-Beobachtung und nicht nur durch Kommunikation und Verhandlungen Entscheidungen herbeigeführt werden können (vgl. Benz 2009: 86-91). Alle vier Governance-Formen können im Internationalen System wiedergefunden werden und sind auch je nach Situation bzw. Position der einzelnen Staaten adaptierbar. Macht als

Strukturationskomponente kann entscheidenden Einfluss darauf nehmen, welche Governance-Form von den jeweiligen AkteurInnen gewählt wird.

2.3.2. „Global Governance“

Im Kontext einer sich stetig mehr vernetzenden Welt wird das Schlagwort der „Global Governance“ in der Internationalen Politik häufig verwendet und zielt auf eine „regulierte Globalisierung“ mit Einbeziehung möglichst vieler AkteurInnen ab. „Problemlösungen jenseits des Nationalstaats“ (Bieling 2011: 165) werden angestrebt, ebenso wie internationale Lösungsstrategien. Staatliche Entscheidungsstellen verhalten sich dabei genauso wie (zivil)gesellschaftliche AkteurInnen kooperativ und arbeiten auf das gemeinsame Ziel der Überwindung von globalen Problemlagen hin. Die Etablierung von zivilgesellschaftlicher Partizipation soll dabei darüber hinaus ein mögliches Demokratiedefizit auf internationaler Ebene verhindern. Kritisiert wird der Global-Governance-Ansatz vor allem dafür, dass er die Globalisierung als unausweichlichen und unbeeinflussbaren Prozess darstellt und die einzelnen Staaten als quasi unbeteiligte Akteure aus ihrer Verantwortung entlässt:

„So neigen Vertreter des Global Governance-Ansatzes dazu, die Globalisierung als einen unausweichlichen, durch technologische Innovationen und externe Kräfte erzeugten Prozess darzustellen, der die Nationalstaaten ihrer Gestaltungsmacht beraubt. Hierdurch gerät nicht hinreichend in den Blick, dass es sich bei der Globalisierung selbst auch um einen politisch generierten und umkämpften Prozess handelt“ (Bieling 2011: 166).

Das Miteinbeziehen von innerstaatlichen Aushandlungsprozessen, sowie die Berücksichtigung von Machtverhältnissen und internationalen Herrschaftsstrukturen sollte bei Betrachtungen des internationalen Systems selbstverständlich sein (ebd.: 165f). Weiters wird im Rahmen der Überlegungen zur Global Governance auch von einer „Transformation des Nationalstaates“ ausgegangen, die durch die Begriffe der „*Ent-Nationalisierung*“, „*Ent-Staatlichung*“ und „*Internationalisierung*“ (Bieling 2011: 169f) beschrieben werden kann. Dabei meint die „Ent-Nationalisierung“ eine zunehmende Verlagerung von vormals nationalstaatlichen Aufgaben auf supranationale Ebenen bei gleichzeitiger Abgabe von Kontroll- und Mitbestimmungsmöglichkeiten (siehe auch das Konzept der EU). Der Begriff „Ent-Staatlichung“ umfasst darüber hinaus den Umstand, dass sich öffentliche und private Aufgaben bzw. Leistungen immer mehr vermengen bzw. staatliche Aufgaben dem Markt zugeführt werden. Die Rückwirkung von internationalen Ereignissen und Entscheidungen auf nationale Ebenen (und auch auf gesellschaftliche Einrichtungen) wird mit dem Begriff der „Internationalisierung“ gefasst. Dabei wird vor allem auf Institutionen und Entscheidungsprozesse Bezug genommen. B. Jessop spricht dabei auch vom „Übergang vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat“ (vgl. Bieling 2011: 170; Jessop 2002). All diese

Überlegungen sollten bei Analysen des Internationalen Systems in den Blick genommen werden. Eine zunehmende Verschiebung des Machtgefüges zu Gunsten des Internationalen Systems, sowie zu Gunsten ökonomischer Faktoren bei gleichzeitiger Verminderung politischer Einflussmöglichkeiten einzelner Staaten kann daraus abgeleitet werden. Daraus ergibt sich die dringende Notwendigkeit für die Nationalstaaten Allianzen zu bilden und auf globaler Ebene mit geeigneten PartnerInnen zu kooperieren um den Machtverlust zumindest partiell kompensieren zu können.

2.3.3. International Governmental Organizations (IGOs)

Das Internationale System kennt internationale Regierungsorganisationen, die nach Auffassung der Internationalen Beziehungen aus mindestens drei (nach Völkerrecht gegründeten) Staaten bestehen müssen und durch gemeinsame Organe tätig werden. IGOs sind also völkerrechtliche Subjekte, die im Inneren der Organisation eine spezifische Strukturierung aufweisen und nach außen hin als Einheit auftreten (dürfen). Die Mitgliedsstaaten legen dazu im Gründungsvertrag die Richtlinien fest, an Hand derer die Organe agieren dürfen. Je nach Reichweite der Mitgliedschaft (universal bis partikular) bzw. der thematischen Zuständigkeit (umfassend bis problemfeldspezifisch) können IGOs weiter klassifiziert werden. So ist beispielsweise die UNO (United Nations) eine universale und umfassende, die EU (Europäische Union) eine partikulare und umfassende und die NAFTA (North American Free Trade Agreement) eine partikulare und problemfeldspezifische Organisation. Zudem kann noch eine Unterscheidung hinsichtlich der Kompetenzen der IGOs gegenüber den Mitgliedsstaaten getroffen werden: Supranationale Organisationen sind dadurch gekennzeichnet, dass die Mitgliedsstaaten Kompetenzen an die übergeordnete Organisation abtreten, was eine direkte und unmittelbare Rechtsfolge von im Gremium getroffenen Entscheidungen mit sich bringt. Demgegenüber haben intergouvernementale Organisationen insofern beschränkten Einfluss, als dass Rechtsakte von den Staaten ausdrücklich anerkannt werden müssen (vgl. Filzmaier u.a. 2006: 276ff). Internationale Regierungsorganisationen können auch als institutionalisierte Kooperationspartnerschaften umschrieben werden, deren Ziel die koordinierte Einflussnahme in den jeweils spezifischen Feldern ist. Durch koordinierte Handlungen bzw. die Zusammenarbeit in den unterschiedlichsten Bereichen können Synergieeffekte geschaffen und die Positionierung der Partner im globalen Kontext verbessert werden. IGOs dienen somit in der Regel einer Ausweitung von Einflussbereichen bei gleichzeitiger wechselseitiger Verpflichtung und Generierung von Vorteilen für alle PartnerInnen. Dies setzt gleichberechtigte (institutionalisierte) Strukturen voraus, da asymmetrische Machtverhältnisse Ungleichgewichte und somit auch Nachteile für einzelne bedingen.

2.4. Legitimation in der Internationalen Politik

Die Legitimierung politischen Handelns im Sinne einer demokratisch verfassten und begründeten Entscheidung ist eine normative Sichtweise, die in demokratischen Systemen hohe Relevanz aufweist und als „richtige“ Herangehensweise verstanden wird. In Nationalstaaten wird diese Legitimierung vor allem durch Konsens- bzw. Mehrheitsbildung in Parlamenten – als Vertretungsbefugte der BürgerInnen – vorgenommen, die Regierungen den nötigen Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum einräumen und diese an demokratisch gewählte VolksvertreterInnen binden. Mit der Etablierung supranationaler Gebilde, wie beispielsweise der Europäischen Union, besteht die Möglichkeit bzw. die Gefahr der Unterminierung dieser Legitimierung. Kompetenzabtretungen an die supranationale Ebene (mit einem schwach an Kompetenzen ausgestatteten Parlament) oder rechtlich konstituierende Entscheidungen, die nicht oder nur teilweise auf einem demokratisch basierten Entscheidungsprozess beruhen, bergen Potenzial für Delegitimierungstendenzen auf internationaler Ebene. J. Steffek stellt – beruhend auf diesen Überlegungen – ein Modell auf, das einerseits die AkteurInnen im Legitimationsprozess darstellt und andererseits deren Interaktionen aufzeigt (vgl. Steffek 2009: 178f).

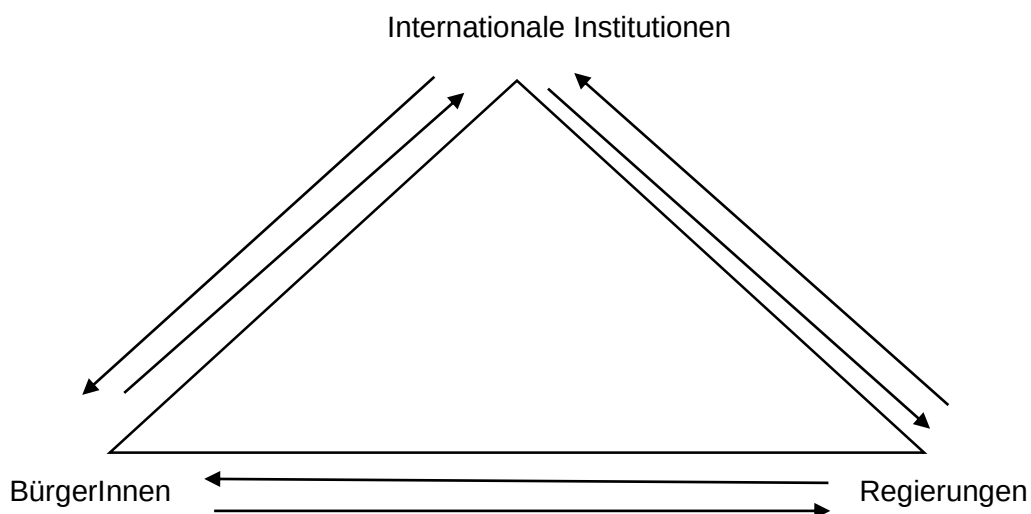


Abbildung 1: Legitimationsdynamiken in der Internationalen Politik
(Quelle: Steffek 2009: S. 179)

Staaten (Regierungen) werden in diesem Modell als zentrale Player angesehen, die internationale Institutionen gründen und verändern und sich im Gegenzug auch Verpflichtungen im Rahmen von Normvorschriften gegenüber sehen. Die Regierungen der jeweiligen Staaten sind ihren BürgerInnen rechenschaftspflichtig, die wiederum über die Ausübung von Druck ihre Regierungen beeinflussen können (beispielsweise durch Demonstrationen, Medien, gezieltes Lobbying). Weiters beurteilen BürgerInnen die Legitimität von internationalen Institutionen und sind von Normen, Gesetzen oder sonstigen Beschlüssen,

die vor allem in supranationalen politischen Gebilden auch auf inter- bzw. supranationaler Ebene getroffen werden, betroffen.

2.4.1. Das „Two-Level-Game“ der Internationalen Politik

„Die internationale Politik hat bisher keine einer Gebietskörperschaft vergleichbare politische Einheit konstituiert, sondern findet in Organisationen statt, in denen Staaten zusammengeschlossen sind, in Regime (sic!) der zwischenstaatlichen Kooperation oder in nicht organisierten Beziehungen zwischen Staaten“ (Benz 2009: 70).

Die Internationale Politik kann dabei als ein System verstanden werden, das auf mehreren Ebenen zusammenwirkt: So hat R. Putnam 1988 den Begriff des „Two-Level-Games“ geprägt, in dem er davon ausgeht, dass internationale Politik zumindest auf zwei Ebenen gestaltet wird und dass diese einen Verhandlungsprozess darstellt, der „gleichzeitig auf der nationalen und internationalen Ebene verläuft“ (Benz 2009: 71). Die Basis der internationalen Ebene liegt dabei immer im nationalen Umfeld, da dieses die angestrebten Ziele und Handlungsmöglichkeiten bestimmt und dabei konstituierend auf beide Ebenen wirkt. „Der Spielraum für mögliche Politikergebnisse („win set“) ergibt sich folglich aus der Schnittmenge der auf den verschiedenen Ebenen realisierbaren Verhandlungslösungen“ (ebd.: 71). Ausschlaggebend und entscheidend für diese Verhandlungslösungen sind dabei einerseits Präferenzen und Koalitionsbildungen in der nationalen Politik (also die innerstaatliche Machtverteilung), andererseits institutionelle Einrichtungen der Staaten (zu beachten sind hierbei vor allem Einschränkungen des Verhandlungsspielraums der Exekutive durch parlamentarische Einrichtungen und Mitbestimmungsrechte bzw. Informationsasymmetrien) und drittens strategische Pläne und Ziele derjenigen AkteurInnen, die auf der internationalen Ebene verhandeln (beispielsweise die Bildung von „Verhandlungspaketen“, die Kombination mit finanziellen Leistungen oder taktische „Selbstbindungen“ von Regierungen bzw. VerhandlungsführerInnen) (vgl. Benz 2009: 72f). Die Ebenen, die im Rahmen des globalen Systems tangiert werden, umfassen somit sowohl die individuellen AkteurInnen (und deren Präferenzen), die im vorgegebenen Rahmen der Institutionen mit anderen verhandeln müssen, als auch die institutionellen Einrichtungen auf nationaler und auf internationaler Ebene. Dabei geht es nicht so sehr um die Erhöhung der Handlungsmacht der einzelnen AkteurInnen, sondern um die Bearbeitung und zielführende Koordinierung von widersprüchlichen Anforderungen, die sowohl auf der innen- als auch auf der außenpolitischen Ebene wirken (vgl. Benz 2009: 99). Dem Staat und seinen Interessen wird somit Vorrang vor den individuellen Präferenzen der handelnden AkteurInnen eingeräumt, diese müssen also persönliche Befindlichkeiten dem Gemeinwohl unterordnen. Nur so kann eine (auch innerstaatlich anerkannte und unterstützte) Kooperation auf internationaler Ebene erreicht werden.

2.4.2. Politische Prozesse

Wichtig für internationale Kooperationen sind Entscheidungen und Beschlüsse. Diese werden durch sequenzierte, einem bestimmten Schema folgende Prozesse getroffen:

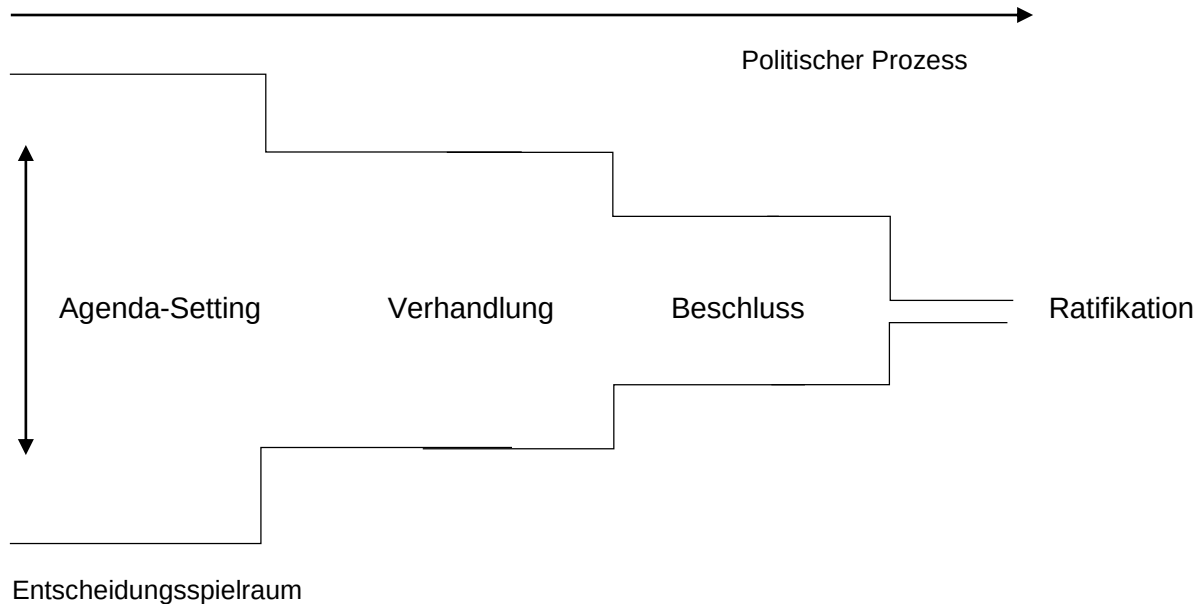


Abbildung 2: Modell des politischen Prozesses (Quelle: Benz 2009: S. 55)

Das „Sequenz-Modell“ des Politikprozesses geht dabei von einer Agenda-Setting-Phase aus, in der Vorschläge eingereicht werden, die durch Vetomöglichkeiten der beteiligten Parteien auf die Tagesordnung genommen werden oder eben nicht. Es folgt die Phase der Verhandlungen, der die Beschlussfassungsphase und schließlich die Ratifikationsphase folgt. Politische Gestaltungsmöglichkeiten sind allem in der Phase des Agenda-Settings möglich, da in jeglichen fortfolgenden Schritten - vergleichbar einem Trichter – Entscheidungen getroffen werden, die bestimmte Inhalte aussortieren. Je früher also AkteurInnen in den politischen Prozess miteingebunden werden, desto eher können sie Themen und Entscheidungen zu ihren Gunsten beeinflussen bzw. mitgestalten. Vetomöglichkeiten sind dagegen am wirkungsvollsten bzw. am destruktivsten je später sie in den Prozess eingebracht werden (vgl. Benz 2009: 54f).

2.5. Generelle Überlegungen zur globalisierten Welt

Das heutige Internationale System ist durch eine dezentralisierte Struktur und ein „kompetitives Staatensystem“ (Link 2002: 34) gekennzeichnet. Die multipolare Weltordnung ist eine Weiterentwicklung der „Pax Britannica“, der britischen Vorherrschaft im Weltsystem des 19. Jahrhunderts, sowie der „Pax Americana“, die den hegemonialen Führungsanspruch der USA umschreibt. Zunehmend etablieren bzw. etablierten sich Staaten bzw. Staatenbünde

im Internationalen System, die diesen Führungsanspruch in Frage stellen und eine eigene Positionierung im globalen Feld vornehmen möchten.

Globalisierung kann dabei als Netzwerk von Kooperationen gefasst werden, das sowohl zeitliche als auch räumliche Komponenten schrumpfen lässt. Immer schneller werden lokale, regionale, nationale und globale Räume immer enger miteinander verwoben, wobei der Telekommunikations- und Informationssektor als „Schrittmacher der Globalisierung“ dient. Der Prozess der Globalisierung ist vor allem durch zunehmende grenzüberschreitende Interaktionen gekennzeichnet, die wechselseitige Abhängigkeiten generieren und Handlungsspielräume der einzelnen AkteurInnen einschränken. Die rasante Zirkulation von Kapital zwischen Finanzzentren (möglich gemacht durch Liberalisierungen im Welthandels- und Währungssystem, sowie durch neue, schnellere und intelligentere Technologien), die Etablierung von internationaler Arbeitsteilung durch die Verlagerung von Produktionsstätten in billig produzierende Länder, sowie die zunehmende Konkurrenz der Staaten um Ressourcen, um Einflussbereiche und um marktliche Einbindungen im Sinne eines „Wettbewerbsstaates“ (vgl. Jessop 2002) sind ebenso für Globalisierungsprozesse bezeichnend. Die Auswirkungen auf nationale, aber auch auf internationale Arbeitsmärkte sind immens. Flexibilisierung, Informalisierung und die Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen sind nur einige Schlagworte, die die Arbeitswelt von heute bestimmen. Zudem sind Wirtschaftskrisen nicht mehr nur national oder regional begrenzt, sondern wirken sich zu globalen Wirtschafts- und Finanzkrisen aus (siehe auch Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008, die sich durch Dominoeffekte ausgehend von den USA auf Europa und dann weltweit ausgebreitet hat). Globalisierung ist jedoch nicht nur ein ökonomisches, sondern auch ein gesellschaftliches, sozio-kulturelles Phänomen, das die Ausbreitung westlicher Werte, Lebens- und Konsumstile mit sich bringt. Globalisierung wirkt sich auch auf das Sozialgefüge einer Gesellschaft aus, da sie mit Migrationsbewegungen oder geänderten Geschlechterverhältnissen konfrontiert ist (vgl. Nuscheler 2002: 73ff; Lemke 2012: 51-56). Für Staaten bedeuten Globalisierungsprozesse immer auch veränderte Möglichkeiten im Bereich ihrer politischen Handlungsfähigkeiten.

3. Theorien der Internationalen Politik bzw. der Internationalen Beziehungen

Die Internationalen Beziehungen kennen ein Sammelsurium an Theorien, die das Internationale politische System abzubilden versuchen. Es gibt dabei keinen „Königsweg“ bzw. keine „Königstheorie“, die die Internationale Politik in ihrem gesamten Umfang umschreiben und reflektieren könnte. Vielmehr werden unterschiedliche Schwerpunkte gelegt und Teilaspekte fokussiert, die auch immer gewisse Wert- und Weltbilder widerspiegeln. So können auch verschiedene kulturelle, ideengeschichtliche, erfahrungspraktische und erkenntnistheoretische Zugänge ausgemacht werden, die jeweils unterschiedliche Herangehensweisen bedingen (vgl. Filzmaier u.a. 2006: 67). Je nach Fokus unterscheiden sich die Theorien der Internationalen Politik auch durch unterschiedliche Betrachtungen der Analyseebenen. Die Fokussierung auf die Makro-/Meso- oder Mikroebene eines Forschungsgegenstandes legt unterschiedliche Schwerpunkte bei der Analyse, genauso wie das Heranziehen eines System- oder Akteursansatzes. Ein konstruktiver Dialog zwischen den Theorien und keine komplette Abschottung der einzelnen Teilbereiche muss das Ziel einer politikwissenschaftlichen Forschung sein. So sind es gerade Überschneidungen, komplementäre Ansichten und Einblicke, aber auch blinde Flecken, die nur in der Kombination mit anderen Theorien sinnvolle Erkenntnisse liefern können. Eine Synthese zwischen geeigneten Theorien bzw. deren Weiterentwicklung spiegelt auch die Tendenz in den Internationalen Beziehungen wider pluralistische Ansichten heranzuziehen um die globalisierte Welt darstellen bzw. erklären zu können (vgl. Strauch 2011: 274f).

Im Folgenden sollen die klassischen Theorien der Internationalen Politik näher dargestellt werden, müssen jedoch auf Grund des beschränkten Umfangs dieser Masterarbeit und dem Fokus auf die empirische Betrachtung der BRICS-Staaten auf ihre Kernaussagen reduziert bleiben. Erweitert werden die klassischen Theorien durch ausgewählte Ansätze der Internationalen Politischen Ökonomie, die sich als kritische Betrachterin der „Mainstream“-Theorien sieht. Klassentheorien, die in Anlehnung an K. Marx von einem Zentrum-Peripheriegefälle und einer Ausbeutungssituation auf Grund eines sich ausweitenden globalisierten Kapitalismus ausgehen, Dependenztheorien, die die Ausbeutung und Abhängigkeitsverhältnisse von Entwicklungsländern in den Fokus nehmen, sowie Imperialismustheorien, die Elitenbildungen untersuchen (vgl. Druwe 1995: 111ff), sollen in dieser Arbeit außer Betracht gelassen werden, da diese zu sehr auf Ausbeutungsschemata fokussiert sind und dem (Selbst)-Anspruch der BRICS-Staaten ein Gegengewicht zu den westlich dominierten Institutionen zu bilden widersprechen.

3.1. Idealismus

Entstanden nach dem Ersten Weltkrieg (1918/1919) ist die Theorie des Idealismus von normativen Zielsetzungen geprägt. So sollte zukünftig Krieg vermieden und Frieden, also Nicht-Krieg, gesichert werden. Soll-Zustände wurden in Anlehnung an Immanuel Kants aufklärerische Schriften definiert, die die Welt als eine Weltgemeinschaft bzw. ein föderales Staatensystem kategorisierten. Weiters sollte eine universelle Verfassung – ausgeübt durch internationale Organisationen – als „Grundlage für einen Weltstaat mit universellen Wertvorstellungen“ (Filzmaier u.a. 2006: 72) dienen. Der internationale Gedanke sollte an Stelle nationaler Interessen und deren militärische, also macht- und gewaltvolle, Durchsetzung treten. Als zentrales Instrument dieser Theorie sollte das Völkerrecht dienen (vgl. Filzmaier u.a. 2006: 72). Der idealistische Ansatz ist somit von ideellen Vorstellungen und der Zielsetzung des Friedenserhalts geprägt. Die Idee eines Weltstaats mit global geteilten Werten muss jedoch als idealistische Projektion angesehen werden und ist im heutigen täglichen „Politikgeschäft“ auf Grund der Wandelbarkeit und der kulturellen Vielfältigkeit von Werten – auch in einer globalisierten Welt – so gut wie nicht vorhanden.

3.2. Realismus

Die Entstehung des Realismus geht in die 1930/40er Jahre zurück und ist als „Gegenbewegung“ zur idealistischen Strömung, die vor allem auf die menschliche Vernunft setzte und die Idee eines Völkerbundes, eines gemeinschaftlichen Projekts aller Weltstaaten, vertrat, zu verstehen. Historisch betrachtet fußen die Überlegungen des Realismus auf dem Scheitern des Völkerbundes, einer Krise der Weltwirtschaft und den Erlebnissen des Zweiten Weltkriegs. Dem Idealismus wird dabei vorgehalten zu idealistisch, also nicht realistisch genug, d.h. Gewalt ausblendend, zu sein. Macht und die Verfolgung von (Eigen)-Interessen wird von der realistischen Schule zum ersten Mal als konstituierender und regulierender Faktor der Politik (vgl. Jacobs 2006: 40ff) erwähnt. Dabei wird ein pessimistisches Bild der Menschheit gezeichnet: Der Mensch wird als Getriebener des ihm innewohnenden Machttriebs gesehen, der neben dem Selbsterhaltungstrieb und dem Fortpflanzungstrieb den Menschen bestimmt (vgl. Druwe 1995: 87f). Als Vordenker der realistischen Philosophie sind Machiavelli („Der Fürst“), Hobbes („Leviathan“ mit der Kernaussage des „Homo homini lupus“ und dem Krieg aller gegen alle) und Hegel zu nennen. Vertreter des realistischen Ansatzes sind weiters H. Morgenthau, E.H. Carr, J.H. Herz und H. Kissinger (vgl. Filzmaier u.a. 2006: 74ff).

Die Theorie des Realismus geht von einer Hierarchisierung der Prioritäten der staatlichen Politik aus. „Das Streben nach Macht und Herrschaft ist demnach ein Merkmal, das allen menschlichen Gemeinschaften eigen ist. Bezogen auf dieses Merkmal sind alle Staaten gleich, d.h. sie treten nach außen als geschlossene Einheiten auf, um Macht zu gewinnen und zu

erhalten“ (Druwe 1995: 88). Daraus ergibt sich eine Hierarchiebildung in den Zielen der Internationalen Politik. „Die „High Politics“ der Sicherheitsfragen dominieren eindeutig über die „Low Politics“ der Wirtschafts- und Sozialangelegenheiten“ (ebd.: 88). Staatliches Handeln und außenpolitische Positionierungen werden hierbei als Instrumente zur Machtgewinnung bzw. Machterhaltung eingesetzt. Politik wird als „Kampf der Staaten um die Macht“ (ebd.: 88) angesehen. „Hauptakteur der Internationalen Politik ist somit der nach Macht strebende souveräne Nationalstaat, der seine eigenen Interessen gegen die Interessen anderer Staaten durchzusetzen versucht“ (Jacobs 2006: 47). Strategien, die von den Staaten angewandt werden um Macht zu erhalten bzw. zu erlangen, sind dem Prinzip der Nutzenmaximierung untergeordnet. „Die Interessen und Strategien der anderen Staaten werden gegen die eigenen abgewogen und es wird diejenige Strategie gewählt, die den eigenen Nutzen maximiert“ (Marx 2006: 143). Wenn das Prinzip der Nutzenmaximierung das politische Handeln bestimmt, so erscheint es im realistischen Weltbild folgerichtig soziale oder auch wirtschaftliche Belange hinter – vor allem – außenpolitische Überlegungen zu reihen. Handlungen ohne machtpolitische Erwägungen, wie beispielsweise juristische, humanitäre oder kulturelle, die keinen Einfluss auf die Machtstellung eines Staates haben (vgl. Druwe 1995: 88), werden als nicht bzw. wenig relevant angesehen. „Internationale staatliche und nicht-staatliche Organisationen sind keine relevanten Akteure auf der internationalen Bühne, weil sie, unabhängig von den Nationalstaaten über kein eigenes Machtpotential verfügen. Damit ergibt sich für das Internationale System eine anarchische Struktur“ (Druwe 1995: 89). Darüber hinaus wird internationalen Organisationen auch das Potenzial zur Friedenssicherung abgesprochen. „Ein dauerhafter und stabiler Frieden scheint aufgrund des Machtstrebens der Akteure nicht möglich. Auch supranationale Organisationen haben keinen stabilisierenden und friedenssichernden Einfluss, da das Machtstreben der Staaten alle rechtlichen Verpflichtungen, die sich aus internationalen Abkommen ableiten, überdeckt“ (Marx 2006: 143). Innerhalb des realistischen Theoriegebildes gibt es hinsichtlich der weit verbreiteten Annahme, dass eine Beschränkung der Macht der anderen nur durch Gegenmacht, also der „balance of power“, erreicht werden könne, die Sichtweise von H. Morgenthau, der den Begriff der Moral ins Spiel bringt: Er geht davon aus, dass sowohl Macht- als auch Moralaspekte das Handeln des Menschen bestimmen, was seiner Auffassung nach einer „Verantwortungsethik“ entspricht, die in der Diplomatie ihre Verwirklichung findet (vgl. Jacobs 2006: 52f).

Auch die Theorie des Realismus ist teilweise normativ angeleitet, da sie explizit Empfehlungen für politische AkteurInnen beinhaltet und die konkrete Einflussnahme in politisches Handeln vorsieht (vgl. Jacobs 2006: 51). Kritisiert wird der realistische Ansatz vor allem dafür eine „Theorie der Außenpolitik“ zu sein: Innenpolitische Aspekte finden keine bzw. kaum Beachtung, genauso wenig wie internationalen Verhaltensnormen bzw. Institutionen Gestaltungsmacht zugestanden wird. Zudem werden Erklärungen zu oft einseitig durch

Machtüberlegungen angeleitet (ebd.: 58f). Im historischen Kontext betrachtet hat die realistische Theorie sicherlich Konstellationen im Internationalen politischen System erklären können, in denen Staaten vor allem sicherheitspolitische Ziele verfolgten (siehe auch „Gleichgewicht des Schreckens“ zwischen den USA und der UdSSR während des „Kalten Krieges“). In der heutigen globalisierten Welt sind jedoch sicherheitspolitische und militärische Überlegungen weitgehend durch wirtschaftliche, aber auch gesellschaftliche Ambitionen in den Hintergrund gedrängt worden. Die Durchsetzung von Eigeninteressen gegen die Interessen anderer Staaten erscheint vor dem Hintergrund einer zunehmend vernetzteren und reziprok abhängigen Welt langfristig nicht sehr erfolgsversprechend zu sein. Zudem haben die Etablierung und der Erfolg internationaler (auch wirtschaftlich und sozial ausgerichteter) Organisationen, wie beispielsweise der EU, – bislang zumindest wirtschaftliches – Machtpotenzial aufgezeigt, was auch dazu geführt hat das realistische Weltbild zu überdenken bzw. zumindest in Frage zu stellen.

3.2.1. Neo-Realismus

Entstanden in den 1970er Jahren ist der Neo-Realismus eng mit dem Ost-West-Konflikt verbunden, der in den 1970er Jahren zunächst durch eine Annäherung der Supermächte USA und Sowjetunion gekennzeichnet war, dann jedoch durch kriegsähnliche Handlungen der Sowjetunion in Afghanistan und der iranischen Revolution neue Aspekte im Internationalen System zu Tage brachte, sowie mit dem teilweisen Verlust der ökonomischen Dominanz der USA, v.a. durch den Ölpreisschock, einherging (vgl. Schörnig 2006: 66). Als Weiterentwicklung des realistischen Ansatzes stellt sich die Theorie des Neo-Realismus vor allem die Frage, wie es zu Kooperationen und Frieden im Internationalen System kommen kann. Wachsende Verflechtungen des Internationalen Systems, sowie globale Problemlagen werden wahrgenommen, weshalb internationale Kooperationen notwendig sind. So gibt es nun auch die Einsicht, dass beispielsweise Problemfelder in der Umweltpolitik nur durch internationale Kooperationen und nicht allein durch die Nationalstaaten gelöst werden können (vgl. Druwe 1995: 93ff). K. Waltz – ein Hauptvertreter des Neo-Realismus – teilt das Internationale System in zwei Ebenen ein: zum einen in die Akteursebene (die „units“ – also die Staaten) und zum anderen in die Strukturebene des Systems (die „structure“), wobei das „Innenleben“ der Staaten als „black box“ als nicht weiter relevant erscheint und die Struktur unabhängig von den Akteuren gesehen wird. Damit wird explizit „angenommen, dass alle Staaten in ihrem Kern identisch sind“ und dass sich die Struktur des Systems nicht aus den Interaktionen der Staaten ergibt (Schörnig 2006: 70ff).

Als relevante AkteureInnen werden auch im neo-realistischen Ansatz nur die Staaten genannt. Innenpolitische Prozesse, supranationale Organisationen oder internationale NGOs werden in der Theorie des Neo-Realismus als nicht weiter beachtenswert angesehen. Das Internationale

System ist diesem Ansatz zufolge zudem anarchisch und beinhaltet eine ungleiche Verteilung von ökonomischen und militärischen Ressourcen. Auch hier wird eine Kosten-Nutzen-Rechnung durchgeführt mit dem Ziel den Nutzen zu maximieren (vgl. Marx 2006: 149). Internationale Beziehungen sind in der Theorie des Neo-Realismus durch eine „Dominanz von Sicherheitsinteressen“, durch den „Selbsterhaltungstrieb der Staaten“ und durch die „Verweigerung von Kooperation“ gekennzeichnet. Unsicherheit über mögliche Handlungen und Ambitionen von Nachbarstaaten prägen demnach die Beziehungen zwischen den staatlichen Akteuren (Schörnig 2006: 65). Es herrscht eine „balance of power“, die durch Interessenausgleich erzielt werden kann. Machtbalance, Allianzen und Koalitionen bilden zentrale Elemente des Neo-Realismus. Macht und Stärke sind als Strukturmerkmale augenscheinlich (vgl. Filzmaier u.a. 2006: 82). Allerdings sind diese Koalitionen und Allianzen vor allem durch Unsicherheitsreduktions- und Eigennutzenüberlegungen geprägt, die auf Grund von möglichen entstehenden Abhängigkeitsverhältnissen zwischen den koalierenden Staaten nicht über eine Basiszusammenarbeit hinausgehen. Eine Ausnahme bildet die „hegemonial induzierte Kooperation“, die von einem Hegemon (beispielsweise den USA und ihrer Rolle in Bezug auf das GATT oder den IWF) ausgeht, der Sicherheit garantiert und teilweise Kosten übernimmt, und somit Anreize bzw. möglicherweise auch Zwangssituationen für Staaten schafft sich an der Kooperation zu beteiligen (vgl. Schörnig 2006: 77). Im Neo-Realismus werden wirtschaftliche und sicherheitspolitische, also vor allem militärische, Interessen nunmehr als gleichrangig angesehen. Staaten streben nach politischer, aber auch nach wirtschaftlicher Macht, befinden sich allerdings innerhalb eines vorgegebenen Internationalen Systems und müssen in dessen Rahmen agieren. Das „Billardkugel-Modell“ (siehe Seite 16) kann herangezogen werden um die Theorie des Neo-Realismus bildhaft darzustellen: Alle Staaten können zwar unabhängig voneinander agieren, können sich aber gegenseitig behindern bzw. dominieren (vgl. Lemke 2012: 17). Eine Weiterentwicklung bzw. Ausweitung des neo-realistischen Ansatzes hat R. Gilpin mit seinem polit-ökonomischen Neo-Realismus vorgenommen. Gilpin basiert darin macht- und sicherheitspolitische Verhaltensweisen bzw. nationalstaatliche Interessen auf ökonomischen Überlegungen bzw. Ressourcen. Sicherheitsaspekte dominieren militärische Macht und betonen vor allem wirtschaftliche Komponenten. Die Staaten werden auch in Gilpins Ansatz als Kosten-Nutzen-Abwäger bzw. als Nutzenmaximierer beschrieben, die rational ihre Interessen verfolgen. Im Internationalen System führt Ungleichgewicht zu einer Umverteilung von Macht und das solange bis sich ein Gleichgewichtszustand eingependelt hat (vgl. Ditzel/ Hoegerle 2011: 24f).

Kritisch lässt sich hinsichtlich des neo-realistischen Ansatzes anmerken, dass die Annahme, dass AkteurInnen und Struktur voneinander unabhängig sind und sich nicht beeinflussen bzw. determinieren, zu kurz greift. (Innenpolitische) Prozesse, Interaktionen und soziale Elemente (wie in konstruktivistischen Theorien – siehe Seite 40) werden dabei vollkommen außer Acht

gelassen, was die Gestaltungsmacht von Interaktionen als nicht weiter relevant erscheinen lässt (vgl. Schörnig 2006: 88). Die Annahme, dass Staaten rational agierende Akteure sind, ist in diesem Zusammenhang ebenfalls fragwürdig. Darüber hinaus werden Kooperationen und Allianzbildungen als beschränkt auf die „Basiszusammenarbeit“ dargestellt, die sich nicht in internationalen Organisationen wiederfinden kann. Institutionalisierte Gebilde wie beispielsweise die EU können durch diesen Theorieansatz jedoch nicht erfasst werden. Des Weiteren dominieren wie schon im Realismus sicherheitspolitische Überlegungen, wobei zumindest den ökonomischen Interessen Raum und Machtpotenzial zugestanden wird. Kritisch ist auch die innenpolitische „black box“ zu sehen, die der Innenpolitik jegliche Gestaltungsmacht und Auswirkungen auf die Außenbeziehungen abspricht.

3.3. (Liberaler) Institutionalismus

Der Institutionalismus ist ein Konzept der politischen Integration, das „Beziehungsmuster zwischen den Staaten“, sowie die daraus ableitbaren friedensfördernden Folgen theoretisiert. Typisch für institutionalistische Ansätze ist die Betonung von „Spill-Over“-Effekten, die ausgehend von einem integrierten Feld Auswirkungen auf andere Felder haben (vgl. Filzmaier u.a. 2006: 78f). Der liberale Institutionalismus sieht eine Pluralität von AkteurInnen im Internationalen System, „die über internationale Organisationen miteinander verflochten sind und auf das internationale System einwirken“. Bildhaft kann dieser Theorieansatz mit einem Spinnengewebe (siehe auch Seite 18) dargestellt werden, in dem Individuen und Handlungsprozesse miteinander verbunden und auch wechselseitig voneinander abhängig sind. Internationale Organisationen nehmen dabei als Verbindungsfäden zwischen den einzelnen Elementen ihre Positionen ein (vgl. Lemke 2012: 25). „Den Frieden durch die Institutionalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen zu suchen, ist eine Idee, die so alt ist wie die moderne Staatenwelt“ (Müller 2002: 87). Internationale Organisationen sollen dabei den Staaten als Kommunikationsmittler dienen und dabei helfen Vertrauen zu fördern und Misstrauen abzubauen. Durch Verhandlungen und Interessensausgleich in einem institutionalisierten und damit verlässlichen Rahmen sollen Diskurse und Kooperationen ermöglicht werden (ebd.: 87).

Im Theorieansatz des Institutionalismus werden internationalen AkteurInnen unterschiedliche Präferenzen und Handlungsinteressen zugesprochen, zudem werden internationale Institutionen wie beispielsweise die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds (IWF) berücksichtigt. Staaten sind also nicht mehr „die alleinigen Akteure auf der internationalen Bühne, sondern internationale Institutionen nehmen einen zentralen Platz in der internationalen Politik ein“. Es geht dabei vor allem um die Frage, „welche Präferenzen Staaten verfolgen, welche Interessen und Motive kooperativen, komplementären oder konfrontativen Strategien zugrunde (sic!) liegen, und welche Ergebnisse aus der Interaktion zwischen Staaten

und Internationalen Organisationen resultieren“ (Lemke 2012: 25). Im Gegensatz zu realistischen Ansätzen sind in institutionalistischen Theorien auch „Win-Win-Situationen“ möglich, d.h. dass der Gewinn eines anderen nicht automatisch Verluste für den anderen Partner bedeutet, sondern dass auch mehrere PartnerInnen profitieren können (vgl. Lemke 2012: 25). A. Moravcsik geht in seiner Analyse internationaler Präferenzpositionen davon aus, dass Staaten bestimmte Interessen ausbilden, „die auf innerstaatlichen Machtverhältnissen beruhen“. Die Staaten tragen diese Positionen dann in internationale Verhandlungen um diese rational zu verhandeln. „Sind die Präferenzen verschiedener Staaten kompatibel, dann bestehen starke Anreize für die Aufnahme von Verhandlungen und zwischenstaatliche Kooperationen. Divergierende staatliche Präferenzen hingegen bewirken Konflikte zwischen Staaten, die wenig Raum lassen für wechselseitige Kooperationen“ (ebd.: 26).

Im Verständnis des Institutionalismus kommt es zu einer Verschiebung von Bedeutungen in der transnationalen Politik, da staatliche Einflussnahme zu Gunsten transnationaler Akteure abnimmt. „Internationale Beziehungen sind daher nicht auf Staaten bzw. Regierungen, internationale Organisationen oder den Weltmarkt beschränkt, sondern sie werden als Ergebnis von transnationalen Prozessen begriffen, an denen sowohl transnationale Unternehmen, transnationale politische Netzwerke als auch nicht-staatliche Organisationen unterschiedlichen Typs beteiligt sind“ (Lemke 2012: 27). Das Verständnis und die Inklusion einer Vielzahl von AkteurInnen, die auf das Internationale System einwirken, sowie eine prozessuale Betrachtungsweise, sind sicherlich Ansatzpunkte, die für die Erklärung von internationalen Organisationen dienlich sein können. Darüber hinaus wird die staatliche Innenpolitik als „black box“ geöffnet und innerstaatliche Machtverhältnisse werden sichtbar gemacht. Zudem erscheinen kompatible Präferenzen und gemeinsame Interessen förderlich für zwischenstaatliche Kooperationen zu sein. Kritisch ist jedoch anzumerken, dass dieses Theorieverständnis von einer größtmöglichen Übereinstimmung zwischen den PartnerInnen ausgeht, Kooperationen bzw. Zusammenschlüsse trotz gegenteiliger Interessen allerdings nicht erklären kann. Des weiteren werden Machtfaktoren wie wirtschaftliche, soziale oder sicherheitspolitische Komponenten gar nicht in die theoretischen Überlegungen mit einbezogen. Die Theorie des liberalen Institutionalismus hinterlässt somit ein unvollständiges, wenn auch auf der Akteursebene ausgeweitetes, Bild des Internationalen Systems.

3.3.1. Neo-Institutionalismus

Die Theorie des Institutionalismus geht davon aus, dass zuerst inter- oder supranationale Organisationen im globalen System vorhanden sein müssen, die Handlungsstrukturen vorgeben, bevor staatliche Handlungen zum Erhalt von Frieden gesetzt werden können bzw. Nutzen stiften. Dieses Prinzip des „function follows form“ kehrt den funktionalistischen Ansatz um (siehe auch Seite 36) und plädiert für die Schaffung von politischen Institutionen bevor

weitere Bereiche folgen. Institutionalistische Ansätze erklären Integration also vom Ausgangspunkt der Schaffung von Institutionen bzw. Strukturen her und begreifen gesellschaftliche Integration als diesen Ausgangspunkten nachgereiht. Eine Weiterentwicklung dieses Ansatzes erfolgte in Form des Neo-Institutionalismus, der internationale Institutionen als Indikatoren für die Interessen der beteiligten Staaten ansieht. Durch die Etablierung eben dieser Institutionen könnten Kosten gespart, Informationen, sowie Normen und Entscheidungsstrukturen für die Staaten zur Verfügung gestellt werden, die dann wiederum konstitutiv auf die Staaten einwirken (vgl. Filzmaier u.a. 2006: 81ff). Während in US-amerikanischen Organisationstheorien der Fokus vor allem auf ökonomische Institutionen wie Banken, Produktionsstätten oder sonstige Unternehmen gelegt, politische Eingriffe und Steuerungen als unbedeutend klassifiziert und Gesellschaft mit Ökonomie gleichgesetzt wurde, ist es ein Ziel des Neo-Institutionalismus eine Kontextualisierung von Organisationen und Gesellschaft zu erreichen und Verbindungen herzustellen. Das Handeln von Organisationen wird dabei im neo-institutionalistischen Verständnis durch gesellschaftlich genormte und teilweise auch reglementierte Erwartungen und Werte bestimmt. Diese beiden Faktoren sind wechselseitig konstituierend, beeinflussen sich also gegenseitig (vgl. Senge 2011: 14-19). Darüber hinaus kennt der Neo-Institutionalismus die Konstruktion eines organisationalen Feldes, innerhalb dessen sich Institutionen, Organisationen bzw. AkteurInnen eines gemeinsamen Bedeutungszusammenhangs bewusst sind. Dieses Bedeutungssystem wird durch (gesellschaftliche) Normen und Regeln geprägt, sodass diejenigen Organisationen, die diese übernehmen, an Legitimität gewinnen. Isomorphie, d.h. eine zunehmende Ähnlichkeit der Institutionen im Feld, ist eine mögliche Folge dieser Strukturanpassungsleistung (ebd.: 103; Meyer/Rowan 1977). Dem Staat wird in dieser Theorie eine große Bedeutung beigemessen, da politische Prozesse direkt auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse einwirken (ebd.: 105). Zusammenschlüsse von Staaten bzw. deren Kooperationen können durch die neo-institutionalistische Theorie im Rahmen eines organisationalen Feldes gefasst werden, das einen gemeinsamen Bedeutungszusammenhang aufweist. Die schrittweise Übernahme von (gesellschaftlich erwarteten) Strukturen durch Organisationen innerhalb dieses Feldes erklärt einerseits den Ursache-Wirkungs-Zusammenhang von Gesellschaft und Organisation und erhöht andererseits auch deren Legitimität. Kritisiert werden neo-institutionalistische Ansätze vor allem für ihre kausalen Erklärungen ohne Fremdeinflüsse genügend zu würdigen bzw. für die Vernachlässigung der Mikroperspektive, d.h. ohne beispielsweise innenpolitische Entscheidungsprozesse in ihrer Gestaltungsmacht näher zu beleuchten.

3.3.2. Interdependenzansatz

Eine Variante bzw. eine teilweise Erweiterung des Institutionalismus stellt der Interdependenzansatz dar. Weltwirtschaftliche Krisenerscheinungen wie der Zusammenbruch des Bretton Woods-Währungssystems Anfang der 1970er Jahre und die erste Ölkrise im Jahr 1973 in Kombination mit politischen Krisenerscheinungen – beispielsweise des Watergate-Skandals in den USA – hatten in den westlichen Industrienationen, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, in den USA, aber auch in Frankreich und Japan, zu Überlegungen hinsichtlich einer verstärkten zwischenstaatlichen Kooperation geführt (vgl. Spindler 2006: 94f). Diesen Entwicklungen wird im Interdependenzansatz Rechnung getragen: Die wachsende Verflechtung verschiedenster AkteurInnen im Internationalen System, das Aufkommen neuer AkteurInnen, wie beispielsweise multinationaler Konzerne oder NGOs, sowie deren Rolle im Internationalen System werden dabei in den Blick genommen. Die Welt wird als „dichtes Geflecht von Interaktionsbeziehungen verschiedener Akteure – internationaler, staatlicher und nicht-staatlicher – in unterschiedlicher Intensität und Qualität“ (Druwe 1995: 96) angesehen. Es erfolgt hierbei keine Ausdifferenzierung der AkteurInnen in Einzelpersonen, Organisationen, Unternehmen, Verbände, Staaten, trans- und internationale Organisationen, die Handlungsträger sind und im Internationalen System Rollen übernehmen. Abkommen, die geschlossen werden (zB Handelsabkommen), werden als interdependente Ereignisse mitsamt ihren direkten Auswirkungen auf AkteurInnen und vor allem auch auf Staaten wahrgenommen (vgl. Druwe 1995: 95-98).

Eine grundlegende Annahme des Interdependenzansatzes, so wie R.O. Keohane und J.S. Nye ihn beschreiben, ist die Annahme, dass Staaten zunehmend ihre Handlungsfähigkeit im politischen System auf Grund wechselseitiger Interdependenzen verlieren und somit auch nationale wirtschaftliche und politische Ziele in ein Abhängigkeitsverhältnis eingebunden sind (vgl. Spindler 2006: 97). Interdependenz wird dabei unter zur Hilfenahme des Kosten-Kriteriums definiert: „Dort, und nur dort, wo Interaktionen wechselseitig Kosten verursachen, liegt Interdependenz vor – wobei diese Kosten nicht notwendigerweise symmetrisch auf die in den Beziehungszusammenhang eingebundenen Akteure verteilt sein müssen“ (ebd.: 100). Die Autoren analysieren weiters, dass der Interdependenz-Ansatz durch folgende Annahmen geprägt ist: Staaten existieren nicht ohne Außenbeziehungen und interdependente Verstrickungen mit anderen AkteurInnen, die neben Staaten auch weitere einflussreiche „Player“ umfassen, wie zB globale Konzerne oder Banken. Weiters gibt es keine hierarchische Positionierung hinsichtlich politischer Ziele – unterschiedliche Politikfelder konkurrieren um Einfluss und werden nicht auf Grund ihres Machtfaktors als höherwertig eingestuft. Demnach wird auch militärische Macht als untergeordnetes Mittel zur Durchsetzung von Politik verstanden und steht somit den realistischen Ansätzen konträr gegenüber. Interdependenz

wird dabei als „intervenierende Variable“ angesehen, die zwischen „Macht“ als unabhängiger und den „Ergebnissen des politischen Prozesses“ als abhängiger Variable Einfluss nimmt. Das Feld der Internationalen Politik ist dabei vor allem durch „asymmetrische Interdependenzen“ geprägt, was bedeutet, dass Staaten je nach Politikfeld unterschiedliche Stärke- bzw. Schwächepositionen einnehmen, was auch Auswirkungen auf deren Kostenpositionen hat. Als Folge (und basierend auf rationalen Kosten-Nutzen-Überlegungen) werden Staaten versuchen aus diesen asymmetrischen Positionen Profit zu schlagen und interdependente Verknüpfungen (u.a. in internationalen Organisationen) als Machtquelle zu erschließen (vgl. Spindler 2006: 102-105).

Kritisch bleibt anzumerken, dass die Analyseebene des interdependenten Ansatzes trotz Verweis auf weitere außerstaatliche Einflussfaktoren bzw.-akteurInnen vor allem auf Staaten und das Internationale System gerichtet ist, und somit beispielsweise Einflussnahme oder Lobbying durch bestimmte Interessensgruppen nicht weiter in den Fokus genommen werden kann (vgl. Spindler 2006: 110). Letztlich bleiben auch Macht- und Herrschaftsstrukturen vom Theoriekonstrukt der Interdependenz unbeachtet, wenn oder gerade weil internationale Kooperationen als „problembereichsspezifisches Management“ verstanden werden (ebd.: 115f). Auch Überlegungen hinsichtlich rationaler Kosten-Nutzen-Überlegungen sind zu hinterfragen. Interessant ist jedoch die Annahme, dass asymmetrische Interdependenzen von den Staaten als Machtfaktor genutzt werden (können) um die eigenen Vorteile zu vergrößern. Die Frage ist hierbei, inwieweit Asymmetrien innerhalb eines Bündnisses Spaltungstendenzen produzieren (können) bzw. Kooperationen und Allianzen scheitern lassen.

3.3.3. (Neo-)Funktionalismus

In der politikwissenschaftlichen Literatur wird der (Neo-)Funktionalismus vielfach als Gegenspieler zum Institutionalismus dargestellt. Da die beiden Theorien jedoch die selbe Stoßrichtung, nämlich vermehrte Integration im Internationalen System, aufweisen und sie meines Erachtens nach im Kern nur durch unterschiedliche Herangehensweisen („top down“ versus „bottom up“) zu differenzieren sind, wird die Theorie des (Neo-)Funktionalismus in dieser Arbeit als Teil des Institutionalismus aufgeführt.

Die Erfahrungen zweier Weltkriege, sowie das Scheitern des Völkerbundes sind Bausteine, auf denen die Theorie des Funktionalismus fußt. So entstand der Gedanke, „dass friedenssichernde internationale Kooperation nicht durch einen politischen Entschluss der Staaten „von oben“ herbeigeführt werden könne, sondern „von unten“ aus der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf spezifischen Sachgebieten entstehen müsse“ (Conzelmann 2006: 146). Empirisch wird hierbei vor allem auf den europäischen Integrationsprozess, die Europäischen Gemeinschaften bzw. die Europäische Union

verwiesen (ebd.: 145ff). Die funktionalistische Theorie stellt sich dabei die Frage, wie Integration im Internationalen System erreicht werden kann, da globale Probleme nur durch vermehrte Integration lösbar sind. Globale Kooperationen stehen im Zentrum der Betrachtung (vgl. Druwe 1995: 105f). Diese Kooperationen sollten nach D. Mitrany zunehmend „unpolitischer“ werden, da politische Maßnahmen immer auch nationale bzw. ideologische Probleme mit sich brächten. Es geht also im Kern um eine aufgabenbezogene, also funktionale und technokratische, Bearbeitung von internationalen Problemen, die nicht von PolitikerInnen, sondern von auf dem jeweiligen Themengebiet ausgewiesenen ExpertInnen erfolgen soll. So soll ein immer dichter werdendes Netz aus gemeinsamen Aktivitäten gewoben werden, das Kooperation und eine „Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse“ forcieren soll (Conzelmann 2006: 148ff). Diese Ambitionen und Ansichten sind durchaus als normativ zu klassifizieren. Das Prinzip „form follows function“, das funktionalistischen Ansätzen eigen ist, inkludiert zudem die Weltanschauung, dass ein friedliches Neben- und Miteinander von Staaten möglich ist, wenn eine Verknüpfung von „Funktionen“ durch Staaten erfolgt. So können politische, soziale, kulturelle oder ökonomische Bindungen und Verflechtungen innerhalb des globalen Systems als friedensstiftende Elemente bezeichnet werden. Eine Institutionalisierung der Beziehungen erfolgt demnach aus der funktionalen Bearbeitung von Problemfeldern und ist dieser nachgereiht. Der Mensch wird in der Theorie des Funktionalismus als eher optimistisch, solidarisch und vor allem als lernfähig dargestellt. Er ist sich seiner „globalen Verantwortung“ bewusst und bildet ein Element neben Staaten, internationalen Organisationen und sonstigen Interessensgruppen (vgl. Filzmaier u.a. 2006: 80ff).

Die Weiterentwicklung des Funktionalismus in Form des (Neo-)Funktionalismus (vor allem durch E. Haas) legt den Fokus auf friedensstiftende Integrationsbestrebungen. Darüber hinaus werden Erklärungen gesucht, warum und wie Integrationsprozesse vertieft werden (können). „Konkret geht es darum, unter welchen Bedingungen ökonomische Integration zu politischer Kooperation und schließlich zu einer „politischen Gemeinschaft“ führen könnte“ (Conzelmann 2006: 151). Wirtschaftliche Kooperation ist demnach als Ausgangspunkt anzusehen, die durch „Spill-Over“-Effekte auf andere Sektoren übergreift und schließlich zu politischer Kooperation führt. Integration wird dabei als ein Prozess verstanden, der verschiedene idealtypische Entwicklungsstufen durchläuft, und seinen Endpunkt in einer supranationalen Gemeinschaft (im Sinne einer „political community“) findet. Ein „Automatismus“ dieser Stufen kann jedoch nicht angenommen werden. Integration wird dabei einem ökonomischen Verständnis folgend durch den Abbau von Handelshemmnissen beschrieben, aber auch aus politischer Perspektive betrachtet, die einen Transfer von Kompetenzen von der nationalstaatlichen Ebene auf eine supranationale Organisation oder Einheit vorsieht (vgl. Haas/Schmitter 1964: 710). Im Gegensatz zu rein funktionalistischen Vorstellungen wird hier politischen Integrationsbemühungen eine Schlüsselstelle eingeräumt, die zudem mit (staatlichen) Eliten

und Unternehmertum verknüpft wird. Weiters wird die Errichtung supranationaler Organisationen als entscheidend für Integrationserfolge gesehen (ebd.: 152-158).

Was die „Messannahmen“ des (Neo-)Funktionalismus anbelangt, so stellen diese ein Neuerung im Internationalen politischen System dar: So ist beispielsweise nicht die absolute militärische Macht oder industrielle Kapazität der Staaten essentiell, sondern das relative Gewicht dieser Dimensionen im Kontext und im funktionalen Zusammenhang der Kooperation. Weiters wird es als wichtig angesehen die Transaktionen zwischen den Staaten zu analysieren, wie etwa deren Handelsvolumina, Mobilitätsfaktoren, Kapitalflüsse,... Und schließlich sollte auch der gesellschaftliche Pluralismus und die Ähnlichkeit bzw. Unterschiedlichkeit, sowie die Werthaltungen der Eliten erfasst werden. So kommen Haas und Schmitter zu dem empirische Ergebnis, dass ein hoher Grad an Transaktion zwischen den Staaten vor der Unionsbildung, Ähnlichkeit in Größe und Machtkomponenten, ein hoher Grad an Pluralismus und komplementäre elitäre Vorstellungen sehr vorteilhaft für eine „rapid politization of economic relationships“ sind (vgl. Haas/Schmitter 1964: 711f). Eliten, die das Projekt während der verschiedenen Integrationsphasen vorantreiben, kommt eine Schlüsselrolle in den Integrationsbemühungen zu (ebd.: 727).

Kritisiert wird der Ansatz des (Neo-)Funktionalismus vor allem dafür, dass der Fokus zu sehr auf die Europäischen Gemeinschaften und die hochentwickelten und wirtschaftlich erfolgreichen westeuropäischen Staaten als „role models“ gelegt wird. Zudem würden nationale Interessen und Machtkomponenten in der Internationalen Politik unterschätzt und zu optimistische Annahmen vor allem „Interessenshomogenitäten“ von Staaten betreffend getroffen (vgl. Conzelmann 2006: 158f/168).

3.3.4. Regimetheorie

Regimetheoretische Grundüberlegungen gehen von einem „Netzwerk internationaler, aber vor allem zwischenstaatlicher Kooperationen“ aus. Staaten sind dabei die zentralen Akteure, die neben internationalen Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen Netzwerke bilden, um problemfeldspezifische Lösungen zu diskutieren. Regime sind per Definition in einem eher informellen Rahmen institutionalisiert und deshalb auch nicht mit der Erlaubnis zu eigenständigem Handeln ausgestattet. So gesehen sind nach R. Keohane Regime „Kooperationskatalysatoren“ (Zangl 2006: 129), also Anbieter von Verhandlungsrahmen, die Transaktionskosten senkend wirken und durch Kontrollmechanismen die kooperative Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Parteien forcieren. Ein weiterer wesentlicher Punkt, der vor allem in der internationalen Zusammenarbeit weitreichende Konsequenzen haben kann, ist der Aufbau von Vertrauen durch die Reduktion von Unsicherheit über das Verhalten der anderen AkteurInnen. Da Regime nicht rechtlich bindend sind, erfolgt die Bindungswirkung

auf einer Art „Selbstverpflichtung der Regime-Akteure“, die auf Kosten-Nutzen-Überlegungen bzw. Interessensabwägungen der Staaten basiert (vgl. Filzmaier u.a. 2006: 290-293). Diese Interessen werden im heutigen Regimetheorie-Verständnis nicht mehr als gegeben angenommen wie es noch in den Anfängen der Theorie unter Keohane der Fall war, sondern als wandelbare und durch argumentatives Handeln beeinflussbare, also konstruktivistische, Positionierungen verstanden (vgl. Zangl 2006: 141). Als wichtige Einflussfaktoren auf Kooperationen werden Aspekte wie die Interdependenzdichte, die Anzahl der Staaten im problemspezifischen Feld und die Machtverteilung genannt (ebd.: 132ff). Da Regime vor allem als informelle Institutionalisierungen auftreten und rechtlich keine Bindungswirkung haben, sind sie zwar nicht geeignet um bestehende (rechtlich bindende) Zusammenschlüsse zu erklären, könnten aber durchaus als Vorstufe hin zu einer formellen Zusammenarbeit wahrgenommen werden. Zunächst nur lose Kooperationen zwischen Staaten sind auch dazu geeignet Vertrauen aufzubauen, die – wenn erwünscht – vertieft und weiter formalisiert werden könnten. Zu kritisieren ist der Regimeansatz allerdings dafür, dass er seinen Fokus sehr stark auf Staaten, IGOs und INGOs richtet, also vor allem die politische Ebene betont, während ökonomische oder soziale Aspekte vernachlässigt werden.

3.4. Liberaler Intergouvernementalismus

Liberalen Theorieansätze, wie sie u.a. A. Moravcsik vertritt, gehen davon aus, dass staatliches Handeln aus gesellschaftlichen Strukturen und Interessen ableitbar ist und dass der Staat als „black box“ aufgebrochen werden muss (vgl. Schieder 2006: 176). In Moravcsiks theoretischen Überlegungen stehen Individuen als Ausgangspunkt gesellschaftlichen Handelns. Diese verhalten sich weitestgehend rational, zweckgerichtet und handeln nach ihren jeweiligen Präferenzen. Dabei ist zu beachten, dass Individuen und Gruppen keine identen Präferenzen ausbilden (müssen), sondern in einem fortlaufenden Wettbewerb konkurrieren. Das Verhalten eines Staates wird dabei als „Ausdruck der aggregierten Präferenzen gesellschaftlicher Akteure“ (Schieder 2006: 184) verstanden, die sich in einem ständigen Aushandlungsprozess befinden. Das „Streben nach Wohlfahrtsgewinnen“ und nicht nur die Ausweitung bzw. Sicherung von Macht und Sicherheit wird zum zentralen Antriebsmotor. Zwischenstaatlich kommt es nun auf kompatible bzw. konvergierende Präferenzen der Staaten an. Diese bestimmen, ob Verhandlungen oder Koalitionen erfolgsversprechend bzw. überhaupt möglich sind (vgl. Schieder 2006: 180-185). Was das Modell des liberalen Intergouvernementalismus anbelangt, das sich empirisch vor allem auf die Europäische Union und konkret auf wesentliche Vertragsverhandlungen stützt, werden die Staaten hierbei als „black boxes“ aufgelöst und ein sogenanntes „Principal-Agent-Modell“ eingeführt, das innenpolitische Entscheidungsprozesse erklären soll. Verschiedenste Interessensgruppen bringen ihre Anliegen und Präferenzen im nationalen Rahmen vor, die Regierungen entscheiden, welche

als relevant weiterverfolgt werden sollen, zwischenstaatliche Verhandlungen folgen und schlussendlich wird Souveränität abgegeben, weil eine Bindung an die Kooperationsverpflichtungen („credible commitments“) erfolgen soll (vgl. Schieder 2006: 192ff).

Kritisiert wird der Ansatz des Intergouvernementalismus vor allem dafür, dass die „Dynamik und das Eigeninteresse der europäischen Institutionen“ vernachlässigt wird, dass funktionale „Spill-over-Effekte“ als nicht relevant angesehen werden und dass vor allem ökonomische Interessen dominieren, während Sozialisierungs- und Lernprozesse verkannt werden (vgl. Schieder 2006: 196f). Darüber hinaus wird auch eine Nicht-Theoretisierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen kritisiert (ebd.: 204). Die trichterförmige Darstellung eines innenpolitischen Entscheidungsprozesses, der zu zwischenstaatlichen Verhandlungen und Bindungen führen kann, die Principal-Agent-Problematik, sowie die Priorisierung von „Wohlfahrtsgewinnen“ spiegeln jedoch meines Erachtens nach die Dynamiken des heutigen Internationalen Systems wider und können durchaus vielversprechend auf internationale Institutionsbildungen angewandt.

3.5. Konstruktivismus

„Konstruktivistische Ansätze nehmen an, dass die politische Welt sozial konstruiert ist. Daher stehen Akteure sowie deren Normen und Werte, und die Logik sozialen Handelns im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses (...) Ideen, Interaktionen und Intersubjektivität sind institutionelle Grundlagen der Konstruktion von Realität“ (Lemke 2012: 36).

Die Analyseebene des Konstruktivismus nach A. Wendt ist die systemische Ebene des Internationalen Systems, die an Hand von materiellen und immateriellen Faktoren genauer definiert bzw. erklärt werden soll. Drei zentrale Fragen dominieren den Theorieansatz des Konstruktivismus: Welches Konzept (bzw. welche Akteur-Struktur-Dimension) kann die Internationale Politik erklären? In Abgrenzung zum Neorealismus: Welchen Stellenwert hat Anarchie? Und darauf aufbauend: Worauf basiert das Handeln von Staaten? (vgl. Ulbert 2006: 414f). Sozialwissenschaftlich betrachtet ist „das Handeln von Akteuren immer in bestimmte Strukturen eingebettet“. Dieses Handeln kann entweder individualistisch an Hand der jeweiligen AkteurInnen oder strukturalistisch an Hand der Strukturen, in denen Handlungen stattfinden, erklärt werden. Das konstruktivistische Modell bedient sich des strukturellen Erklärungsansatzes: Die Struktur des Internationalen Systems lässt sich durch die „distribution of capabilities“ – also die Verteilung bestimmter Merkmale bzw. Ressourcen von Staaten – systematisieren, zeichnet sich durch eine wechselseitige Bedingtheit von Struktur und AkteurInnen aus und zeigt darüber hinaus konstitutiven Charakter. Strukturen wirken als „Spielregeln“ innerhalb derer sich die Akteure bewegen können (vgl. Ulbert 2006: 416f). Das Internationale System wird als soziales (und nicht als rein anarchisches) System verstanden,

in dem sich Staaten je nach Rollenverständnis als Feinde, Rivalen oder Freunde sehen (Normbefolgung und Kooperation spielen hierbei eine wichtige Rolle), deren Handeln sich nicht nur nach materiellen, sondern auch nach ideellen Überlegungen richtet (ebd.: 421ff). Auch deshalb spielt die Reputation von Staaten eine gewichtige Rolle und lässt diese im internationalen Staatensystem Normen und Regeln befolgen lässt, die sie als legitim erachten. „Ihr Handeln orientiert sich an intersubjektiv geteilten, wertgestützten Normen und dem, was als „angemessenes Verhalten“ verstanden wird“ (Friedrich u.a. 2011: 34).

Institutionen können in diesem Theorieansatz unmittelbar aus Normen und Ideen abgeleitet werden und „werden als Teil der sozialen Umwelt von Akteuren aufgefasst“ (Filzmaier u.a. 2006: 99). Staatliche Souveränität wird im konstruktivistischen Ansatz betont, genauso wie die verbindende und konstituierende Wirkung von Normen und Regeln auf die Akteurs-Struktur-Konstellation. Sprache und Kommunikation wird eine ebenso zentrale Rolle eingeräumt (vgl. Ulbert 2006: 428f). Konstruktivistische Ansätze sehen sich nicht als eigenständige Theorie der Internationalen Politik, sondern in Kombination bzw. in Auseinandersetzung mit dem Neo-Realismus oder dem liberalen Institutionalismus und verstehen sich in gewisser Weise auch als „via media“, also als Brückenbauer, zwischen den Beziehungen der Internationalen Theorien (vgl. Lemke 2012: 37; Ulbert 2006: 423f). Die „distribution of capabilities“ – also die (ungleiche) Ressourcenausstattung der einzelnen Staaten –, die wechselseitige Bedingtheit von AkteurInnen und Strukturen (also beispielsweise von Staaten und internationalen Organisationen), die Einteilung der Staaten in Feinde, Rivalen und Freunde, sowie die Betonung von Reputation als gewichtigem Faktor staatlichen Handelns sind Ergänzungen, die im Hinblick auf internationale Institutionen im Blick behalten werden sollten.

3.6. Spieltheorie

Spieltheoretische Überlegungen beruhen auf der „Analyse von bestimmten Entscheidungssituationen, in denen die eigene Entscheidung von den Entscheidungen anderer Akteure abhängt“ (Filzmaier u.a. 2006: 96). Kooperationen in Beziehungen werden analysiert und auf ihr „zweckoptimales Verhalten“ hin untersucht. Die Spieltheorie kann an Hand des „Gefangenendilemmas“ anschaulich illustriert werden: Zwei Gefangene (ohne Kommunikationsmöglichkeiten untereinander) sehen sich im Verhör folgenden Optionen gegenüber: 1. Beide schweigen: beide kommen frei. 2. Einer schweigt und einer belastet den anderen: der Schweiger wird (hart) bestraft, der Belaster wird belohnt bzw. kommt frei. 3. Beide belasten sich gegenseitig: Beide werden (weniger hart) bestraft. Das eigene Verhalten beruht maßgeblich auf Entscheidungen, die entweder maximalen Gewinn (Belohnung durch Belastung), maximalen Verlust (harte Bestrafung), Sicherheit (Freiheit für beide) oder geringeren Verlust (weniger Bestrafung für beide) versprechen. Das Abwägen der Handlungsalternativen ist entscheidend für die Gewinn- oder Verlustkalkulation. Das

Internationale System kennt hierbei folgende Spielvarianten: kooperatives Spiel mit bindenden Vereinbarungen, nicht-kooperatives Spiel, in dem sich die Akteure nicht an Vereinbarungen halten, Nullsummen-Spiel, in dem es in der Endabrechnung keinen Gewinner gibt, und das Nicht-Nullsummen-Spiel, in dem es Gewinner und/oder Verlierer geben kann (vgl. Filzmaier u.a. 2006: 96f). Das Nullsummen-Spiel entspricht dabei der realistischen Theorie, nach deren Verständnis Gewinn für einen Staat Verlust für den anderen bedeutet. Die Gründung und Etablierung von internationalen Organisationen bzw. Kooperationspartnerschaften lässt auf ein kooperatives Spiel mit bindenden Vereinbarungen schließen, in dem das eigene Verhalten das Verhalten der anderen bedingt und das eigene Verhalten vom Verhalten der anderen beeinflusst wird. Die Spieltheorie kann dabei auch als Ergänzung zu den „klassischen“ Theorien der Internationalen Politik herangezogen werden, da hier der Fokus im Wesentlichen auf Entscheidungssituationen gerichtet wird.

3.7. Ausgewählte kritische Sichtweisen der Internationalen Politischen Ökonomie

Die Ansätze und Weltbilder der im oberen Teil dargestellten „Mainstream“-Theorien der Internationalen Politik sind jedoch nicht unumstritten. So sind es vor allem postmoderne bzw. postpositivistische Ansätze, die die „klassischen“ Annahmen in Frage stellen, indem sie sich eine Dekonstruktion unhinterfragter Denkansätze, Gewissheiten und letztlich auch Identitäten zum Ziel haben. Diese Dekonstruktion ist es in weiterer Folge, die als Voraussetzung für politisches Handeln gesehen wird (vgl. Diez 2006: 468f). Es geht hier als nicht so sehr um das Analysieren bzw. Erklären eines Ursache-Wirkungszusammenhangs, wie es zum Großteil in den „Mainstream“-Theorien in Anlehnung an naturwissenschaftliche Forschungen erfolgt, sondern um das kritische Beleuchten von etablierten und verfestigten Diskursen und Strukturen mit all ihren Macht- und Herrschaftskomponenten. Die Theorien der IPÖ können dabei als Erweiterung bzw. als Ergänzung und kritische Impulsgeber verstanden werden, die das Internationale System in einer vielfältigen Weise darzustellen versuchen, indem sie einen Zusammenhang zwischen Politik und Ökonomie herstellen und gleichzeitig den Blick auf gesellschaftliche Auswirkungen richten. Als „Integrationswissenschaft“ (Wullweber u.a. 2014: 13) verweist die IPÖ zudem auf die zunehmende Vernetzung aller Lebens-, Politik- und Wirtschaftsbereiche innerhalb einer globalisierten Welt. Das Wechselspiel zwischen Politik, Ökonomie und (Zivil-)Gesellschaft wird hierbei vor allem auf Macht- und Herrschaftsverhältnisse und deren Auswirkungen bzw. wechselseitigen Bedingtheiten untersucht (vgl. Bieling 2011: 20).

„Neue Erkenntnisse und Wissensbestände mögen zwar auch daraus resultieren, dass die politischen Implikationen ökonomischer Entwicklungen im engeren Sinne - z.B. Haushaltsdefizite, Handelsbilanzen, Wechselkursrelationen etc. - erforscht werden. Kritisch-alternatives Wissen entsteht letztlich jedoch nur dann, wenn zugleich analysiert wird, wie sich

sozioökonomische Transformationsprozesse für unterschiedliche soziale Klassen bzw. Gruppen oder Regionen darstellen und wie sich die mit ihnen verbundenen Optionen, Probleme und Interessenlagen in der Zivilgesellschaft und im politischen System artikulieren“ (Bieling 2011: 52f).

Neo-gramscianische und feministische Ansätze sollen in dieser Arbeit die kritische Sichtweise repräsentieren, da sie meines Erachtens zentrale und essentielle Aspekte in Betracht ziehen, auf die in „klassischen“ Analysen nicht bzw. nur peripher eingegangen wird. So wird zum einen von einem hegemonialen Konsens innerhalb des Staates ausgegangen, der staatliche Herrschaftsstrukturen erklären kann, und zum anderen wird die Bedeutung des transnationalen Kapitals bzw. transnationaler Konzerne in den Blick gerückt. Eine Gender-Perspektive soll zudem die Überwindung der Priorisierung von „high politics“ über „low politics“ und deren gleichwertige Bedeutung für Analysen betonen.

3.7.1. Neo-Gramscianische Perspektiven

Ausgehend von einer Kritik an den bestehenden „Mainstream“-Theorien der Internationalen Politik bildeten sich in den 1980er Jahren die sogenannten neo-gramscianischen Perspektiven heraus, die basierend auf A. Gramscis Überlegungen die „Mechanismen bürgerlicher Herrschaft innerhalb westlicher Nationalstaaten zu erklären“ versuchen, transnationale Macht- und Herrschaftsstrukturen in den Blick nehmen und darüber hinaus eine „Kritik des globalen Kapitalismus“ in die Theoriebildung einfließen lassen (vgl. Bieler/Morton 2006: 354f). Der Begriff der Hegemonie ist im neo-gramscianischen Verständnis von großer Bedeutung. Er umfasst dabei nicht nur die gängigen Definitionen wie Vormachtstellung oder Dominanz von Staaten, sondern begreift „hegemoniale Strukturen als Produkt sozialer Prozesse“, die Macht- und Herrschaftsstrukturen durch einen „hegemonialen Konsens“ absichern (ebd.: 356f). Hegemonie wird nach R. Cox vor allem durch Produktionsverhältnisse bedingt, die nicht nur die materielle Produktion (wie zB Güter) umfassen, sondern auch Wissen, soziale Beziehungen, Moralüberlegungen oder Institutionen beinhalten. Soziale Kräfte (innerhalb des Staates) werden zu wichtigen AkteurInnen und Hegemonie wird im Sinne einer Klassenherrschaft verstanden. Der Staat wird somit „Ausdruck einer Form sozialer Beziehungen“, eine Kombination aus politischer und sozialer (Zivil-)Gesellschaft (auch als „integraler Staat“ bezeichnet), in dem sich sowohl Hegemonie als auch kapitalistische Strukturen finden lassen (ebd.: 360-363). Dem Ansatz des Neo-Gramscianismus ist eine implizite Zuspitzung auf Klassen- und Produktionsverhältnisse inhärent, deren Überwindung stark normativen Charakter aufweist. Weiters werden Ausbeutungsverhältnisse in den Fokus gerückt. So sind die internationale Umverteilung oder die Erschaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung erklärte Ziele (vgl. Bieling 2011: 43).

In den letzten Jahrzehnten konnte eine „Internationalisierung der Produktionsstrukturen“ festgestellt werden, die von transnationalen Konzernen durch die Ausnutzung unterschiedlicher Lohnniveaus bzw. Sozialsysteme in unterschiedlichen geographischen Regionen forciert und von staatlichen bzw. internationalen Organisationen (bzw. den entscheidenden Eliten) gefördert wurden. Die „strukturelle Macht des transnationalen Kapitals“ erfuhr somit einen Aufschwung. Das transnationale Kapital steht in Konkurrenz zu nationalen Einflusskräften und bringt eine Konfliktlinie zwischen Arbeit und Kapital auf transnationaler und nationaler Ebene mit sich. Ebenso kann nach R. Cox ein Wandel in der Rolle des Staates festgestellt werden: Diejenigen staatlichen Stellen, die die globale Ökonomie unterstützen (zB Zentralbanken oder Finanzministerien), erfahren eine Vorrangstellung und können als „Transmissionsriemen“ verstanden werden, „über den die nationalen und regionalen Ebenen an die neo-liberale Logik des kapitalistischen Wettbewerbs angepasst werden“ (vgl. Bieler/Morton 2006: 365ff). S. Gill setzt bei diesen Überlegungen an und verfeinert diese noch, indem er beispielsweise die Bedeutung einer „transnationalen Managerklasse“ (politische und ökonomische Eliten) stärker in den Vordergrund rückt und auch „transnationale Produktionsnetzwerke“, sowie den relativen Bedeutungsverlust nationaler Regierungen bei gleichzeitiger Involviertheit in die selbigen Prozesse aufzeigt. Im Kern geht es um eine neoliberale politisch-institutionelle Absicherung der „Marktdisziplin“ (Komponenten wie Effizienz oder Wettbewerbsfähigkeit sind dabei entscheidend) – was Gill als den „neuen Konstitutionalismus“ bezeichnet – und die damit verbundene Durchsetzung einer „Marktgesellschaft“. Regionale Integrationsprojekte wie die EU oder die NAFTA bzw. neoliberale Politiken internationaler Institutionen wie des IWF oder der WTO befördern der neo-gramscianischen Theorie zu Folge diese Entwicklung (vgl. Bieler/Morton 2006: 368f).

Kritisiert werden neo-gramscianische Überlegungen vor allem wegen der „Internationalisierung des Staates“ und dessen Rolle als „Opfer“ von globalen Gegebenheiten. Weiters werde zu sehr ein „Top-Down-Ansatz“, also eine Übertragung vom Globalen zum Nationalen, vertreten und zu wenig auf Wechselwirkungen bzw. eine eventuell aktive Rolle des Staates in eben diesen Beziehungen Bezug genommen (vgl. Bieler/Morton 2006: 372f). Die Betonung der Wirkmächtigkeit des transnationalen Kapitals und dessen Einflussmöglichkeiten in internationalen und nationalen Institutionen, sowie das Aufzeigen des Wandels staatlicher Politik hin zu einer Zuarbeiterin zur Marktlogik sind jedoch Aspekte, die eine Analyse internationaler Organisationen und deren Ambitionen beinhalten sollte.

3.7.2. Feministische Ansätze

Feministische Ansätze betonen im Zusammenhang mit der Internationalen Politik, dass „ das neorealistische Theoriegebäude, in dessen Zentrum die Annahmen einer anarchischen Struktur des Internationalen Systems sowie rational handelnder staatlicher Akteure stehen,

sich als geschlechtsneutral präsentiere, implizit aber auf einem männlich definierten Weltbild aufbaue“ (Finke 2006: 502f). Diese sogenannten androzentristischen Annahmen bedienen sich vorrangig männlichen Interessen und Maßstäben, sind dementsprechend hochgradig exklusiv und einseitig und verdrängen weibliche Lebenswelten ins Private, das als nicht politisch und dementsprechend als nicht politisch relevant angesehen wird (ebd.: 503). Feministische Kritik greift vor allem das vorwiegende Interesse an Außenpolitik und die mangelnde Relevanz von Innenpolitik auf: So sind die meisten Theorien an dem nach außen Sichtbaren (also der Außenpolitik) interessiert, während das Innere (die Innenpolitik bzw. aus einem geschlechterspezifischen Blickwinkel auch das „unpolitische“ Private) als nicht weiter relevant eingestuft wird (ebd.: 513). Es gilt eine Überwindung der Trennung von „high politics“ (männlich konnotiertem Sicherheitsdenken) und der angeblich weiblichen Gedankenwelt (Erhaltung des Friedens) zu erreichen (ebd.: 517). Aufgegriffen wurden diese Anregungen teilweise in der Regimetheorie, die Kooperation als „ability to act in concert“ (Finke 2006: 521) auch in Politikfeldern abseits der männlich dominierten Sicherheitspolitik untersucht und Empathie oder die gegenseitige Verpflichtung von Staaten analysiert und damit auch feministische Standpunkte mit einschließt. Problematisch an diesem Zugang ist jedoch wiederum die Zuschreibung von typisch weiblichen und männlichen Eigenschaften, die im überwiegenden Verständnis der Genderforschung überwunden werden sollte.

3.8. Überlegungen hinsichtlich der Anwendbarkeit der Theorien auf Kooperationen und Staatengebilde wie die BRICS

Die Anwendbarkeit der „ältesten“ klassischen Theorien – gemeint sind die Theorien des Idealismus, des Realismus bzw. dessen Weiterentwicklung in Form des Neo-Realismus – ist für Staaten der heutigen Weltordnung durchaus (immer noch) gegeben, wenn auch mE nach mit abnehmender Tendenz. Idealistische Zielsetzungen, die Friedenserhalt sichern sollen, sind gerade auch auf, wie auch immer geartete, Zusammenschlüsse bzw. Kooperationen von Staaten anwendbar, die Vorstellung, dass sich diese Ideale gleichsam im Sinne einer Welt- und Wertegemeinschaft verfestigen lassen, muss jedoch vom heutigen Standpunkt aus betrachtet verworfen werden. Auch werden idealistische Zielsetzungen gerne in Statements verwendet um eine positive Außenwirkung zu erzielen, werden dann jedoch in realpolitischen Handlungen und Entscheidungen häufig konterkariert. Realistische Ansätze sind vor allem auf Einzelstaaten fokussiert und versuchen deren Handlungen auch und vor allem unter machtpolitischen Überlegungen zu erklären. Die Nutzenmaximierung einzelner Staaten und die Verfolgung sicherheitspolitischer, d.h. überwiegend militärischer, Ziele wird heute durch wirtschaftliche Verflechtungen im Rahmen der Globalisierung überlagert und scheint auch langfristig nicht erfolgreich zu sein, da Reziprozitätsbeziehungen die Staaten in ein Geflecht aus wechselseitigen Abhängigkeiten einbinden. Ebenso können mE nach zumindest drei

Machtzentren (nach wie vor die USA, China und der asiatisch-pazifische Raum und in Teilen auch die Europäische Union) in der globalisierten Welt ausgemacht werden, was der realistischen Annahme der Anarchie des globalen Staatensystems widerspricht. Trotzdem ist es so, dass einzelne Staaten zwar in das globale Netzwerk eingebunden und auch weitestgehend von anderen Staaten abhängig sind, machtpolitische Ambitionen jedoch evident sind (siehe beispielsweise das momentane Vorgehen Russlands im Krim-Konflikt mit der Ukraine). Fruchtbarer anwendbar für Staaten, die zwar auch militärisches Drohpotenzial anwenden, wirtschaftliche Überlegungen jedoch dominieren bzw. zumindest gleichwertig erscheinen, ist die Theorie des Neo-Realismus, da hier Kooperationen als notwendig erachtet werden, allerdings über eine Basiszusammenarbeit nicht hinausgehen. Die Fokussierung auf die einzelnen Nationalstaaten und hier vor allem auf deren Außenpolitik bleibt weiterhin bestehen. Durch diese Theorie lässt sich also wiederum nur das Vorgehen einzelner Staaten annähernd erklären (mit Fokus auf deren Außenpolitik bzw. wirtschaftliche Überlegungen), eine Kooperation, die ambitioniertere Ziele, wie beispielsweise die Errichtung einer wirtschaftlichen, politischen oder sonstigen Union (EU) oder einer Entwicklungsbank – wie von den BRICS geplant –, verfolgt, kann allerdings nicht hinreichend erfasst werden.

Klassische Integrationstheorien, wie Institutionalismus oder Funktionalismus, gehen zum einen von einer ambitionierten und angestrebten Vertiefung der Beziehungen zwischen den Kooperationspartnern aus und sind zum anderen durch „Spill-Over“-Effekte gekennzeichnet. Beide Theorien betonen die Wichtigkeit von internationalen Organisationen bzw. Institutionen und inkludieren auch (mögliches) Gewinnpotenzial für alle an der Zusammenarbeit beteiligten Staaten. Hauptsächlich unterscheiden sich die beiden Integrationstheorien in der Herangehensweise, also ob zuerst Institutionen errichtet werden und dann die funktionale Zusammenarbeit erfolgt oder ob zuerst funktional zusammengearbeitet wird und diese Kooperationen dann durch Institutionalisierung verfestigt werden. Des weiteren sind hier auch – in einem fortgeschrittenen Stadium – die Übertragung staatlicher Kompetenzen an supranationale Institutionen vorgesehen (vor allem im Neo-Funktionalismus). Diese klassischen Integrationstheorien sind sehr gut geeignet bestehende Kooperationen und Institutionalisierungen wie beispielsweise die Europäische Union zu erklären, stoßen jedoch bei einer Anwendung hinsichtlich loser Kooperationen wie beispielsweise der BRICS an ihre Grenzen. Das Nicht-Vorhanden-Sein einer Vertiefungsabsicht, die nur sporadische funktionale Zusammenarbeit in sehr spezifischen Teilbereichen und die Teil-Institutionalisierung des Bündnisses, d.h. die Etablierung von gemeinsamen Gipfeln bzw. die Planung einer Entwicklungsbank, allerdings ohne Verfestigung im Sinne eines Parlaments, eines Rates oder ähnlichem, lässt die Anwendbarkeit der Integrationstheorien nur partiell zu. Regime können für die Erklärung des BRICS-Bündnisses deshalb ausgeschlossen werden, da diese nur informell auftreten und keine rechtliche Bindungswirkung haben, was im Falle der BRICS aber

durchaus gegeben ist (inklusive formeller Ausrichtung). Die Fokussierung auf innenpolitische Prozesse, die dann als staatliches Aggregat zwischenstaatliche und kooperative Handlungen auslösen, ist dem Theoriekonstrukt des Intergouvernementalismus inhärent, das implizit auch von einer bereits vorhandenen Institutionalisierung und einer freiwilligen Abgabe von Souveränität ausgeht. Auch diese Annahme kann nicht auf die BRICS bezogen werden, zumal auch – vorgegeben durch die Analyseebene – das Hauptaugenmerk vor allem auf innerstaatliche Prozesse gelegt wird, wodurch keine Erklärung für lose Kooperationen zwischen Staaten angeboten werden kann. Konstruktivistische und auch spieltheoretische Überlegungen sind als Ergänzungen zu den klassischen Theorien zu sehen, da sie das große Ganze bzw. Fokussierungen auf Teilaspekte anbieten. Definitiv sind die BRICS als konstruktivistisches Konstrukt zu verstehen, in dem die einzelnen AkteurInnen im Rahmen ihrer Möglichkeiten und je nach Ressourcenausstattung agieren. Auch die Integration von ideellen Werten und die Betonung von Reputation und internationalen Normen sind gewichtige Elemente, die Teilaspekte des Bündnisses annähernd erklären können. In Kombination mit spieltheoretischen Überlegungen und hier vor allem fokussiert auf kooperative Spiele mit bindenden Vereinbarungen kann möglicherweise ein eigenständiger Theorieansatz (siehe Conclusio Seite 122) generiert werden.

Was die kritischen Sichtweisen der IPÖ anbelangt, so betrachten diese staatliche Strukturen mit einem umfangreicheren Blick und umschließen somit auch die zunehmende politische, wirtschaftliche, aber auch gesellschaftlich-kulturelle Vernetzung von Staaten, richten ihren Blick hauptsächlich aber auf innerstaatliche Konsensfindung im Rahmen ihres Hegemoniekonzepts. Was für Staatenverbünde wie die BRICS jedoch durchaus fruchtbar anwendbar scheint, ist die zunehmende Bedeutung des transnationalen Kapitals und dessen Einfluss auf staatliche, außenpolitisch relevante Entscheidungen wie wirtschaftliche, politische oder anderweitige Kooperationen. Feministische Ansätze sind für Gebilde wie die BRICS nur bedingt anwendbar, da sie zwar normativ eine hohe Wertigkeit – gerade was das Gleichgewicht zwischen Innen- und Außenpolitik angeht – besitzen, jedoch die besonderen Kooperationsformen, wie die BRICS, auch nicht erklären können. Die kritischen Ansätze sollen im Folgenden bzw. im Rahmen der Hypothesentestung ergänzende Impulse liefern und zur Generierung eines Theorieansatzes beitragen, können als eigenständige Theorien jedoch, genauso wie die klassischen Theorien, Gebilde wie die BRICS nicht ausreichend theoretisch fassen.

4. Die BRICS-Staaten

Die Bezeichnung BRIC(S) (ein Akronym für die Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) geht auf das US-amerikanische Investmentbanking-Unternehmen Goldman Sachs zurück, das 2001 zunächst die BRIC-Staaten (also ohne Südafrika) als zukünftige potenziell gewinnversprechende Investmentländer definierte und so den Begriff „BRIC“ implementierte. Unter dem Titel „Building Better Global Economic BRICs“ (vgl. O'Neill 2001) veröffentlichte Analyst Jim O'Neill ein Paper, das das (zukünftige) Gewicht der BRICs in der Weltwirtschaft sehr optimistisch zeichnete. Die Dominanz der drei Welthandelszentren (Nordamerika, Europa und Ostasien) – auch als Triadisierung bezeichnet – wird heute auch durch die Entwicklungen der Schwellenländer und durch den wirtschaftlichen Aufschwung Chinas zunehmend in Frage gestellt: „Die fünf unter dem Begriff der BRICS-Staaten zusammengefassten Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, von denen vier sogenannten Schwellenländern angehören, zeigen überdurchschnittliche Wachstumsraten und relativ stabile Wirtschaftsdaten“ (Lemke 2012: 50). Dies und die Tatsache, dass diese Staaten rund 40 Prozent der Weltbevölkerung umfassen und einen 26%-igen Anteil (2013) am weltweiten BIP haben, macht sie zu potenziellen „Big Playern“ im globalen wirtschaftlichen, aber auch politischen System. Über den Ausbau der Binnenwirtschaften und die Entwicklung der Exportfähigkeit in Kombination mit vermehrten Liberalisierungs- und Deregulierungstendenzen gelang es den BRIC(S)-Staaten spezifische Wettbewerbsvorteile zu generieren: Brasilien im Bereich der Landwirtschaftsproduktion („Plantage der Welt“), Russland im Bereich von strategischen Rohstoffen („Rohstofflager der Welt“), Indien im IT- und Dienstleistungsbereich („Büro der Welt“) und China in der verarbeitenden Industrie („Werkbank der Welt“). Hohe Devisenreserven, eine strategisch wichtige Positionierung als Rohstofflieferanten, stabile Währungen, politische Stabilität, darüber hinaus hohe Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstumsraten und entwickelte Kapitalmärkte, ließen die BRIC(S)-Staaten zu einem gefragten Investitionsstandort werden (vgl. Heese 2009: 13f). Was als vielversprechende Anlagegegend mit Gewinnpotenzial vornehmlich ökonomische Interessen widerspiegelte, entwickelte sich im Laufe der Jahre zunehmend zu einem auch politisch erwünschten Prozess der gemeinsamen Koordination verschiedener (Politik-)Felder von Seiten der BRIC(S)-Staaten.

Die BRICS-Staaten weisen zum einen (zumindest teilweise) Ähnlichkeiten in den Bereichen Größe des Staatsgebiets, Bevölkerungszahl oder Wirtschaftswachstum auf, zum anderen unterscheiden sie sich auch in grundlegenden – vor allem ökonomischen – Ausrichtungen: So ist Brasilien vor allem auf den inländischen Dienstleistungssektor fokussiert, Russland sehr abhängig von Energie- und Rohstoffressourcen, Indien dienstleistungsorientiert in Kombination mit Exporten und Chinas Wachstum ist vor allem dem Export von Waren und

Investitionstätigkeiten zu verdanken (vgl. Ghosh u.a. 2009: 1). Was den BRICS-Staaten jedoch gemein ist, ist, dass sie regionale „Hubs“ darstellen, die starken und wachsenden Einfluss auf ihre Nachbarstaaten ausüben (können). Sie stehen teilweise allerdings auch in Wettbewerb zueinander, vor allem wenn es um Profitchancen in den betreffenden Regionen geht (hier sind vor allem China, Indien und Brasilien in Konkurrenz miteinander zu sehen). Gleichzeitig kann eine sehr starke internationale Orientierung dieser Staaten wahrgenommen werden, die sich vor allem um das internationale Image und den Status in einer globalisierten Welt dreht (G8/G20-Gipfel, UN, IWF). Die Dominanz eines Staates kann hierbei sehr schnell zu Verlusten bei anderen führen (beispielsweise Chinas dominante Stellung im Bereich der Fertigung zu Lasten Indiens) (vgl. Shaw u.a. 2007: 1264). Die Rolle des Staates ist in allen BRICS-Ökonomien substantiell, während Maßnahmen bezüglich Regulierungsqualität, Gesetzeinhaltung, Korruptionsverfolgung oder politischer Stabilität eher gering sind. Die BRICS-Staaten sind jedoch als wichtige regionale Großmächte zu sehen und in bestimmten Bereichen durchaus auch „Global Player“: So hat Brasilien vor allem im Bereich Biotreibstoff, Russland im Energiesektor, Indien im IT-Sektor und China im verarbeitenden Sektor eine Vorreiterrolle. Darüber hinaus wachsen die BRICS-Ökonomien schneller als bereits voll entwickelte Ökonomien, was allerdings auch einem Aufholprozess zuzuschreiben ist (vgl. Ghosh u.a. 2009: 67). Was den Zusammenhalt der BRICS-Staaten angeht, kann durchaus eine Konvergenz von Entwicklungsstrategien und –plänen wahrgenommen werden: So plant Brasilien eine stärkere Exportorientierung und eine staatlich gesteuerte Industriepolitik, Russland eine größere industrielle Diversifikation und Erleichterung von Investments, Indien die Entwicklung anderer Sektoren neben dem Dienstleistungssektor und höhere Infrastrukturausgaben und China verfolgt eine Abwendung von der vor allem Exportorientierten hin zu einer Binnenmarkt-orientierten Wirtschaft und dem Abbau der Dominanz des Produktionssektors. Allen BRICS-Staaten gemein ist das Ziel ihre industriellen Strukturen aufzubessern und mit Mehrwert, vor allem mit High-Tech-Produkten, auszustatten. Eine Erhöhung der Forschungsausgaben ist daher unerlässlich. Diese Ambitionen werden auch von staatlichen Stellen bzw. Programmen gefördert (vgl. Ghosh u.a. 2009: 68).

In dieser Masterarbeit sollen auch die jüngsten Entwicklungen auf Grund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise (seit 2007/08) nicht unberücksichtigt bzw. unerwähnt bleiben. Deren Auswirkungen sind jedoch noch nicht in Gänze abschätzbar, deshalb sind die folgenden Überlegungen erste Annäherungen, aber keine Gewissheiten. Auf Grund der mangelnden Einbindung des Finanzsektors in den internationalen Markt und größtenteils staatlichen Banken und Finanzinstituten ohne globale Ambitionen sind die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen als gering anzusehen. Die globale Krise hatte jedoch Effekte auf die nationalen Börsen und brachte einen Rückgang der Direktinvestitionen in Kombination mit Kapitalflucht mit sich. Zudem konnte ein Rückgang der Nachfrage im Bereich des Außenhandels, des

Binnenkonsums, der innerstaatlichen Investitionstätigkeiten und somit auch auf die soziale Ebene (vor allem durch Arbeitsplatzverluste) festgestellt werden. Abgefedert wurden diese Effekte teilweise durch staatliche Maßnahmen: In Brasilien beispielsweise griffen die staatlichen sozialen Sicherungssysteme. Zudem wurden Konjunkturpakete beschlossen, die antizyklisch, d.h. keynesianisch, ausgerichtet waren und Leitzinssenkungen, die Vergabe von günstigen Krediten zu Investitionszwecken und die Erhöhung von Mindestlöhnen und Sozialausgaben vorsahen. Diese Maßnahmen werden in der Literatur als durchaus erfolgreich für die Regierung (zuerst Lula, dann Rousseff) und die nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik beschrieben. Indien reagierte relativ spät, beschloss dann auch Konjunkturpakete, die vor allem den Unternehmen, also der Angebotsseite, zu Gute kamen und senkte die Leitzinsen. Diese „begrenzten Stabilisierungsinterventionen“ (Schmalz/Ebenau 2013: 52) sind auch Indiens Ausrichtung vor allem auf den Export und die Liberalisierung des Kapitalverkehrs geschuldet. In China wurden Konjunkturpakete vor allem in Kombination mit Infrastrukturprojekten beschlossen. Darüber hinaus wurden auch hier die Zinsen gesenkt, staatliche Kreditvergaben ausgeweitet und nachfrageseitige Interventionen getätigt. Allerdings muss für China vermerkt werden, dass die Bekämpfung der Wirtschaftskrise auch mit Problemen im Bereich der Inflation einherging, ebenso wie es zu einer Erhöhung der Verschuldung sowohl des Staates als auch der Kommunen gekommen ist und auch eine mögliche Immobilienblase durch Infrastrukturmaßnahmen verursacht wurde (vgl. Schmalz/Ebenau 2014: 49-53). Dramatischer und auch noch nicht gänzlich abschätzbar waren die Auswirkungen durch die Euro-Krise, die Ende 2011 auch die BRICS-Staaten erfasste: In Brasilien führten starke Kapitalzuflüsse zu einer Aufwertung des Real und damit einer Verteuerung der Exporte. Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit waren die Folge. Diese Situation wurde zudem durch die sinkende Nachfrage aus dem Euroraum und somit sinkenden Exporten weiter verschärft. Weitere vor allem Binnenmarkt-orientierte Konjunkturpakete wurden beschlossen. Indien verspürte einen Rückgang bei Investitionen und versuchte durch Sparmaßnahmen gegenzusteuern. Anders als Brasilien setzt Indien jedoch weiter auf eine Ankurbelung der Außenwirtschaft. China verzeichnete ebenso einen massiven Rückgang der Exporte, was durch weitere Konjunkturmaßnahmen und vermehrte Infrastrukturinvestitionen ausgeglichen werden sollte. Diese Entscheidungen könnten allerdings die Bildung einer möglichen Immobilienblase weiter verschärfen (ebd.: 53ff).

4.1. Brasilien

Brasilien wird zunehmend auch im globalen Kontext als „key emerging world economic power“ (Ghosh u.a. 2009: 3) wahrgenommen, denn das südamerikanische Land ist nicht nur das fünftgrößte der Welt - sowohl was die Fläche (8.5 Millionen km²) als auch was die Bevölkerung (geschätzte 194 Millionen im Jahr 2011) anbelangt -, sondern ist auch die siebtgrößte Volkswirtschaft der Welt (gemessen am BIP in USD) (vgl. Busch 2011: 293). Des Weiteren hat Brasilien auf dem südamerikanischen Kontinent eine Vormachtstellung inne, die das Land auch regionale Kooperationen, wie beispielsweise den Mercado Común del Sur (Mercosur), den gemeinsamen Markt Südamerikas, dominieren lässt.

4.1.1. Politische Dimension

Der Unabhängigkeit Brasiliens vom Kolonialherrn Portugal im Jahre 1822 folgten Zeiten des Kaisertums, der Ersten Republik (1891) und der Militärdiktatur (1964). Erst 1985 wurden freie Wahlen zugelassen und demokratische Strukturen etabliert. Brasilien ist heute eine föderale demokratische Republik bestehend aus 26 Bundesstaaten und einem föderalen Distrikt, die überwiegend stabile politische Verhältnisse und entwickelte politische Institutionen aufweist. Brasiliens (erste weibliche) Präsidentin Dilma Vana Rousseff (im Amt seit 01.01.2011) agiert gleichzeitig als Staats- und Regierungschefin und gehört der sozialdemokratischen Partido dos Trabalhadores (Arbeiterpartei) an. Innenpolitisch ist das brasilianische politische System – mit Ausnahme der Großparteien Partido do Movimento Democrático Brasileiro (demokratische Partei) und der Arbeiterpartei (PT) – durch schwach etablierte, inhaltlich wenig prägnante und eine Vielzahl an kleinen Parteien gekennzeichnet. Dies erschwert Beschlüsse und verlangsamt Entscheidungen. Die brasilianische Außenpolitik der letzten Jahre kann im Gegensatz dazu als sehr aktiv beschrieben werden. Brasilien sieht sich in außenpolitischen Belangen als Repräsentant der „emerging countries“ und als Verteidiger ärmerer, vor allem afrikanischer, Länder. Brasilien ist auch unter den G-20 Mitgliedsstaaten vertreten, der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer. Was die Rolle Brasiliens im südamerikanischen Umfeld betrifft, so nimmt das Land eine führende Rolle innerhalb des Mercosur (des gemeinsamen Marktes der südamerikanischen Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay) ein. Brasiliens außenpolitische Strategie inkludiert auch die Etablierung von starken Verbindungen zu anderen regionalen Großmächten vor allem innerhalb des BRICS-Verbundes, aber auch zu arabischen oder afrikanischen Ländern und gleichzeitig ausgeglichenen Beziehungen zur Europäischen Union und zu den USA (vgl. Ghosh u.a. 2009: 3f). Diplomatie und Überlegungen hinsichtlich „soft power“ spielen in Brasiliens Außenpolitik eine gewichtige Rolle. „Die brasilianische Diplomatie gründet ihren Führungsanspruch in der Region auf dem Konzept einer demokratischen und konsensualen Hegemonie ohne Ausübung von Gewalt“ (Brand u.a. 2014: 408). Der „Vorrang von

Demokratie, sozialer Gerechtigkeit, Legitimität und des internationalen Rechts“ sind wichtige Eckpfeiler der außenpolitischen Ambitionen Brasiliens (ebd.: 408).

4.1.2. Ökonomische Dimension

Die ökonomische Entwicklung Brasiliens ist durch ambivalente Phasen gekennzeichnet: Nach einer Phase des „brasilianischen Wunders“ in den 1970er Jahren mit stabilem Wirtschaftswachstum, folgte in den 1980er Jahren eine Periode makroökonomischer Volatilität kombiniert mit Hyperinflation und einer externen Schuldenkrise (hohe Auslandsverschuldung und Leistungsbilanzdefizite) – bezeichnet auch als die sogenannte „verlorene Dekade“ –, die auch noch zu Beginn der 1990er Jahre ihre Fortsetzung fand. Im Jahr 1994 jedoch wurde der „Plano Real“ beschlossen, der eine kontrollierte Inflation und eine Kopplung des Real an den US-Dollar mit sich brachte.

„Getragen wurde dieser Kurswechsel einerseits von internationalen Akteuren wie den ausländischen Kreditgebern - Großbanken, IWF und Weltbank – und den in Brasilien aktiven TNKs [Transnationale Konzerne, Anm. SD]. Andererseits stützte aber auch innerhalb Brasiliens eine recht breite Allianz von Kräften - das Finanzkapital, die exportorientierten Fraktionen des Industriekapitals, die Oberschichten und Mittelklassen sowie Teile der Arbeiterklasse - den „Plano Real“, da dieser die Inflation erfolgreich begrenzte, die Kaufkraft kurz- und mittelfristig steigerte und den Kapitalimport förderte“ (Bieling 2011: 229f).

Allerdings brachte diese Kopplung an den USD eine Abwertung der Währung mit sich und führte in Kombination mit einer lockeren Fiskalpolitik zu einer Verschlechterung der Handelsbilanz, was im Jahr 1999 zu einer Zahlungsbilanz-Krise führte. In Zusammenarbeit mit dem IWF wurden daraufhin strukturelle Reformen beschlossen, die einen variablen Wechselkurs, eine Inflationsobergrenze und eine strikte Fiskalpolitik beinhalteten. Durch diese Zusammenarbeit mit dem IWF, sowie durch Kredite der Weltbank, wurde auch eine Abhängigkeit von diesen Institutionen generiert, die in weiterer Folge auch die Ausrichtung der nationalen Wirtschaftspolitik auf Deregulierung und Liberalisierung mit sich brachte (vgl. Bieling 2011: 229). Die niedrigere Inflationsrate brachte in weiterer Folge auch eine Reduktion der Zinssätze mit sich, was Auswirkungen auf Kredite bzw. deren Vergabe hatte. Der einsetzende Kreditboom – kombiniert mit Sozialprogrammen unter der Regierung Lula (2003-2011) – erhöhte nicht nur die Kaufkraft der Mittelschicht, sondern auch der ärmeren Bevölkerung Brasiliens. Eine Erhöhung der Staatsausgaben vor allem durch Investitionstätigkeiten und Sozialprogramme in Kombination mit erhöhter externer Nachfrage nach brasilianischen Produkten und deren steigenden Preise am Weltmarkt, also erhöhte Exportquoten, trugen wesentlich zum stetigen BIP-Wachstum bei (vgl. Ghosh u.a. 2009: 6). Die Außenöffnung Brasiliens inklusive Privatisierungen erfolgte bereits unter Präsident Collor de Mello 1989 und bewirkte zusammen mit dem „Plano Real“ 1994 eine „Vertiefung des

Neoliberalisierungsprozesses“ in Brasilien. Seit dem Jahr 2003 unter der Regierung Lula erfolgte ein „schrittweiser Kurswechsel zu einem sozialdemokratischen Modell“ (Schmalz/Ebenau 2014: 46), das vermehrt soziale Transferleistungen vorsieht. Die staatlichen Investitionsleistungen in Infrastruktur sind allerdings als gering einzustufen (vgl. Ghosh u.a. 2009: 8).



Abbildung 3: Brasiliens Wirtschaftssektoren 2011
(Quelle: Brics (2013) bzw. eigene Darstellung)

Brasiliens Wirtschaftssektoren zeigen ein in der globalisierten Welt übliches Muster. Im Zeitverlauf (2000-2011) haben der primäre und der sekundäre Sektor teils massiv an Anteilen verloren, während der tertiäre Sektor seinen Anteil vergrößern konnte. Diese Entwicklung ist umso bemerkenswerter, da Brasilien mit seinen Agrarprodukten und deren Export ein wichtiger Lieferant für die Weltwirtschaft ist. Im Jahr 2011 betrug der Anteil des primären Sektors nur noch 5%, der des sekundären Sektors 28% und der des tertiären Sektors

bereits 67% an der gesamten Wirtschaftsleistung. Das durchschnittliche jährliche BIP-Wachstum Brasiliens im Zeitraum 2000 – 2007 betrug 3,4%, im Jahr 2008 sogar 5,2%. Stabiles Wachstum, Handelsüberschüsse und wachsende Exportraten haben zu dieser positiven Entwicklung beigetragen. Exportgüter sind dabei vor allem landwirtschaftliche Erzeugnisse, Fleisch, Transportgüter (vor allem Automobil- und Flugzeugausstattungen), Eisen und Stahl. Produktivitätssteigerungen haben Brasilien zu einer globalen Macht im landwirtschaftlichen Bereich werden lassen. Darüber hinaus ist Brasilien Lateinamerikas größter Energiekonsument mit ca. 20% des regionalen Verbrauchs, dessen Energie-Mix einer der saubersten der Welt ist, da vor allem Energie durch Wasserkraft konsumiert wird (vgl. Ghosh u.a. 2009: 4f). Was Innovationen anbetrifft, ist Brasilien ein gespaltenes Land. Generell ist die Innovationsrate niedrig, in High-Tech-Sektoren wie der Luftfahrt nimmt Brasilien allerdings den dritten Rang im internationalen Vergleich ein. Außerdem ist Brasilien der zweitgrößte Exporteur von Ethanol und der technologische Spitzenreiter in dieser Branche (ebd.: 10).

Im regionalen Verbund ist Brasilien ein gewichtiger Teil des Mercosur, der seit der Gründung im Jahr 1991 einen gemeinsamen südamerikanischen Handelsraum mit den Staaten Argentinien, Paraguay, Uruguay und seit 2012 auch Venezuela umfasst. Die

Kooperationsgemeinschaft beheimatet 265 Millionen Menschen und verzeichnet ein gemeinsames BIP von annähernd einer Milliarde USD (vgl. MercoPress 2014).

4.1.3. Soziale Dimension

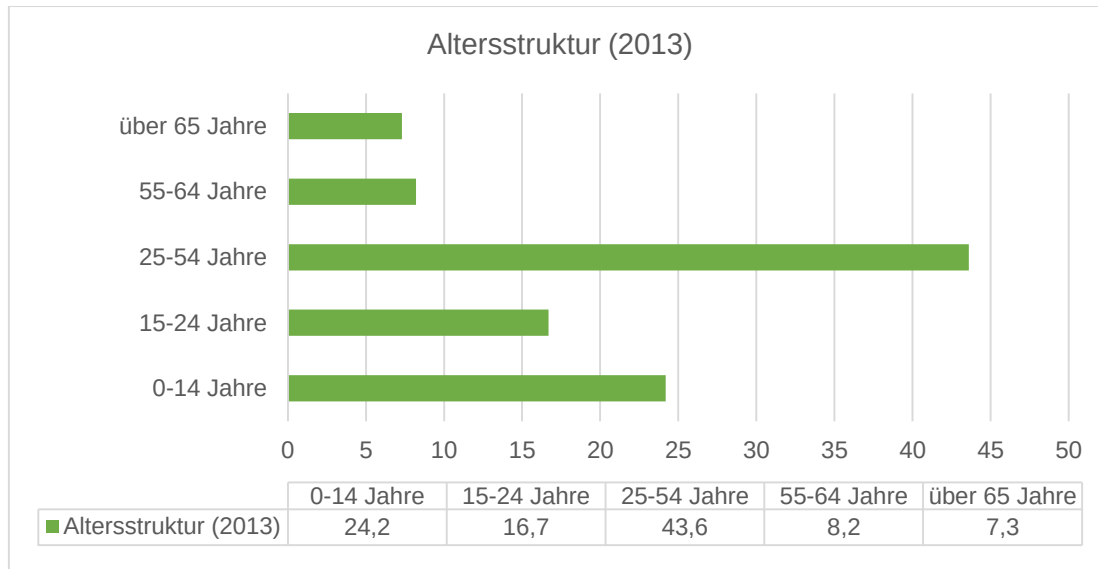


Abbildung 4: Brasiliens Altersstruktur 2013 (Quelle: CIA (2014) bzw. eigene Darstellung)

Brasiliens Bevölkerung ist mit einem durchschnittlichen Alter von 30,3 Jahren als sehr jung einzustufen. Die überwiegende Mehrzahl der BrasilianerInnen ist zwischen 0 und 54 Jahren, wobei der Anteil der 0-14-Jährigen mit 24,2 % als sehr hoch einzuschätzen ist. Daraus ergibt sich enormes Arbeitskräftepotenzial.

Ethnische oder religiöse Konflikte sind kaum vorhanden, die Situation der indigenen Völker hat sich im Zeitverlauf teilweise verbessert. So haben diese beispielsweise Landrechte erhalten, sehen sich heute jedoch vermehrt Konflikten gegenüber, die auf Grund von zunehmendem Ressourcenabbau und der Zerstörung ihres Lebensraums auftreten. Brasilien ist ein Land, das durch massive soziale Ungleichheit geprägt ist. Der Gini-Index (Maßeinheit für die (un)gleiche Verteilung von Vermögen oder Einkommen in einer Gesellschaft) weist Brasilien den 16. Rang zu, was auf eine große Spaltung von arm und reich hindeutet. So leben besonders viele Arme in den Außenbezirken der großen Städte – die Urbanisierungsrate liegt bei 87% - in sogenannten Favelas, die Slums ähnlich sind. Kriminalität (vor allem wegen Drogen) ist ein weiteres gravierendes Problem in der brasilianischen Gesellschaft (vgl. CIA 2014). Unter der Regierung Lula konnten einige Schlüsselindikatoren für soziale Verhältnisse verbessert werden. So wurde mit dem Sozial-Transferprogramm „Bolsa Familia“ ein Ausgleich und eine Förderung sozial benachteiligter Familien geschaffen, das sowohl finanzielle Unterstützung als auch Zugang zu grundlegenden sozialen Einrichtungen bzw. Rechten, wie Gesundheitsvorsorge, Bildung, Sozialhilfe beinhaltet. Trotzdem ist Brasilien eine der weltweit ungerechtesten Gesellschaften (vgl. Ghosh u.a. 2009: 8).

4.1.4. Militärische Dimension

Brasiliens außenpolitische Ambitionen richten sich vor allem auf Diplomatie, Souveränität der Partner-Staaten, Nicht-Intervention und Multilateralismus. Militärische oder sicherheitspolitische Interventionen sind trotz Aufrüstungen im Bereich von Hubschraubern, U-Booten und Flugzeugträgern keine primären außenpolitischen Instrumente. Brasilien ist jedoch das einzige Land Lateinamerikas, „das über die Kapazität zur Urananreicherung und damit zur Herstellung von Nuklearwaffen verfügt. Mit diesem Militärpotenzial ragt Brasilien über alle anderen lateinamerikanischen Länder heraus“ (Brand u.a. 2014: 401). „Regionale Stabilität“ wird als primäres sicherheitspolitisches Ziel angegeben, das vor allem auf die Bekämpfung von Terrorismus und Drogenhandel abzielt. „Schließlich spielen auch globale Überlegungen eine Rolle, die sich in Form von Beteiligungen an Peacekeeping-Operationen der UN manifestieren“ (Brand u.a. 2014: 401).

4.1.5. Zusammenfassung

Brasilien – der Hegemon auf dem südamerikanischen Kontinent – ist als politisch stabiler und sehr stark auf die Außenpolitik fokussierter Partner einzuschätzen. Dabei wird vor allem auf „soft power“, d.h. auf Diplomatie und Verhandlungen, Wert gelegt. Von staatlicher Seite wird durchaus auch regulierend und fördernd in die nationale Wirtschaft eingegriffen. Ökonomisch hat Brasilien eine dominante Rolle innerhalb des Mercosur inne, ist vor allem binnenwirtschaftlich- und dienstleistungsorientiert, zudem aber auch stark im globalen Agrarexport positioniert. Erfolgreiche Industrien sind die Luftfahrt- und Automobilproduktion, sowie die Gewinnung von Bio-Ethanol. Eine gewichtige Rolle spielen auch ausländische Direktinvestitionen, die auch Privatisierungs-, Liberalisierungs- und Deregulierungstendenzen vorangetrieben haben. Mankos der brasilianischen Wirtschaft sind die schlechte infrastrukturelle Ausstattung, ein hoher Grad an Informalität, niedrige Produktivitätsraten und wenig Innovationsleistungen (vgl. Ghosh u.a. 2009: 67). Im sozialen Bereich ist Brasilien durch eine enorm ungleiche Verteilung von Vermögen bzw. Einkommen geprägt und hat eine sehr junge Bevölkerung. Auf militärische Interventionen wird von staatlicher Seite wenig Wert gelegt, die Möglichkeit zur Nuklearwaffenherstellung bringt Brasilien jedoch Drohpotenzial ein.

4.2. Russland

Mit etwa 143 Mio. EinwohnerInnen und einer Fläche von 17 Mio. km² ist Russland – einer der Nachfolgestaaten der UdSSR – der größte Flächenstaat der Welt (vgl. CIA 2014). Seine strategische Lage zwischen Europa und Asien, die Verhandlerposition zwischen der östlichen und der westlichen Welt (vor allem zwischen den USA/der UN und dem arabischen Raum), sowie seine immensen Erdöl- und Erdgasressourcen machen Russland zudem zu einem einflussreichen und umworbenen Partner.

4.2.1. Politische Dimension

Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 ließ Russland in territorialen, demographischen, ökonomischen und militärischen Belangen schrumpfen: So beträgt das russische Staatsgebiet heute nur noch 76 Prozent des Gebiets, die Bevölkerung nur noch 50 Prozent der Einwohnerzahl, die Wirtschaftsleistung nur noch 45 Prozent des BIP und die militärische Kapazität nur noch 33 Prozent der Streitkräfte der UdSSR (vgl. Nye 2011: 248). „Nach der Auflösung des sowjetischen Weltreiches und der Sowjetunion veränderte sich der Charakter der Politik Moskaus. Im Russland Jelzins wurden anfangs die Weichen eindeutig in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft, Partnerschaft mit dem Westen und Zusammenarbeit im Rahmen einer „neuen Weltordnung“ gestellt“ (Adomeit 2002: 181). Die westliche Gemeinschaft fürchtete damals vor allem den Zerfall staatlicher Ordnung und politischer Autorität. In den 1990er Jahren allerdings konnte ein vermehrt nationalistischer Kurs Russlands festgestellt werden, der sich vor allem durch die Wiederherstellung eines starken Staates, die Beschneidung des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus und durch die Aufwertung der Streitkräfte und Sicherheitsorgane bemerkbar machte. Russische Interessen sollten im Westen wirksam und selbstbewusst vertreten werden um so das Land wieder als „Großmacht“ zu etablieren (ebd.: 181f). Die russischen außenpolitischen Interessen waren lange Zeit stark von geostrategischen und geopolitischen Überlegungen geprägt. Ein realistisches Weltbild, das vor allem die Kategorien Machtgleichgewicht, Nullsummenspiel und Multipolarität kannte, und Einfluss sicherstellen sollte, war Moskaus Leitbild. Auch und vor allem in militärischen Belangen waren die Vereinigten Staaten von Amerika als „Matching Partner“ angesehen worden. Gegenüber weniger machtvollen Staaten wurde oft Druck durch Verknappung der zu liefernden Rohstoffe, wie Öl oder Gas, oder durch Handelsboykotte ausgeübt. In den letzten Jahren ist in der russischen Außen- und Sicherheitspolitik jedoch vermehrt von „strategischen Partnerschaften“ und sogenannten „Modernisierungspartnerschaften“ vor allem gegenüber den USA und der EU die Rede und auch international wird vermehrt Einfluss (zB Zustimmung zu Sanktionen gegenüber dem Iran) ausgeübt (ebd.: 67).

Das politische System Russlands ist das einer föderalen präsidentialen Republik, Wladimir Putin deren Präsident und gleichzeitig Staatsoberhaupt (seit 2012). Putin hatte dieses Amt bereits von 2000-2008 inne, in den Jahren 2008-2012 war er Ministerpräsident, da die russische Verfassung höchstens zwei aufeinander folgende Amtszeiten eines Präsidenten vorsieht. Putin gehört der Partei Einiges Russland an, die über die absolute Mehrheit im russischen Parlament verfügt. Politische Parteien sind in Russland jedoch nur peripher von Bedeutung. Sie werden am ehesten als Interessensgruppen wahrgenommen, können aber nur beschränkt Einfluss nehmen. Selbst die „Staatspartei“ Einiges Russland kann sich der Dominanz des Präsidenten und dessen rechtlicher Stellung im russischen Staat nicht entziehen und ist de facto „entmachtet“. „Die Aktivität dieser Staatspartei ist ausschließlich auf die Unterstützung des Präsidenten und der Regierung gerichtet“ (Hartmann 2013: 135). Zwar gibt es ein Parlament, die sogenannte „Duma“. Dessen Einfluss ist allerdings ebenso beschränkt wie jener der Parteien, vor allem da die Staatspartei durch ihre Mehrheit die Kontrollfunktion des Parlaments blockiert (vgl. Hartmann 2013: 133-137). Die außen- und sicherheitspolitischen Überlegungen unter Präsident Putin sind durch einen hohen Grad an Zentralisierung und Hierarchie gekennzeichnet. Dies bringt eine Stärkung des russischen Präsidentenamtes, eine „Verengung außenpolitischer Entscheidungsprozesse“ an zentraler Stelle, sowie eine kontinuierliche Reduktion von AkteurInnen und EntscheidungsträgerInnen im russischen System mit sich. Es erfolgt eine „Monopolisierung außenpolitischer Grundsatzentscheidungen durch den Präsidenten und seinen Stab“ (Mangott 2006a: 203).

„Die Projektion der Regierungsmacht auf eine singuläre Persönlichkeit gedieh unter Präsident Putin zur Perfektion. (...) Die Konstante hinter alledem: Politik ist keine Sache des Verhandelns, Plädierens und Werbens, der Auseinandersetzung mit Kritik, mit konkurrierenden Personen und Programmen, sondern ein hierarchischer Vorgang, in dem sich persönliche Autorität geltend macht“ (Hartmann 2013: 74).

Vom Gesichtspunkt der Demokratie aus betrachtet können weitere Eigenheiten des russischen politischen Systems ausgemacht werden, die den Umgang mit Medien, mit Oppositionellen und mit Gesetzen umfassen:

“Die Kontrolle der Medien, die Quasi-Staatspartei, die Diskriminierung der Oppositionsparteien, die Unterdrückung missliebiger Demonstrationen und der Umgang mit den Persönlichkeitsrechten lassen sich schlecht mit dem Gütesiegel einer Demokratie vereinbaren. (...) Besonders die politische Elite legt Wert auf das Etikett einer Demokratie. Diese ist der Klubausweis für die Zugehörigkeit zur Welt Europas und Nordamerikas. (...) Massive Wahlfälschung, Behinderung der Oppositionellen, kriminelle Gewalt gegen regimekritische Journalisten: dies alles deutet auf das Beiwerk autoritärer Herrschaft“ (Hartmann 2013: 66).

Zudem ist das demokratische System in Russland immer mit sozialistischen bzw. kommunistischen Begleiterscheinungen verbunden gewesen. Demokratie wird deshalb von der russischen Bevölkerung vielfach mit staatlichen Leistungen, wie Sicherheit und Ordnung, Arbeitsplatzsicherheit oder Sicherung von Wohlstand in Verbindung gebracht. Demokratie wird in diesem Sinne nicht als „politisches Gut“ mit freien Wahlen oder Teilhabemöglichkeiten gesehen, sondern als „soziales Gut“, das gesellschaftliche Belange zufriedenstellt (vgl. Hartmann 2013: 70). Des weiteren sind Wirtschaft und Gesellschaft „in Russland so dicht reguliert wie in keinem anderen europäischen Land“. Rechtsstaatlichkeit ist dabei „biegsam in beide Richtungen“ (Hartmann 2013: 14). Eine Besonderheit im russischen System ist die Unterstützung bzw. die Etablierung der russisch-orthodoxen Kirche als „Stütze des Staates“. Sie profitiert vor allem von Privilegien wie beispielsweise bei der Steuergesetzgebung oder bei Immobilienbesitz (ebd.:149).

4.2.2. Ökonomische Dimension

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 und dem Ende des damit verbundenen Systems der staatlichen Planwirtschaft erfolgte eine sogenannte „Transition“ hin zu einem marktbasierten ökonomischen Modell. Dieses ökonomische Modell hat in den letzten Jahr(zehnten) einen Prozess durchgemacht, der das ursprünglich liberale Modell (inklusive der Liberalisierung von Preisen und Außenhandel, Privatisierungen, Übertragung von Macht vom Zentrum hin zu den Regionen) zu einer zunehmenden Re-zentralisierung und einer verstärkten Machtausübung von Seiten des Staatsapparates transferierte (vgl. Ghosh u.a. 2009: 19f).

„Der Staat ist der zentrale ökonomische Akteur. Das Big Business zahlt einen politischen Preis dafür, dass es Geschäfte machen darf. Politiker, hohe Beamte und politisch protegierte Manager rücken in Vorstände und Aufsichtsräte ein und erwerben Beteiligungen“ (Hartmann 2013: 143).

Gewerkschaften sind zwar zugelassen, sind allerdings dem Staat zuarbeitend, was bedeutet, dass deren vorrangiges Ziel die Unterdrückung von Widerstand ist (vgl. Hartmann 2013: 145).

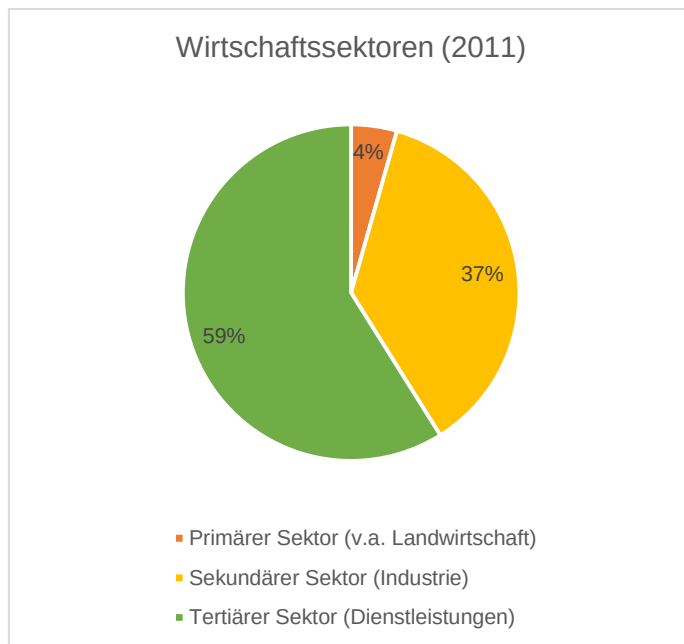


Abbildung 5: Russlands Wirtschaftssektoren 2011
(Quelle: Brics (2013) bzw. eigene Darstellung)

Wie in Abbildung 5 ersichtlich hatte der tertiäre Sektor mit 59%, aber auch der sekundäre Sektor mit 37% im Jahr 2011 einen immens hohen Anteil an der russischen Wirtschaftsstruktur inne. Im Zeitverlauf (2000-2011) hat vor allem der primäre Sektor an Anteil verloren, während der tertiäre Sektor seinen Anteil vergrößern konnte.

Steigende Durchschnittseinkommen – allerdings mit einer zunehmend ungleichen Verteilung der Einkommen –, eine zunehmende Anzahl von Menschen in Arbeit und damit einhergehend die Bekämpfung von Armut, die Rückzahlung von ausländischen Staatsschulden und eine Erhöhung von ausländischen Währungsreserven können als (positive) Wirtschaftsleistungen im Zeitraum 2000-2008 unter der Präsidentschaft Putins vermerkt werden (vgl. Ghosh u.a. 2009: 20f). Eine Steigerung des Ölpreises von 20 USD/Barrel im Jahr 1998 auf über 150 USD/Barrel im Jahr 2008 und die daran gekoppelten Gaspreise brachten Russland Mehreinnahmen in Milliardenhöhe (vgl. Adomeit 2013: 71). Steigende Exporte im Rohstoffsektor (vor allem von Erdöl) und eben diese massiv gestiegenen Preise erklären den Wirtschaftsboom Russlands der letzten Jahre, brachten allerdings auch eine zweistellige Inflationsrate (14,1% im Jahr 2008) und eine stetige Aufwertung des Rubels – und damit eine Verteuerung des Exports – mit sich. Für Konsumenten zeigte sich diese Entwicklung vor allem durch steigende Lebensmittel-, Energie- und Wohnraumpreise (vgl. Ghosh u.a. 2009: 21ff). Zudem ist Russlands Wirtschaft durch eine sehr hohe Abhängigkeit von den Rohstoffen, deren Export, sowie deren Marktpreisen geprägt. Dem Rückgang der Wirtschaftsleistung im Jahre 2009 um rund 8% konnte durch staatliche Konjunkturprogramme, durch die Erholung der Weltwirtschaft und somit auch zunehmenden Rohstoffpreisen entgegengewirkt werden (vgl. Bieling 2011: 235f). „Die Rohstoffrente als Basis der russischen Ökonomie hat bislang noch genügt, um den wirtschaftlichen Status quo zu konservieren. Die reine Rohstoffökonomie ist aber kein zukunftsfähiges wirtschaftliches Modell“ (Hartmann 2013: 71).

„The main challenges for the Russian economy in the medium and long run is whether it will succeed in replacing energy exports as the key growth driver by the development of other sectors (diversification towards manufacturing, high-tech branches, services, etc.), and how it will cope with the acute demographic crisis (the population is projected to decline by nearly 10 million in the coming decade)” (Ghosh u.a. 2009: 24).

4.2.3. Soziale Dimension

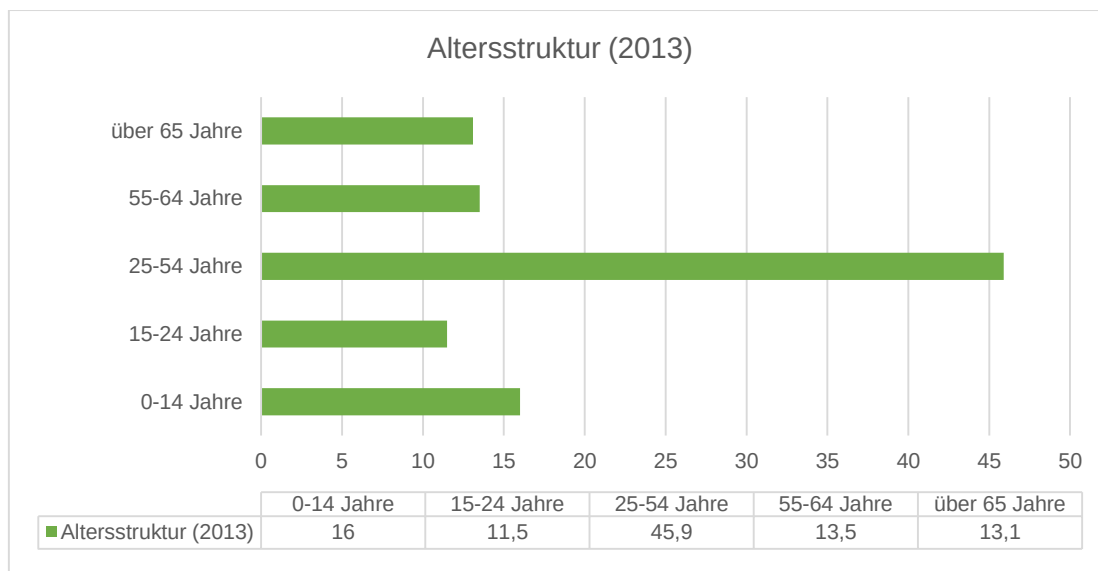


Abbildung 6: Russlands Altersstruktur 2013 (Quelle: CIA (2014) bzw. eigene Darstellung)

Russland präsentiert sich hinsichtlich der Altersstruktur als Land mit hohem Durchschnittsalter (38,8 Jahre), das eine zunehmend ältere Bevölkerung und wenig Nachwuchs verzeichnet, was einen dramatischen „Verfall des Humankapitals“ (Mangott 2006a: 209) mit sich bringt. Zudem hat Russland mit dem Phänomen des „Volksalkoholismus“ zu kämpfen, das sich bereits zur Zarenzeit etablierte und bis heute ein gesellschaftliches Problem darstellt (vgl. Hartmann 2013: 78).

„Russland präsentiert sich seinen Bürgern als Klassengesellschaft“ (Hartmann 2013: 75). Und hier ist es vor allem Geld und Vermögen, das über den Status innerhalb der gesellschaftlichen Hierarchie bestimmt. Vor allem in den urbanen Gegenden, in den Städten bzw. in deren Umland, konnte sich eine Mittelschicht etablieren. Die Urbanisierungsrate liegt bei 74% (2011) (vgl. CIA 2014). In ruralen Regionen allerdings wird vor allem von Subsistenzlandwirtschaft gelebt, die zunehmend verdrängt wird, da landwirtschaftliche Produktion nunmehr vielfach von großen Konzernen betrieben wird (vgl. Hartmann 2013: 77f). Die Zweiklassengesellschaft in Russland kann auch an Hand deren Partizipation an den Rohstoffvorkommen beschrieben werden: So gibt es einerseits den Staat, hochrangige Beamte, Bedienstete und staatsnahe Unternehmer, die am meisten profitieren. Andererseits gibt es die breite Masse von BürgerInnen, die in ärmlichen Verhältnissen leben. Und dazwischen eine sich etablierende

und wachsende Mittelschicht, die vom Rohstoffboom profitieren konnte (ebd.: 166). Was die Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft anbetrifft, wird Russland an 52. Stelle gereiht (Gini-Index von 2013) und liegt damit im internationalen Mittelfeld.

4.2.4. Militärische Dimension

Russland ist eine Atommacht und besitzt mehr atomare Sprengköpfe als die USA (vgl. CIA 2014). Veraltete militärische Ausrüstung und das Fehlen von strategischen Partner für militärische Interventionen relativieren Russlands militärische Stärke jedoch. Russland ist als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat vertreten.

4.2.5. Zusammenfassung

Nach dem Zusammenbruch der Planwirtschaft im Jahr 1991 und einer darauffolgenden Phase der Liberalisierung erfolgte unter Präsident Putin eine zunehmende Re-Zentralisierung der staatlichen und wirtschaftlichen Aktivitäten. Die föderale präsidentiale Republik ist durch einen starken Präsidenten und ebenso starke Staatseingriffe in Wirtschaft und Gesellschaft geprägt. Das Verständnis von Rechtsstaatlichkeit ist dabei sehr dehnbar. Wirtschaftlich konnte Russland in den letzten Jahr(zehnten) vor allem von steigenden Rohstoff-, vor allem Rohöl- und Gaspreisen, profitieren, was jedoch auch die starke einseitige Abhängigkeit von eben diesen Ressourcen offenlegt. Im sozialen Bereich ist Russland als Zweiklassengesellschaft zu beschreiben, die zudem ein hohes Ausmaß an Überalterung aufweist.

4.3. Indien

Indien ist mit einer Fläche von 3,3 Mio. km² und einer Einwohnerzahl von 1,2 Mrd. Menschen (2013) nach China das bevölkerungsreichste Land, sowie die größte Demokratie der Welt (vgl. CIA 2014). Zudem werden Indien viele Zuschreibungen gemacht, die das Bild einer potenziell aufstrebenden Großmacht prägen: Indien als die weltgrößte Demokratie, Indien als die neue regionale Supermacht, Indien als eine aufstrebende Wirtschaftsmacht – vor allem im Verbund der BRIC(S)-Staaten –, Indien als Vorreiterin eines ethnischen Pluralismus oder Indien als Land der „Einheit in Vielfalt“ (vgl. Corbridge u.a. 2013: 1). Indien gilt ebenfalls als Synonym für Software-Export und High-Tech-Produkte (ebd.: 24).

4.3.1. Politische Dimension

„The key to many of the issues arising out of India's politics is to be found in the interaction of India's traditional institutions and social diversity on the one hand, and the modern democratic political process on the other“ (Mitra 2011: 47).

Die tiefe Verankerung Indiens in traditionellen Strukturen bei einer gleichzeitigen demokratischen Ausrichtung des politischen Systems ist eine Besonderheit, die ihren Ursprung im geschichtlichen Werdegang Indiens hat. Die ursprünglich britische Kolonie Indien erlangte 1947 die Unabhängigkeit, blieb jedoch weiterhin Mitglied des „British Commonwealth“ (vgl. Mitra 2011: xv) und ist dementsprechend auch vom britischen Erbe geprägt, das Indien zwar „poor in wealth but rich in democratic potential“ (Mitra 2011: 21) hinterlassen hat. Es folgte die Gründung einer Republik und die Etablierung der indischen Verfassung (inklusive der Verankerung von „fundamentalen Rechten“ wie Gleichheit vor dem Gesetz, freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit oder Schutz gegen Ausbeutung). Darüber hinaus gibt es sogenannte „directive principles of state policy“, in der sich der moderne Staat verpflichtet Wohlfahrt für seine BürgerInnen zu fördern, Arbeit zu schaffen, Rechtsbeistand zu leisten und Ausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. 1950 wurde in Indien eine souveräne demokratische Republik etabliert (vgl. Corbridge u.a. 2013: 140), deren demokratische Bestrebungen als Erfolg gewertet werden können. Es finden regelmäßig Wahlen statt, die demokratischen Institutionen sind stabil, die Bevölkerung hat das Recht zu protestieren und die Bürgerrechte sind garantiert. Des weiteren gibt es eine lebendige Medienlandschaft, sowie vom Staat tolerierte soziale Bewegungen. Allerdings hat auch Indiens Staat mit Korruption, Polizeiwillkür, einer ineffektiven lokalen und regionalen Rechtsprechung und der Dominanz bzw. Besitzergreifung der Eliten in lokalen Regierungsstrukturen zu kämpfen (ebd.: 157).

Das politische System Indiens ist das einer parlamentarischen Bundesrepublik – ein föderales System mit 28 Bundesstaaten und 7 Unionsterritorien –, Premierminister Manmohan Singh

(Kongresspartei) hat die politische Macht inne. Das indische System kennt eine Vielzahl an nationalen und auf bundesstaatlicher Ebene organisierten Parteien, die auch die Pluralität in Indiens Gesellschaft widerspiegeln. Die momentane Regierungskoalition („United Progressive Alliance“) besteht aus vier Parteien unter der Führung der nationalistischen Kongresspartei.

Was die Rolle des Staates anbelangt, so findet sich der indische Staat zwischen einer enthaltsamen, neutralen Rolle und einer paternalistischen Einstellung, vor allem in Bezug auf soziale Interessen, wieder. „At the centre of its institutional structure one can find a constant evocation of the traditional paternalism of the pre-modern Indian state. Beyond that is the usual paraphernalia of the liberal state, committed to the dignity of man, and more recently, to the freedom of individual enterprise from bureaucratic meddling“ (Mitra 2011: 11f). Die wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen des Staates sind im Sinne europäischer sozialdemokratischer Werte zum Zwecke der sozialen Gerechtigkeit geschaffen worden, stehen jedoch auch einem staatlichen System gegenüber, das persönliche Bereicherung innerhalb des Staatsapparates nur unzureichend unterbindet. Der Staat findet sich somit inmitten widersprüchlicher Ansprüche der verschiedenen Anspruchsgruppen wieder, wo einerseits eine neutrale Schiedsperson und andererseits eine Unterstützerfunktion des Staates beansprucht wird (vgl. Mitra 2011: 12). Zudem fördert bzw. fordert das indische Kastensystem (siehe Seite 65) politische Zuschnitte und spezielle (regionale) Politiken, die Regionen- bzw. Kasten-spezifisch angepasst werden müssen.

4.3.2. Ökonomische Dimension

Indiens Wirtschaftsaufschwung setzte nach drei Jahrzehnten Stagnation bzw. Rückgang des BIP in den 1980er Jahren ein und kann bis heute konstante Zuwachsraten verzeichnen (vgl. Corbridge u.a. 2013: 27). Ebenso kann seit den 1980er Jahren von einer signifikant steigenden Faktorproduktivität, die als Maßstab für Effizienzgewinne im Bereich von Arbeit und Kapital dient, ausgegangen werden, die hauptsächlich auf den technologischen Fortschritt zurückzuführen ist. Was die Kapitalakkumulation und Direktinvestitionen betrifft, sind die Zuwächse von Investments, vor allem durch ausländische Kapitalflüsse, seit den 1950er Jahren stetig gestiegen. Beigetragen hierzu haben die Liberalisierung des Investment-Sektors, sowie eine Handelsliberalisierung in den 1990er Jahren (ebd.: 35-38). Die steigende Wachstumsrate des BIP ist vor allem auf die gestiegene Inlandsnachfrage, aber auch auf eine Steigerung der Exportquote zurückzuführen (vgl. Betz 2012: 387). Im Fertigungsbereich exportiert Indien vor allem Chemikalien, Pharmaprodukte, Maschinenbauprodukte und Metalle, im Dienstleistungsbereich vor allem Computer und IT-Dienste (vgl. Ghosh u.a. 2009: 35-43). Diese Steigerung der Wirtschaftsleistung in Kombination mit einer stetigen Zunahme der (ausländischen) Investitionen könnten einerseits auf Strukturmaßnahmen, auf einen generellen Prozess des „catching up“ oder aber auf Forschungs- und Entwicklungs-, sowie auf

Produktivitätsverbesserungen – vor allem in der verarbeitenden Industrie – zurückzuführen sein. Kritische Stimmen würden die Steigerungsraten auch mit einem erhöhten Haushaltsdefizit („deficit financing“) in Verbindung setzen, ebenso wie mit einer gestiegenen Auslandsverschuldung Indiens (vgl. Corbridge u.a. 2013: 36f). Weiters ist kritisch anzumerken, dass trotz des stetigen Wirtschaftswachstums kaum zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Die Umschreibung des Aufschwungs als „jobless growth“ (Corbridge u.a. 2013: 94) trifft in hohem Ausmaß auf Indien zu. Das Verharren in agrarischen Wirtschaftsformen, sowie eine unzureichende Generierung von Arbeitsplätzen aus dem IT-Bereich sind Problemfelder, die soziale Auswirkungen haben.

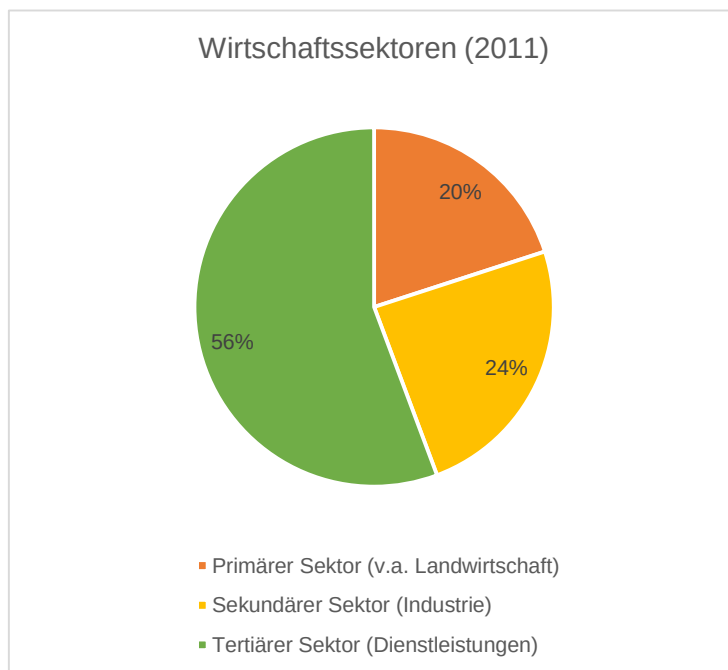


Abbildung 7: Indiens Wirtschaftssektoren 2011
(Quelle: Brics (2013) bzw. eigene Darstellung)

Indiens Wirtschaft ist durch einen in der globalisierten Welt untypisch hohen Anteil am primären Sektor gekennzeichnet. Mit 20% nimmt die landwirtschaftliche Erzeugung einen wesentlichen Teil der indischen Wirtschaftssektoren ein. 24% bzw. 56% entfallen auf die sekundären und tertiären Sektoren. Im Zeitverlauf (2000-2011) hat jedoch auch der primäre Sektor an Anteil verloren, während der tertiäre Sektor seinen Anteil vergrößern konnte.

Ökonomisch ist Indien ein hochkomplexes Land, das vielfältige Produktions- und Vertriebssysteme kennt: So gibt es traditionelle Dörfer, in denen die BewohnerInnen ihren Lebensunterhalt mit Farmarbeit als Bauern bestreiten, bis hin zur modernen mechanisch unterstützten Landwirtschaft; von arbeitsintensiver Handarbeit zu hochtechnologisierten Industriebereichen; von nur wenig produktiven und dementsprechend schlecht entlohnenden Dienstleistungsbereichen bis hin zu kapitalintensiven und gut ausgebildete - „high skilled“ – Arbeitskräfte fordernde „neue“ Leistungen im tertiären Sektor. Hier sind vor allem der Software- und der IT-Bereich zu erwähnen, der auch steigende Exportquoten zu verzeichnen hat. Der absolute Anteil dieses „neuen“ Sektors ist jedoch mit 6% des BIP (innerhalb des tertiären Sektors) als sehr gering einzustufen. Der Großteil des restlichen tertiären Sektors entfällt auf uneinheitliche und größtenteils unorganisierte Dienstleistungen, die in hohem Ausmaß niedrige Produktivitätsraten aufweisen. Auf Grund mangelnder fix entlohnter

Arbeitsplätze bilden sich zudem selbständige Tätigkeiten heraus, die vor allem von Frauen im ländlichen Raum und ArbeiterInnen in den Städten getragen wurden bzw. werden (vgl. Ghosh u.a. 2009: 35-40).

Was die indische Wirtschaftspolitik betrifft, so sind hier seit den 1990er Jahren Tendenzen einer zunehmend (neo)liberalen Politik zu beobachten: So wurden unter anderem Staatsinterventionen im Bereich von Preisgestaltung und Regulierung auf ein Minimum reduziert, Steuern gesenkt, Privatisierungen und Handelsliberalisierungen vorgenommen, die Finanzmärkte liberalisiert und ausländische Direktinvestitionen erleichtert (vgl. Ghosh u.a. 2009: 42). Indien ist außerdem Partner der SAARC (South Asian Association for Regional Cooperation), eines süd-asiatischen Zusammenschlusses für regionale Kooperation und Handelsbeziehungen. Diese Kooperation ist jedoch mehr Hülle als Inhalt, da es an signifikantem regionalen Handel fehlt, weshalb auch kaum Anreize zur Kooperation untereinander bestehen (vgl. Mitra 2011: 182).

4.3.3. Soziale Dimension

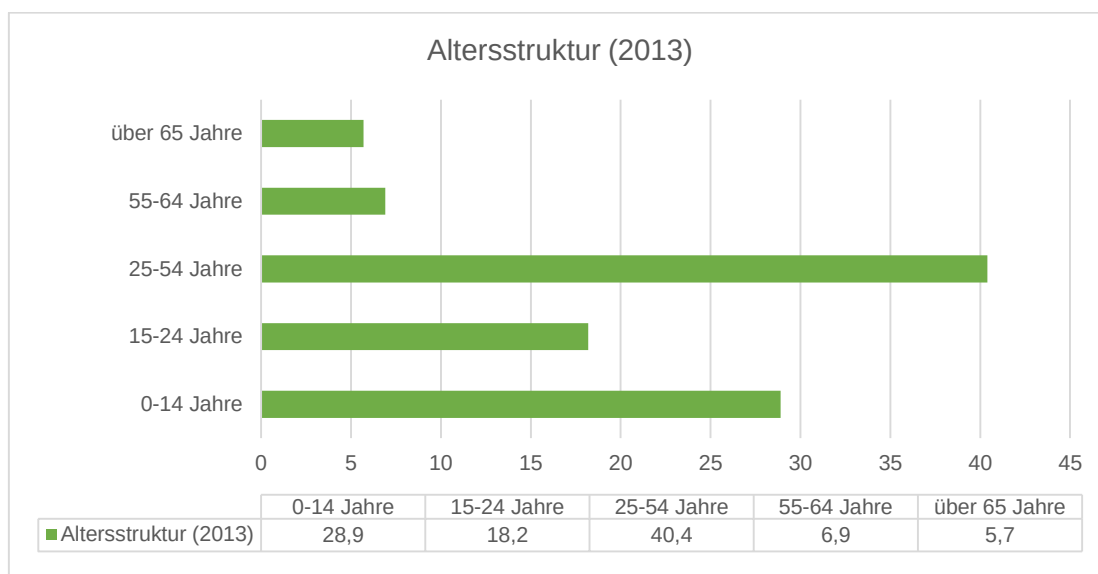


Abbildung 8: Indiens Altersstruktur 2013 (Quelle: CIA (2014) bzw. eigene Darstellung)

Indiens Bevölkerung ist mit einem Altersschnitt von 26,7 Jahren und einem 47,1%igen Anteil an den 0-24-Jährigen eine sehr junge Gesellschaft. Dies birgt enormes Arbeitskräftepotenzial in sich, muss allerdings auf Grund der sehr niedrigen Alphabetisierungsrate (65% nach dem Zensus von 2001) (vgl. Mitra 2011: 55) relativiert gesehen werden.

Was die Sprache betrifft, hat Indien die heterogenste Bevölkerung der Welt, mit 18 offiziellen Sprachen neben dem Englischen, das vor allem in Regierungskreisen und in der Kommunikation zwischen den unterschiedlichen indischen Bundesstaaten genutzt wird, über 250 Minderheiten-Sprachen und mehreren tausend Dialekten. Die Muttersprache ist darüber

hinaus in vielen Regionen zum Bezugspunkt der Identität geworden (vgl. Mitra 2011: 53). In Bezug auf die Religion(en) sind in der indischen Bevölkerung alle großen Weltreligionen vertreten, der Großteil (80,2% im Jahr 2001) ist Anhänger des Hindu-Glaubens, gefolgt von 13,4% Muslimen und 2,3% Christen. Eine Besonderheit im indischen Gesellschaftssystem ist über religiöse und ethnische Gruppierungen hinweg die Einteilung in ein Kastensystem, das mehrere tausend Unterkasten je nach Region umfasst (vgl. Ghosh u.a. 2009: 35). Indien wird im Gini-Index (Ungleichheits-Index) an 77. Stelle gereiht, was im Verbund der BRICS-Staaten die „gleichste“ Bevölkerung bedeutet (vgl. CIA 2014). Das Kastensystem allerdings birgt enorme soziale und ökonomische Ungleichheiten in sich:

„Many Indians see the caste system as the cause of India’s social fragmentation and economic backwardness. But castes are also the only basis of identity and social interaction for vast numbers of people” (Mitra 2011: 49).

Das Kastensystem baut auf einer hierarchischen Gesellschaftsordnung auf: So beinhaltet der Ausdruck *varna* die vier klassischen Unterteilungen der indischen Hindu-Hierarchie: Brahmanen (Priester, intellektuelle Elite), Kshatriyas (traditionell Krieger, auch höhere Beamte), Vaishyas (Händler, Grundbesitzer, Landwirte) und Shudras, die eine Vielzahl anderer Aufgaben haben, wie Handwerker oder Tagelöhner. Jede dieser *varna* kann nun in sogenannte *jatis* unterteilt werden, die „Kastengruppen“, die jeweils speziellen Beschäftigungen nachgehen und die untereinander durch reziproke ökonomische, soziale und politische Beziehungen verbunden sind. Unter den Kasten finden sich die sogenannten „Paria“ – die Unberührbaren. Die Mobilität bzw. Durchlässigkeit zwischen den Kasten bzw. den Kastengruppen ist sehr gering, was eine starre Gesellschaftsstruktur mit sich bringt. „All behaviour within the system, however, emphasized social hierarchy and inequalities of power, wealth and status“(Mitra 2011: 49). Darüber hinaus ist Landbesitz der entscheidende Faktor, der über den sozialen Status, über Einfluss und damit über Macht entscheidet (vgl. Mitra 2011: 49). Auf der einen Seite hat die Bedeutung des Kastensystems (*varna*) in den letzten Jahrzehnten abgenommen, andererseits bleiben die Unterteilungen in die unterschiedlichen *jatis* sehr relevant, vor allem in den Bereichen Bildung, Arbeit, Heirat und Politik (vgl. Corbridge u.a. 2013: 239f). Die Kastenungleichheit kann beispielsweise auch in „modernen“ Bereichen, wie der IT-Branche, nachgewiesen werden, die eine Überrepräsentation der Brahmanen, also der obersten Kaste, widerspiegelt. Ebenso ist der Zugang zu gut bezahlter und sozial abgesicherter Arbeit nach wie vor von der Kastenzugehörigkeit abhängig (ebd.: 253). Die Rolle der Frau ist im patriarchal geprägten Indien eine dem Mann untergeordnete: Diskriminierung und Gewalt sind üblich und verschärfen die sozialen Konflikte (vgl. CIA 2014).

Mit einem Urbanisierungsgrad von 31% (vgl. CIA 2014) ist auch die Faktormobilität, also der Transfer von Arbeitsleistung dorthin, wo Arbeit benötigt wird, in Indien unterentwickelt, was vor

allem auf eine Unterversorgung an Infrastruktur und Sicherheit in den ärmeren, ländlicheren Gegenden zurückzuführen ist, aber auch auf mangelnde „transferable skills“ – also auf Fertigkeiten, die für die Wirtschaft einsetzbar und vor allem übermittelbar sind. Ebenso sind viele Regionen Indiens durch eine Unterversorgung an öffentlichen Gütern – also Gütern, die die Regierung bereitstellen bzw. für die Bereitstellung sorgen sollte – gekennzeichnet. Dies umfasst sowohl die Stromversorgung, die Wasser- und Gesundheitsversorgung, als auch das Bildungswesen (vgl. Corbridge u.a. 2013: 71f).

„When it comes to the regional distribution of these impaired capabilities, it is overwhelmingly the case that India's poorest states in income/consumption terms are precisely the ones that are most damaged by a continuing under-supply of infrastructure and collective goods“ (Corbridge u.a. 2013: 75).

Beschleunigtes Wachstum in Niedriglohnländern geht oft einher mit einer Verringerung von extremer Armut – durch erhöhtes Einkommen bzw. durch zusätzliche Arbeitsplätze beispielsweise in der Bauwirtschaft –, hat jedoch auch das Potenzial soziale und räumliche Ungleichheiten, zumindest auf kurze Sicht, zu vergrößern. So konnten auch in Indien vor allem die westlichen und südlichen Bundesstaaten von Investitionen und neugeschaffenen Arbeitsplätzen profitieren, während die – auch weniger strukturiert regierten – Staaten des Nordens, Ostens und des Zentrums benachteiligt wurden. Die sozialen und räumlichen Ungleichgewichte zwischen den Regionen Indiens und der nur sehr zögerliche Rückgang der Armut sind auch auf schwierige „Startbedingungen“ zurückzuführen. So ist das Einkommensniveau in Indien generell sehr niedrig, ebenso wie die Anzahl derer, die Grundstücks- bzw. EigentumsbesitzerInnen sind. Hinzu kommen die geringe Alphabetisierungsrate bzw. ein generell niedriges Ausbildungsniveau, große Abhängigkeit von Einkommen, vor allem aus der Landwirtschaft, und geringe Alternativen dazu, sowie die mangelnde Qualität, die teilweise generelle Abwesenheit der Regierung bzw. einer regulierenden Struktur. Die Möglichkeit für ärmere Menschen am Aufschwung zu partizipieren ist darüber hinaus sehr gering (vgl. Corbridge u.a. 2013: 47ff). Dahingegen haben die Reformen, die von der indischen Regierung durchgeführt wurden, zu einer enormen Steigerung des Einkommens bzw. der Profite bei den Reichsten geführt. So war in den 1990er Jahren (genauso wie während der 1950er Jahre) das durchschnittliche Einkommen der oberen 0,01% der Bevölkerung Indiens um 150 – 200 Mal höher als das Durchschnittseinkommen der gesamten Bevölkerung. Diese Steigerung ist jedoch nicht alleine durch das (Erwerbs)-Einkommen erklärbar, sondern auch und vor allem durch Profite aus Anlagen wie Gold, Land oder Wertpapieren. Es ist also anzunehmen, dass Handelsliberalisierungen die Spaltungen in Indiens Gesellschaft noch weiter vorangetrieben haben (ebd.: 69f).

4.3.4. Militärische Dimension

Das Militär in Indien hat vor allem professionellen Charakter und ist zudem durch seine apolitische Ausrichtung gekennzeichnet. Zivile Kontrolle, säkulare Werte und Gesetzestreue sind Merkmale des indischen Militärs, dessen Befehlshaber den Militärapparat zu einer weitgehend unabhängigen Einrichtung gemacht haben, die auch in politischen Auseinandersetzungen bzw. Unruhen unparteiisch bleibt. Eine Übernahme des Staates durch das Militär auf der anderen Seite ist ebenso unwahrscheinlich, da es kein Führungsvakuum im politischen System gibt und eine geteilte Kommandostruktur im militärischen Befehlsapparat gegeben ist (vgl. Mitra 2011: 82). Schätzungen zufolge verfügt das indische Militär über 60 bis 70 atomare Sprengkörper, ist also eine Nuklearmacht, darüber hinaus über Mittelstreckenraketen, ein Raumfahrtprogramm und 1,3 Millionen Soldaten (vgl. Nye 2011: 254). Die nach Zahlen bemessene militärische Macht Indiens erscheint größer als sie tatsächlich ist, denn Indiens Armee hat vor allem mit innenpolitischen Beschwichtigungen zu tun, wie der Kontrolle von Aufständen oder der Sicherheit bei Wahlen (vgl. Mitra 2011: 203).

Außen- und sicherheitspolitisch ist Indien vor allem in der südasiatischen Region involviert und tritt hierbei als Hegemonialmacht auf. Problemfelder sind vor allem Grenz-, Fluss- und Landstreitigkeiten (Kaschmirkonflikt mit Pakistan, Territorialstreitigkeiten mit China, internationale Flüsse), Energie (Ölpipelines) und Sicherheit (Terrorismus und Drogenhandel) (vgl. Mitra 2011: 178).

4.3.5. Zusammenfassung

Indien als größte Demokratie der Welt ist innenpolitisch vor allem bemüht die äußerst heterogene Gesellschaft „in Vielfalt zu einen“, während es außenpolitisch vor allem um eine Integration der indischen Ökonomie in die Weltwirtschaft und um einen Beitritt bzw. um eine gewichtige Rolle im UN Sicherheitsrat geht. Diese Zielsetzungen sind von einem breiten politischen Konsens getragen. Indiens Kernkompetenzen im wirtschaftlichen Bereich sind im Software- bzw. im IT-Sektor zu finden. Die sonstige Wirtschaftsstruktur ist äußerst komplex (von regionaler Handarbeit bis hin zu globalen High-Tech-Produkten), beinhaltet jedoch nach wie vor einen sehr großen Agrarsektor. Trotz des stetigen BIP-Wachstums konnten keine adäquaten Arbeitsplätze generiert werden, „jobless growth“ war bzw. ist die Folge. Darüber hinaus ist Indien eine sehr junge, teilweise schlecht ausgebildete, Gesellschaft, die durch das Kastensystem zudem gespalten wird. Sicherheitspolitisch ist Indien eine Nuklearmacht, die vor allem in regionale Grenzstreitigkeiten involviert ist.

4.4. China

Die (sozialistische) Volksrepublik China ist mit einer Fläche von 9,5 Mio. km² und einer Einwohnerzahl von 1,35 Mrd. Menschen das bevölkerungsreichste Land der Erde (vgl. CIA 2014). Enormes Potenzial wird China im globalen wirtschaftlichen, wie auch im politischen Bereich zugeschrieben, zumal seit den 1980er Jahren ein Wirtschaftsboom eingesetzt hat, der China zur „Werkstatt der Welt“ (Bieling 2011: 242) werden ließ. Darüber hinaus verfügt China über gewaltige Devisenreserven in USD (Ende 2013 waren es 3,8 Billionen USD) (vgl. Börse Online 2014), die das globale politische Machtgefüge verändern könn(t)en.

4.4.1. Politische Dimension

Die Volksrepublik China ist in 23 Provinzen (inklusive Taiwan, das sich selbst als Republik China bezeichnet und als unabhängig deklariert, für die VR China jedoch eine „abtrünnige“ Provinz ist), fünf autonome Regionen, vier „regierungsunmittelbare“ Städte und mit Macau und Hong Kong in zwei Sonderverwaltungszone aufgeteilt.

Betrachtet man den historischen Werdegang, so war China bis ins Jahr 1912 ein Kaiserreich. Es folgte die Ausrufung einer Republik und 1949 – nach dem Ende des Chinesischen Bürgerkriegs (1927-1949) – die formelle Gründung der Volksrepublik China durch die Kommunisten unter der Führung Mao Zedongs. Dabei orientierte sich die Volksrepublik am sowjetisch-kommunistischen Wirtschafts- und Politikmodell, das mit Hilfe der Planwirtschaft den bisherigen agrarisch dominierten Feudalstaats zu überwinden versuchte:

„Geradezu paradigmatisch waren für den chinesischen Entwicklungspfad der sog. "große Sprung nach vorn" (1958-61), durch den China innerhalb weniger Jahre eine eigenständige Schwerindustrie aufbauen wollte, sowie wenig später die „Kulturrevolution“ (1966-76), d.h. eine politische Massenkampagne, um die feudalistischen Restbestände der chinesischen Gesellschaft zu beseitigen und eine "wahrhaft" klassenlose Gesellschaft unter Führung der kommunistischen Partei zu etablieren“ (Bieling 2011: 242).

Dieses Vorantreiben der Industrialisierung innerhalb eines abgeschotteten (quasi autarken) Wirtschaftsraums mit gleichzeitiger Repression der Bevölkerung bewirkte relativ hohe Wachstumsraten von 6-7%, beförderte allerdings auch wachsenden Unmut in der Bevölkerung (vgl. Bieling 2011: 242f). 1976 – nach dem Tod Mao Zedongs – wurde Deng Xiaoping (1976-1992) zu seinem Nachfolger ernannt. Um dem wachsenden Unmut in der Bevölkerung entgegen zu wirken, wurden unter seiner Führung Reformprogramme beschlossen, die vor allem soziale Sicherungsleistungen umfassten. In der Außenpolitik verfolgte er vor allem zwei Ziele: Zum einen die Modernisierung des Landes durch kooperative und konfliktfreie Außenbeziehungen und zum anderen und damit verbunden auch die wirtschaftliche Öffnung Chinas nach außen (vgl. Mangott 2006b: 226). So wurde China langsam an die Marktwirtschaft

herangeführt, sowie Privateigentum erlaubt. Diese „Politik der selektiven Marktöffnung“ (Bieling 2011: 244) – eine Kombination aus Plan- und Marktwirtschaft – wurde auch von Jiang Zemin (1992-2001) fortgesetzt und zusätzlich noch mit dem Label einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ belegt. Sein Nachfolger Hu Jintao (2002-2012) legte sein Augenmerk zusätzlich auf das Konzept einer „harmonischen Gesellschaft“, baute deshalb soziale Sicherungssysteme aus, verbesserte die rechtliche Position von ArbeitnehmerInnen auf dem Arbeitsmarkt und setzte – vor allem hinsichtlich der enormen Umweltverschmutzung mit der China zu kämpfen hat – auf eine Verbesserung der ökologischen Nachhaltigkeit (vgl. Bieling 2011: 244). Die Außenöffnung Chinas und die forcierte Integration in die Weltwirtschaft lassen kaum Zweifel an der (weltpolitischen) Ausrichtung der chinesischen Führung: „Die kommunistische Ideologie ist längst in der Mottenkiste verstaut, die Legitimität der herrschenden Partei stützt sich auf wirtschaftliches Wachstum und ethnischen Nationalismus“ (Nye 2011: 267).

Das politische System der Volksrepublik China lässt sich als sozialistisches und autoritäres Einparteiensystem fassen, das das sozialistische Wirtschafts- und Staatswesen in ihrer Verfassung verankert hat. Der nationale Volkskongress, das chinesische Parlament, wählt den Staatspräsidenten, der von der Kommunistischen Partei gestellt wird. Seit 2013 ist dies Xi Jinping, der Hu Jintao nachfolgte. Mächtiger als die Verwaltungsapparate sind im politischen Prozess das Politbüro, dessen Geschäftsführer Xi Jinping ist, und der Militärapparat, deren Vorsitzender er ist. Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh), die Verwaltung bzw. der Staatsapparat und das Militär (d.h. die Volksbefreiungsarmee) sind die zentralen und tragenden Säulen des chinesischen politischen Systems. Obwohl nur eine Partei zugelassen ist, ist immer wieder von Machtkämpfen innerhalb der Kommunistischen Partei zu hören. Dabei geht es vor allem um die zukünftige Ausrichtung der chinesischen Politik. Positionierungen finden sich hier vor allem zwischen den beiden Extrempolen einer radikalen Außenöffnung gegenüber einer Abschottungspolitik wieder. Oppositionelle Bewegungen, die nicht in die Kommunistische Partei integriert werden können, werden verfolgt und zerschlagen (siehe auch das Massaker am Platz des Himmlischen Friedens 1989, wo Proteste gewaltsam niedergeschlagen wurden). Kritik könne und dürfe nur innerhalb der Kommunistischen Partei formuliert werden. Ebenso sind unabhängige Gewerkschaften in China verboten und die Zensur der Medien üblich und legitim.

Außenpolitisch gibt es vor allem im regionalen Umfeld einige Konfliktherde, in die China involviert ist bzw. eine treibende Kraft darstellt. Darüber hinaus sind die Stati der sich jeweils als unabhängig deklarierenden „Länder“ Taiwan und Tibet ungelöst. Die „Ein-China-Politik“ der VR China macht sich vor allem im internationalen Umfeld für ein „geeintes“ China stark.

4.4.2. Ökonomische Dimension

Chinas Wirtschaft kann als eine Wirtschaft mit hybriden Zügen dargestellt werden, die Elemente eines Entwicklungslandes, eines Landes im Übergang zu einem entwickelten Wirtschaftssystem und eines industrialisierten Landes aufweist. Diese unterschiedlichen Entwicklungsebenen sind zudem von einem institutionellen und politischen Rahmen umgeben, der eine sozialistische Marktwirtschaft vorsieht, jedoch auch autoritäre staatliche Züge in sich trägt. Diese Konstellation gibt dem Staat massive Einflussmöglichkeiten innerhalb des marktwirtschaftlichen Systems. So prägen staatliche Eingriffe in Wirtschaftsprozesse und -entscheidungen, staatliches Eigentum (vor allem in Form von Staatsunternehmen), sowie eine staatlich gelenkte Industriepolitik mit speziell vorgegebenen auf den Export von Gütern ausgerichteten Entwicklungsstrategien das ökonomische System Chinas. Als Eigentümer großer Konzerne und als mächtige Regulierungsbehörde, die direkte (zB Exportvorgaben, Lizenzen, Kreditkontrollen) und indirekte (zB Steuerpolitik, Zinssatzregulierungen) Maßnahmen ergreifen kann, ist der chinesische Staat in den Wirtschaftsstrukturen sehr aktiv und präsent (vgl. Ghosh u.a. 2009: 49-52).

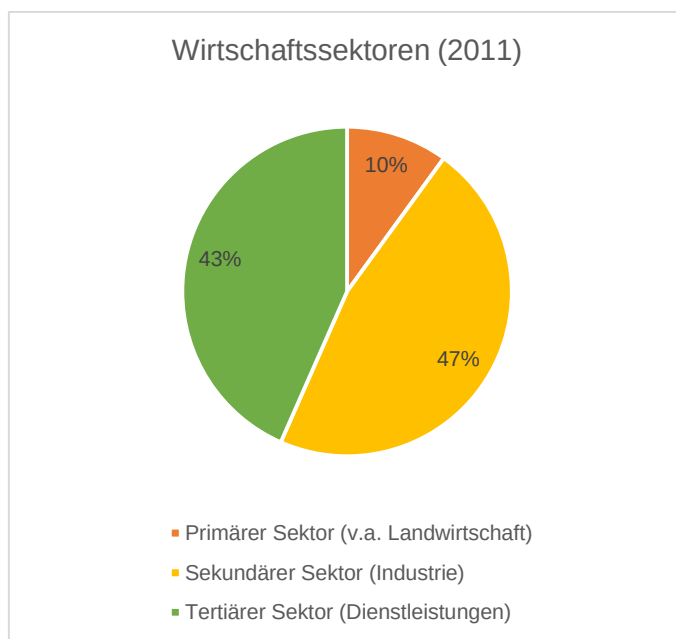


Abbildung 9: : Chinas Wirtschaftssektoren 2011
(Quelle: Brics (2013) bzw. eigene Darstellung)

Chinas Wirtschaftsstruktur ist vor allem durch den sekundären Sektor geprägt: So entfielen 2011 47% des BIP auf den Industriesektor, 43% auf den Dienstleistungssektor und rund 10% auf landwirtschaftliche Tätigkeiten. Innerhalb des Industriesektors ist es vor allem die Fertigungsbranche, die die Produktionsstrukturen prägt, was sich vor allem durch die massive Exportorientierung erklären lässt. Innerhalb der Fertigungsbranche – gemessen am Output-Wert – nimmt die Basismetall-Industrie den ersten Rang ein, gefolgt von der Informations- und

Kommunikationsindustrie und der chemischen Industrie (vgl. Ghosh u.a. 2009: 58). Im Zeitverlauf (2000-2011) hat, wie für die globalisierte Welt typisch, der primäre Sektor an Anteil verloren, während der tertiäre Sektor seinen Anteil vergrößern konnte, was auch auf Restrukturierungsmaßnahmen der staatlichen Führung zurückzuführen ist.

Die chinesische Wirtschaft ist zudem in hohem Maße fragmentiert: Es gibt sehr große regionale Unterschiede, darüber hinaus eine große (Entwicklungs-)Lücke zwischen

städtischen und ländlichen Einkommensverhältnissen und zwischen Vermögen im Allgemeinen.

“In 2007, the top ten coastal provinces including Beijing hosted about 40% of China’s population, but produced more than 60% of its GDP, accounted for more than 90% of China’s foreign trade and attracted about 80% of foreign direct investment” (Ghosh u.a. 2009: 50).

Diese erfolgreichen und vor allem an der Küste liegenden Provinzen sind darüber hinaus äußerst reich an gut ausgebildetem Personal (das zudem oft Fremdsprachen als Zusatzqualifikation aufweisen kann), verfügen über die benötigten Inputfaktoren für die produktive Verarbeitung und weisen zudem qualitätsvolle Infrastruktur- und Logistikstrukturen auf. Diese Gegenden profitieren vor allem von der Errichtung sogenannter „Sonderwirtschaftszonen“ und der Nähe zu Seehäfen. Diese beiden Faktoren sind auch hauptsächlich dafür verantwortlich, dass ausländische Direktinvestitionen angezogen werden konnten, was als Schlüsselfaktor für die Entwicklung hin zu einem modernen industriellen China gesehen wird (vgl. Ghosh u.a. 2009: 49f).

Das Wirtschaftswachstum Chinas der letzten 30 Jahre ist mit einer durchschnittlich rund 10%igen jährlichen Wachstumsrate sehr hoch (vgl. Ghosh u.a. 2009: 49). T. Ten Brink verweist dabei auf drei Hauptfaktoren, die dieses Wachstum ermöglichten (vgl. ten Brink 2014: 120ff): Durch ein günstiges weltwirtschaftliches Umfeld konnten Kapitalzuflüsse, eine erhöhte Nachfrage nach chinesischen Produkten im Ausland und somit eine Zunahme der Exportquote verzeichnet werden. Durch niedrige Löhne, ermöglicht durch fehlende, weil verbotene, gewerkschaftliche Vertretungen und Produktivitätssteigerungen durch technologische Innovationen, konnten sowohl das Binnenwachstum wie auch die Attraktivität des chinesischen Marktes für ausländische Unternehmen gesteigert werden. Diese Faktoren in Kombination mit einer staatlichen Steuerung, die die Schaffung von Rahmenbedingungen und die Unterstützung von Unternehmen vorsieht, sowie enge Beziehungen zwischen Staat, Partei und Unternehmen bevorzugt, sind als Haupttreiber des chinesischen „Wirtschaftswunders“ zu sehen. Zudem erfolgte über die letzten Jahr(zehnt)e eine Akkumulation von Währungsreserven vor allem in USD, was einerseits eine Machtposition gegenüber den USA darstellt (China hält gut die Hälfte aller Auslandsdevisen in USD), andererseits jedoch auch eine vermehrte Abhängigkeit von der Entwicklung des USD mit sich bringt und die Inflation anheizen könnte. Eine Aufwertung der chinesischen Währung könnte hier gegensteuern, was die chinesische Staatsführung allerdings auf Grund der Kosten und der vor allem auf den Binnenmarkt beschränkten Auswirkungen zu vermeiden versucht. Eine Öffnung der Kapitalmärkte müsste weiters von Strukturreformen bzw. Einsparungen begleitet werden, was die Kosten ebenso in die Höhe treiben könnte (vgl. Overbeek 2014: 213f). Es ist jedoch so, dass die chinesische Staatsführung mit wirtschaftlichen Maßnahmen und gezielten

Interventionen am globalen Währungsmarkt versucht die Stellung des USD als Leitwährung anzufechten und den chinesischen Yuan Renminbi in Position zu bringen: „Das Wachstum des chinesischen Außenhandels und die globale Expansion des chinesischen Kapitals gehen Hand in Hand mit Bemühungen, den RMB [Renminbi, Anm. SD] als internationale Währung zu nutzen“ (Overbeek 2014: 215).

4.4.3. Soziale Dimension

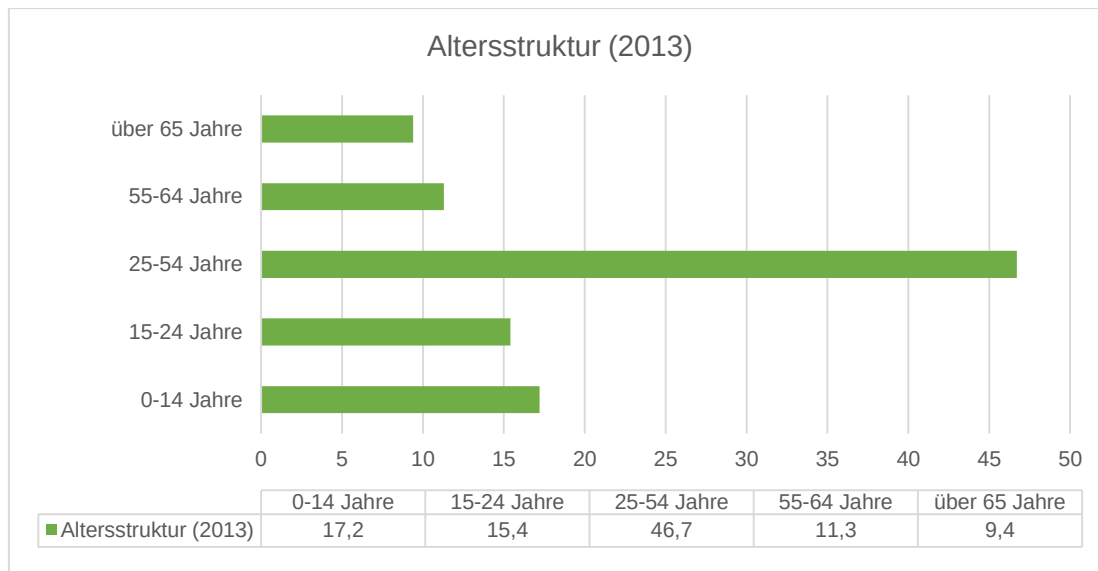


Abbildung 10: Chinas Altersstruktur 2013 (Quelle: CIA (2014) bzw. eigene Darstellung)

Das durchschnittliche Alter der chinesischen Bevölkerung ist mit 36,3 Jahren als zwar im internationalen Mittelfeld liegend, aber tendenziell überaltert beschreibbar. Ein gewichtiger Grund hierfür ist die „Ein-Kind“-Politik Chinas, die in den 1980er Jahren eingeführt wurde, 2013 (auch auf Grund der sich zuspitzenden demographischen Situation) jedoch gelockert wurde. Die mögliche Überalterung Chinas wird auch Auswirkungen auf die soziale Sicherung und das zukünftige Arbeitskräftepotenzial haben (vgl. Ghosh u.a. 2009: 49).

Zudem gibt es in China die Gefahr einer inneren Destabilisierung: Asymmetrisches (also ungleich verteiltes) Wachstum führt zu sozialen Spannungen in Folge von regional sehr unterschiedlichen Modernisierungsfortschritten, auseinanderdriftenden Einkommen vor allem zwischen Stadt und Land (Urbanisierungsrate von 51% im Jahr 2011), hohen Arbeitslosenraten und letztendlich auch korrupten bürokratischen (staatlichen) Strukturen. G. Mangott sieht darin einen „schleichenden Verfall der Regimelegitimität“. Denn der Herrschaftsanspruch des chinesischen Regimes gerät zunehmend durch den wachsenden Mitbestimmungswunsch der (langsam wohlhabender werdenden) Bevölkerung und durch westlich geprägte Einflussfaktoren wie nicht traditionelle Lebensstile oder Wertvorstellungen unter Druck (vgl. Mangott 2006b: 230). So spiegelt sich das Ungleichgewicht hinsichtlich der städtischen und ländlichen Bevölkerung auch und vor allem in der Entlohnung wider: Das

durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in der Stadt ist um das Dreifache höher als das Einkommen auf dem Land (vgl. Ghosh u.a. 2009: 50). Der Gini-Index (ein Indikator für die Ungleichverteilung von Vermögen bzw. Einkommen) reiht China auf den 27. Platz, was innerhalb der BRICS-Staaten den mittleren, d.h. den dritten Rang, bedeutet (vgl. CIA 2014). Zudem gibt es durch diese ungleiche Verteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen und durch das unzureichende soziale Netz eine massive Binnenmigrationsbewegungen (vgl. Nye 2011: 265).

4.4.4. Militärische Dimension

China sieht sich als „verantwortungsvolle Regionalmacht“, die ideologisch mit dem Anspruch des „friedlichen Aufstiegs“ der VR China verbunden ist (vgl. Mangott 2006b: 230). Sie verfolgt weiters eine Strategie der „aktiven Verteidigung“, die militärisches Eingreifen nur bei direkten Angriffen vorsieht. Die chinesische Volksbefreiungsarmee ist mit 2,5 Mio. SoldatInnen die größte Armee der Welt. China ist zudem Atommacht und hat geschätzte 200 Atomwaffen (vgl. Nye 2011: 260). Im militärischen Bereich sind China und Russland als Partner anzusehen, allerdings gibt es auch hier Konkurrenz um Einflussgebiete.

4.4.5. Zusammenfassung

Das politische China ist ein sozialistisches und autoritäres Einparteiensystem, das von der Kommunistischen Partei Chinas repräsentiert wird. Massive staatliche Lenkungsgriffe in wirtschaftliche Tätigkeiten, staatliche Unternehmen, sowie eine Kombination von Planwirtschaft und einer „selektiven Marktöffnung“ prägen das chinesische Wirtschaftssystem. Eine Anhäufung von Devisenreserven in USD bringt China zudem in eine wirtschaftlich und politisch machtvollen, aber auch abhängigen, Position. Gesellschaftlich gibt es sehr große regionale Unterschiede in der Verteilung von Einkommen und Vermögen, zudem werden generell niedrige Löhne gezahlt. Militärisch verfolgt China eine Strategie der „aktiven Verteidigung“, ist in mehrere Grenzkonflikte involviert und zudem Atommacht.

4.5. Südafrika

Die Republik Südafrika ist mit einer Fläche von 1,2 Mio. km² und 50 Mio. EinwohnerInnen im Jahr 2013 (vgl. CIA 2014) das kleinste Land im BRICS-Verbund. Es ist jedoch auf dem afrikanischen Kontinent das am weitesten entwickelte Land und eine regionale Hegemonialmacht. Auf Grund der ethnischen Vielfalt wird Südafrika auch als „Regenbogennation“ bezeichnet.

4.5.1. Politische Dimension

Südafrika kennt eine lange Zeit der Kolonialherrschaft, war zuerst eine niederländische und dann eine britische Kolonie. 1910 erfolgte die Gründung der Südafrikanischen Union und seit 1961 ist Südafrika eine föderale Republik bestehend aus neun Provinzen. Der südafrikanische Präsident ist dabei Staatsoberhaupt und Regierungschef in Personalunion. Die ersten als demokratisch zu bezeichnenden Wahlen erfolgten allerdings erst 1994. Denn im Jahr 1948 war das sogenannte „Apartheid-Regime“ durch die National Party schrittweise eingeführt worden, das ein Zweiklassenrecht, Separationen der Bevölkerungsgruppen und Entrechtungen vorsah. So wurde die Bevölkerung in Schwarze, Weiße, Farbige und Asiaten eingeteilt, wobei die Minderheit der Weißen die privilegierten BürgerInnen waren. Dieses Regime wurde erst um das Jahr 1990 abgeschafft und 1994 durch für alle BürgerInnen zugängliche Wahlen besiegelt. Das Jahr 1994 wurde somit auch zu einem Wendepunkt in Südafrikas politischen Ambitionen und außenpolitischen Handlungen: „(...) it moved from an isolated, politically belligerent, regionally militaristic, globally defensive agenda to one that is supportive of multilateralism and involves political partnerships, regional leadership, and global engagement“ (Habib 2009: 148). Das Jahr 1994 ist zudem mit dem Aufstieg der ANC (African National Congress) verbunden, der Partei, die sich markoliberalen Strukturen verschrieb und somit die Transition, d.h. den Übergang des politischen Systems zu einer Demokratie, vorantrieb, und die mit Nelson Mandela ihren ersten Präsidenten (1994-1999) stellte, zudem den ersten schwarzen Präsidenten in Südafrikas Geschichte. Sein Nachfolger Thabo Mbeki (1999-2008) etablierte das sogenannte „Black Economic Empowerment“-Programm (BEE), das die wirtschaftlichen Bedingungen der schwarzen Bevölkerung verbessern sollte. Seine Regierung schwächte zudem die marktliberale Agenda ab, indem sie massiv in den Wirtschaftsprozess eingriff. Jacob Zuma, Präsident seit 2009, wiederum stärkte die Position der ANC und sieht seine Rolle eher als Vermittler, etablierte und verstärkte darüber hinaus die Rolle des liberalen Kapitalismus in Südafrika (vgl. Simkins 2011: 105ff). Die südafrikanische Politik ist durch klare parlamentarische Mehrheiten gekennzeichnet, auch und vor allem weil die ANC mit 65,9% der Stimmen (Parlamentswahlen von 2009) eine stabile Mehrheit auf sich vereint. Die Regierung ist also als stabil anzusehen, geriert sich allerdings als „elitäre Staatsbürokratie“, denn eine „garantierte Weiterbeschäftigung der Staatsbeamten (nach dem

Ende der Apartheid, Anm. SD) erschien notwendig, um den Staat nicht in einen totalen Kollaps zu führen“ (Claar 2014: 202f). Kritisch ist anzumerken, dass es auch in Südafrika zu Einschränkungen der Medien und anderer Gruppen kommt, die die (ohnehin relativ geringe) Korruption zwischen Regierung und Wirtschaft aufzeigen wollen (vgl. Andreasson 2011: 1177).

Südafrika ist Gründungsmitglied des Völkerbundes, ebenso wie der UN und Mitglied der G20. Auf Grund des Apartheid-Regimes war der Staat über einen langen Zeitraum außenpolitisch isoliert (worden), ist heute jedoch ein verlässlicher außenpolitischer Partner vor allem im Rahmen der Friedensmissionen der UN. Darüber hinaus ist Südafrika Mitglied der Afrikanischen Union (AU), die wirtschaftliche, politische und kulturelle Kooperationen zwischen afrikanischen Staaten vorsieht und die die Europäische Union als Vorbild nennt. Außenpolitische Ziele der Republik Südafrika sind die Aufrechterhaltung guter diplomatischer Beziehungen zu allen Staaten, vor allem aber zu den Nachbarländern und Kooperationspartnern, und die Positionierung als „Fürsprecher“ des afrikanischen Kontinents. Erwähnenswert ist darüber hinaus das Verhältnis Südafrika-China: „Rohstoffsicherung und insbesondere die Erdölwirtschaft spielen eine große Rolle in den chinesisch-afrikanischen Beziehungen und sind ein wichtiger Bestandteil des chinesischen Entwicklungskonzepts in Afrika“ (Ulbrich 2014: 272). Die „Komplementarität von Handels-, Investitionspolitik und Entwicklungszusammenarbeit zieht sich wie ein roter Faden durch das chinesische Engagement in Afrika und kann durchaus als ein Teil einer politischen Gesamtstrategie der chinesischen Regierung gewertet werden, in der pragmatische Modernisierungs- und Transformierungsmaßnahmen durch staatliche Förderprogramme (hier in Form von Entwicklungszusammenarbeit und Infrastrukturinvestitionen) abgedeckt werden“ (ebd.: 273). Die Investitionen und somit auch die Entwicklungshilfe sind jedoch sehr spezifisch und je nach Nutzen für den chinesischen Staat angelegt und variieren je nach Politik- und Wirtschaftsfeld (vor allem in der Rohstoffförderung) (ebd.: 279). Der stetig steigende Energiebedarf Chinas und die Vielzahl der Bodenschätze in Südafrika und der gesamten Region machen Südafrika zu einem sowohl politisch als auch wirtschaftlich gefragten Partner.

4.5.2. Ökonomische Dimension

Lange Zeit war Südafrikas Wirtschaftssystem von der Subsistenzwirtschaft – also von der Landwirtschaft – dominiert, d.h. es wurde hauptsächlich für den Eigenbedarf produziert, die SüdafrikanerInnen waren quasi SelbstversorgerInnen. 1867 gab es dann die ersten Diamantenfunde, Goldfunde folgten. Minen wurden errichtet um die Förderung der Edelmetalle voranzutreiben. Nach wie vor sind Gold- und Diamantenminen Südafrikas Ressourcen Nummer eins. Die zunehmende (globale) Nachfrage nach Rohstoffen, vor allem nach Mineralien und Energie, bringen (Süd)Afrika neben Zentralasien zudem in die Rolle von

Rohstoff-Exporteuren (vgl. Andreasson 2011: 1169) und potenziellen Gewinnern der globalisierten Welt. Südafrika ist hoch entwickelt im Bereich des Bergbaus, darüber hinaus auch in der verarbeitenden Industrie (Maschinenbau), im Dienstleistungssektor und im Export von Agrarprodukten und Automobilen (als einziges Land Afrikas hat Südafrika eine eigene Autoproduktion). Importiert wird vor allem Energie, trotzdem gibt es Probleme mit der Stromversorgung: „Die Konsequenzen der Stromknappheit schlagen sich im steigenden Leistungsbilanzdefizit, einer zunehmenden Auslandsverschuldung, dem temporären Währungsverfall und nicht zuletzt in der importierten Inflation aufgrund der teuren Energieimporte nieder“ (vgl. Heese 2009: 122f).

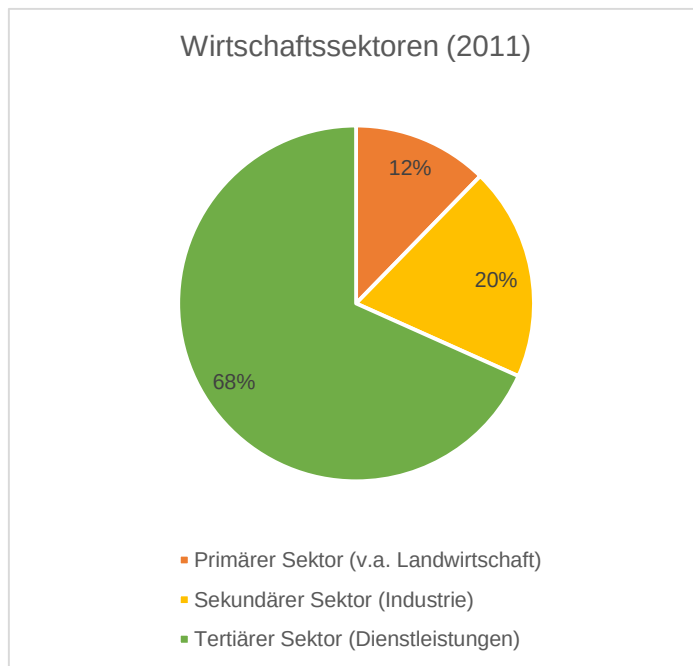


Abbildung 11: Südafrikas Wirtschaftssektoren 2011
(Quelle: Brics (2013) bzw. eigene Darstellung)

Südafrikas Wirtschaftssystem wird vom tertiären Sektor mit 68% dominiert. Industrie und Landwirtschaft folgen mit jeweils 20 bzw. 12%. Im Zeitverlauf (2000-2011) hat der primäre Sektor in Südafrika – was dem generellen Trend entgegenläuft – als einzigem Staat der BRICS an Anteil dazugewinnen können, während der sekundäre Sektor geschrumpft ist. Der tertiäre Sektor hat jedoch absolut, wie in allen BRICS-Staaten, seinen Anteil vergrößern können.

In den 1960er Jahren konnte Südafrika einen enormen Wirtschaftsaufschwung verzeichnen und viele Investitionen durch ausländische Unternehmen (auch auf Grund der geringen Löhne) anziehen. Dieser Aufschwung war vor allem für die weiße Bevölkerung profitabel und hatte auch Auswirkungen auf deren Bildung und deren Lohnniveau. Südafrika wurde damals sogar als einziges afrikanisches Land zur „Ersten Welt“ gerechnet. Heute erfolgt die Zurechnung Südafrikas (gemeinsam mit 35-40 anderen Staaten inklusive der BRIC) zu den Schwellenländern, die vor allem durch wirtschaftliche Fortschritte einen Aufholprozess in Gang gesetzt haben und in naher Zukunft zu den Industriestaaten aufschließen könnten. Während das südafrikanische BIP pro Kopf höher ist als das der übrigen BRIC-Staaten mit Ausnahme von Russland, ist die Wirtschaftsleistung nur ein Drittel derer von Brasilien und Russland und winzig verglichen mit Indien und China (vgl. Andreasson 2011: 1171).

Zur Zeit der Apartheid war die südafrikanische Wirtschaft ambivalent was Liberalisierungs- bzw. Protektionismusbestrebungen anbetrifft. Im Zuge der Transition vom Apartheid-Regime hin zu einem demokratischen Staat erfolgte dann schrittweise eine Öffnung des Landes mit dem Ziel einer in die Weltwirtschaft integrierten Ökonomie. So wurden Zölle gesenkt, die Exportquoten erhöht und Privatisierungen vorangetrieben – alles im Rahmen des 1996 von der Regierung aufgelegten Wirtschaftsförderungsprogrammes „Gear“, das Wachstum (Growth), Beschäftigung (Empowerment) und (and) (Um-)Verteilung (Redistribution) vorsah. Die Möglichkeit von staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft lässt sich die südafrikanische Regierung offen (vgl. Claar 2014: 196ff). Probleme gibt es auf Grund der hohen Arbeitslosenrate, auf Grund der nur geringen Aspiration der (schwarzen) Bevölkerung an Unternehmertum und im Kampf gegen „brain drain“, das die Abwanderung vor allem weißer SüdafrikanerInnen und den damit einhergehenden Wissensverlust meint. Hierfür wird vor allem das „Black Economic Empowerment“-Programm (BEE) verantwortlich gemacht, das als diskriminierend und hinderlich für Arbeitsaussichten gesehen wird (vgl. Andreasson 2011: 1176). Im südafrikanischen Arbeitssystem spielten und spielen Gewerkschaften eine gewichtige Rolle (vgl. Claar 2014: 201).

Die (vor allem wirtschaftlichen) Kooperationen zwischen den Staaten der Afrikanischen Union und anderer „emerging markets“-Länder werden von der südafrikanischen Politik als wichtig eingestuft, wobei nationalen Interessen Vorrang eingeräumt wird (vgl. Andreasson 2011: 1169). Seit Februar 2011 ist Südafrika auch offizielles Mitglied der BRICS-Staaten, die den afrikanischen Staat im Dezember 2010 nach massiver Lobbyarbeit durch Präsident Zuma eingeladen haben der BRIC-Gruppierung beizutreten (ebd.: 1173).

4.5.3. Soziale Dimension

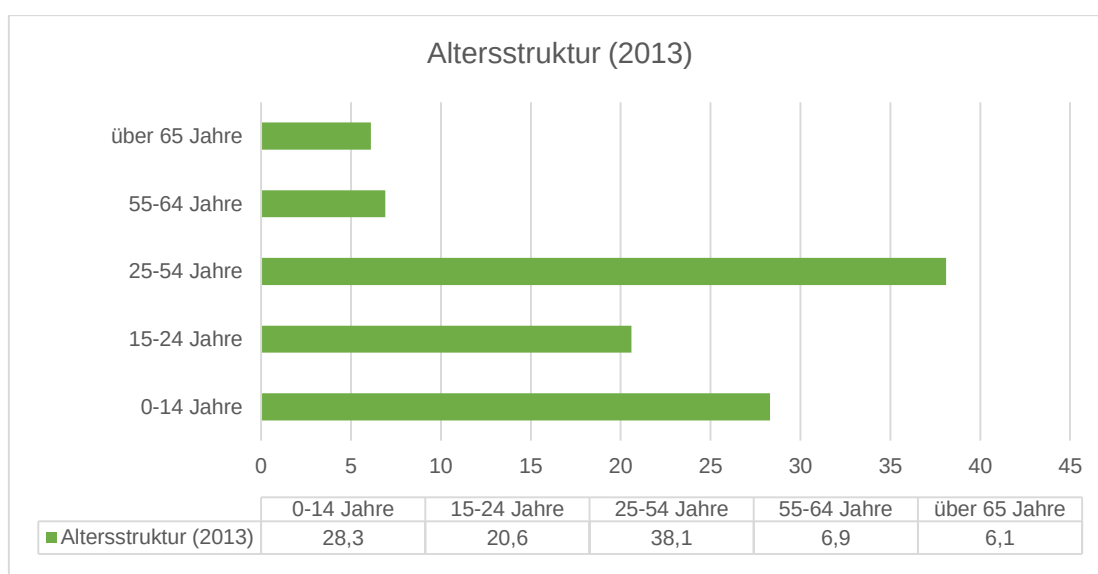


Abbildung 12: Südafrikas Altersstruktur 2013 (Quelle: CIA (2014) bzw. eigene Darstellung)

Mit einem Durchschnittsalter von 25,5 Jahren ist Südafrikas Bevölkerung als sehr jung einzustufen, der Anteil der 0-24-Jährigen beträgt 48,9%, der Anteil der 0-54-Jährigen sogar 87% (Zahlen von 2013). Damit ist Südafrika auch nach „Altersgesichtspunkten“ der Bevölkerung das „jüngste“ Land der BRICS-Staaten. Südafrikas Gesellschaftsstruktur setzte sich 2011 aus 79% Schwarzen, 9,6% Weißen (Abstammung vor allem aus den Niederlanden, Deutschland, Frankreich und Großbritannien), 8,9% Farbigen und 2,5% Asiaten, vor allem Indern, zusammen (vgl. CIA 2014). Die Überwindung der Apartheid und der sogenannte „Mandela-Effekt“, der den Staat zu einem diplomatischen „high performer“ werden ließ, brachten Südafrika in eine profitable Rolle. Was die soziale Dimension anbelangt, ist die südafrikanische Gesellschaft jedoch nach wie vor tief gespalten. Sie ist durch extreme Ungleichgewichte geprägt und verzeichnet sehr hohe Gewalttaten (vgl. Andreasson 2011: 1172). Darüber hinaus ist Aids ein Problem, mit dem Südafrika zu kämpfen hat. Auch im Gini-Index (einem Indikator für Ungleichgewicht innerhalb einer Gesellschaft) nimmt Südafrika den zweithöchsten Rang nach Namibia und vor Lesotho ein. Auch wenn die Apartheid überwunden ist, trägt sie dennoch auch heute noch wesentlich zu Ungleichheiten in der südafrikanischen Bevölkerung bei. Denn das Apartheid-Regime verfolgte die Rassentrennung vor allem über die steuerliche Trennung, was eine Unterfinanzierung von schwarzen Regionen mit sich brachte, die sich bis heute auswirkt. Darüber hinaus war es Schwarzen nur gestattet kleine Personenunternehmen zu gründen bzw. zu besitzen. Die „Black Economic Empowerment“ leistet dabei nur einen kleinen Anteil an Wiedergutmachung (vgl. Simkins 2011: 109).

4.5.4. Militärische Dimension

Die Republik Südafrika war bis 1991 Atommacht, dann wurde im Zuge des Atomwaffensperrvertrages die Vernichtung der Atomwaffen beschlossen und durchgeführt. Das südafrikanische Militär ist vor allem in Kooperation mit der UN bei friedenssichernden Maßnahmen (UNO-Blauhelm-Missionen) im Einsatz.

4.5.5. Zusammenfassung

Die Republik Südafrika ist ein Hegemon auf dem afrikanischen Kontinent, der außenpolitisch vor allem an guten diplomatischen Beziehungen interessiert ist und sich als „Sprecher“ Afrikas sieht. Politisch ist Südafrika ein Land mit stabilen Mehrheiten, das sich zunehmend vor allem über den Export von Rohstoffen in die Weltwirtschaft integriert. Ein 42 Jahre andauerndes Apartheid-Regime hat die südafrikanische Gesellschaft tiefgreifend gespalten, was sich auch an Rang 2 im Gini-Index bemessen lässt. Darüber hinaus ist Südafrikas Bevölkerung sehr jung, was enormes Arbeitskräftepotenzial für die Zukunft verspricht. Militärisch ist Südafrika vor allem in Kooperation mit den UN bei Friedensmissionen im Einsatz.

5. Vergleichende Analyse der BRICS-Staaten

5.1. Überlegungen zur Vergleichenden Forschung

Vergleichende Forschung zu betreiben bedeutet immer auch das Bewusstsein für mögliche Fehlerquellen zu schärfen. Angefangen von Aggregatdaten (zB Arbeitslosenraten, Urbanisierungsgrad, BIP-Kennzahlen), die – wie auch bei meiner Erhebung – in überwiegender Zahl von internationalen Institutionen, wie der UN, der OECD, dem IWF oder ähnlichen Organisationen, angeboten werden, über einzelne Forschungsinstitute bzw. Think Tanks, wie beispielsweise der Heritage Foundation oder das PewResearch Institut, bis hin zu empirischen Daten – gesammelt aus verschiedenen wissenschaftlichen Artikeln, Büchern, Erhebungen – muss das Hauptaugenmerk immer auf die Wissenschaftlichkeit und Aussagekräftigkeit der Forschung gelegt werden. Reliabilität, d.h. die Verlässlichkeit der Daten bzw. der Quellen, Validität, d.h. die „passende“ Anpassung des Forschungsdesigns an das Erkenntnisinteresse bzw. die Forschungsfrage, und Objektivität, die Nachvollziehbarkeit und Reproduzierbarkeit der Ergebnisse bzw. die kritische Betrachtung und Offenlegung normativer Gedanken in Texten oder Forschungen, sind jedenfalls zu berücksichtigen. Gerade bei Vergleichen zwischen Staaten muss oft auf Daten vertraut werden, die internationale Organisationen oder die Staaten selbst anbieten, und die von den Forschenden nicht oder nur schwer überprüfbar sind. Hinzu kommt, dass es nicht bei allen Staaten möglich ist Daten zu spezifischen Themenfeldern zu finden bzw. zu erhalten. Diese „Datenlosigkeit“ führt dann wiederum zu mangelnder oder asymmetrischer Vergleichbarkeit der Staaten untereinander. Die Nachvollziehbarkeit des Erhebungsvorgangs bzw. die verwendeten Variablen sind daher so gut wie möglich – auch in der eigenen Arbeit – ersichtlich zu machen. Erwähnenswert ist zudem, dass es auch hinsichtlich der Berechnungen von Indices und Kennzahlen unterschiedliche Herangehensweisen gibt: So werden beispielsweise bei der Berechnung der Arbeitslosenquoten – abhängig von der Definition der Arbeitslosen – die unterschiedlichsten Herangehensweisen gewählt (zB nationale Methoden, EU-Methode, ILO-Methode), genauso wie bei der Erhebung von Personen unter der Armutsgrenze (diese Grenzen werden oft staatlich festgelegt und sind deshalb häufig normativ bzw. an einer „Verschönerung“ der Situation interessiert). Diese möglichen Fehlerquellen gilt es zu identifizieren und offen zu legen. Was den Umgang mit aggregierten Daten betrifft, gilt es folgende Aspekte und Gefahren, die besonders auch auf dieses Forschungsvorhaben zutreffen, zu berücksichtigen (vgl. von Beyme 2000: 173f):

- Aggregierte Daten als rein makropolitische Betrachtungsweise und Nicht-Beachtung bzw. Vernachlässigung der Mikroebene
- Vernachlässigung unverfälschter und origineller politischer Variablen, da vor allem wirtschaftliche Daten leichter und besser aufbereitet zugänglich sind

- Interpretationen von Daten, die teilweise anders erhoben werden, unterschiedliche Zuordnungen erfahren bzw. oft keinen internationalen Standards unterliegen
- Verführung von „mathematisierender Pseudoexaktheit“ – Berücksichtigung, dass jede Messung auf der ihr zu Grunde liegenden qualitativen Größe beruht

Um Vergleiche sinnvoll und aussagekräftig auswerten zu können, ist es deshalb auch wichtig, sich einen möglichst umfassenden Überblick über Einflussfaktoren bzw. Verzerrungen der Daten (Bias) zu machen, bevor eine Kategorisierung bzw. Priorisierung der Daten vorgenommen wird. Um dem „selection bias“ (vgl. Lauth 2009: 220) bei der Auswahl der relevanten Schlüsselfaktoren zu umgehen, wurden die Kategorien in dieser Arbeit bereits vor der „Auffüllung“ der Zahlen ausgewählt um eine Verzerrung durch bereits ersichtliche Ergebnisse zu vermeiden. Erwähnenswert für diese Arbeit ist zusätzlich der sogenannte „western bias“, der hinsichtlich westlich geprägter Werte US-amerikanischer und europäischer ForscherInnen skeptisch ist, die nicht in der Lage seien, „die „andere“ Realität divergenter Regionen angemessen zu erfassen“ (ebd.: 222). Eine möglichst umfassende Sammlung von Daten, sowie eine Kombination aus deskriptiver und quantitativer Forschung sollen diesen bias umgehen. Trotzdem ist jedoch kritisch anzumerken, dass auch die Auswahl von Indikatoren bzw. deren Priorisierung bereits Wertungen beinhaltet, die durch den kulturellen Hintergrund eines jeden Forschenden geprägt sind.

5.2. Analysekriterien, Kategorisierung und Priorisierung der Daten

Im Rahmen dieser Masterarbeit wurde – ausgehend von international üblichen Daten „staatlicher Macht“ – eine Kategorisierung der Dimensionen (in Basisdaten, politische, wirtschaftliche, soziale und militärische Dimensionen) vorgenommen, die wiederum je nach Relevanz für die Beantwortung der Forschungsfrage eine Priorisierung erfahren haben. Diese Kategorisierung und Priorisierung der Daten (die sogenannten Schlüsselindikatoren), genauso wie die Auswahl der Theorien oder des Forschungsdesigns, sind als subjektive Elemente in der Forschung zu sehen, sollen jedoch durch eine schlüssige Argumentation nachvollziehbar und somit annähernd objektiv gemacht werden. Für die Analyse wurde ein „Mixed-Method-Ansatz“ verwendet, der sowohl qualitative, als auch quantitative Elemente enthält, und durch die Zusammenführung der Ergebnisse einen breiten Methodenansatz darstellt (vgl. Lauth 2009: 199ff). Dementsprechend wurde eine quantitative Makroanalyse (in Form von Aggregatdaten) qualitativ durch wissenschaftliche Journal-Artikel und Fachliteratur zu den einzelnen Staaten bzw. zum BRICS-Gebilde als Ganzes ergänzt. Hinzu kommen Beschlüsse bzw. verlautbarte Zielsetzungen der Staaten, die im Rahmen der BRICS-Summits veröffentlicht wurden, und ebenso einen Teil zur möglichst umfassenden Analyse beigetragen haben.

Wie bereits erwähnt wurde die Analyse von staatlicher Macht in Kategorien bzw. Subkategorien eingeteilt, die sich wie folgt darstellen lassen:

- Basisdaten: Währung, internationale Mitgliedschaften, Bevölkerung und Infrastruktur
- Politische Dimension: Außenpolitik, Staat generell und Staatshaushalt
- Ökonomische Dimension: Wirtschaftspolitik, Bruttoinlandsprodukt (BIP, BIP/Kopf und jeweiliges Wachstum, Sektoren), Außenhandel, Investments und Makroindikatoren
- Soziale Dimension: Leben, Ungleichheiten, Bildung und Gender
- Militärische Dimension

Diese Kategorisierung wurde an Hand der (Haupt-)Einflussbereiche auf staatliches Handeln vorgenommen und stellt eine Kombination aus „hard“ (konkret messbare Ressourcen wie Bevölkerungszahlen, wirtschaftliche oder militärische Stärke) und „soft“ (beispielsweise in Form von strategischem Geschick, Führungskompetenz, Diplomatie oder Agenda Setting-Macht) power dar, die J. Nye auch als „intelligente Macht“ oder „smart power“ bezeichnet (vgl. Nye 2011: 15-19). Im Kontext einer globalisierten Welt wird deren Zusammenwirken eine wichtige Rolle beigemessen. Eine Vormachtstellung in einzelnen Dimensionen alleine (wie beispielsweise im Bereich der militärischen Macht) wird möglicherweise auf kurze Sicht erfolgreich sein, langfristig und dauerhaft wird allerdings nur eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung in allen Bereichen staatliche Macht erhalten können.

5.3. Schlüsselindikatoren

In der Betrachtung bzw. Auswertung der einzelnen Kategorien wird implizit eine Priorisierung vorgenommen, die sich folgendermaßen aufschlüsselt: Die Basisdaten werden mit 10%, genauso wie die militärische Dimension mit 15% leicht untergewichtet, während die Dimensionen Politisches, Ökonomisches und Soziales mit jeweils 25% gleichwertig eingestuft werden. Innerhalb der Dimensionen wurden Schlüsselindikatoren bestimmt, die – auch auf Grund der massiven Überzahl an Daten zum ökonomischen Sektor – nur eine Annäherung an staatliche Macht darstellen können. Die Priorisierung wurde in jeder Dimension an Hand der Überlegung, was für einen „erfolgreichen“ Staat erforderlich und notwendig ist, vorgenommen. Es gibt demnach keine genaue zahlenmäßige Übereinstimmung der Indikatoren in den jeweiligen Kategorien.

- **Basisdaten**
 - **Bevölkerung:** Die ausgewählten Kennzahlen dienen als Indikatoren für die wirtschaftliche und die soziale Entwicklung(sfähigkeit) eines Staates.
 - **Bevölkerungsanzahl bzw. –wachstum:** Das Ausmaß einer Bevölkerung bzw. deren Wachstum und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung bedingen sich gegenseitig und sind auch für die

Politikgestaltung wesentliche Einflussfaktoren (zB hinsichtlich Arbeitskräfte der Zukunft, Pensionssicherungen, Investitionen in Gesundheitssysteme, Hausbau, Infrastruktur).

- **Grad der Urbanisierung:** Der Urbanisierungsgrad ist ein Maßstab für die Entwicklung einer Gesellschaft bzw. deren Entwicklungsstand hinsichtlich wirtschaftlicher Sektoren (Landwirtschaft, Industrie bzw. Dienstleistungen).

- **Infrastruktur:** Infrastrukturelle Einrichtungen zeigen einerseits das Innovationspotenzial bzw. die Innovationsbereitschaft eines Staates auf und sind andererseits auch Indikatoren für Investitionspotenziale bzw. bereits erfolgte Investitionen (im nationalen, aber auch internationalen Einflussbereich).

- **Telekommunikation** (Zugang zu PC, Internet, Telefonbesitz)
- **Hafen**

- **Politische Dimension**

Die hier aufgeführten Indikatoren haben unterschiedlichen Einfluss auf das Ansehen der Staaten und deren „Mächtigkeit“ im weltweiten Verbund.

- **Außenpolitik:** Die außenpolitische Agenda und die Entscheidung eines Staates zur Integration bzw. Nicht-Integration in den weltweiten Staatenverbund sind wesentliche Indikatoren für Zielsetzungen und Prioritäten der einzelnen Staaten. Hieraus können auch Ambitionen zur Zusammenarbeit bzw. deren Ausrichtung zwischen den Staaten dargestellt werden.

- **Staat generell:**

- **Politisches System:** Das politische System eines Staates, d.h. dessen innenpolitische Verfasstheit bzw. die Etabliertheit von Parteien und oppositionellen Gruppen, bestimmt einerseits innenpolitische Prozesse, Entscheidungsfindungen und Machtverhältnisse, und trägt zudem wesentlich zum außenpolitischen Ansehen bei. So ist eine demokratische Ausrichtung für westlich geprägte Kulturkreise Voraussetzung für ein positives Image. Demgegenüber werden autoritäre oder präsidial dominierte Systeme als nicht erstrebenswert und dem demokratischen System untergeordnet wahrgenommen. Hier erfolgt eindeutig eine normative Wertung, die in der Analyse berücksichtigt wird.
- **Staatliche Einflussbereiche** (Politische Stabilität, Vertrauenswürdigkeit und Stimme in der Welt, Rule-of-Law-Index): Politische Stabilität und die Einhaltung bzw. die Ahndung der Nicht-

Einhaltung von Gesetzen sind Indikatoren für die Vertrauenswürdigkeit von Staaten und finden sich teilweise in der eigenen Dimension „Vertrauenswürdigkeit“ wieder. Die einzelnen Indikatoren sollten sich nicht widersprechen.

- **Korruption:** Das Korruptions-Ranking kann als Indikator für die Beeinflussbarkeit und Lenkungsmöglichkeiten der Staaten, im Besonderen der PolitikerInnen, herangezogen werden und hat Auswirkungen auf deren Ansehen.
- **Staatshaushalt:** Der Staatshaushalt soll an Hand der Punkte Budgetsaldo und Staatsausgaben für „zukunftsgerichtete“ Investitionen untersucht werden. Der Verschuldungsgrad der Staaten wird dabei nicht berücksichtigt, da es keine Übereinkunft darüber gibt, wieviel Verschuldung eines Staates zuviel ist. Auswirkungen können nur hinsichtlich der Liquidität (auf Grund sinkender Bonität und damit sinkender Bereitschaft von Kreditgebern dem verschuldeten Staat Geld zu leihen) bzw. des Images eines Staates festgestellt werden, haben aber keine unmittelbaren Konsequenzen.
 - **Budgetsaldo:** Ein annähernd ausgeglichenes Budget kann als Indikator für „gutes Staatsmanagement“ gesehen werden und spiegelt auch deren Prioritätensetzungen wider.
 - **Staatsausgaben** (für Bildung, Gesundheit, Forschung): Staatsausgaben für Bildung, Gesundheit und Forschung sind als Investitionen in die Zukunft zu verstehen und können somit Aufschluss über vorausschauendes, nachhaltiges staatliches Agieren geben. Weiters können Prioritäten der Regierungen abgeleitet werden.
- **Ökonomische Dimension**
 - **Wirtschaftspolitik:** Die Entscheidung eines Staates sich in Richtung Weltmarkt zu öffnen oder eine autarke wirtschaftspolitische Strategie zu verfolgen, spielt zusammen mit außenpolitischen Ambitionen eine wesentliche Rolle hinsichtlich seiner zukünftigen Wirkmächtigkeit bzw. Abhängigkeit von anderen Staaten. Hinzu kommt die wirtschaftspolitische Ausrichtung und Ideologie eines Staates regulierend oder fördernd in das nationale Wirtschaftsgeschehen einzugreifen oder auf einen sich selbst regulierenden, weitgehend von Staatseingriffen freien Markt zu setzen.
 - **Bruttoinlandsprodukt:** Die Kennzahlen des Bruttoinlandsproduktes bzw. dessen Pro-Kopf-Anteil, genauso wie die Wachstumsraten geben die Wirtschaftsleistung eines Staates wider und sind Indikatoren für dessen Leistungsfähigkeit bzw. für ein günstiges wirtschaftliches Umfeld. Aus dem Pro-

Kopf-Anteil kann in Tendenzen auch die durchschnittliche Lebensqualität (bezogen auf ökonomische Faktoren) abgeleitet werden. Einen wesentlichen Beitrag zum BIP leisten die Wirtschaftssektoren, deren Aufteilung Einfluss auf Innovationsleistungen bzw. die generelle Ausrichtung des Wirtschaftssystems hat.

- **Außenhandel:** Außenhandelsbilanzen bzw. Außenhandelsquoten geben einerseits die Vernetzung mit der Außenwelt wider und sind andererseits auch Indikatoren für die Außenabhängigkeit der Staaten. Rohstoffrenten zeigen zudem die Abhängigkeit von Rohstoffen bzw. natürlichen Ressourcen an.
 - **Außenhandel**
 - **Rohstoffrenten**
- **Investments:** Die Investment-Dimension dient als Indikator für die Beziehungen zwischen den Volkswirtschaften.
 - **FDI:** Ausländische Direktinvestitionen können als Indikatoren für die Anziehungskraft bzw. ansprechende wirtschaftliche Rahmenbedingungen der Staaten herangezogen werden.
 - **Währungsreserven und Gold:** Währungsreserven in Fremdwährungen haben je nach Bestand bzw. Zukauf Einfluss auf andere Staaten und auf internationale Machtverhältnisse. Weiters spiegelt dieser Indikator die weltweite Vernetzung bzw. Interessensschwerpunkte hinsichtlich der investierten Länder wider.
- **Makroindikatoren:** Makroindikatoren sind Einflussfaktoren auf Volkswirtschaften, die Auswirkungen auf deren Wettbewerbsfähigkeit haben. Teilweise werden diese Indikatoren auch staatlich gesteuert. Streiks und Arbeitsaussetzungen sind wesentliche Faktoren für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft und geben Rückschlüsse auf die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten, werden jedoch in den Schlüsselindikatoren nicht aufgeführt, da es zu China keine Zahlen gibt und somit keine Vergleichsmöglichkeit gegeben ist. Genauso sind auch aktuelle Angaben zu Gewerkschaften v.a. in Brasilien und Russland über die ILO nicht zu erhalten sind, die Dimensionen, die China angibt, wiederum überproportional und unrealistisch hoch. Dieser Indikator kann deshalb auch nicht als Schlüsselindikator verwendet werden.
 - **Inflationsrate:** Die Inflationsrate als Maßstab für die Teuerung, d.h. die Steigerung der Preise bei gleichbleibendem Lohnniveau, kann als Indikator für die Kaufkraft der Bevölkerung gesehen werden.
 - **Leitzinsen:** Die Leitzinsen der Staaten werden von den jeweiligen Zentralbanken festgelegt und haben Auswirkungen auf Investitionen

und Sparquoten der Unternehmen und der Bevölkerung. In Folge sind sie potentiell in der Lage zum Wirtschaftsaufschwung oder –abschwung beizutragen.

- **Arbeitslosenrate:** Die Arbeitslosenrate gibt an, inwieweit Volkswirtschaften in der Lage sind Arbeitsplätze für ihre Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Sie kann auch als Indikator für soziale Lebensqualität herangezogen werden. Die Betrachtung der Kennzahl der Jugendarbeitslosigkeit stellt eine vertiefende Ansicht dar, wird allerdings in dieser Analyse durch die „generelle“ Arbeitslosenquote repräsentiert.
- **Währung:** Die Stabilität von Währungen bzw. deren Über- bzw. Unterbewertung tragen massiv zur Entwicklung einer Volkswirtschaft bei. Währungen haben dabei Auswirkungen auf Exporte und Importe bzw. deren Kosten.
- **Wettbewerbsfähigkeit:** Zusammengefasst werden können die makroökonomischen Indikatoren durch die Kennzahl der Wettbewerbsfähigkeit, die eine Sammlung und Auswertung von Daten, wie Infrastruktur, Institutionen, Markteffizienz, Arbeitsmarkt u.a. (siehe Anhang – Seite 129), darstellt. Sie sollte den vorangegangenen Indikatoren nicht widersprechen.

- **Soziale Dimension**

- **Leben:** Die Indikatoren, die unter dem Punkt „Leben“ zusammengefasst sind, beinhalten staatliche Investitionen in die Gesundheitsversorgung und in (Aus-)Bildung, die Lebenserwartung, die demographische Ausgangslage, genauso wie die Einkommenssituation.
 - **Lebenserwartung**
 - **Human Development Index**
- **Ungleichheiten:** Ungleichverteilungen in einer Gesellschaft sind als Indikatoren für Auseinanderentwicklungen der Bevölkerung und deren sinkenden Zusammenhalt zu sehen. Soziale Ungleichgewichte bedingen soziale Kämpfe und verringern politische und ökonomische Entwicklungen, haben also auch Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit und die Lebensqualität.
 - **Gini-Index**
 - **Einkommenseinstufung durch die Weltbank**

- **Bildung:** Der Aspekt Bildung – repräsentiert durch den Alphabetisierungsgrad – kann als Indikator für Berufschancen, die Einkommenssituation, sozialen Aufstieg und Integration gesehen werden.
 - **Alphabetisierungsgrad**
- **Gender:** Die Gleichbehandlung aller Menschen von staatlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Seite kann als Indikator für die Fortschrittlichkeit eines Staates dienen. Dabei ist ein explizit normativer Charakter zu vermerken.
 - **Gender Equality Ranking**
 - **Frauenanteil in nationalen Parlamenten**
- **Meinungsumfrage in Bevölkerungen:** Die in dieser Analyse verwendeten Meinungsumfragen des PewResearch Centers können nicht als repräsentativ gewertet werden, sind jedoch in der Lage die Stimmung in der Bevölkerung widerzugeben und sind somit als Indikatoren für Stimmungslagen und staatlichen Rückhalt – quasi als „Bottom-Up“-Ansatz – durchaus geeignet.
 - **Richtung des Staates**
 - **Wirtschaftliche Situation des Staates**
 - **Wirtschaftliche Situation des/der Befragten**
- **Militärische Dimension:** Staatliche Ausgaben bzw. Investitionen in militärische Institutionen spiegeln das Weltbild von Staaten (idealistisch, realistisch, institutionalistisch, u.a.) und können als Indikatoren Aufschluss über Priorisierungen bzw. Ausrichtungen der Außenpolitik geben. Darüber hinaus stellen sie „reale“ Machtfaktoren dar, die – bei Ausübung – unmittelbare Auswirkungen auf andere Staaten hätten.
 - **Staatsausgaben für Militär**
 - **Truppenstärke**

5.4. Tabellarische Darstellung der BRICS-Staaten¹

Dimensionen	Brasilien	Russland	Indien	China	Südafrika
BASISDATEN					
Hauptstadt	Brasília	Moskau	Neu-Delhi	Peking	Pretoria
Währung	Real	Rubel	Rupie	Renminbi Yuan	Rand
Mitgliedschaften	G77, G20 UN Mercosur	G20, G8 UN (SC) CIS	G77, G20 UN SAARC	G77, G20 UN (SC)	G77, G20 UN AU
Bevölkerung					
Bevölkerung in Mio. (2012)	198,7	143,5	1.237	1.351	51,19
Bevölkerungswachstum (2011 auf 2012)	2,54%	0,21%	2,23%	0%	1,17%
Bevölkerungswachstum über 10 Jahre kumulativ in % (Zeitraum 2003-2012)	12,64%	-1,66%	15,50%	4,73%	10,29%
Grad der Urbanisierung (2010 oder später)	87%	73,8%	31,3%	50,6%	62%
Infrastruktur (Basisversorgung, Kommunikation, Technologie, Transport)					
Wasserversorgung rural und urban (2010)	98%	97%	92%	91%	91%
Hygieneversorgung rural und urban (2010)	79%	70%	34%	64%	79%
Zugang zu Elektrizität in % der Bevölkerung (2010)	99%	--	75%	100%	76%
Zugang zu PC (2011)	45,4%	57,1%	6,9%	38,0%	19,5%
Zugang zu Internet (2011)	37,8%	46,0%	6,0%	30,9%	9,8%
Telefonbesitz (2012)	22%	30%	2%	21%	8%
Asphaltierte Straßen in % der Straßen (2010)	14%	--	50%	54%	--
Infrastruktur Hafen Ranking (2012)	3	4	4	4	5

¹ Ausführliche Angaben zur Berechnung bzw. Zusammensetzung der verwendeten Kennzahlen sind im Anhang (siehe Seite 129) aufgelistet.

Dimensionen	Brasilien	Russland	Indien	China	Südafrika
POLITISCHE DIMENSION					
Staat generell					
Politisches System	Föderale demokrat. Republik	Föderale präsidentiale Republik	Föderale demokrat. Republik	Sozialist.-autoritäres Einpartei-System	Föderale demokrat. Republik
Politische Stabilität (2012)	0,07	-0,82	-1,25	-0,54	0
Vertrauenswürdigkeit und Stimme in der Welt (2012)	0,43	-0,96	0,35	-1,58	0,56
Effektivität der Regierung (2012)	-0,12	-0,43	-0,18	0,01	0,33
Korruption (CPI) Score (Ranking aus 177) (2013)	42 (72)	28 (127)	36 (94)	40 (80)	42 (72)
Rule-of-Law-Index (2012)	-0,11	-0,82	-0,10	-0,49	0,08
Staatsquote (2012)	36,85%	38,14%	27,11%	24,25%	32,35%
Economic Freedom Score (Ranking) (2014)	56,9 (114)	51,9 (140)	55,7 (120)	52,5 (137)	62,5 (75)
Staatshaushalt					
Saldo des Budgets in % des BIP (2013)	-2,6%	-0,7%	-7,2%	-0,9%	-6,2%
Verschuldungsgrad des Staates in % des BIP (2013)	59,2%	7,9%	51,8%	31,7%	45,4%
Verschuldung der privaten Haushalte (2010)	13%	10%	10%	12%	47%
Ausgaben für Bildung in % des BIP (2009 od. später)	6,0%	4,7%	3,5%	3,9%	6,0%
Ausgaben für Bildung in % der Staatsausgaben	18%	12%	11%	--	19%
Ausgaben für Gesundheit in % des BIP (2010)	4,2%	4,0%	1,2%	2,7%	3,9%
Ausgaben für Gesundheit in % der Staatsausgaben	9%	10%	8%	12%	13%
Ausgaben für Forschung und Entwicklung in % des BIP (2009 oder später)	1%	1%	1%	2%	1%

Dimensionen	Brasilien	Russland	Indien	China	Südafrika
ÖKONOMISCHE DIMENSION					
Bruttoinlandsprodukt					
BIP in Mrd. USD (2012) nach Kaufkraftparität	2.327	3.373	4.716	12.269	576
BIP in Mrd. USD laufende Preise nominal (2013)	2.190	2.118	1.758	8.939	354
BIP/Kopf in USD (2012) nach Kaufkraftparität	11.716	23.501	3.813	9.083	11.255
BIP-Wachstum 2010 (real)	7,5%	4,3%	10,4%	10,3%	2,8%
BIP-Wachstum 2001-2010 (real) jährlich	3,6%	4,9%	7,5%	10,5%	3,5%
BIP-Wachstum 2001-2010 (real) kumulativ	36,0%	49,1%	75,4%	104,8%	35%
Außenhandel					
Exporte in Mrd. USD 2012 (Güter und Dienstleist.)	282,4	590,3	443,8	2.167,2	108,6
Importe in Mrd. USD 2012 (Güter und Dienstleist.)	304,1	444,5	579,9	1.935,4	120,3
Außenhandelsbilanz in Mrd. USD 2012 (Exporte- Importe)	-21,1	+145,8	-136,1	+231,8	-11,7
Außenhandelsquote	25,2%	30,7%	21,7%	33,4%	39,7%
Rohstoffrenten in % des BIP 2011 (natürliche Ressourcen)	6%	22%	7%	9%	11%
Investments					
FDI in Mrd. USD (2013) im Inland (Bestand)	666,3	552,8	253,1	1.344,0	143,3
FDI Regulatory Restriction Index (2011)	0,086	0,18	0,3	0,41	0,054
Währungsreserven + Gold (2013) in Mrd. USD	378,3	515,6	277,0	3.820,0	48,46
Makroindikatoren					
Inflationsrate 2012 (nach Verbraucherpreisindex)	5,4%	5,1%	9,3%	2,6%	5,7%

Dimensionen	Brasilien	Russland	Indien	China	Südafrika
Inflationsrate 2014 (nach VPI)	5,6%	6,1%	7,2%	2,5%	5,8%
Kaufkraft (2014) an Hand des Big Mac-Index in USD	5,25	2,62	1,54	2,74	2,16
Währung in Vgl. zu USD (2014) Big-Mac-Index	Über Wert 13,5%	Unt. Wert 43,3%	Unt. Wert 66,8%	Unt. Wert 40,7%	Unt. Wert 53,3%
Leitzinsen (2014)	10,75% (seit 2/14)	5,5% (seit 9/13)	8% (seit 1/14)	6% (seit 7/12)	5,5% (seit 1/14)
Wirtschaftlich aktive Bevölkerung in % (2011 oder später)	68,6%	53%	53%	56,5%	35,4%
Arbeitslosenrate 2011 in % (ILO-Methode)	6%	6,6%	3,8%	4,1%	24,9%
Jugendarbeitslosigkeit 2011 (15-24 Jährige)	15,4%	14,8%	10,7%	--	51,5%
Anzahl von Streiks (2008)	411	4	423	--	57
Gewerkschaftsdichte in % der Vollbeschäftigten (2008)	17,8%	--	2,4%	--	24,9%
Zeit in t um ein Business zu starten (2012)	119	18	29	38	19
Anzahl Unternehmen in Welt Top 500 (2013) nach Umsatz	8	7	8	90	0
Wettbewerbsfähigkeit Score (Ranking aus 148 Staaten) 2013/14	4,33 (56)	4,25 (64)	4,28 (60)	4,84 (29)	4,37 (53)
SOZIALE DIMENSION					
Leben					
Lebenserwartung bei Geburt in Jahren (2010 oder später)	73,2	69,0	65,2	73,3	55,0
Säuglingssterblichkeit 2013 (Anzahl pro 1.000 Lebendgeburten)	17,3	7,5	48,2	15,8	40,7
HIV/Aids in Tausend geschätzt (2012)	450-800	960	2.300	730	5.300

Dimensionen	Brasilien	Russland	Indien	China	Südafrika
Human Development Index Rang (2012)	85	55	136	101	121
Ungleichheiten					
Gini-Index (Rang) 2013	51,9 (16)	42,0 (52)	36,8 (77)	48,0 (27)	65,0 (2)
Bevölkerung unter der Armutsgrenze in % (2009)	21,4%	11%	29,8%	13,4%	31,3%
Anteil der abhängigen Bevölkerung unter 15 bzw. über 65 Jahren (2010)	32,4%	27,8%	35,5%	27,6%	34,8%
Einkommenseinstufung durch Weltbank (2012)	upper-middle	high	lower-middle	upper-middle	upper-middle
Bildung					
Alphabetisierungsgrad (Lesen und Schreiben ab 15 Jahren) 2010	90,4%	99,7%	62,8%	95,1%	93%
Anzahl Universitäten unter Top 100 (2013)	0	0	0	4	0
Gender					
Gender Equality Ranking (2012)	8	--	56	42	4
Frauenanteil in nationalen Parlamenten in % (2012)	9%	14%	11%	21%	42%
MILITÄRISCHE DIMENSION					
Ausgaben Militär in Mrd. USD (2013)	33,1	76,6	46,0	126,0	4,6
Ausgaben Militär in % des BIP (2012)	1,47%	4,47%	2,43%	1,99%	1,16%
Ausgaben Militär in % der Staatsausgaben (2011)	6%	16%	17%	16%	3%
Truppenstärke (aktives Militärpersonal) in Mio. (2012)	0,33	0,77	1,3	2,5	0,09

Tabelle 2: Dimensionen staatlicher Macht

(Quellen: Banco Central do Brasil 2014; Brics 2013; CIA 2014; CNN Money 2013; Heritage 2014; ILO 2010; OECD 2014; QS 2013; Reserve Bank of India 2014; Schwab 2013; South African Reserve Bank 2014; The Central Bank of the Russian Federation 2014; The Economist 2010/2014; The People's Bank of China 2014; Transparency International 2014; UNDP 2013; United Nations 2014; Weltbank 2014 (a); World Trade Organization 2013)

5.5. Vergleich der Staaten an Hand der Schlüsselindikatoren

5.5.1. Basisdaten

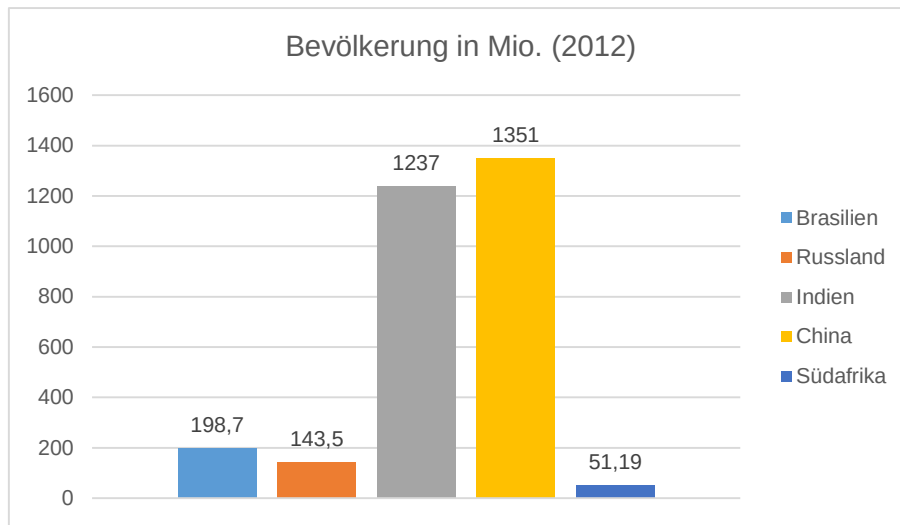


Abbildung 13:
Bevölkerungszahl 2012
(Quelle: Weltbank 2014
bzw. eigene Darstellung)

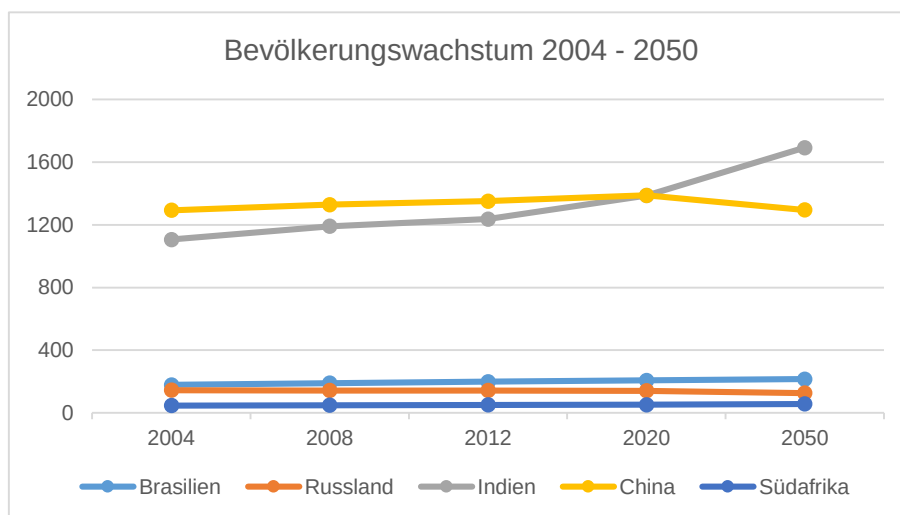


Abbildung 14:
Bevölkerungswachstum
2004-2050 (Quelle:
Weltbank 2014 bzw.
eigene Darstellung)

Der Vergleich der Staaten hinsichtlich der Anzahl der EinwohnerInnen, d.h. der Bevölkerung, macht ein massives Übergewicht der beiden Staaten China und Indien deutlich. China beheimatet dabei beispielsweise über 26 Mal so viele Menschen wie der kleinste Staat im BRICS-Gebilde, Südafrika. Es sind Paarbildungen ersichtlich, die einerseits China-Indien und andererseits Brasilien-Russland umfassen. Beim Bevölkerungswachstum und dessen Extrapolation bis ins Jahr 2050 (basierend auf Prognosen der Weltbank) lässt sich eine massive Steigerungsrate bei Indien feststellen und moderate Steigerungsraten bei Brasilien und Südafrika, während für Russland leicht und für China deutlich sinkende Bevölkerungszahlen prognostiziert werden.

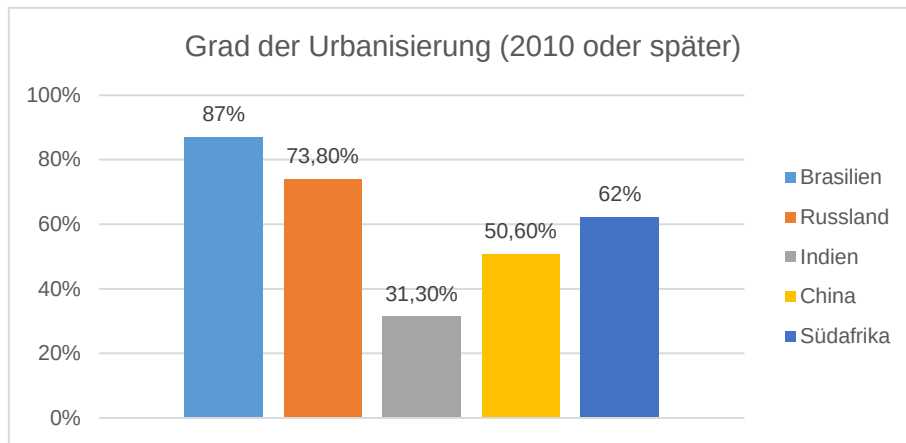


Abbildung 15:
Urbanisierungsgrad
(Quelle: CIA 2014 bzw.
eigene Darstellung)

Auch beim Grad der Urbanisierung lässt sich ein asymmetrisches Verhältnis vor allem zwischen Brasilien und Indien feststellen. Während Brasilien und Russland die Spitzenreiter im Bereich der Verstädterungsrate sind, liegt Südafrika mit 62% im Mittelfeld der BRICS-Staaten. China und Indien haben einen hohen bzw. sehr hohen Anteil an ruralen Gebieten und dort lebenden EinwohnerInnen.

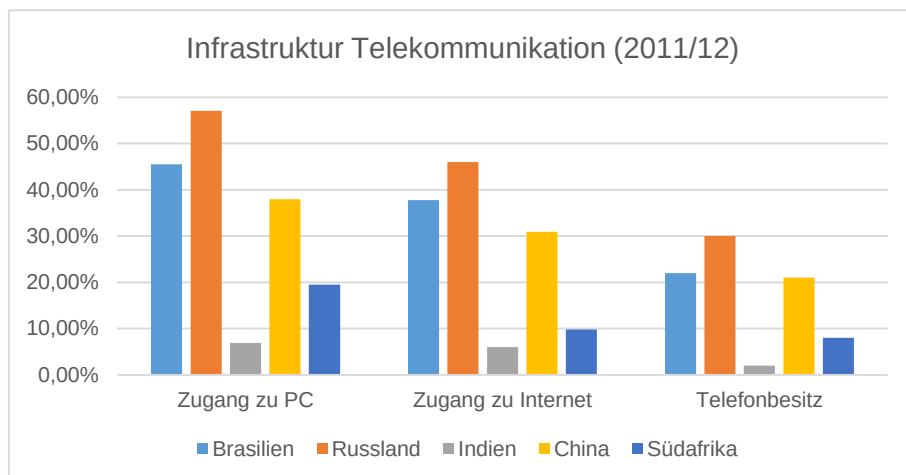


Abbildung 16: Infrastruktur
(Quelle: OECD 2014 bzw.
eigene Darstellung)

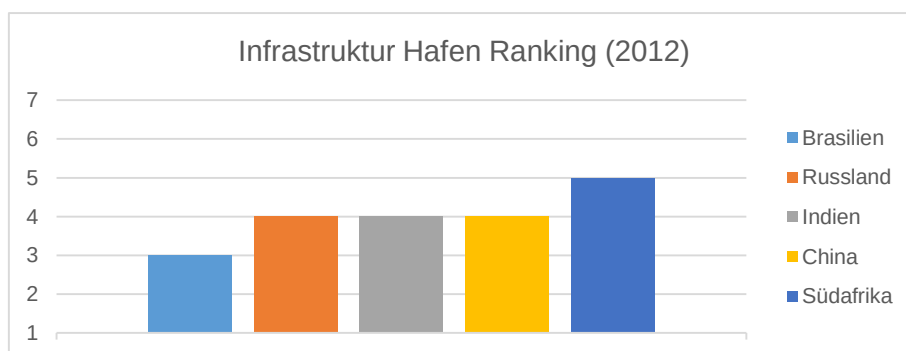


Abbildung 17:
Infrastruktur Hafen
(Quelle: Weltbank 2014
bzw. eigene Darstellung)

Was die „kommunikative“ Infrastruktur betrifft, so zeigt sich in allen untersuchten Bereichen das selbe Bild: Russland führt die Ausstattung mit Infrastruktur knapp vor Brasilien an. China reiht sich im Mittelfeld ein, während Südafrika und besonders Indien massiv infrastrukturell

unterversorgt sind. Im Ranking der Transport-Infrastruktur (stellvertretend wurde hier die Ausstattung der Häfen untersucht) gibt es ein breites Mittelfeld der Staaten Russland, Indien und China, die einen Wert von vier aus möglichen den internationalen Standards entsprechenden sieben Punkten erhalten haben. Brasilien wird nochmals schlechter bewertet, während Südafrika bei der Hafen- und somit Transportinfrastruktur das beste Ergebnis liefert.

Generell lässt sich bezüglich der Basisdaten sagen, dass China und Indien hinsichtlich der Bevölkerungsanzahl eine dominante Position einnehmen, allerdings in den Bereichen Urbanisierung und Infrastruktur unterdurchschnittlich aufgestellt sind. Es zeigt sich, dass gerade in diesen Staaten enormes Arbeitskräftepotenzial vorhanden ist, was aber auch bedeutet, dass genügend Arbeit vorhanden sein muss um nicht staatliche Sozialleistungen zur Lebenssicherung der Bevölkerung einsetzen zu müssen. Innovationsmöglichkeiten sind auf Grund der schlechten infrastrukturellen Ausstattung nur teilweise und selektiv gegeben.

5.5.2. Politische Dimension

Außenpolitisch lassen sich innerhalb der BRICS-Staaten zwei Tendenzen ausmachen: Brasilien und Südafrika sind sehr an Diplomatie (vor allem im Rahmen der UN, G20) und ihrer Rolle als Fürsprecher der jeweiligen hegemonialen „Gefolgschaft“ interessiert, wollen sich vor allem durch „soft power“ profilieren und setzen auf Gewaltlosigkeit. Indien und China sind besonders stark in regionale Grenzstreitigkeiten involviert, setzen auf „aktive Verteidigung“ (besonders China) und streben vor allem nach wirtschaftlicher Integration. Russland stellt einen Sonderfall dar, da es offiziell strategische Partnerschaften anstrebt, de facto aber hauptsächlich sicherheits- und machtpolitische Entscheidungen trifft und Eigeninteressen verfolgt.

Innenpolitisch bzw. was das politische System anbelangt gibt es im BRICS-Verbund drei sogenannte föderale demokratische Republiken (Brasilien, Indien und Südafrika), die sich allerdings hinsichtlich der innenpolitischen Parteienlandschaft unterscheiden. Während die Regierungspartei (ANC) in Südafrika eine stabile politische Mehrheit und auch klare parlamentarische Mehrheiten durch Allianzen mit anderen Parteien generieren kann, gibt es in Brasilien zwei Großparteien (momentane Regierungspartei ist die PT), die die politische Landschaft dominieren. Daneben gibt es eine Vielzahl kleinerer – allerdings schwach etablierter und weitgehend konturloser – Parteien. Die indische Regierung wird von einer Koalition aus vier Parteien gebildet. Das indische System kennt zudem eine Vielzahl an nationalen und bundesstaatlichen Parteien, die in ihren jeweiligen Wahlbezirken teilweise fest verankert sind. Russland, eine föderale präsidentiale Republik, wird vor allem durch den Staatspräsidenten dominiert, dessen Staatspartei „Einiges Russland“ ihm zuarbeitet. Parteien sind nur peripher von Bedeutung und werden eher als Interessensgruppen wahrgenommen.

China stellt die große Ausnahme der BRICS-Staaten dar, da die kommunistische Partei ein Einparteiensystem etabliert hat, alleine regiert und auch keine anderen Parteien neben sich erlaubt.

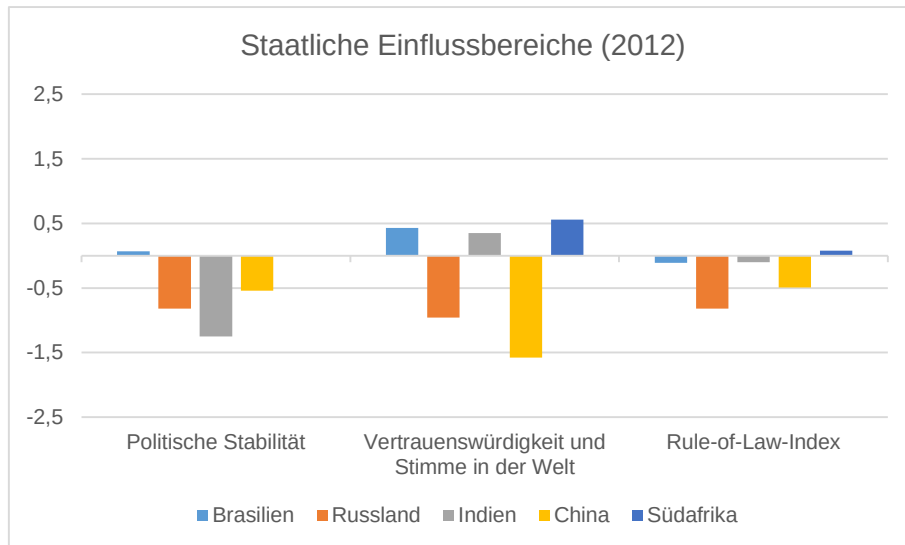


Abbildung 18: Staatliche Einflussbereiche (Quelle: Weltbank 2014a bzw. eigene Darstellung)

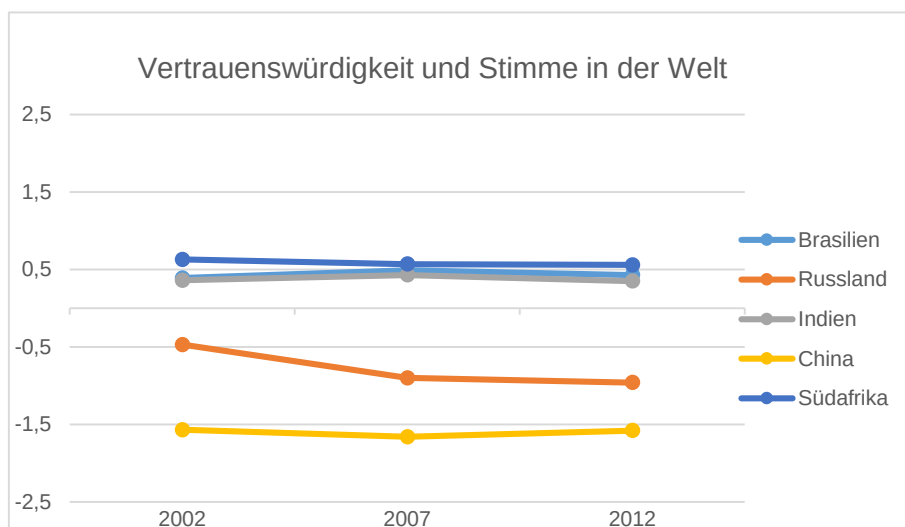


Abbildung 19: Image der Staaten im Zeitverlauf (Quelle: Weltbank 2014a bzw. eigene Darstellung)

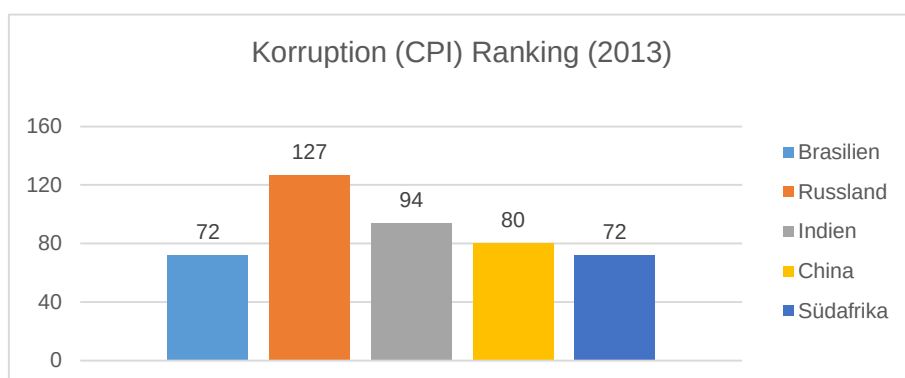


Abbildung 20: CPI 2013 (Quelle: Transparency International 2014 bzw. eigene Darstellung)

Als politisch stabil (wenn auch nur leicht positiv) werden nur Brasilien und Südafrika (mit einem Score von 0) bewertet, während Indien vor Russland und China als am instabilsten eingestuft wird. Ein ähnliches Bild zeigt sich beim „Rule-of-Law“-Index, der nur Südafrika eine leicht positive Gesetzeseinhaltung bzw. Ahndung von Vergehen bescheinigt. Was die

Vertrauenswürdigkeit der Staaten und deren Stimme in der Welt betrifft, werden Brasilien, Südafrika und Indien deutlich positiv bewertet. Dieses Ergebnis ist auch im Zeitverlauf konstant. Russland wird als negativ und China als sehr negativ ausgewiesen, wobei Chinas Ansehen im Zeitverlauf konstant schlecht ist und Russland seit 2002 an Vertrauenswürdigkeit verloren hat. Allen BRICS-Staaten wird ein relativ hohes Korruptionsniveau bescheinigt, wobei Brasilien und Südafrika als am wenigsten korrupt eingestuft werden und Russland mit Abstand den höchsten Bestechlichkeitsgrad aufweist.

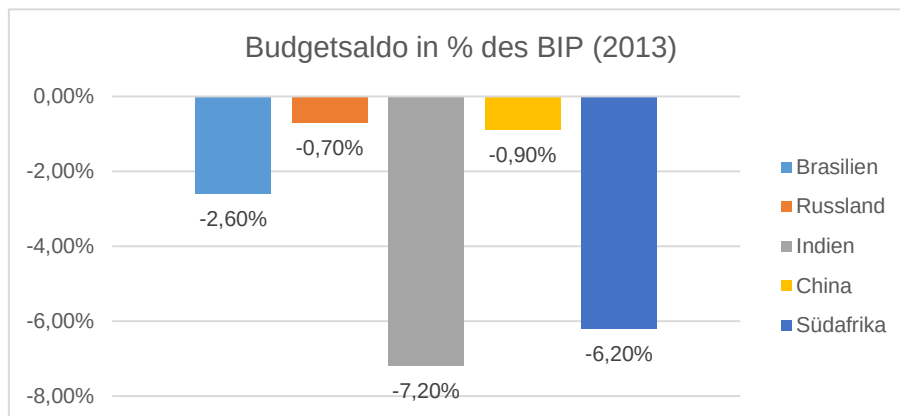


Abbildung 21:
Staatsausgaben 2013
Überschuss bzw. Defizit
(Quelle: OECD 2014 bzw.
eigene Darstellung)

Deutlich mehr Ausgaben als Einnahmen und damit ein – im Verhältnis zu den anderen BRICS-Staaten – hohes Budgetdefizit verzeichnen vor allem Indien und Südafrika. Alle Staaten weisen zwar für 2013 negative Budgetsalden aus, in Russland und in China sind diese mit 0,70% bzw. 0,90% jedoch als sehr gering einzustufen.

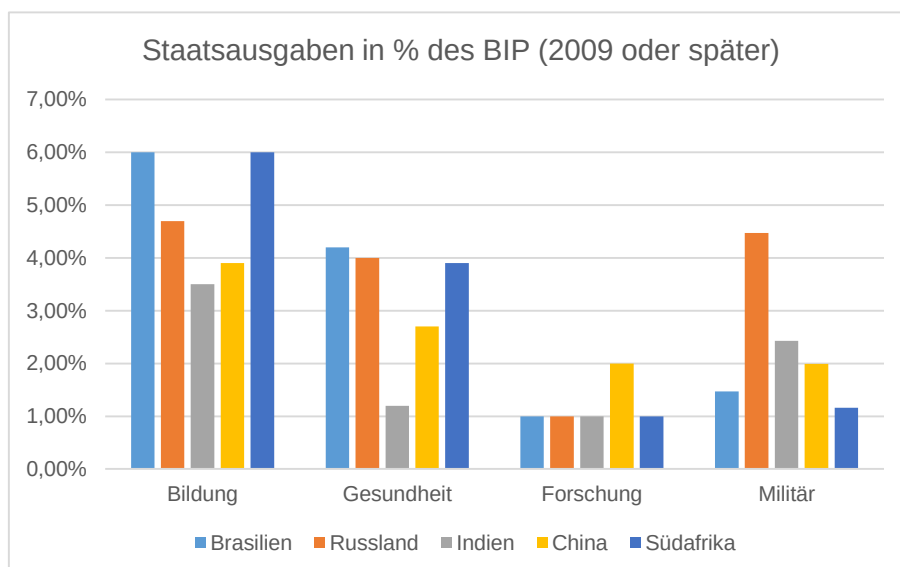


Abbildung 22:
Staatsausgaben (Quelle:
CIA 2014; Weltbank 2014
bzw. eigene Darstellung)

Staatsausgaben für Bildung und Gesundheit haben vor allem in Brasilien, Südafrika und Russland einen hohen Stellenwert. Bei den Gesundheitsausgaben macht Indien mit Staatsausgaben in Höhe von 1,2% des BIP gegenüber den anderen Staaten massive Abstriche. Während alle anderen Staaten 1% des BIP in Forschung und Entwicklung

investieren, weist China dafür 2% aus. Es ist auch eine klare Priorisierung aller Staaten von Bildung vor Gesundheit vor Forschung zu erkennen. Die Staatsausgaben für militärische Zwecke werden in weiterer Folge (im Zuge der Analyse der militärischen Dimension) nochmals erwähnt (siehe Seite 108), sind aber in Russland deutlich übergewichtet. Russland führt die Staatsausgaben für Verteidigung vor Indien und China an, was auch deren außenpolitischer Stoßrichtung entspricht. Russland gibt dabei auch annähernd so viel für sein Militär aus wie für Bildungszwecke.

Das politische System, die innen- und realpolitische Verfasstheit des Staates und dessen außenpolitische Ambitionen, vor allem aber auch die Ausgaben für militärische Zwecke, haben direkte Auswirkungen auf das Ansehen bzw. die Vertrauenswürdigkeit im weltweiten Staatenverbund. So ist es auch nicht verwunderlich, dass Russland und China in eben diesen Punkten am schlechtesten eingestuft werden, während diplomatisch und konsultativ agierende Staaten wie Brasilien und Südafrika deutlich positiver abschneiden. Russland ist im Bereich der Korruption und der Nicht-Beachtung bzw. Nicht-Anwendung von Gesetzen als dominierend zu erwähnen, ebenso gemeinsam mit Indien im Bereich von politischer Instabilität. Indien fällt zudem gemeinsam mit Südafrika durch deutlich negative Budgetsalden auf.

5.5.3. Ökonomische Dimension

Allen BRICS-Volkswirtschaften ist gemein, dass sie sich in den letzten Jahr(zehnt)en einem marktliberalen Ideal zugewandt haben, das vor allem durch ein hohes Ausmaß an Deregulierung, Liberalisierung (vor allem des Handels und der Finanzströme) und Privatisierung gekennzeichnet ist. Russland und China sind hier als Sonderfälle zu betrachten, da sie massive staatliche Eingriffe und Regulierungen vornehmen und eine Balance zwischen Weltmarktintegration und staatlicher, d.h. nationaler, Vormacht finden möchten. China ist zudem noch durch eine „selektive Marktöffnung“ geprägt, die eine Kombination aus kommunistischer Planwirtschaft und liberaler Marktwirtschaft ermöglichen soll. Brasilien und Südafrika behalten sich regulierende und fördernde Staatseingriffe vor, sind aber nicht durch ein hohes Ausmaß an Interventionen gekennzeichnet. Brasilien versucht zudem den „destruktiven“ Kräften eines freien Marktes durch staatliche soziale Transferleistungen entgegenzuwirken. Indiens wirtschaftspolitische Zielsetzung ist mit einem Minimum an Staatseingriffen zu deuten.

Um die massive asymmetrische Wirtschaftsmacht zwischen den BRICS-Staaten darstellen zu können, ist es einerseits sinnvoll das BIP in Mrd. USD in absoluten Zahlen darzustellen. Um Vergleiche anstellen zu können, eignet sich jedoch die Darstellung pro Kopf besser, da sie die Wirtschaftsleistung mit der Bevölkerungsanzahl in Verbindung setzt und somit ein Indikator für

die (mögliche, wenn gleichmäßig verteilte) Partizipation der Bevölkerung an der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft ist. Diese Annahme muss jedoch hypothetisch bleiben, da in keinem Staat eine gleichmäßige Verteilung gegeben ist, als Annäherung ist die Kennzahl meines Erachtens nach jedoch durchaus geeignet.

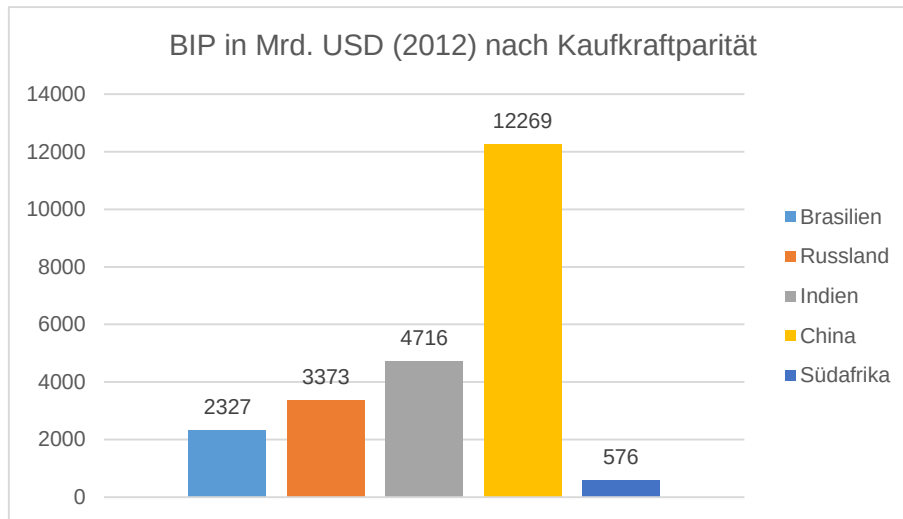


Abbildung 23: BIP 2012
(Quelle: Weltbank 2014 bzw. eigene Darstellung)

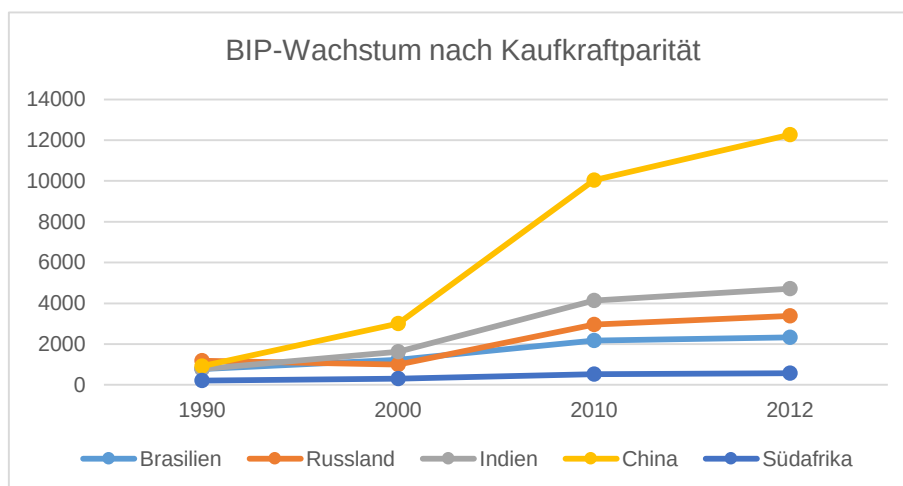


Abbildung 24: BIP-Wachstum (Quelle: Weltbank 2014 bzw. eigene Darstellung)

Die Wirtschaftsleistung Chinas – gemessen am BIP – ist mit 12,3 Billionen USD um über das 2,5fache größer als jene der zweitplatzierten Volkswirtschaft Indien und über das 21fache größer als jene Südafrikas. Südafrika ist dabei mit Abstand die „kleinste“ Volkswirtschaft mit 576 Mrd. USD im Jahr 2012. Die wirtschaftliche Asymmetrie zwischen den Staaten lässt sich auch zwischen Brasilien und Indien erkennen. Das BIP Indiens ist um gut das Doppelte größer als das brasilianische. Betrachtet man die Wachstumsraten, so ist bei allen Staaten ein deutlicher Wachstumstrend zu erkennen, der in den Staaten Indien, Russland, Brasilien und Südafrika in ungefähr demselben Umfang stattfindet bzw. stattgefunden hat. Einzig China ist mit jährlichen Wachstumsraten von durchschnittlich 10% an der absoluten Spitze zu finden, allerdings lässt sich auch hier, wie in den anderen Staaten auch, eine Verlangsamung bzw. Abschwächung erkennen.

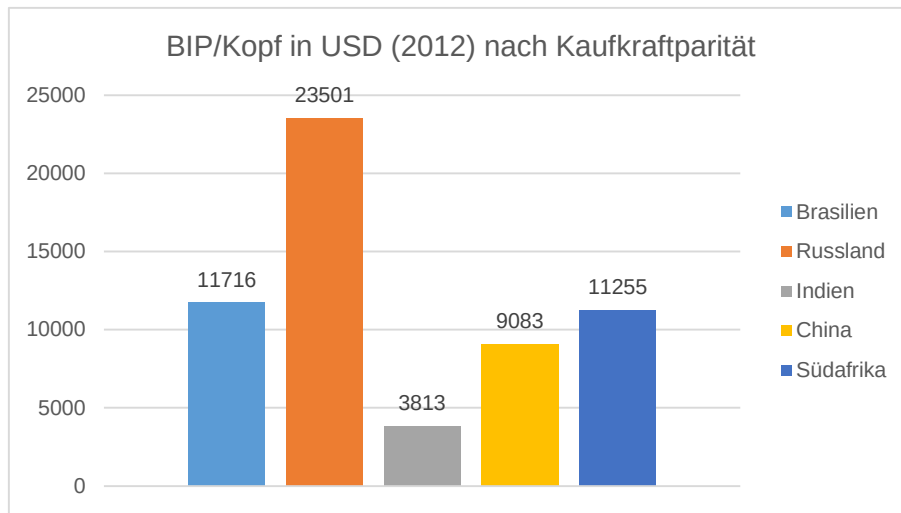


Abbildung 25: BIP/Kopf 2012 (Quelle: Weltbank 2014 bzw. eigene Darstellung)

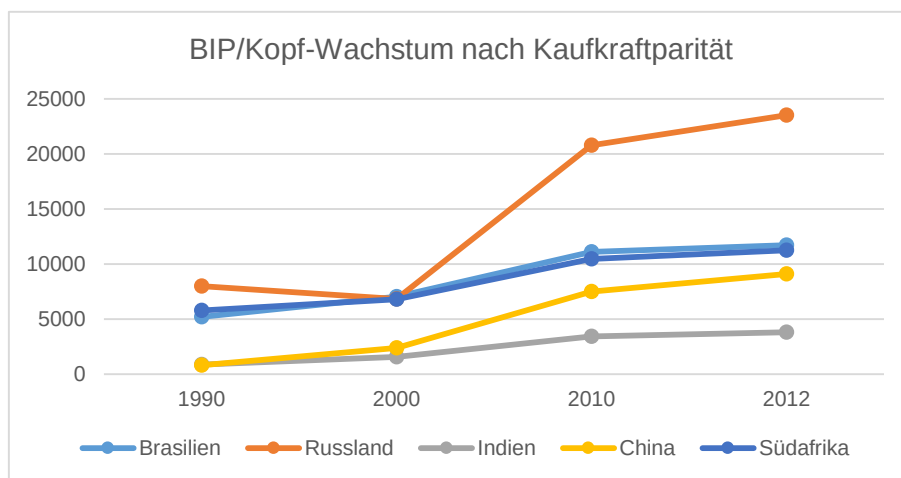


Abbildung 26: BIP/Kopf-Wachstum (Quelle: Weltbank 2014 bzw. eigene Darstellung)

So deutlich sich das BIP Chinas in absoluten Zahlen von den anderen BRICS-Staaten absetzt, so ähnlich verhält es sich beim BIP/Kopf mit Russland. Das BIP/Kopf Russlands ist dabei um das 2,5fache größer als jenes von China, das im Ranking sogar nur den vierten Platz einnimmt. Brasilien und Südafrikas Pro-Kopf-Zahlen sind fast ident, während Indien mit 3.813 USD/Kopf mit Abstand den hintersten Platz belegt. Das BIP/Kopf-Wachstum seit dem Jahr 1990 zeigt einen massiven Anstieg des russischen BIPs seit 2000, ausgelöst vor allem durch steigende Rohöl- und Gaspreise, die einen Großteil des russischen BIPs ausmachen. Indiens Wachstumsrate dagegen zeigt im Zeitverlauf nur einen leichten Aufwärtstrend und scheint im Moment sogar zu stagnieren.

Einen wesentlichen Beitrag zum BIP einer Nation leisten die Wirtschaftssektoren bzw. deren Aufteilung innerhalb der nationalen Ökonomien. Die tertiären Sektoren aller BRICS-Staaten verzeichnen einen wachsenden Anteil, während tendenziell die primären Sektoren an Anteil verlieren. Einen untypisch hohen Anteil am primären Sektor hat Indien mit 20%, was auch durch den geringen Urbanisierungsgrad widerspiegelt wird. In China ist vor allem der sekundäre Sektor (und hier vor allem die Fertigung) dominant, der 47% umfasst. Südafrika

hat mit 68% den höchsten Anteil am tertiären Sektor, obwohl auch ein wesentlicher Teil des BIP aus dem Bergbau (also dem primären Sektor) gewonnen wird. Ebenso hat Brasilien mit 67% einen hohen Anteil am tertiären Sektor und auch hohe Einnahmen durch Agrarexporte, d.h. den primären Sektor. Dieser macht in Brasilien allerdings nur 5% aus. In Russland schließlich sind sowohl der tertiäre (mit 59%) und der sekundäre (mit 37%) Sektor dominant, hier machen die Rohstoffexporte wesentliche Teile des BIP aus.

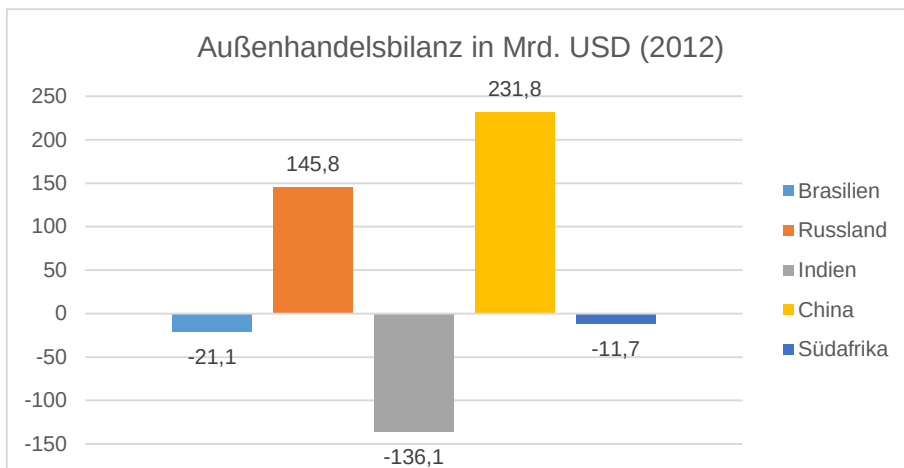


Abbildung 27:
Außenhandelsbilanz 2012
(Quelle: Weltbank 2014
bzw. eigene Darstellung)

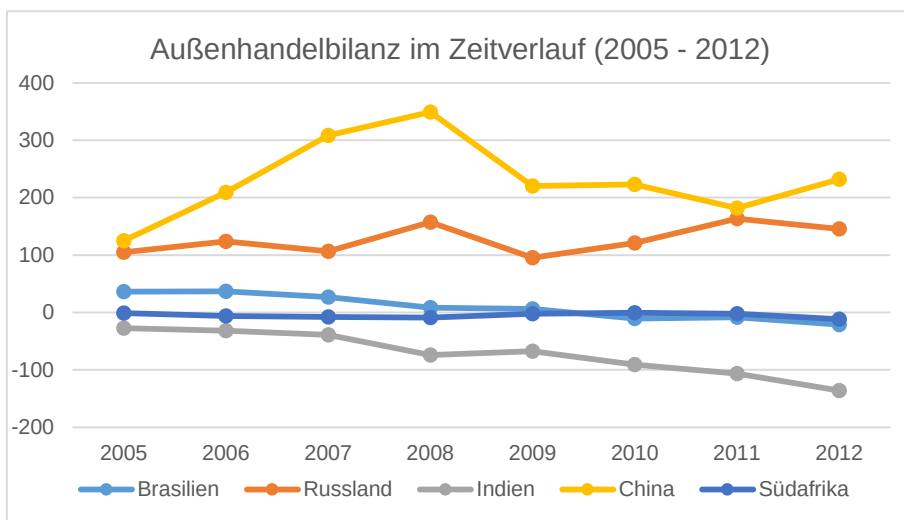


Abbildung 28:
Außenhandelsbilanz
2005-2012 (Quelle:
Weltbank 2014 bzw.
eigene Darstellung)

Die Außenhandelsbilanz für 2012 weist für China und Russland eine deutlich positive Exportleistung aus. In China wurden die Importe von den Exporten um 231,8 Mrd., in Russland um 145,8 Mrd. USD übertroffen. Brasilien und Südafrika finden sich im Mittelfeld mit einem leichten Importüberschuss wieder, während Indien ein massives Außenhandelsdefizit in Höhe von 136,1 Mrd. USD aufweist. Der Entwicklungsverlauf seit 2005 zeigt an, dass China und Russland immer einen deutlichen Außenhandelsüberschuss generieren konnten und sich in den letzten Jahren aufeinander zu bewegt haben. Das bedeutet für Russland einen Aufwärtstrend für China tendenziell sinkende Exportraten. Während Brasilien und Südafrika einen ähnlichen Verlauf hinsichtlich der Außenhandelsbilanz aufweisen, übersteigen in Indien die Importe die Exporte immer mehr.

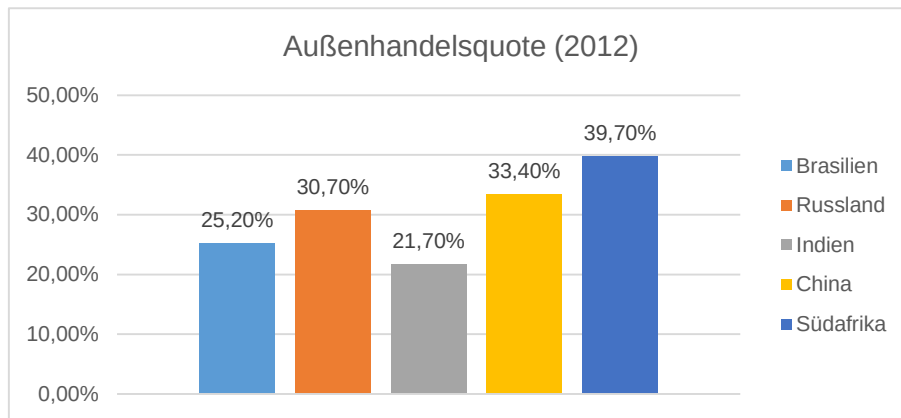


Abbildung 29:
Außenhandelsquote 2012
(Quelle: Weltbank 2014
bzw. eigene Darstellung)

Die Außenhandelsquote, der Anteil des Außenhandels – also der Importe und der Exporte – am BIP, kann als Indikator für die Vernetzung mit bzw. die Abhängigkeit einer Volkswirtschaft von der Außenwelt herangezogen werden. Auch hier zeigt sich ein deutliches Gefälle innerhalb der BRICS-Staaten, das Südafrika mit 39,70% als am abhängigsten und Indien mit 21,70% als am unabhängigsten einstuft. Insofern hat, wenn die Außenhandelsbilanz und die Außenhandelsquote zusammengedacht werden, das Außenhandelsdefizit Indiens nicht so massive Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung und kann ein wenig relativiert werden. Im Mittelfeld liegen sowohl China, Russland als auch Brasilien. Diese Staaten sind zu gut einem Drittel bzw. einem Viertel ihres BIPs in den Weltmarkt integriert bzw. von diesem und den weltwirtschaftlichen Ereignissen abhängig.

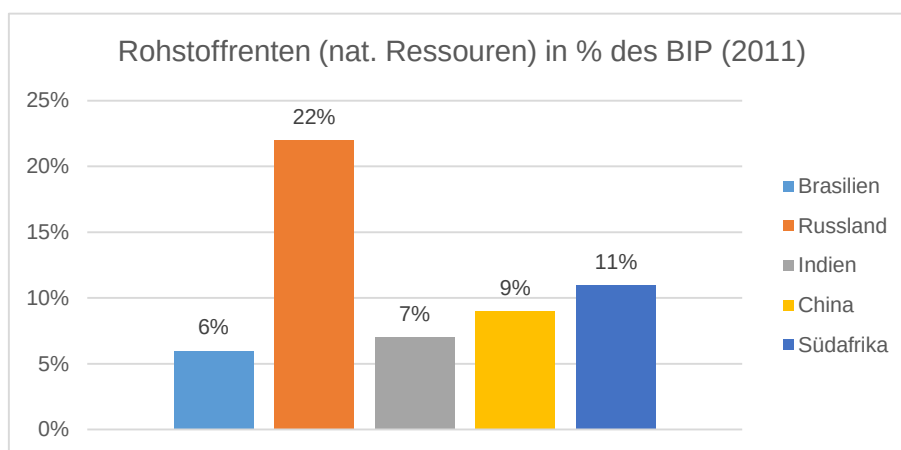


Abbildung 30:
Rohstoffrenten 2011
(Quelle: Weltbank 2014
bzw. eigene Darstellung)

Bei den Rohstoffrenten, genauer den Renten aus natürlichen Ressourcen, zeigt sich mit einem Wert von 22% eine deutliche Abhängigkeit Russlands von seinen Rohstoffen, vor allem von Erdöl und Gas. Die Abhängigkeit der anderen Staaten ist mit 11% (Südafrika, vor allem von Mineralien, Gold und Diamanten) bis zu 6% (Brasilien, vor allem von landwirtschaftlichen Gütern, d.h. Lebensmitteln) als moderat einzustufen.

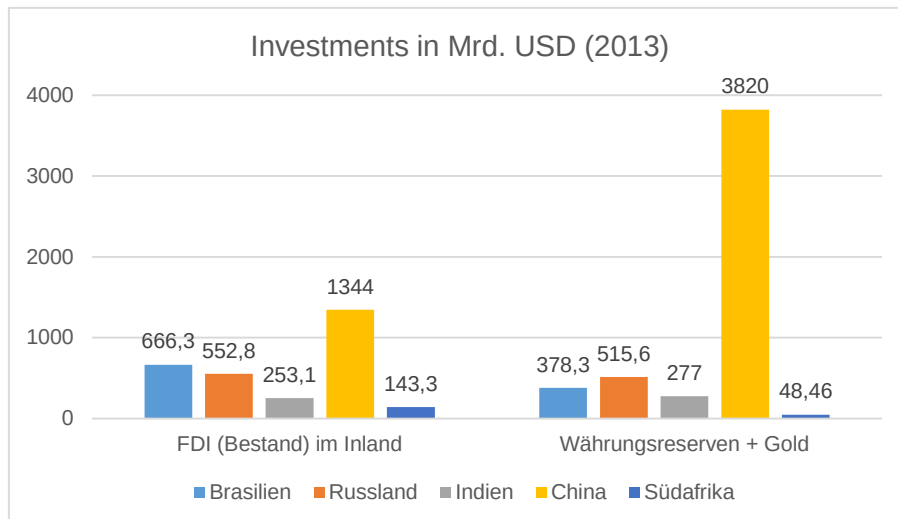


Abbildung 31: Investments 2013 (Quelle: CIA 2014 bzw. eigene Darstellung)

Ausländische Direktinvestitionen erreichten in China im Jahr 2013 einen Bestand von 1,3 Billionen USD. Damit wird in China über doppelt soviel investiert wie in Brasilien, das an zweiter Stelle gereiht ist. Südafrika liegt mit 143,3 Mrd. an letzter Stelle und stellt ca. ein Zehntel des Werts Chinas dar. Was die Währungsreserven (inklusive Gold) betrifft, so dominiert China mit einem Wert von 3,8 Billionen USD nicht nur die BRICS-Staaten, sondern ist auch massiv in der Weltwirtschaft investiert und integriert, hat damit also enormes Machtpotenzial (hinsichtlich der Währungen, vor allem gegenüber dem USD und somit den USA) aufgebaut. Die Währungsreserven der restlichen BRICS-Staaten können im Verhältnis dazu als marginal bezeichnet werden, Indien und Südafrika nehmen wieder – genauso wie bei den ausländischen Direktinvestitionen – die letzten Ränge ein.

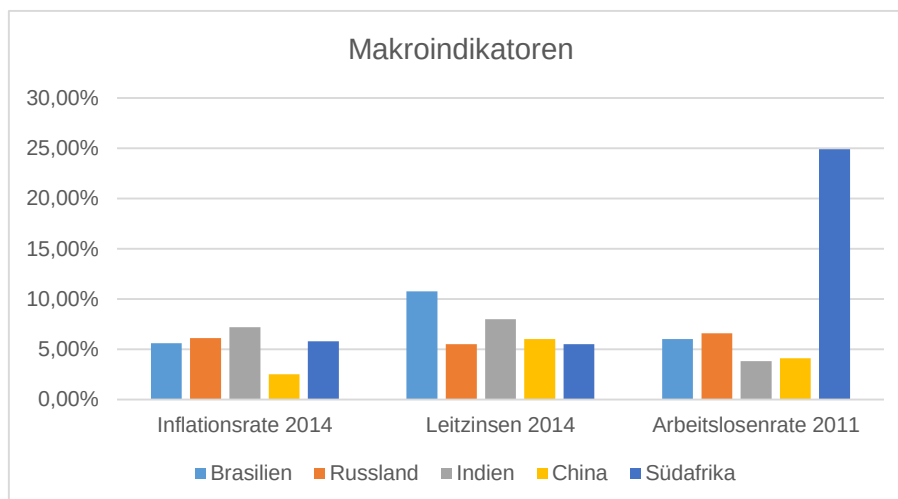


Abbildung 32: Makroindikatoren (Quellen: Weltbank 2014; Zentralbanken 2014; OECD 2014 bzw. eigene Darstellung)

Makroindikatoren haben Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften und können unterstützend oder hemmend wirken. Die Inflationsrate und der Leitzinssatz eines Staates haben zudem wechselseitige Verflechtungen und beeinflussen sich gegenseitig. Niedrige Inflationsraten sind häufig erwünschte Zielsetzungen von Nationalbanken, da damit Preisniveaustabilität und gleichbleibende Kaufkraft (vor allem für die Bevölkerung) ermöglicht wird. Niedrige Leitzinsen wiederum wirken sich investitionsfördernd auf die

Wirtschaft aus, animieren aber auch zur Verschuldung und führen zu einer geringen Sparquote. Zudem erhöhen niedrige Zinsen mittelfristig die Inflationsrate und wirken sich so auf das Preisniveau (steigend) aus. Ein weiterer Effekt niedriger Zinsen ist die sukzessive Abwertung der Währung, was für den Export förderlich ist, Exporte also verbilligt und Importe verteuert. Zudem werden niedrigen Leitzinsen positive Auswirkungen auf die Arbeitslosenrate zugeschrieben. Hinsichtlich der Inflationsraten haben Brasilien, Russland und Südafrika ein annähernd gleiches Niveau (5,6% – 6,1%), das von Indien mit 7,2% deutlich überschritten und von China mit einem Wert von 2,5% deutlich unterschritten wird. Im Vergleich zum Jahr 2012 sind die Inflationsraten von Brasilien, China und Südafrika annähernd auf demselben Niveau geblieben, während Russlands Preisniveau gestiegen ist und Indien seine Inflationsrate um 2,1% senken konnte. Bei den Leitzinsen sticht Brasilien mit 10,75% deutlich hervor. Indien liegt mit einem Zinsniveau von 8% an zweiter Stelle. Russland, China und Südafrika haben ein annähernd gleiches Zinsniveau. Betrachtet man die Arbeitslosenrate so können drei „Blöcke“ innerhalb der BRICS-Staaten ausgemacht werden. Südafrika verzeichnet mit einer Quote von 24,9% massiv hohe Arbeitslosigkeit. Brasilien und Russland haben mit Werten von 6% bzw. 6,6% ein ähnlich hohes Ausmaß an Arbeitslosen, genauso wie Indien und China mit 3,8% bzw. 4,1%.

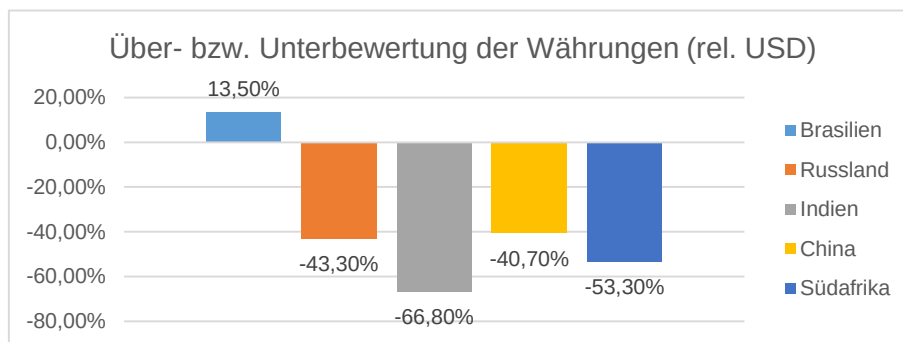


Abbildung 33: Währungen an Hand des Big-Mac-Indexes (Quelle: The Economist 2014 bzw. eigene Darstellung)

In Vergleich gesetzt zum USD hat nur Brasilien eine überbewertete, d.h. eine starke, also „teurere“, Währung. Diese Überbewertung ist auch auf die (auch im internationalen Verhältnis) sehr hohen Leitzinsen Brasiliens zurückzuführen. Eine Überbewertung führt zu einer Verbilligung der Importe und einer Verteuierung der Exporte, was in Folge Auswirkungen auf die Leistungsbilanz Brasiliens haben wird. Ansonsten sind alle Staaten des BRICS-Verbundes massiv unterbewertet, Indien liegt mit 66,8% sogar im internationalen Vergleich (vgl. The Economist 2014) an letzter Stelle gefolgt von Südafrika.

Ein Index, der die Wettbewerbsfähigkeit von Staaten kategorisiert und bemisst, wird jährlich auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos (vgl. Schwab 2013 – siehe auch Anhang Seite 129) herausgegeben. China wird dabei mit Abstand die beste Wettbewerbsfähigkeit unter den BRICS-Staaten zugewiesen (Rang 29), gefolgt von Südafrika und Brasilien, die in etwas

gleichauf liegen. Russland (Rang 64) schneidet im BRICS-Verbund am schlechtesten ab, gefolgt von Indien (Rang 60).

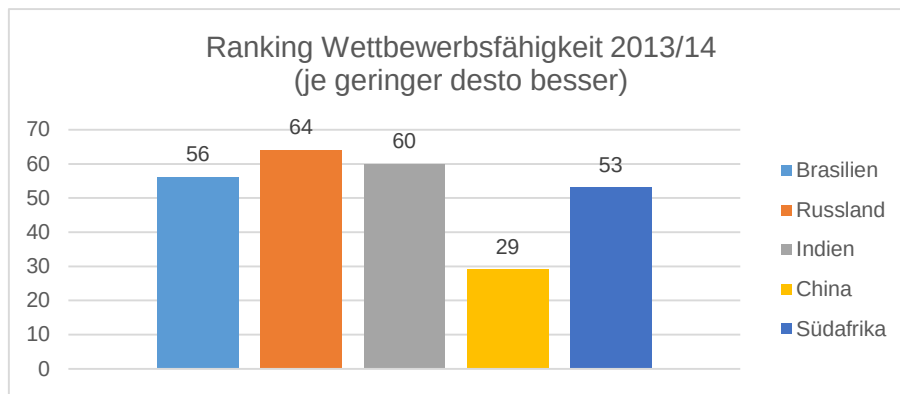


Abbildung 34: Ranking Wettbewerbsfähigkeit (Quelle: Schwab 2013 bzw. eigene Darstellung)

Es zeichnet sich ein deutliches Übergewicht Chinas im Rahmen der ökonomischen Dimension ab. Ein BIP von über 12 Billionen USD, jährliche Wachstumsraten von durchschnittlich 10%, ein deutlicher Außenhandelsüberschuss bei einer gleichzeitig durchschnittlichen Außenvernetzung- bzw. abhängigkeit machen China zur dominierenden Macht innerhalb der BRICS-Staaten. Hinzu kommen noch Indikatoren wie hohe ausländische Direktinvestitionen und immense von China gehaltene Währungsreserven in Fremdwährungen, eine niedrige Inflationsrate, ein moderates Zinsniveau und eine im Verhältnis geringe Anzahl an Arbeitslosen, die Chinas Position noch weiter bestärken und sich auch im Wettbewerbsranking niederschlagen. Gerade bei den Makroindikatoren und auch bei der Aufteilung der Wirtschaftssektoren in den einzelnen Ländern zeigen sich zwischen den BRICS-Staaten enorme Unterschiede, die auf unterschiedliche Zielsetzungen der Staaten bzw. auf unterschiedliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeiten hindeuten.

5.5.4. Soziale Dimension

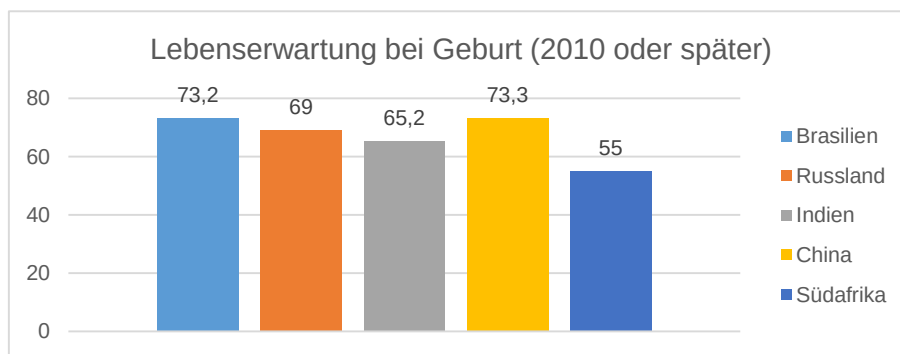


Abbildung 35: Lebenserwartung bei Geburt (Quelle: CIA 2014 bzw. eigene Darstellung)

Brasilien und China sind die Staaten, die die höchste Lebenserwartung für Ihre BürgerInnen ausweisen. Russland und Indien folgen mit jeweils 69 bzw. 65,2 Jahren. Südafrika hat mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 55 Jahren eine extrem hohe junge Sterbewahrscheinlichkeit, was vor allem auf viele HIV-Infektionen zurückzuführen ist. Südafrika ist zudem das „jüngste“ Land im BRICS-Verbund, gemessen am

Durchschnittsalter. Brasilien und Indien sind ebenfalls „junge“ Staaten, während China tendenziell überaltert ist (vor allem auch auf Grund der lange Zeit sehr restriktiv betriebenen „Ein-Kind-Politik“) und Russland mit einem Durchschnittsalter von 38,8 Jahren ein „altes“ Land ist, in dem zudem einer älter werdenden Gesellschaft wenig Nachwuchs gegenübersteht.

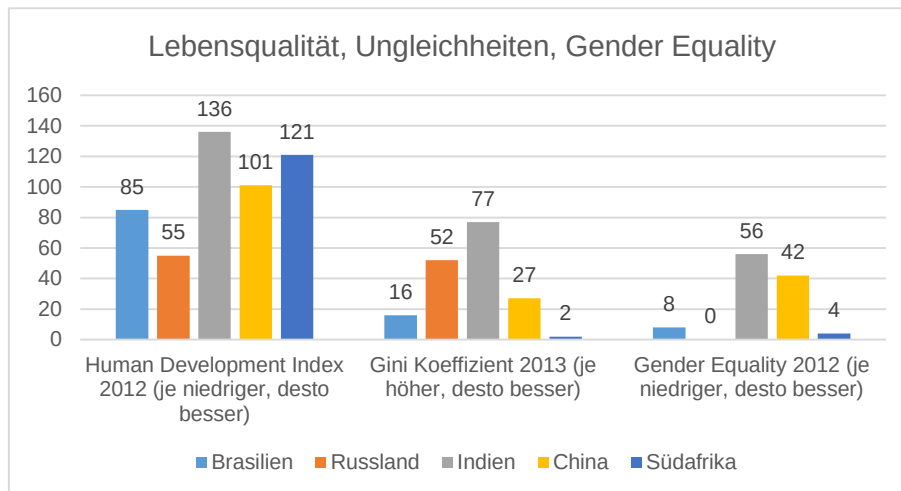


Abbildung 36: Soziale Dimensionen (Quelle: UNDP 2013; CIA 2014; OECD 2014 bzw. eigene Darstellung)

Der HDI ist ein Sammelindex, der Lebenserwartung, Bildung und Einkommen kombiniert und misst. Hier zeigen sich zwischen den BRICS-Staaten deutliche Asymmetrien, genauso wie beim Gini-Index (einem Maß für gesellschaftliche Ungleichverteilungen) und beim Gender Equality-Ranking. Am weitaus besten schneidet beim HDI Russland ab, gefolgt von Brasilien und China. Südafrika und Indien werden hinsichtlich der sozialen Entwicklung des Landes am schlechtesten eingestuft. Die Kategorisierung der Weltbank zeigt zudem eine Dreiteilung der BRICS-Staaten hinsichtlich der Einkommenssituation: Russland wird als einziges Land als ein Land mit hohem Einkommen deklariert, Brasilien, China und Südafrika folgen als Länder mit „über dem Mittel“ liegenden Einkommen. Indien hat dieser Einteilung zu Folge unterdurchschnittliche Einkommen, was auch die Outsourcing-Tendenzen großer Konzerne nach Indien erklärt. Südafrika ist zudem (gemessen am Gini-Index) das Land mit der zweithöchsten Ungleichheit weltweit, was möglicherweise immer noch auf die langen Jahrzehnte der Apartheid und deren erst langsame Überwindung zurückzuführen ist. Indien wird hier im Vergleich zu den anderen BRICS-Staaten als am gerechtesten klassifiziert, obwohl Indien die heterogenste Bevölkerung der Welt hat und zudem durch ein Klassensystem gesellschaftliche Hierarchiebildungen vornimmt. Was die Rechte von Frauen bzw. deren Gleichbehandlung betrifft, so können Südafrika und Brasilien als Vorreiter gesehen werden. Indien schneidet hier am schlechtesten ab (von Russland gibt es keine vergleichbaren Daten, deshalb wurde der Wert in Abbildung 36 mit 0 abgebildet).

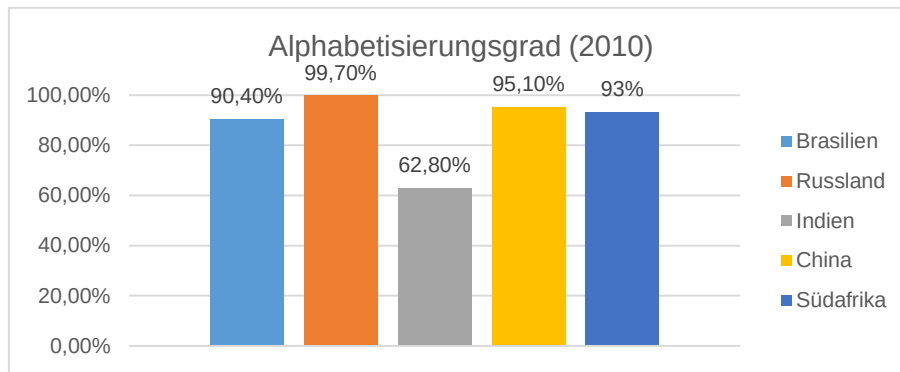


Abbildung 37:
Alphabetisierungsgrad
2010 (Quelle: Weltbank
2014 bzw. eigene
Darstellung)

Russland hat mit annähernd 100% den höchsten Alphabetisierungsgrad, gefolgt von China, Südafrika und Brasilien. Indien ist mit 62,8% weit abgeschlagen, was auch durch geringe Staatsausgaben für Bildung und eine schlechte generelle (Aus-)Bildungssituation bedingt ist. Wenn zusätzlich das Ranking der Top 100-Universitäten herangezogen wird, so ist nur China mit vier Universitäten (Nanyang Technology University (41), Peking University (46), Tsinghua University (48), Fudan University (88)) vertreten.

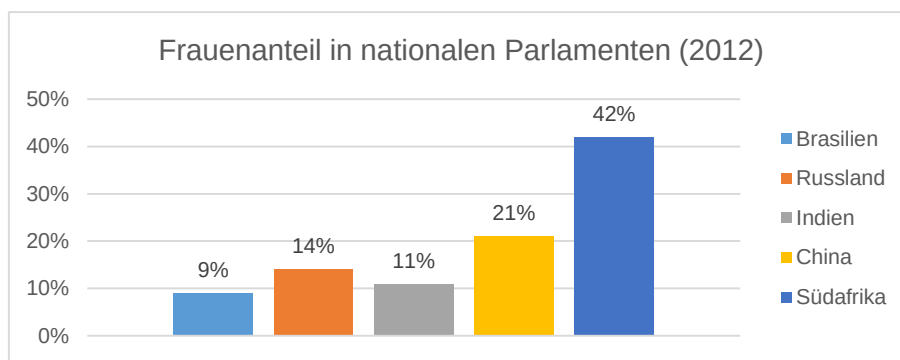


Abbildung 38:
Frauenanteil Parlamente
(Quelle: Weltbank 2014
bzw. eigene Darstellung)

Der Frauenanteil in den nationalen Parlamenten spiegelt das Bild, das sich durch das Gender Equality-Ranking ergeben hat, teilweise wider. So ist Südafrika mit einem Frauenanteil von 42% und einem Ranking-Platz als Nummer 4 als am frauenfreundlichsten bzw. am fortschrittlichsten, was die Gleichbehandlung anbelangt, einzustufen. China folgt mit einem Anteil von 21%, was sich mit Rang 42 nur teilweise vereinbaren lässt. Brasilien schneidet mit einem 9%igen Anteil sehr schlecht ab, nimmt allerdings beim Gender Equality-Ranking den 8. Rang ein.

Die soziale Dimension offenbart massive Unterschiede zwischen den Staaten hinsichtlich Bildungsniveau, Einkommen, dessen Verteilung, der Altersstruktur, der Lebenserwartung und schließlich auch hinsichtlich der Gleichbehandlung von Mann und Frau. Indien schneidet in allen Belangen (außer den sozialen Ungleichgewichten) sehr schlecht ab, während die anderen Staaten je nach Kategorie sehr gut bzw. sehr schlecht aufgestellt sind. So nimmt Südafrika beispielsweise hinsichtlich der Gleichbehandlung aller Menschen (bzw. von Mann und Frau) und der Frauenquoten im nationalen Parlament eine Vorreiterrolle ein, wird jedoch vom Gini-Koeffizienten als das „zweitungleichste“ Land der Welt klassifiziert. Russland wird

als Land mit hohem Einkommensniveau eingestuft, worauf auch die gute Platzierung im HDI verweist, und hat gemäß dem Gini-Index eine relativ gleiche Gesellschaft. Russlands Probleme liegen allerdings in der zunehmenden Überalterung seiner Bevölkerung.

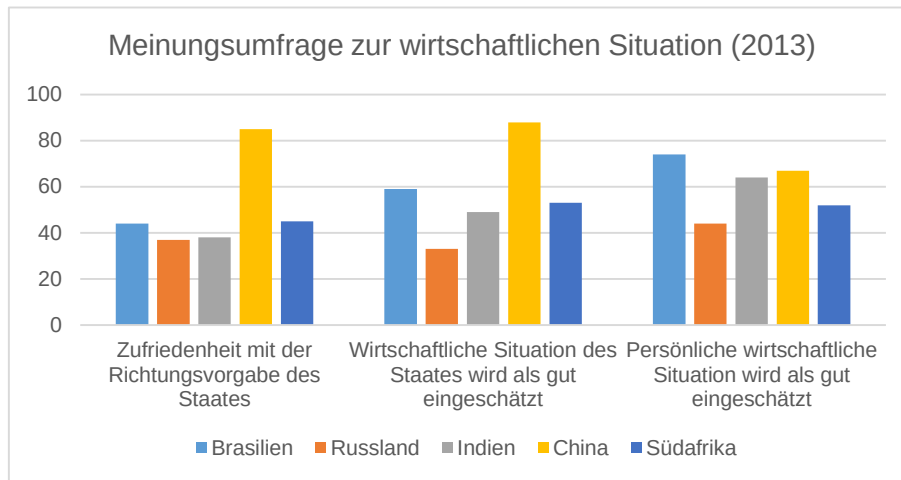


Abbildung 39: Meinung der Bevölkerung 2013
(Quelle: PewResearch 2013)

Um die soziale Dimension nicht nur als „Top-down“-Ansatz zu betrachten, wird hier eine (nicht repräsentative) Meinungsumfrage zur wirtschaftlichen Situation in den einzelnen Ländern wiedergegeben, deren Zielsetzung die Messung gesellschaftlicher Trends bzw. sozialer Zufriedenheit ist. China liegt sowohl hinsichtlich der Richtungsvorgabe durch den Staat als auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Performance des Staates klar vor den anderen BRICS-Staaten. Lediglich in Brasilien wird die persönliche wirtschaftliche Situation optimistischer eingestuft. Brasilien und Südafrika liegen hinsichtlich der Einschätzung der staatlichen Richtung und dessen wirtschaftlicher Situation gleichauf, die persönliche Situation wird in Brasilien allerdings als deutlich besser empfunden. Russland liegt in allen drei Umfragepunkten auf dem letzten Platz. Indien zeigt sich ambivalent: Die Befragten sind einerseits mit der persönlichen wirtschaftlichen Situation zufrieden, andererseits wird aber die staatliche Richtungsvorgabe und die wirtschaftliche Situation des Staates schlechter bewertet als im überwiegenden Teil der BRICS-Staaten.

5.5.5. Militärische Dimension

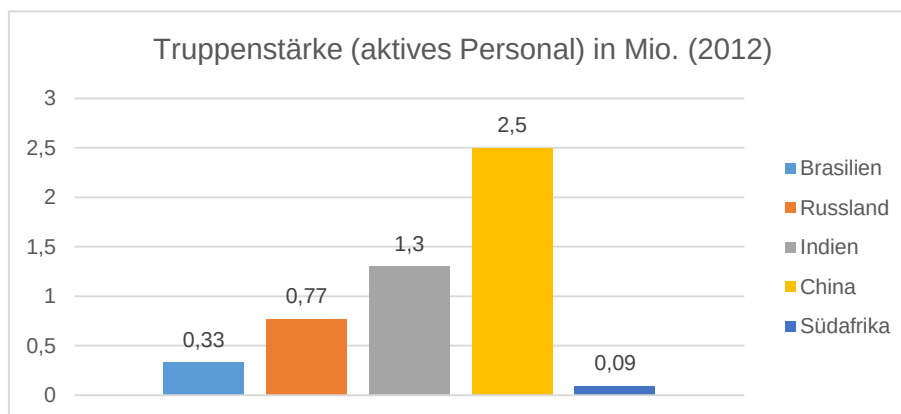


Abbildung 40:
Truppenstärke 2012
(Quelle: OECD 2014 bzw.
eigene Darstellung)

China dominiert auch auf Grund seiner Bevölkerungszahl die Truppenstärke und stellt das Doppelte an aktivem Militärpersonal als Russland. Gemessen an den Ausgaben des Staates für das Militär liegt jedoch Russland deutlich vor Indien und China. Südafrika und Brasilien investieren am wenigsten in ihre Verteidigung, was auch deren außenpolitische Agenda, die vor allem diplomatische Beziehungen und Peace-Keeping-Einsätze im Rahmen der UN priorisiert, widerspiegelt.

5.5.6. Resümee

Was auf den ersten Blick auf eine asymmetrische Konstellation der BRICS-Staaten vornehmlich im wirtschaftlichen Bereich hindeutet, weitet sich bei genauerer Betrachtung in alle untersuchten Dimensionen aus. Angefangen bei der Bevölkerungszahl, die von 1,3 Mrd. bis zu 51 Mio. variiert, über enorme Differenzen beim Grad der Urbanisierung bis hin zu unterschiedlicher Infrastrukturausstattung lässt sich bereits in den Basisdaten ein enormes Ungleichgewicht feststellen. Im politischen Bereich laufen die Staaten bereits beim Image in der Welt und der Vertrauenswürdigkeit massiv auseinander, was sich in Punkto Korruption fortsetzt und auch hinsichtlich der Budgetsalden und Prioritäten in der Verwendung der Staatsausgaben Niederschlag findet. Wirtschaftlich ist allen Staaten die Zuwendung zur (neoliberalen) Marktwirtschaft und die zunehmend angestrebte Integration in die Weltwirtschaft gemein, diese Integration wird jedoch von einigen Staaten mehr und von anderen weniger stark forciert. Enorme Diskrepanzen zwischen den Staaten lassen sich – wie bereits erwähnt – im ökonomischen Bereich feststellen, wo beispielsweise das BIP Chinas das 21fache Südafrikas ausmacht. Auch hinsichtlich der Verteilung der Wirtschaftssektoren, der Außenhandelsbilanzen und der damit verbundenen Vernetzung bzw. Dependenz von der Außenwelt, der Abhängigkeit von Rohstoffen und der Machtverteilung durch Investments in Währungsreserven sind Ungleichgewichte zwischen den BRICS-Staaten festzustellen. Diese Faktoren und Asymmetrien bei Makroindikatoren, wo beispielsweise die Leitzinsen Brasiliens das Doppelte der Leitzinsen Russlands bzw. Südafrikas betragen oder Währungen unterschiedlich stark über- bzw. unterbewertet sind, haben Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Staaten, die folglicherweise auch enorme Unterschiede aufweist. Was die soziale Lage, die Bildungs- und Einkommenssituation oder die Gleichbehandlung von Mann und Frau anbelangt, lassen sich auch hier fortschrittliche und teilweise sehr rückständige Staaten innerhalb der BRICS ausmachen. Die militärische Dimension liefert ein ähnlich uneinheitliches Bild, was auch an der unterschiedlichen außenpolitischen Zielsetzung bzw. Ausrichtung der Staaten liegt.

Es lassen sich jedoch im BRICS-Gebilde immer wieder Paar- bzw. Dreierkonstellationen erkennen, die ähnliche Daten bzw. Kennzahlen und (politische, wirtschaftliche, soziale und/oder militärische) Ausrichtungen aufweisen. So haben Indien und China beispielsweise

ähnlich große Bevölkerungen wie Russland und Brasilien. Das politische System der föderalen demokratischen Republiken Brasilien, Indien und Südafrika weist Ähnlichkeiten auf und unterscheidet sich massiv von den politischen Systemen Chinas und Russlands. Ebenso können im außenpolitischen Bereich symmetrische Ausrichtungen der Staaten Brasilien und Südafrika ausgemacht werden, die auf Diplomatie setzen und in ihrer Rolle als „Fürsprecher“ ihrer hegemonialen Gefolgschaft auftreten. Diese beiden Staaten zeigen auch bei der Auswertung des BIP/Kopf Symmetrien, genauso wie bei den Außenhandelsbilanzen, die in beiden Staaten leicht negativ sind. Hier weisen Russland und China als einzige Staaten der BRICS deutliche Überschüsse auf. Bei Betrachtung der Makroindikatoren gibt es Ähnlichkeiten zwischen Brasilien, Russland und Südafrika hinsichtlich der Inflationsrate, zwischen Russland, China und Südafrika hinsichtlich der Leitzinsen und zwischen Brasilien und Russland einerseits und zwischen Indien und China andererseits im Bereich der Arbeitslosenraten. Widergespiegelt wird dieses Bild innerhalb der ökonomischen Dimension durch Paarbildungen bei der Wettbewerbsfähigkeit, wo Brasilien und Südafrika bzw. Russland und Indien ähnliche Plätze einnehmen. Im sozialen Bereich unterscheiden sich die Staaten massiv, einzig was die Gender Equality anbelangt, können Symmetrien zwischen Brasilien und Südafrika erkannt werden. Hinsichtlich der Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Richtungsvorgabe durch den Staat sind sich die Befragten in Brasilien und Südafrika bzw. in Russland und Indien weitestgehend einig. Die wirtschaftliche Situation des Staates wird in Indien und Südafrika ähnlich gesehen, genauso wie die persönliche wirtschaftliche Situation in den Staaten Indien und China.

Das Gewicht Chinas im Verbund der BRICS-Staaten ist immens. Die Dominanz des kommunistisch ausgerichteten Staates erstreckt sich von der Anzahl der Bevölkerung und dem damit verbundenen Arbeitskräfteangebot bzw. der entsprechend hohen Marktnachfrage über dessen Wirtschaftsleistung, deutliche Überschüsse in den Außenhandelsbilanzen und (im weltweiten Vergleich) überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten bis hin zu chinesischen Investitionen in Währungen anderer Staaten und Gold, die auch international dazu verhelfen eine Machtposition auszubauen bzw. zu sichern. Hinzu kommt eine hohe Effektivität der Regierung, die durch das Einparteien-System in Form der Zentralregierung jede Dimension, ob politisch, wirtschaftlich, sozial oder militärisch, beeinflussen und maßgeblich lenken kann. Die außenpolitische Vorgehensweise der Volksrepublik China, d.h. vor allem deren Auftreten als regionale Hegemonialmacht, aber auch Entscheidungen bzw. Vetos im Rahmen der UN, die militärische Aufrüstung Chinas und das Prinzip der „aktiven Verteidigung“ lassen auf eine hohe sicherheitspolitische Relevanz schließen. Die Involviertheit in zahlreiche Grenzkonflikte und ein tendenziell konfrontatives denn konsensual orientiertes Auftreten unterstreichen die auf Durchsetzung der Eigeninteressen gegen die Interessen anderer Staaten ausgerichtete Außenpolitik Chinas. Dies deutet auf eine nutzenmaximierende Strategie der chinesischen

Staatsführung, vor allem im sicherheitspolitischen Bereich, hin. Zugleich verfolgt China aber auch eine (schrittweise und partielle) Integration in den Weltmarkt, was die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen als gleichrangig erscheinen lassen. Macht wird vor allem durch einseitige Interessensverfolgung und deren Durchsetzung demonstriert, teilweise wird der Einflussbereich jedoch auch durch Interessensausgleiche, Kooperationen bzw. Allianzen mit anderen Staaten (vor allem in wirtschaftlichen Belangen) zu vergrößern versucht. Dabei kommen aber nur oberflächliche Kooperationen und keine institutionellen Zusammenschlüsse zustande, gehen also über eine „Basiskooperation“ nicht hinaus. Wo im eigenen Interesse Profit gemacht werden kann, wird kooperiert, ansonsten wird alleine agiert. So kann auch Chinas Engagement in Südafrika und teilweise auch in Brasilien vor allem unter dem Gesichtspunkt der Verfolgung des Primärinteresses der Energie- und Rohstoffversorgung gesehen werden und weniger als „Entwicklungshilfe“ für diese Staaten. Strategische Partnerschaften gibt es im militärischen Bereich mit Russland, dem zweiten Staat innerhalb der BRICS, der ähnliche Ziele wie China verfolgt. Auch Russland agiert hauptsächlich (und meines Erachtens nach noch intensiver und offensichtlicher) aus sicherheitspolitischen Überlegungen und versucht so seinen Macht- und Einflussbereich zu vergrößern (siehe auch aktuelle Ereignisse in der Ukraine bzw. auf der Krim). Russland tritt als Hegemonialmacht auf, die zwar offiziell auf Kooperationen und Abkommen mit anderen Staaten setzt, jedoch vorrangig Eigeninteressen und deren Durchsetzung verfolgt. Im Unterschied zu China ist die wirtschaftliche Integration bzw. Vernetzung mit der Weltwirtschaft meines Erachtens nach den sicherheitspolitischen Zielsetzungen untergeordnet, somit eher mit einem realistischen als mit einem neo-realistischen Weltbild zu erklären. Was Chinas Ausrichtung anbelangt, können hier fruchtbar neo-realistische Internationale politische Theorien als Erklärung herangezogen werden. Das Gleichgewicht zwischen sicherheits- und wirtschaftlichen Interessen, sowie „Basiskooperationen“ zur eigenen Nutzenmaximierung bzw. Interessensverfolgung lassen diesen Schluss zu. Was die Staaten Brasilien und Südafrika und auch deren außenpolitische Ausrichtung und Zielsetzung anbelangt, sind diese vor allem an Kooperationen, diplomatischen, also konsensualen, Beziehungen interessiert. Sie sind zwar auch Hegemonialmächte auf den jeweiligen Kontinenten, sind aber was die Interessensdurchsetzung betrifft eher „soft power“-Mächte, die sich auch im Rahmen der UN an gemeinsamen Operationen beteiligen. Diese beiden Staaten sind deshalb eher den Theorien des Funktionalismus, des (liberalen) Institutionalismus bzw. des Neo-Institutionalismus zuzuordnen, da sie internationale Institutionen anerkennen, diese nutzen und auch im Namen derer agieren. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Institutionen auch deshalb akzeptiert und als handlungsrelevant eingestuft werden, da sie Kosten reduzierend wirken. Darüber hinaus erhöht das Agieren innerhalb dieser institutionellen Strukturen die Legitimität des staatlichen Handelns (auch und vor allem in

Rückwirkung auf gesellschaftliche Ansprüche, die sich in Institutionen verfestigen). Diese Staaten agieren zudem im Sinne feministischer und emanzipatorischer Theorien, die eine Überwindung der vornehmlich an sicherheitspolitischen Aspekten ausgerichteten Außenpolitik zu Gunsten einer umfassenderen Zusammenarbeit in unterschiedlichen Bereichen als ihr Ziel definieren. Die „ability to act in concert“ und gegenseitige Verpflichtungen der Staaten stehen dabei im Mittelpunkt des staatlichen Interesses.

Allen Staaten ist jedoch eine neo-liberal ausgerichtete und agierende Regierungsführung gemein, die die Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse in allen Gesellschaftsbereichen voranzutreiben versucht. Fokussiert auf diese Absichten bzw. Tatsachen könnte das Agieren der einzelnen Staaten in Teilen auch im Sinne des neo-gramscianischen Hegemoniekonzepts erklärt werden. Die politischen Eliten (vornehmlich die Staatsführung) basieren dabei ihre Handlungen auf der Ausübung von Zwang (vor allem durch das Innehaben der – potentiell auch mit Gewalt ausübbarer – Staatsgewalt) bei einem gleichzeitig von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung abgesicherten Konsens über die Richtung der Entwicklungen (siehe Befragungen des PewResearch-Instituts). Im neo-gramscianischen Verständnis besteht der „integrale Staat“ aus der politischen Gesellschaft, die den Staatsapparat und seine Bürokratie umfasst, und der Zivilgesellschaft, die durch private AkteureInnen (vor allem Bildungseinrichtungen, Intellektuelle, Kirchen,...) umschrieben werden kann. In diesem Sinne sind Zivilgesellschaften vor allem in Brasilien stark vertreten, die sich in großem Ausmaß für freie Wahlen zur Zeit der Militärdiktatur, für ein öffentliches Gesundheitswesen, für Frauenrechte, gegen Armut und Korruption einsetzen bzw. eingesetzt haben. Auch in Indien (Themen sind hier vor allem Armut, Umwelt, Nachhaltigkeit) und Südafrika (vor allem Widerstand gegen Apartheid, starke Gewerkschaften) können zivilgesellschaftliche Bewegungen Erfolge aufweisen. In China und Russland werden zivilgesellschaftliche Regungen, wo möglich unterdrückt, in Russland werden diese jedoch durch Aktionen des Widerstands gegen die Regierung augenscheinlich. Diese „Protestbewegungen“ durch Zivilgesellschaften gegen die Regierungen sind Ausdruck von Kräfteverhältnissen innerhalb der Staaten, können aber durch konsensorientierte „Bearbeitung“ bzw. Adaptierung durch die jeweiligen Staatsapparate zu einer Absicherung bzw. Verfestigung der Hegemonie und Herrschaft führen, so wie es in den BRICS-Staaten zu sein scheint. Des weiteren sind das transnationale Kapital und transnationale Konzerne in allen BRICS-Staaten wesentliche Motoren der Entwicklung bzw. Richtungsweiser, üben massiven Einfluss aus und können auch und vor allem in Verbindung mit staatlichen Entscheidungen als treibende Kräfte der vornehmlich wirtschaftlichen Integration in den Weltmarkt verstanden werden.

6. BRICS – ein Staatenbund, eine machtvolle Allianz, ein interessengeleitetes Kooperationsbündnis?

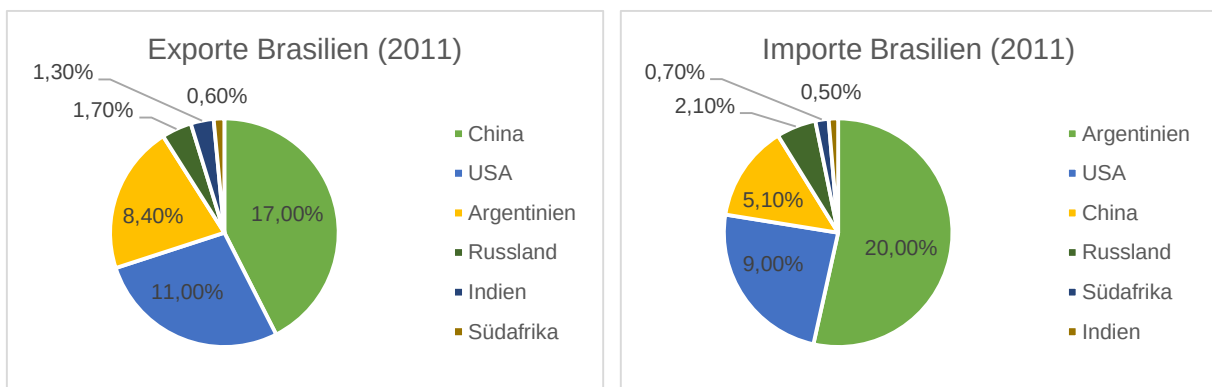
“We are committed to building a harmonious world of lasting peace and common prosperity and reaffirm that the 21st century should be marked by peace, security, development, and cooperation. It is the overarching objective and strong shared desire for peace, security, development and cooperation that brought together BRICS countries” (Brics 2013b).

Die Betrachtung der BRICS als potenziellen „Machtblock“, der in politischen und wirtschaftlichen Belangen international Einfluss nehmen kann und soll, bedarf einer dreifachen Analyseebene. Zum einen ist es sinnvoll die Staaten einzeln zu untersuchen um so deren Potenzial, Ressourcen, aber auch Schwachstellen zu erkennen. Zum zweiten sollte die politische, wirtschaftliche, soziale oder militärische Vernetzung der BRICS untereinander näher betrachtet werden – wenn vorhanden. Und als letzten Punkt gilt es dann das BRICS-Gebilde als solches bzw. die gemeinsamen Verlautbarungen und Abkommen zu analysieren.

Die Analyse der einzelnen Staaten ist diesem Kapitel vorausgegangen und wird hier nicht mehr gesondert aufgeführt. Die BRICS umfassen ca. 40% der Weltbevölkerung, sind als Exporteure zu 17,4% in den Welthandel integriert (Import: 16,2%), trugen 2012 26% zum weltweiten BIP (2003: 18%) bei und zeichnen für 50% des weltweiten Wirtschaftswachstums der letzten zehn Jahre verantwortlich (vgl. World Trade Organization 2013; Glitz 2013: 1). Die Vernetzung untereinander allerdings ist als marginal zu bezeichnen. Abgesehen von den jährlich stattfindenden BRICS-Summits, Treffen im Rahmen von Konferenzen oder G20-Gipfeln, gibt es keine wesentlichen politischen Kooperationen zwischen den einzelnen Staaten. Auch gesellschaftliche oder kulturelle Vernetzungen und Austauschbeziehungen sind nicht ersichtlich. Militärisch ist es vor allem die Achse Russland–China, die Kooperationsbeziehungen unterhält, allerdings in Konkurrenz um Einfluss(gebiete) zueinander steht. Was die ökonomische Dimension anbelangt, so sind es vor allem regionale Handelsübereinkommen, in die die BRICS, d.h. jeder Staat einzeln, eingebunden sind: So ist Brasilien ein Partner im Mercosur, im „Global System of Trade Preferences among Developing Countries“ (GSTP) und unterhält „bevorzugte Handelsabkommen“ (Preferential Trade Agreements – PTAs) u.a. mit den USA, der Türkei, der Schweiz, Japan und auch Russland. Russland wiederum ist im Rahmen der CIS (zu Deutsch GUS) und der CEZ (Common Economic Zone) mit der Ukraine, mit Weißrussland und Kasachstan eingebunden. Des weiteren ist Russland Partner in der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EAEC) und unterhält Einzelabkommen mit Ländern aus der Region, wie beispielsweise mit Usbekistan, Turkmenistan, Armenien oder der Ukraine. Geplant sind weiters Abkommen mit Neuseeland und ein EFTA-Abkommen mit Weißrussland und Kasachstan. PTAs gibt es darüber hinaus mit

Kanada, der Türkei und den USA. Indien ist im Rahmen der ASEAN, der APTA, der GSTP, der SAFTA (South Asian Free Trade Agreement) engagiert und hat Einzelabkommen mit Japan, Südkorea, Nepal, dem Mercosur u.a. unterzeichnet. PTAs gibt es mit der EU, mit Russland, den USA und mit Kanada. China ist ebenfalls Partner in den Abkommen ASEAN und APTA (Asia Pacific Trade Agreement), hat zudem Einzelabkommen mit Chile, Costa Rica, Singapur, u.a. getroffen. Abkommen sind darüber hinaus mit der Schweiz, Australien und Norwegen geplant. PTAs von Seiten Chinas gibt es u.a. mit der EU, mit Russland, der Schweiz und mit Japan. Südafrika hat Handelsabkommen mit der EU, ist im Rahmen der SACU und der SADC (Southern African Development Community) engagiert und unterhält PTAs u.a. mit den USA, mit Kanada, Russland und Japan (vgl. World Trade Organization 2014).

Die Handelsbeziehungen zwischen den BRICS sind – wie bereits an anderer Stelle ausführlicher dargelegt – vor allem durch die Dominanz Chinas gekennzeichnet. Ein Großteil der Exporte Brasiliens (17%), Russlands (7%), Indiens (12%) und Südafrikas (11,6%) geht nach China. Exporte in die anderen BRICS-Staaten sind marginal und liegen unter 9% (in einzelnen Staaten sogar unter 5%, wie in Russland (1,54%), Brasilien (3,6%) und Indien (4,2%)). Umgekehrt exportiert China größtenteils in die USA, nach Hongkong und Japan. Was den Import betrifft, so importieren die BRICS einen Großteil von China (Brasilien 5,1%, Russland 8,5%, Indien 5,7%, Südafrika 11,9%), Chinas Importe aus Staaten der BRICS liegen jedoch unter 10%. China ist hinsichtlich der Exporte Haupthandelspartner von Brasilien und Südafrika, hinsichtlich der Importe von Russland und Südafrika. Einzig Südafrika unterhält mit Indien eine rege Export/Importbeziehung (11,6% bzw. 11,9%). Ansonsten sind die USA, die Niederlande, Argentinien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi Arabien, Hongkong, Japan und Deutschland die wichtigsten Handelspartner der BRICS (vgl. Observatory of Economic Complexity 2014). Die in Abbildung 41 dargestellten Staaten sind jeweils die drei Haupthandelspartner mit ihren prozentualen Anteilen, sowie die Anteile der übrigen BRICS-Staaten. Die Darstellung ist deshalb nicht vollständig und umfasst nur einen Ausschnitt der Handelsbeziehungen der BRICS. Die Exporte und Importe Chinas werden in der Grafik zudem größer als die anderen Staaten dargestellt. Dies beinhaltet keine Wertung, sondern ist dem Umstand geschuldet, dass bei China mehr Handelspartner aufgelistet werden müssen.



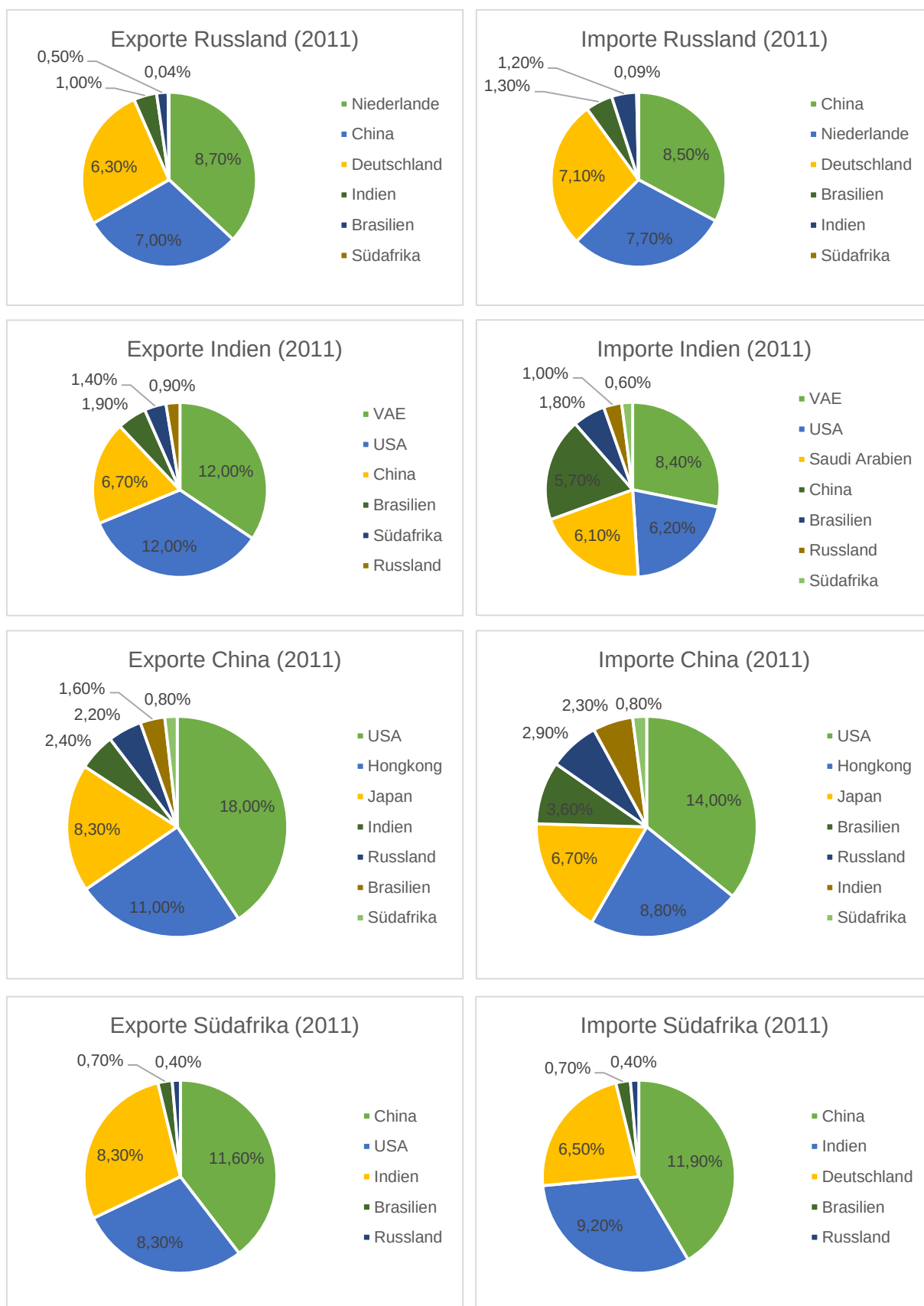


Abbildung 41: Exporte/Importe BRICS 2011
(Quelle: Observatory of Economic Complexity
2014 bzw. eigene Darstellung)

6.1. Die BRIC(S)-Summits

Der Startpunkt des politischen Dialogs zwischen den BRIC-Staaten kann im Jahr 2006 verortet werden, wo die Außenminister der Staaten im Rahmen der UN Vollversammlung zum ersten Mal gemeinsam auftraten. Dies erfolgte fünf Jahre nach der Kreation des Akronyms BRIC durch die US-Investmentbank Goldman Sachs im Jahr 2001. In den Folgejahren kam es immer wieder zu Treffen von verschiedenen MinisterInnen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten, vor allem auch auf UN Versammlungen bzw. G20 Treffen. Das erste offizielle Gipfeltreffen der BRIC-Staaten erfolgte dann im Jahr 2009 in Russland. Dem ersten Treffen in Jekaterinburg (Russland) 2009, folgten weitere in Brasilia (Brasilien) 2010, in Sanya (China) 2011 – nunmehr mit südafrikanischer Beteiligung –, in Neu-Delhi (Indien) 2012 und 2013 in Durban (Südafrika). Für 2014 ist ein Treffen in Fortaleza (Brasilien) und für 2015 in Ufa (Russland) geplant. Die Staaten koordinieren ihre Treffen jährlich nach der Abfolge der Staaten gemäß der BRICS-Wortschöpfung. Begleitet und erweitert wurden bzw. werden diese Gipfeltreffen immer auch von Treffen auf niedrigerer politischer Stufe, die verschiedenste Bereiche der Kooperation umfass(t)en, wie beispielsweise in Sicherheitsfragen, im Bereich der Terrorismusbekämpfung, hinsichtlich Wettbewerbsregeln oder der Koordination der Zentralbanken. Dieses Netzwerk wird zusätzlich noch durch bi- bzw. trilaterale Treffen verdichtet (vgl. Keukeleire u.a. 2011: 4).

6.2. Gemeinsame Statements und Forderungen

Der erste BRIC-Gipfel im Jahr 2009 war geprägt durch die Forderung und das gemeinsame Statement hinsichtlich der Abschaffung des USD als Reserve-Währung (vgl. Nölke 2014: 415). Weiters wurde der G20 eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung der Finanzkrise zugesprochen und vor allem auch auf die Rolle der BRIC-Staaten verwiesen, die hierbei einen wesentlichen Beitrag leisten könnten. Darüber hinaus wurde die Forderung nach einer demokratischeren und multipolareren Weltordnung basierend auf Gesetz, Gleichheit, gegenseitigem Respekt, Kooperation und Koordination aller Staaten verlautbart (vgl. Keukeleire u.a. 2011: 4). 2010 wurde erneut die Wichtigkeit der G20 und der UN in einer multipolaren Welt betont, zudem werden Reformen der Bretton Woods-Institutionen, allen voran des IWF, gefordert. Kooperationen zwischen den Währungen der BRIC-Staaten sollten geprüft werden um länderübergreifenden Handel und Investments zu erleichtern, zusätzlich war der Abbau von Protektionismus ein wesentlicher Punkt des Gipfels. Die Wichtigkeit von Themen wie Energieeffizienz, saubere Energie, Nachhaltigkeit und Klimawandel wurde ebenfalls betont. Es erfolgte zudem eine Bestätigung der Kooperationswilligkeit innerhalb der BRICS hinsichtlich Kultur, Wissenschaft und Sport (vgl. Bric 2010). Im Jahr 2011 sollte vor allem die makroökonomische Zusammenarbeit zwischen den BRICS gestärkt werden, Terrorismus und Cyber-Kriminalität bekämpft werden. Neuerlich wurden die Unterstützung der G20 und die notwendige Reform des IWF, auch und vor allem wegen der globalen Finanzkrise, verlautbart.

Darüber hinaus wurde eine engere Zusammenarbeit der BRICS im Bereich Lebensmittelsicherheit, Klimawandel, Dialoge im Bereich Gender Equality, Jugend, Arbeit, soziale Absicherung, Gesundheitswesen und verstärkter Handel und Investment zwischen den Staaten beschlossen. Die BICS (ohne Russland) verlautbarten zudem die Zustimmung zum multilateralen Handelssystem der WTO (vgl. Bric 2011). Die Forderungen der BRICS beim vierten Gipfel in Neu-Delhi 2012 umfassten eine aktivere Einbindung der BRICS bei der Regulierung der Weltwirtschaft (v.a. der Finanzsysteme), die Kontrolle von Rohstoffpreisen und die Einführung einer internationalen Reservewährung. Darüber hinaus wurde die Gründung einer gemeinsamen Entwicklungsbank (inklusive Kreditlinien) beschlossen (vgl. Schmalz/Ebenau 2014: 44).

„Our discussions, under the overarching theme, *“BRICS Partnership for Global Stability, Security and Prosperity”*, were conducted in an atmosphere of cordiality and warmth and inspired by a shared desire to further strengthen our partnership for common development and take our cooperation forward on the basis of openness, solidarity, mutual understanding and trust“ (Brics 2012).

Im Rahmen des Gipfeltreffens im Jahr 2013 erfolgte wiederum eine Betonung der Wichtigkeit der Einhaltung des internationalen Rechts, des Multilateralismus und der zentralen Rolle der UN (China und Russland bekräftigten zudem die Rolle von Brasilien, Indien und Südafrika in der UN fördern zu wollen). Kritik wurde an der Vorgehensweise der „westlichen“ Zentralbanken geäußert, die durch eine Geldschwemme unbeabsichtigte und unabsehbare Konsequenzen vor allem für Entwicklungsländer auslösen könnten (inklusive Auswirkungen auf Kapitalflüsse, Rohstoffpreise und Volatilität am Währungsmarkt). Erneut wurde zur Reform der internationalen Finanzinstitutionen (IWF) aufgerufen und die Wichtigkeit der Berücksichtigung der BRICS und anderer Entwicklungsländer betont (auch hinsichtlich der WTO, wo nach Forderungen der BRICS der neue Generaldirektor durch ein Entwicklungsland gestellt werden sollte). Der Plan zur Errichtung einer Entwicklungsbank wurde nochmals bestätigt, allerdings kein konkreter „Fahrplan“, Zeitplan oder institutioneller Rahmen festgelegt. „The initial contribution to the Bank should be substantial and sufficient for the Bank to be effective in financing infrastructure“ (Brics 2013b). Die Ersteinlage der Staaten in die Entwicklungsbank sollte also „genügend“ sein um effektiv zu sein, wurde jedoch nicht genauer festgelegt, auch weil China einen Beitrag von USD 100 Mrd., die anderen BRICS-Staaten nur USD 50 Mrd. fordern. Die Stimmengewichtung innerhalb der Entwicklungsbank soll aller Voraussicht nach zu gleichen Teilen und nicht wie im IWF nach Einlagenhöhe erfolgen. Klar ist bereits, wohin das Geld fließen soll (vor allem in Entwicklungsländer, allerdings ohne eine Kopplung an stark einschränkende Bedingungen wie jene der Weltbank oder des IWF). Die BRICS sehen sich dabei als Wettbewerber und Alternative zur Weltbank. Des weiteren wurde die Errichtung eines Sicherheitsnetzes durch das Zusammenlegen von ausländischen Währungsreserven

angedacht um vor (globalen) Finanzkrisen besser geschützt zu sein. Ein sogenanntes „Contingent Reserve Arrangement“ (CRA) mit einem Anfangsbestand von USD 100 Mrd. wurde beschlossen. Des weiteren wurde eine Interbanken-Kooperation unterzeichnet, die die gemeinsame Finanzierung von Infrastruktur in Afrika und „green economy“-Finanzierungen beinhaltet, sowie die Einrichtung eines BRICS-Think Tanks und eines BRICS Business Councils beschlossen. Weitere Felder, in denen die BRICS kooperieren wollen, sind das Public Diplomacy Forum, Anti-Korruption, staatliche Unternehmen, Drogen, Jugend, Tourismus, Energie, Sport und große Sportevents (vgl. Brics 2013b).

„Our discussions reflected our growing intra-BRICS solidarity as well as our shared goal to contribute positively to global peace, stability, development and cooperation. We also considered our role in the international system as based on an inclusive approach of shared solidarity and cooperation towards all nations and peoples“ (Brics 2013b).

Die Betonung der guten Beziehungen zwischen den BRICS-Partnern, der wachsenden Solidarität, sowie geteilter Werte und Ziele wie Frieden, Stabilität, Kooperation und Entwicklung, gehen Hand in Hand mit einer zunehmenden Infragestellung des „Washington-Consensus“ inklusive der Primaten Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung. Ein verstärktes Engagement in internationalen Institutionen, vorrangig im Rahmen der G20 und der UN, wird angestrebt und Reformen der internationalen Finanzarchitektur gefordert. Auch im Bereich des nachhaltigen Wirtschaftens („green economy“) und des Umweltschutzes werden Impulse gegeben. Des weiteren wird von den BRICS immer wieder die Rolle der Fürsprecher für andere Entwicklungsländer eingenommen und auch nachdrücklich artikuliert.

6.3. Implikationen für die BRICS

Die Rolle der BRICS hat sich über den Zeitverlauf gewandelt:

„So waren die BRIC-Staaten anfangs nur als „emerging markets“, d. h. als Anlagesphären für globale Investoren, betrachtet worden. Mehr und mehr richtete sich der Blick dann auf die Bedeutung der BRIC(S)-Staaten als zu erschließende Absatzmärkte. Mittlerweile erfüllen sie, basierend auf den erzielten Leistungsbilanzüberschüssen und Devisenreserven (...), zudem über eine die globalen Finanzmärkte und Handelsbeziehungen stabilisierende Investor- und Kreditgeber-Funktion“ (Bieling 2014: 380).

Die Entwicklung der BRICS von lukrativen Anlagegegenden für das internationale Kapital zu potenziell einflussreichen Agenda-Settern und Kreditgebern wurde begleitet von einer Erhöhung der Dialoge und Kooperationen innerhalb der BRICS, aber auch im Rahmen ihrer regionalen Hegemoniestellung. So gibt es verschiedenste bi- oder trilaterale Abkommen zwischen den BRICS-Staaten, die auch im Sinne einer Global Economic Governance weltpolitische Relevanz aufweisen (könnten), der Fokus der BRICS-Staaten als Einzelstaaten

liegt aber nach wie vor auf regionalpolitischem Engagement (vgl. Bieling 2014: 382f). Des weiteren lassen sich sich verdichtende Netzwerke aus formalen und informellen Treffen und Kooperationen, die nicht nur die oberste Politikebene – die Staats- und Regierungschefs – umfassen, sondern tiefergehend auch Kooperationen zwischen MinisterInnen (vor allem im Bereich Gesundheit, Landwirtschaft, Finanzen, Außenpolitik, Handel und Bildung), Behörden oder Unternehmen umfassen, erkennen.

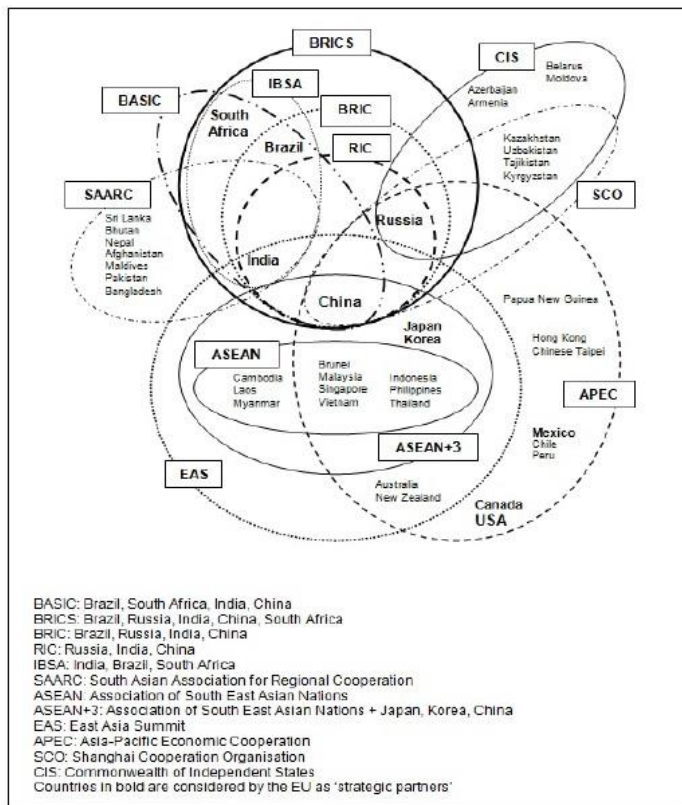


Abbildung 42: Multilaterale Kooperationen inklusive BRICS
 (Quelle: Keukeleire u.a. 2011: S.9)

Abbildung 42 stellt die BRICS-Staaten in den Mittelpunkt der Betrachtung und zeichnet um diese herum ein Kooperationsgeflecht, das das vielfältige und multilaterale Netzwerk aus Allianzen und Bündnissen verdeutlichen soll. Die „Stärke“ dieser Kooperationen bzw. das Engagement der einzelnen Staaten in diesen ist aus der Grafik jedoch nicht ersichtlich. Regionale Bündnisse, wie beispielsweise die Afrikanische Union oder Mercosur, wurden ebenfalls nicht eingezeichnet. Die Grafik kann jedoch einen Überblick über das vielfältige Engagement der BRICS liefern.

Die Zusammenarbeit innerhalb der BRICS ist vor allem durch themenspezifische Allianzen geprägt. So gibt es unterschiedliche Varianten der BRICS, die selten alle fünf Staaten umfassen: In der Entwicklungszusammenarbeit der BRICS-Staaten (ohne Russland) beispielsweise stehen vor allem partnerschaftliche Überlegungen im Vordergrund, die gegenseitige Nutzenüberlegungen mit Verhandlungen auf Augenhöhe kombinieren. Die Betitelung als „Geberstaaten“ wird nur ungern verwendet. Eine Verflechtung von politischen und wirtschaftlichen Überlegungen ist offensichtlich, genauso wie der „Grundsatz der Nicht-Einmischung“ in anderer Länder Politik. Darüber hinaus kann ein gemeinsames Entwicklungsmodell identifiziert werden, das auf „arbeitsintensiven Industrieprozessen und ausländischen Direktinvestitionen“ fußt. Es gibt jedoch kein koordiniertes Vorgehen zwischen den Staaten, die einzelnen Länder entscheiden selbst wen und wieviel sie unterstützen, hauptsächlich jedoch in den Bereichen Infrastruktur und Wissenstransfer. Mit der Etablierung einer Entwicklungsbank (siehe auch Forderungen unter Punkt 6.2.) könnte diese Koordination

institutionalisiert und verfestigt werden (vgl. Elsinger 2014: 291f). Nölke (vgl. Nölke 2014: 421ff) entwickelt hinsichtlich der unterschiedlichen Varianten der Zusammenarbeit eine „BIC-Variante“ des Kapitalismus, die als zentralen Koordinationsmechanismus die enge Verflechtung zwischen staatlichen Stellen und großen Unternehmen sieht. Nationales Kapital wird dabei als dominierend auch gegenüber transnationalem Kapital eingestuft. Die Schwellenländer, und vor allem die BIC-Staaten werden demnach „im Kern von einer außerordentlich engen Kooperation zwischen staatlichen und wirtschaftlichen Akteuren geprägt, die auf Loyalitäts- und Reziprozitätslogiken sowie zumindest indirekt auf persönlichen Beziehungen beruht“ (Nölke 2014: 421). Gemeinsam sind den BIC-Staaten ebenfalls soziale Spannungslagen, was durch die große Kluft zwischen arm und reich noch verstärkt wird. Buhr/Frankenberger kommen im Zuge ihrer Analyse hinsichtlich Varianten des Kapitalismus im globalen Norden bzw. globalen Süden zu dem Schluss, dass es „keine BRIC-Variante des Kapitalismus“ (Buhr/Frankenberger 2014: 75) ebenso wenig wie eine BRICS- oder B(R)ICS-Variante (inkl. Indonesien) gibt.

„Zwar macht es im Lichte dieser Analyse Sinn, Südafrika und Brasilien zusammenzufassen, aber Russland hat sehr viel mehr mit den patrimonialen Rentierstaaten Iran und Kasachstan gemeinsam als mit China oder Brasilien. Und China gleicht viel mehr der Ukraine als Indien“ (ebd.: 75).

Gemeinsame Entwicklungslinien hinsichtlich kapitalistischer Strukturen können also nur teilweise erkannt werden, an der neo-liberalen Ausrichtung (inklusive Weltmarktintegration, Privatisierungen, De-Regulierungen) aller BRICS-Staaten kann aber kein Zweifel sein. Zwar sind auch hier das Ausmaß, die Geschwindigkeit und die Bedeutung von ausländischem Kapital unterschiedlich, die Stoßrichtung ist jedoch dieselbe. Trotz dieser Zuwendung zu kapitalistischen Entwicklungsmodellen fordern die BRICS auf ihren Gipfeltreffen immer wieder Reformen des bestehenden Finanzsystems, alternative Kräfteverteilungen im Weltsystem und die damit verbundene Überwindung der Dominanz der westlichen Volkswirtschaften.

„Ein innovatives Element der strukturellen Umbrüche im Weltsystem sind Süd-Allianzen wie IBSA (Indien, Brasilien, Südafrika) oder BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika), die neben der tagesaktuellen Politikkoordination auch das strategische Ziel zu verfolgen scheinen, die Dominanz des Westens zu überwinden und alternative Global Governance-Strukturen ins Leben zu rufen“ (Weinlich/Fues 2014: 299f).

Die Forderungen der BRICS sehen sich jedoch Schwierigkeiten bei der Umsetzung gegenüber. So gestalten sich die Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Weltbank bzw. im IWF, anders als in der WTO, wo wie in den anderen UN-Institutionen generell gleiches Stimmrecht für alle gilt (mit Ausnahme des Sicherheitsrates), als schwierig (ebd.: 300). Darüber hinaus ist von einem einheitlichen Auftritt bzw. einer „gemeinsamen Stimme“ der BRICS wenig zu erkennen. Die „gemeinsame Stimme“ der BRICS-Staaten in der UN Generalversammlung

zeigt sich laut einer Studie des Europäischen Parlaments (vgl. Keukeleire u.a. 2011: 1) in 56-63% der Abstimmungen, was eine beträchtliche Anzahl an Prozentpunkten mit sich bringt, wo die BRICS nicht als Block stimmen. Die Studie weist auch keine Zunahme an Übereinstimmungen über den Zeitraum von 2006-2011 an gemeinsamen Positionen aus. Wenn es allerdings um globale Themen wie finanzielle, wirtschaftliche oder Umweltfragen geht, können sich die BRICS weitestgehend einigen bzw. fungieren als Initiatoren von Debatten oder Agenda-Setter und üben durchaus auch gewichtigen Einfluss auf die Ergebnisse aus. Die engste Übereinstimmung ergibt sich dieser Studie zu Folge zwischen Indien, Brasilien und Südafrika (IBSA) (70% im Zeitverlauf und über 80% im Jahr 2010) gefolgt von der Formation Brasilien, Südafrika, Indien und China (BASIC), Russland, Indien und China (BIC), schließlich BRIC und dann BRICS (vgl. Keukeleire u.a. 2011: 15). So kommt diese Studie, die 2011 von der Europäischen Union bzw. dem Europäischen Parlament in Auftrag gegeben wurde, zu dem Schluss, dass es trotz des Nicht-Vorhandenseins eines gemeinsamen „BRICS-Blocks“ und teilweise auch divergierenden Zielen doch eine große gemeinsame Zielsetzung zu geben scheint: Einfluss auf die G20 und andere internationale Institutionen zu nehmen und ein Gegengewicht zu der als ungerecht und undemokratisch wahrgenommenen, von westlichen Staaten dominierten, Weltordnung darzustellen. Weiters wird eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse durch das BRICS-Phänomen dargestellt, welche einerseits durch eine Bewegung weg vom europäisch-atlantischen hin zum asiatisch-pazifischen Raum geprägt ist und andererseits auch eine Aufwertung des globalen Südens zu Lasten des Nordens mit sich bringt.

7. Conclusio und Ausblick

„With the BRICS now also including an African country, the BRICS format can claim to not only represent a major part of the world population and of the world's leading emerging economies, but now also all the continents” (Keukeleire 2011: 5).

Die BRICS-Staaten sind, was ihr wirtschaftliches Gewicht anbelangt, internationale Schwergewichte, auch wenn dieses Gewicht vor allem durch China beigetragen wird. Alle Staaten sind regionale Hegemonialmächte, die auf ihren jeweiligen Kontinenten massiven Einfluss ausüben (können). Im Vergleich untereinander zeigen sich jedoch sowohl wirtschaftliche, als auch politische, militärische und gesellschaftliche Differenzen, die eine – über eine lose Kooperation – hinausgehende Integration erschweren bzw. meines Erachtens nach unmöglich machen dürften. Es deutet also vieles darauf hin, dass – wie in Hypothese 1 dargestellt – die Machtverhältnisse zwischen den BRICS-Staaten zu asymmetrisch sind um die Bildung einheitlicher Interessen zuzulassen. Zwar gibt es durchaus Ähnlichkeiten bzw. auch Symmetrien zwischen einzelnen Staaten, vor allem zwischen Russland und China und zwischen Brasilien, Indien und Südafrika, gesamt gesehen lassen sich jedoch deutliche, und was noch gravierender ist, in allen untersuchten Dimensionen Machtungleichheiten zwischen den Staaten ausmachen.

Darüber hinaus kann eine Dominanz Chinas im BRICS-Gebilde ausgemacht werden, die sich nicht nur im wirtschaftlichen Bereich, sondern auch in so gut wie allen, staatlich relevanten Dimensionen darstellen lässt. Weiters lässt sich Chinas außenpolitische Orientierung nicht so sehr alleine durch das realistische, aber durchaus mit dem neo-realistischen Theoriemodell erklären: die hohe Bedeutung der Sicherheitspolitik in Kombination mit wirtschaftlichen Ambitionen und die Bereitschaft zur Basiszusammenarbeit mit anderen Staaten umschreiben die chinesische Außenpolitik in groben Zügen. Das Auftreten Chinas entspricht einer regionalen Großmacht, die große hegemoniale Interessen in der Region verfolgt, gleichzeitig jedoch wirtschaftlich (wo profitabel) in den globalen Markt eingebunden sein möchte und ihre sicherheitspolitischen Anliegen auch auf internationalem Parkett mit Nachdruck verfolgt. Die Orientierung Chinas lässt sich zum überwiegenden Teil an Hand der Achse der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik festmachen und stützt somit Hypothese 2. Was China – und auch Russland, das mE eine realistische Außenpolitik verfolgt, da es militärische Interessen stark übergewichtet – im Verbund der BRICS hält, könnten durchaus auch konstruktivistische Überlegungen hinsichtlich ihres Rufes in der Weltgemeinschaft sein. Gerade diese beiden Staaten könnten versuchen im Rahmen einer losen Kooperation ihre schlechte Reputation aufzubessern bzw. durch international geachtete Staaten wie Brasilien oder Südafrika zu profitieren. Darüber hinaus könnte natürlich auch die Generierung von Abhängigkeiten (besonders in Hinblick auf die Rohstoffexploration Chinas in Südafrika und Brasilien) ein

wesentlicher Einflussfaktor zur Zusammenarbeit sein. Diese Kooperationen sind dabei als Basiszusammenarbeit (im Sinne der neo-realistischen Theorie) zu klassifizieren.

Das BRICS-Gebilde ist also einerseits durch starke, nationalstaatlich geprägte Einzelstaaten (vor allem China und Russland) und andererseits durch partielle, themenspezifische Kooperationen – selten im gesamten BRICS-Verbund – beschreibbar. Die gemeinsame Zielsetzung der Einflussnahme in die globalen Machtverhältnisse bei gleichzeitiger Aufwertung der BRICS-Staaten inklusive deren Gefolgschaft (im Sinne einer Hegemonialmacht) eint die BRICS. Es geht also nicht mehr alleine darum nationalstaatliche Interessen auf die internationale Ebene zu heben, sondern auch und vor allem um Allianzen, die den Einfluss der einzelnen Staaten in internationalen Organisationen, wie der UN, der G20, dem IWF oder der Weltbank, vergrößern können. Dabei sind die BRICS durchaus gewillt Souveränität an eben diese Organisationen abzugeben (zumindest partiell), ein Zugeständnis, zu dem die Nationalstaaten im Rahmen des BRICS-Gebildes nicht bereit sind bzw. was soweit auch nicht angedacht ist. Innerhalb eines Internationalen Systems, das sich als Spinnennetz bzw. als Netzwerk grafisch darstellen lässt, ist Macht vor allem (im Sinne H. Arendts) durch soziale Beziehungen, Reputation bzw. durch eine Kombination aus „soft“ und „hard“ power definierbar. Global Governance-Ansätze lassen sich auch auf das BRICS-Gebilde anwenden, da auch hier Problemlösungen jenseits der Nationalstaaten angestrebt werden. Da Entscheidungen, die auf der Zustimmung aller Mitglieder beruhen, immens hohe Kosten verursachen, kommt es auch im Rahmen der BRICS zu Abspaltungen bzw. Kooperationen in themenspezifischen Bereichen. Die Allianzbildungen lassen sich auch dadurch erklären, dass der ökonomische Einfluss zu Lasten der politischen Gestaltungsmacht immer mehr zunimmt (auch durch die zunehmend neo-liberale Ausrichtung der Einzelstaaten, die ihren Bedeutungsverlust dahingehend sogar noch forcieren) und durch Kooperationen und wechselseitige Verpflichtungen auf internationaler Ebene dieser Umkehrung der Machtverhältnisse Einhalt geboten werden soll. Die BRICS könnten darüber hinaus auch als internationale Regierungsorganisation wahrgenommen werden, die partikular und problemfeldspezifisch zusammenarbeitet und vor allem durch intergouvernementale Entscheidungen geprägt ist. Das Problematische an dieser Einordnung ist allerdings der nicht institutionelle Charakter der BRICS, die keine gemeinsamen Organe kennen. Einzig die BRICS-Summits lassen sich als institutionelle Einrichtungen definieren. Wie sehr die Entscheidungen auf diesen Gipfeltreffen rechtlich bindend sind, lässt sich allerdings nur schwer abschätzen (diese Bindungswirkung könnte deren teilweise Einordnung in Regimetheorien ermöglichen). Im Rahmen der BRICS kann zudem das „Two-Level-Game“ der Internationalen Politik abgeleitet und angewendet werden, das von handelnden AkteurInnen ausgeht, die auf nationaler Ebene Rückhalt generieren müssen, um so auf internationaler Ebene Einfluss nehmen zu können. Die Präferenzen, die dabei auf der nationalstaatlichen Ebene artikuliert werden, müssen mit jenen

auf der internationalen Ebene eine gemeinsame Schnittmenge finden um Kooperationen bzw. Allianzen überhaupt zu ermöglichen.

Ausgehend von starken Nationalstaaten, die in ihrer außenpolitischen Ausrichtung stark differieren, und der nicht vorhandenen Ambition der BRICS eine Institutionalisierung des BRICS-Gebildes als solches voranzutreiben, sind die „klassischen“ Integrationstheorien der Internationalen Politik, die von einem „höchsten Ziel“, der politischen Integration nämlich, ausgehen, nicht bzw. nur partiell anwendbar. Mit dem Entschluss zur Errichtung einer gemeinsamen Entwicklungsbank erfolgt zwar eine Institutionalisierung innerhalb der BRICS, dies ist jedoch nicht mit einer engeren Kooperation bzw. Institutionalisierung der Staaten in verschiedenen Feldern bzw. im Sinne einer politischen oder wirtschaftlichen Union verbunden und wird auch nicht angestrebt. So ist zwar häufig die Rede von einer engeren Zusammenarbeit der Staaten in unterschiedlichen Bereichen, es gibt aber nicht einmal im „stärksten“ Bereich der BRICS, dem ökonomischen bzw. Handelsbereich, Anzeichen einer Verfestigung der Zusammenarbeit, wie es beispielsweise im regionalen Verbund des Mercosur erfolgt ist. Die Staaten stellen sich als starke „Player“ dar, die hoffen ihre Interessen durch die Allianz im Rahmen der losen Kooperation innerhalb der BRICS international besser durchsetzen zu können und Einfluss zu nehmen. Die Staaten gehen dabei kooperative Spiele mit bindenden Vereinbarungen ein um Nullsummenspiele zu verhindern und „Win-Win“-Situationen durch Allianzbildungen zu schaffen. Wenn es kompatible Präferenzen und gemeinsame Interessen der Nationalstaaten gibt, so ist eine Zusammenarbeit im spezifischen Feld wahrscheinlich und es erfolgen Kooperationen. Diese Vorgehensweise kann durch die Theorie des (liberalen) Institutionalismus erklärt werden. Einzig die daraus abgeleitete Verfestigung der Kooperation durch Institutionen kann nicht auf die BRICS angewendet werden (zumindest nicht auf das Gebilde als solches, sondern bisher nur auf die (geplante) Entwicklungsbank). Der (Neo)-Funktionalismus, der von einer Zusammenarbeit in spezifischen Themengebieten ausgeht und gleichsam eine Kooperation von unten darstellt, geht davon aus, dass wirtschaftliche Integration Spill-Over-Effekte auf andere Bereiche auslöst, sodass „form follows function“ ausgelöst wird, d.h., dass zuerst kooperiert wird und dann Institutionen errichtet werden. Die Zusammenarbeit in unterschiedlichen Interessensgebieten kann auch bei den BRICS-Staaten wahrgenommen werden, dies ist allerdings nicht als Integration darstellbar, eine vermehrte Institutionalisierung wird darüber hinaus (mit Ausnahme der Entwicklungsbank) – nach jetzigem Wissensstand – nicht angestrebt. Zudem wird die funktionale Zusammenarbeit auch nicht durch ökonomische Kooperationen bzw. Integration bestimmt und nicht von „bottom up“, sondern vor allem von „top down“ angestoßen. Die „klassischen“ Integrationstheorien können das Phänomen BRICS also nur annähernd und partiell (be)greifbar machen. Eine Erweiterung durch neo-gramscianische Ansätze erscheint sinnvoll, da hier vor allem nochmals Rekurs auf die

Bedeutung von transnationalem Kapital und transnationaler Konzerne genommen wird, was auch in den BRICS-Staaten Einfluss auf politische und wirtschaftliche Handlungsspielräume hat. Darüber hinaus wird auch hier die Wichtigkeit von Eliten betont, die die Zusammenarbeit forcieren.

Die lose Kopplung der BRICS-Staaten, die problemfeldspezifische und partielle Zusammenarbeit je nach Interesse der Nationalstaaten, die mangelnde Ambition einer institutionellen Verfestigung und die gemeinsame neo-liberale Ausrichtung der Wirtschaftspolitik lassen sich also nur teilweise durch institutionelle bzw. funktionalistische Integrationstheorien einordnen. Der Rückhalt der einzelnen Staaten durch ihre Bevölkerungen, d.h. der breite Konsens auf den die Staaten bauen, und die Wichtigkeit des internationalen Kapitals, sowie das Engagement internationaler Konzerne, bilden weitere Bausteine um das BRICS-Gebilde annähernd zu erklären. Somit werden drei Ebenen umfasst: einerseits die Ebene der Bevölkerung (und der (Zivil)-Gesellschaft), die durch einen breiten Konsens die Handlungen der Regierungen absichert. Andererseits die nationalstaatliche Ebene, die durch (politische) Eliten agiert und Einfluss nimmt bzw. auf die Einfluss genommen wird. Und als dritte Ebene kann die Ebene des Internationalen Systems ausgemacht werden, auf dem Nationalstaaten, internationale Organisationen, transnationale Konzerne agieren und die je nach Machtposition unterschiedlichen Einfluss ausüben können. Die BRICS-Staaten handeln auf allen drei Ebenen, versuchen durch Allianzbildungen ihre bestehenden Machtpositionen (als Hegemonialmachten), sowohl im regionalen Bereich als auch im internationalen Feld, auszubauen und ziehen somit Vorteile aus der losen Zusammenarbeit. Die asymmetrischen Machtverhältnisse zwischen den BRICS-Staaten scheinen dabei einer weiteren Integration hinderlich zu sein, eine Fokussierung auf spezifische Themenfelder und die Einflussnahme über wirtschaftliche Machtfaktoren wie BIP, Wirtschaftswachstum, ausländische Währungsreserven scheint aber durchaus vielversprechend. Möglicherweise wird auch über die BRICS-Allianz eine Aufwertung der Staaten in ihren jeweiligen regionalen Gefolgschaften erreicht bzw. beabsichtigt, was deren (regionalen) Hegemonialanspruch weiter festigen kann.

Was die theoretische Einbettung des BRICS-Verbundes betrifft, so erscheint eine eigenständige Darstellungsform bzw. Theoriegenerierung sinnvoll, da die klassischen Integrationstheorien zu kurz greifen bzw. nur partiell anwendbar sind (siehe auch Hypothese 3). Grundsätzlich handeln die BRICS-Staaten auf drei Ebenen (innerstaatlich, international, also zwischenstaatlich, und transnational), wobei die transnationale Ebene der oben erwähnten Ebene des Internationalen Systems entspricht, mir jedoch in Hinblick auf das BRICS-Gebilde als ein vielversprechenderer Begriff erscheint. Hinsichtlich der BRICS-Kooperation finden Interaktionen hauptsächlich auf der zwischenstaatlichen und auf der transnationalen Ebene statt, basieren aber auf innerstaatlichen Entscheidungsprozessen.

Akteure sind souveräne Nationalstaaten, denen die Beibehaltung eben dieser Souveränität und die Nichteinmischung in anderen Staaten Angelegenheiten wichtige und elementare Anliegen sind. Eine Übertragung von souveränen nationalstaatlichen Rechten und Pflichten auf eine höhere, supranationale Ebene ist nicht vorgesehen, entspricht also dem theoretisch bereits bekannten Prinzip des Intergouvernementalismus (allerdings ohne erfolgte Institutionalisierung, die in der „klassischen“ Intergouvernementalismus-Theorie angenommen wird). Zwischenstaatliche, größtenteils partielle Kooperationen – unterschiedlich je nach Kooperationsgebiet bzw. auch je nach Interesse der Staaten am jeweiligen Kooperationsgebiet – prägen das BRICS-Bündnis und bestimmen auch mögliche Institutionalisierungen. Es sind vorwiegend kooperative Spiele, die für alle beteiligten Staaten „Win-Win-Situationen“ generieren sollen und deren Einfluss im Rahmen der Weltgemeinschaft sowohl einzeln als auch in Bündnisform sichern bzw. vergrößern soll.

Als Darstellungsform des BRICS-Bündnisses würde ich ein Pentagon vorschlagen, das in seinem Zentrum bzw. etwas exponiert und auf einer höheren Ebene die BRICS-Summits als Institutionalisierung und an den jeweiligen Enden die einzelnen, miteinander verbundenen Staaten vorsieht. So sind horizontale flexible Kooperationen zwischen einzelnen Staaten möglich, die jedoch allesamt unter dem Dach der BRICS erfolgen.

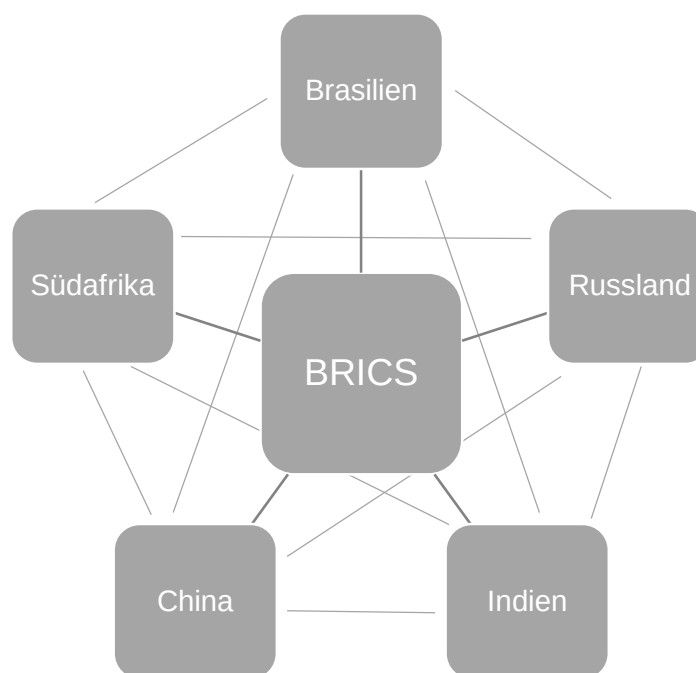


Abbildung 43: Darstellung der BRICS als Pentagon inkl. Zentrum (eigene Darstellung)

Um das BRICS-Gebilde theoretisch fassen zu können, muss von einer weniger starren Theorie ausgegangen werden, die es ermöglicht flexible Kooperationen zwischen Staaten abzubilden. Hierfür sind spezifische Adaptionsleistungen der einzelnen Staaten nötig, die sich einerseits der jeweiligen Situation, dem jeweiligen Kooperationsgebiet bzw. dem jeweiligen

Kooperationspartner anpassen und sich andererseits im Rahmen des BRICS-Gebildes bewegen. Eine „Theorie der adaptiven Koordination“ ermöglicht einerseits starke Nationalstaaten, die ihre staatliche Souveränität behalten können, die aber dennoch im Rahmen einer Kooperation agieren. Verschiedenste Interessensverfolgungen hinsichtlich der Zusammenarbeit sind denkbar: ideelle Werte, Verbesserung der eigenen Reputation durch das Bündnis, die Attraktion von transnationalem Kapital, Einflussnahme hinsichtlich dem Abbau von Rohstoffen u.a. Diese Kooperationen sind es schließlich auch, die auf internationalem Parkett Einfluss ausüben können, sei es durch wirtschaftliches Machtpotenzial oder durch ideelle Zielsetzungen. Verbünde wie die BRICS können daher – bildhaft gesprochen – auch als Leiter wahrgenommen werden, die es den einzelnen Nationalstaaten ermöglicht über einen losen Zusammenschluss Einfluss auf internationale Organisationen auszuüben. Die Etablierung als Agenda-Setter und die Möglichkeit zur Mitsprache im internationalen Kontext kann auch als Ausweitung des Machtbereichs der einzelnen Staaten gesehen werden, was sich auch auf deren hegemonialen Einflussbereich in der Region positiv auswirken dürfte. Entgegen dem hauptsächlich westlich geprägten, teilweise auch normativen Ansatz, dass Kooperationen in Institutionen übergehen sollten, ermöglicht es dieser flexible Theorieansatz Adaptionenleistungen und Verfestigungen dort vorzunehmen, wo sich die souveränen Einzelstaaten Erfolge versprechen bzw. einigen können (flexibel genug um auch Institutionalisierungen zwischen nur einzelnen Staaten der BRICS zuzulassen und somit längerfristig womöglich „Spill-Over“-Effekte zu generieren). Situative und flexible Kooperationsformen sind zudem in der Lage schneller auf geänderte Umweltbedingungen zu reagieren, da sie keinen institutionalisierten Apparat besitzen, der sich langsam anpassen muss, sondern Kosten senkend wirken können, da nicht alle Partner teilnehmen müssen, und zudem Entscheidungen schneller getroffen werden können. Die Etablierung von Gipfeltreffen als Koordinationselemente (und als institutionalisiertes Element) wirkt zudem als gemeinsames Forum aller beteiligten Staaten und kann als Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen gesehen werden. Diese flexible Koordinationsform in Kombination mit institutionalisierten Foren könnte durchaus in der Lage sein (auch unter asymmetrischen Bedingungen der Einzelstaaten) ein Gegengewicht zu westlichen Institutionen zu etablieren, da die Staaten im Verbund einerseits durch Wirtschaftsmacht Einfluss nehmen können, andererseits aber auch flexibel und schnell reagieren können, wenn es globalpolitische Ereignisse erfordern.

Es wird sich zeigen, inwieweit die BRICS-Staaten ihre Kooperationen aufrechterhalten bzw. ob sie diese intensivieren werden. Vom jetzigen Standpunkt aus gesehen, ist es schwer denkbar, dass sich die BRICS als „Ziegelsteine“ für den Aufbau einer – wie auch immer gearteten – neuartigen internationalen ökonomischen und politischen Macht eignen. Dazu sind die Asymmetrien in den unterschiedlichsten Bereichen wohl zu gravierend und darüber

hinaus noch nicht genügend konkrete Kooperationsschritte bzw. -entscheidungen gesetzt worden. Als Agenda-Setter, als Impulsgeber für Reformen und Korrekturen im globalen System und als mächtige Einflussnehmer in spezifischen internationalen Problemlagen (vor allem hinsichtlich der „Entwicklung der Entwicklungsländer“) sind sie bzw. die BRICS-Allianz durchaus als einflussreich zu betiteln. Ebenso erscheinen mir Kooperationsformen, die flexibel genug sind und es ermöglichen je nach Interesse mit Partnern zusammenzuarbeiten, und die gleichzeitig aber die Einzelstaaten unter einem formalisierten Dach agieren lassen und im Verbund Druck ausüben können, vielversprechend. Allerdings gilt auch hier zu bedenken, dass diese flexible Zusammenarbeit nur solange erfolgsversprechend sein kann, wie die Nationalstaaten Nutzen daraus ziehen können, eine solidarische Gesellschaft zwischen den BRICS-Staaten und ein langfristiges Bündnis kann daraus wohl eher nicht abgeleitet werden. Ebenso erscheint es denkbar einzelne Staaten schnell auszutauschen bzw. das Bündnis durch neue zu ergänzen. Die flexible Kooperationsform ermöglicht eben dieses schnelle Agieren. Eine Weiterentwicklung der theoretischen Ansätze bzw. auch der von mir vorgeschlagenen „Theorie der adaptiven Koordination“ wird nötig sein (und auch zukünftige Entwicklungen der BRICS inkludieren müssen) um diese losen, aber doch partiell verfestigten Kooperationen auf internationaler Ebene noch besser (be)greifbar zu machen. Es könnte durchaus sein, dass dieses Modell der flexiblen, partiellen Kooperationen unter dem Dach eines machtvollen (nur lose institutionalisierten) Zusammenschlusses von Staaten in Zukunft Schule machen wird und somit dem Ideal verfestigter, institutionalisierter Strukturen wie der Europäischen Union gegenüber stehen wird.

8. Anhang

Ergänzungen zu Indikatoren, Berechnungsmethoden bzw. Rankings:

Basisdaten:

- Infrastruktur Hafen: Indexzahl 1 entspricht extrem unterentwickelter, Indexzahl 7 guter und dem internationalen Standard entsprechender Infrastruktur

Politische Dimension:

- Politische Stabilität, Stimme in der Welt und Vertrauenswürdigkeit, Effektivität der Regierung, Rule of Law (WorldWideGovernance-Indicators der Weltbank - vgl. Weltbank 2014a): Index wurde zusammengerechnet als Durchschnitt aller zur Verfügung stehenden Indices zB Freedom House, Bertelsmann Transformation Index, Gallup World Poll, Human Rights Data, Afrobarometer, Latinobarometer, Weltbank; Werte zwischen -2,5 und 2,5, wobei ein höherer Wert eine bessere Einstufung bedeutet
- Korruption (CPI) (vgl. Transparency International 2014): Index 0 – 100, wobei 100 absolut sauber bedeutet
- Staatsquote: Staatsausgaben im Verhältnis zum BIP
- Economic Freedom Index (vgl. Heritage 2014): wird vom Wallstreet Journal und der Heritage Foundation, einem US Think Tank, publiziert; 4 Hauptkategorien: Rule of Law (Eigentumsrechte, Korruption), Regierungseinfluss (steuerlicher Einfluss und Ausgaben), Effizienz in staatlicher Regulierung (bezogen auf Märkte, Business und Arbeit); „freie“ Märkte (Freiheiten hinsichtlich Handel, Investment und Finanzwesen); Index ist als normativ einzuschätzen
- Verschuldung privater Haushalte: Hypothekendarlehen und Konsumentenkredite inkl. Minussalden auf Konten

Ökonomische Dimension:

- BIP: umfasst die in einer Volkswirtschaft innerhalb eines Jahres produzierten Endprodukte + Dienstleistungen – Importe; BIP nach Kaufkraftparität und nicht in Landeswährung wird verwendet um Vergleiche zwischen den Staaten zu ermöglichen
- BIP-Wachstum: das reale BIP (ohne Inflation) wird verwendet Außenhandelsquote als Exporte + Importe in Verhältnis zum BIP
- FDI: umfasst Finanzierungen von Investitionen, Unternehmensbeteiligungen über 10% aus dem Ausland; zahlenmäßig gibt es enorme Differenzen zwischen BRICS-Daten und OECD-Daten (BRICS-Daten wurden in der Tabelle verwendet)
- FDI Regulatory Restriction Index: „Der FDI-Index ist eine Messgröße für den Restriktionsgrad der für ausländische Direktinvestitionen geltenden Regeln eines

Landes, bezogen auf vier Aspekte: Beschränkung ausländischer Kapitalbeteiligungen, Auswahl- oder Genehmigungsverfahren, Beschränkungen für die Beschäftigung von Ausländern in Schlüsselpositionen, Beschränkungen des operativen Geschäfts“ (OECD 2013)

- Inflationsrate: Darstellung an Hand des Verbraucherpreisindexes (Preissteigerung eines Warenkorbtes inkl. Lebensmittel und Energie)
- Big Mac-Index: als Maßstab für den Währungsvergleich zwischen Volkswirtschaften; Maßstab ein Big-Mac in den untersuchten Staaten in Relation zum USD-Preis; gemäß dem Prinzip der Kaufkraftparität; „wahrer“ Wert einer Währung an Hand der Kaufkraft des Landes; Unter- bzw. Überwertung von Währungen können bestimmt werden (vgl. The Economist 2014)
- Arbeitslosenrate: „Zahl der Arbeitslosen in Prozent der Erwerbsbevölkerung“ (OECD 2013); Arbeitslose gemäß ILO-Definition: nicht erwerbstätig, aber dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehend und aktiv suchend; Erwerbsbevölkerung = AL + selbständig und unselbständig Erwerbstätige – zu beachten ist hier die national sehr unterschiedliche Berechnungsmethode der AL-Quote
- Wettbewerbsfähigkeit (vgl. Schwab 2013): wird im Rahmen des World Economic Forum errechnet; berücksichtigte Komponenten: Institutionen: rechtlicher und administrativer Rahmen; Infrastruktur, v.a. hinsichtlich Effizienz, Kommunikation, Transport; makroökonomisches Umfeld: Stabilität, Inflation; Gesundheitsversorgung, Bildung und Ausbildung; Markteffizienz bzw. Wettbewerb; Arbeitsmarkt: Effizienz und Flexibilität; Ausbildung der Finanzmärkte; technologische Bereitschaft; Marktgröße; Geschäftspraktiken; Innovation

Soziale Dimension:

- HDI Index: berücksichtigt Lebenserwartung, Bildung und Einkommen (vgl. UNDP 2013)
- Gini-Index: Koeffizient von 0-100; 0 entspricht perfekter Gleichheit; Einkommens- und Vermögensverteilung
- Einkommenseinstufung durch die Weltbank (vgl. Weltbank 2014a): low-income (unter USD 1.036), lower-middle income (USD 1.036 – USD 4.085), upper-middle income (USD 4.086 – USD 12.615), high income (über USD 12.616)
- Gender Equality Ranking (vgl. OECD 2014): Faktoren, die die Lebensqualität von Frauen beeinträchtigen, basierend auf Auswertung zur Gesetzgebung hinsichtlich Gewalt gegen Frauen, Genitalverstümmelungen, Verpflichtungen hinsichtlich Verschleierung, Zugang zu Landbesitz, Bankdarlehen, Eigentum, Bewegungsfreiheit für Frauen

9. Bibliographie

- Adomeit, Hannes (2002): Rußland – Von der „euroatlantischen“ über die „national-patriotische“ Orientierung zum „europäisch-atlantischen“ Kurs, in: Ferdowski, Mir A. (2002): Internationale Politik. Wilhelm Fink Verlag. München, S. 181-202
- Adomeit, Hannes (2013): Was will Russland? Interessenssphären oder Modernisierungspartnerschaft(en)?, in: Pucher, Johann/ Frank, Johann (Hrsg.) (2013): Strategie und Sicherheit. Band 2011. Heft 1, S. 67-76, unter: <http://dx.doi.org/10.7767/sus.2011.2011.1.67> (08.02.2014)
- Andreasson, Stefan (2011): Africa's prospects and South Africa's leadership potential in the emerging markets century, in: Third World Quarterly, Volume 32, Issue 6, S. 1165-1181, unter: <http://dx.doi.org/10.1080/01436597.2011.584725> (08.02.2014)
- Banco Central do Brasil (2014): Taxas de Juros, unter: <http://www.bcb.gov.br/pt-br/paginas/default.aspx> (01.03.2014)
- Benz, Arthur (2009): Politik in Mehrebenensystemen. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden
- Betz, Joachim (2012): India and the Redistribution of Power and Resources, in: Global Society, Volume 26/3, S. 387-405, unter: <http://dx.doi.org/10.1080/13600826.2012.682274> (09.02.2014)
- Bieler, Andreas/ Morton, Adam David (2006): Neo-Gramscianische Perspektiven, in: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (2006): Theorien der Internationalen Beziehungen. Verlag Barbara Budrich. Opladen & Farmington Hills. S. 353-380
- Bieling, Hans-Jürgen (2011): Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung. VS Verlag. Wiesbaden
- Bieling, Hans-Jürgen (2014): Die BRIC(S) in der globalen politischen Ökonomie: Weltordnungspolitische Perspektiven der Europäischen Union, in: Nölke, Andreas u.a. (Hrsg.) (2014): Die großen Schwellenländer. Ursachen und Folgen ihres Aufstiegs in der Weltwirtschaft. Springer Verlag. Wiesbaden, S. 377-394
- Börse Online (2014): China Devisenreserven erreichen Rekord von 3,8 Billionen US-Dollar, unter: <http://www.boerse-online.de/nachrichten/aktien/China-Devisenreserven-erreichen-Rekord-von-3-8-Billionen-US-Dollar-828749> (22.02.2014)
- Bric (2010): BRIC Summit Commitments: 2010 Brasilia Summit, unter: <http://www.brics.utoronto.ca/commitments/2010-summit-commitments.pdf> (14.03.2014)
- Bric (2011): BRIC Summit Commitments: 2011 Sanya Summit, unter: <http://www.brics.utoronto.ca/commitments/2011-summit-commitments.pdf> (14.03.2014)
- Brics (2012): Fourth BRICS Summit: Delhi Declaration, unter: <http://www.brics.utoronto.ca/docs/120329-delhi-declaration.html> (14.03.2014)

- Brics (2013a): Brics. Joint Statistical Publication 2013, unter: http://www.statssa.gov.za/news_archive/Docs/FINAL_BRICS%20PUBLICATION_PRINT_23%20MARCH%202013_Reworked.pdf (16.02.2014)
- Brics (2013b): BRICS and Africa: Partnership for Development, Integration and Industrialisation, unter: <http://www.brics.utoronto.ca/docs/130327-statement.html> (14.03.2014)
- Buhr, Daniel/Frankenberger, Rolf (2014): Spielarten des inkorporierten Kapitalismus, in: Nölke, Andreas u.a. (Hrsg.) (2014): Die großen Schwellenländer. Ursachen und Folgen ihres Aufstiegs in der Weltwirtschaft. Springer Verlag. Wiesbaden, S. 61-84
- Brand, Alexander/ McEwan-Fial, Susan/ Muno, Wolfgang/ Ribeiro-Hoffmann, Andrea (2014): Hegemoniale Rivalität: Brasilien, China und die USA in Lateinamerika, in: Nölke, Andreas u.a. (Hrsg.) (2014): Die großen Schwellenländer. Ursachen und Folgen ihres Aufstiegs in der Weltwirtschaft. Springer Verlag. Wiesbaden, S. 395-412
- Busch, Alexander (2011): Wirtschaftsmacht Brasilien. Hanser Verlag. München
- CIA (2014): The World Factbook, unter: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/> (21.02.2014)
- Claar, Simone (2014): Handelspolitik als Entwicklungsmotor in Südafrika, in: Nölke, Andreas u.a. (Hrsg.) (2014): Die großen Schwellenländer. Ursachen und Folgen ihres Aufstiegs in der Weltwirtschaft. Springer Verlag. Wiesbaden, S. 193-208
- CNN Money (2013): Fortune Global 500, unter: http://money.cnn.com/magazines/fortune/global500/2013/full_list/ (03.03.2014)
- Conzelmann, Thomas (2006): Neofunktionalismus, in: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (2006): Theorien der Internationalen Beziehungen. Verlag Barbara Budrich. Opladen & Farmington Hills. S. 145-174
- Corbridge, Stuart/ Harriss, John C./ Jeffrey, Craig (2013): India Today. Economy, Politics and Society. Polity Press. Cambridge
- Diez, Thomas (2006): Postmoderne Ansätze, in: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (2006): Theorien der Internationalen Beziehungen. Verlag Barbara Budrich. Opladen & Farmington Hills. S. 471-498
- Ditzel, Philipp C./ Hoegerle, Philipp D. (2011): Der Neorealismus in den Internationalen Beziehungen, in: Müller, Markus M. (Hrsg.) (2011): Casebook internationale Politik. VS Verlag. Wiesbaden. S. 15-26
- Druwe, Ulrich (1995): Internationale Politik. Ars una. Neuried
- Elsinger, Milena (2014): Brasilien, Indien, China und Südafrika in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit: Auswirkungen auf das traditionelle Geberregime, in: Nölke, Andreas u.a. (Hrsg.) (2014): Die großen Schwellenländer. Ursachen und Folgen ihres Aufstiegs in der Weltwirtschaft. Springer Verlag. Wiesbaden, S. 283-298
- Filzmaier, Peter/ Gewessler, Leonore/ Höll, Otmar/ Mangott, Gerhard (2006): Internationale Politik. Eine Einführung. Facultas Verlags- und Buchhandels AG. Wien

- Finke, Barbara (2006): Feministische Ansätze, in: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (2006): Theorien der Internationalen Beziehungen. Verlag Barbara Budrich. Opladen & Farmington Hills. S. 499-526
- Friedrich, Christin/ Költzow, Sarah/ Tilly, Jan (2011): Der Konstruktivismus in den Internationalen Beziehungen, in: Müller, Markus M. (Hrsg.) (2011): Casebook internationale Politik. VS Verlag. Wiesbaden. S. 33-40
- Ghosh, Jayati/ Havlik, Peter/ Ribeiro, Marcos P./ Urban, Waltraut (2009): Models of BRICS' Economic Development and Challenges for EU Competitiveness. Wiiw Research Reports. No. 359
- Glitz, Marius (2013): Die BRICS in Afrika: Neue Partnerschaften für Entwicklung?, in: Konrad-Adenauer-Stiftung: Länderberichte, unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_34076-1522-1-30.pdf?130416155529 (14.03.2014)
- Graf, Antonia/Fuchs, Doris (2014): Macht – ihr diskursives Regierungspotenzial, in: Wullweber, Joscha u.a. (2014): Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie. Springer Verlag. Wiesbaden, S. 267-282
- Goldman Sachs (2008): BRICS-Kompass, unter: <http://www.uni-konstanz.de/europakolloquium/2008/media/Studymaterial/Goldman%20Sachs%20-%20Bric-Staaten.pdf> (15.02.2014)
- Goldman Sachs (2012): BRICS-Kompass. Theorie & Praxis. Geldanlage in den BRICS, unter: http://www.gs.de/media/de/dokumente/service/newsletter/kompass/BRIC_Kompass.pdf (15.02.2014)
- Gutbrunner, Stefan (2014): Goldman Sachs: „Raus aus den Schwellenländern“, unter: http://wirtschaftsblatt.at/home/boerse/international/1514094/Goldman-Sachs_Raus-aus-den-Schwellenlaendern (15.02.2014)
- Haas, Ernst B./Schmitter, Philippe C. (1964): Economics and Differential Patterns of Political Integration: Projections About Unity in Latin America, in: International Organization, 18, S. 705-737, unter: <http://www.jstor.org/stable/2705528> (21.10.2013)
- Habib, Adam (2009): South Africa's foreign policy: hegemonic aspirations, neoliberal orientations, and global transformation, in: South African Journal of International Affairs, Volume 16, Issue 2, unter: <http://dx.doi.org/10.1080/10220460903265857> (08.02.2014)
- Hartmann, Jürgen (2013): Russland. Einführung in das politische System und Vergleich mit den postsowjetischen Staaten. Springer VS. Wiesbaden
- Heese, Viktor (2009): Anlagechancen in den Neuen Emerging Markets. Eine Erweiterung des Konzepts „Next Eleven“. Gabler GWV Fachverlage GmbH. Wiesbaden
- Heritage (2014): 2014 Index of Economic Freedom, unter: <http://www.heritage.org/index/explore> (02.03.2014)
- ILO (2010): Strikes and lockouts, unter: <http://laborsta.ilo.org/default.html> (08.03.2014)

- Jacobs, Andreas (2006): Realismus, in: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (2006): Theorien der Internationalen Beziehungen. Verlag Barbara Budrich. Opladen & Farmington Hills. S. 39-64
- Keukeleire, Stephan/ Mattlin, Mikael/ Hooijmaaijers, Bas/ Behr, Timo/ Jokela, Juha/ Wigell, Mikael/ Kononenko, Vadim (2011): The EU Foreign Policy towards the BRICS and other emerging powers: Objectives and Strategies, unter: <https://lirias.kuleuven.be/bitstream/123456789/321923/1/The+EU+Foreign+Policy+towards+the+BRICS+and+other+Emerging+Powers+-+Objectives+and+Strategies+.pdf> (15.02.2014)
- Lauth, Hans-Joachim/ Pickel, Gert/ Pickel, Susanne (2009): Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft. Eine Einführung. VS Verlag. Wiesbaden
- Lemke, Christiane (2012): Internationale Beziehungen. Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder. Oldenbourg Verlag. München
- Link, Werner (2002): Hegemonie und Gleichgewicht der Macht, in: Ferdowsi, Mir A. (2002): Internationale Politik. Wilhelm Fink Verlag. München, S. 33-51
- Mangott, Gerhard (2006a): Russlands Außenpolitik – Fähigkeiten und Optionen, in: Filzmaier, Peter u.a. (2006): Internationale Politik. Eine Einführung. Facultas Verlags- und Buchhandels AG. Wien, S. 199-225
- Mangott, Gerhard (2006b): Die Außenpolitik der Volksrepublik China, in: Filzmaier, Peter u.a. (2006): Internationale Politik. Eine Einführung. Facultas Verlags- und Buchhandels AG. Wien, S. 226-256
- Marx, Johannes (2006): Vielfalt oder Einheit der Theorien in den Internationalen Beziehungen. Eine systematische Rekonstruktion, Integration und Bewertung. Nomos Verlag. Baden-Baden
- MercoPress (2014): About Mercosur, unter: <http://en.mercopress.com/about-mercosur> (21.02.2014)
- Meyer, John W./ Rowan, Brian (1977): Institutionalized Organizations: Formal Structure as Myth and Ceremony, in: American Journal of Sociology 83, Nr. 2, S. 340-363, unter: <http://www.jstor.org/stable/2778293> (20.02.2014)
- Mitra, Subrata K. (2011): Politics in India. Structure, process and policy. Routledge. London and New York
- Müller, Harald (2002): Institutionalismus und Regime, in: Ferdowsi, Mir A. (2002): Internationale Politik. Wilhelm Fink Verlag. München, S. 87-103
- Nölke, Andreas (2014): Brasilien, Indien, China und die Institutionen der globalen Wirtschaftsregulierung, in: Nölke, Andreas u.a. (Hrsg.) (2014): Die großen Schwellenländer. Ursachen und Folgen ihres Aufstiegs in der Weltwirtschaft. Springer Verlag. Wiesbaden, S. 413-431
- Nölke, Andreas/ May, Christian/ Claar, Simone (2014): Ursachen und Folgen des Aufstiegs der großen Schwellenländer in der Weltwirtschaft: Perspektiven der Politikwissenschaft, in: Nölke, Andreas u.a. (Hrsg.) (2014): Die großen

- Schwellenländer. Ursachen und Folgen ihres Aufstiegs in der Weltwirtschaft. Springer Verlag. Wiesbaden, S. 9-20
- Nye, Joseph S. (2011): Macht im 21. Jahrhundert. Politische Strategien für ein neues Zeitalter. Siedler Verlag. München
- Nuscheler, Franz (2002): Global Governance, in: Ferdowsi, Mir A. (2002): Internationale Politik. Wilhelm Fink Verlag. München, S. 71-86
- Observatory of Economic Complexity (2014): Handelsdaten: Export-Import, unter: <http://atlas.media.mit.edu/profile/country/bra/> (13.03.2014)
- OECD (2013): Die OECD in Zahlen und Fakten 2013: Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft. OECD Publishing, unter: 10.1787/9789264090118-de (01.03.2014)
- O'Neill, Jim (2001): Building Better Global Economic BRICs, in: Goldman Sachs. Global Economics Paper No: 66, unter: <http://www.goldmansachs.com/our-thinking/archive/archive-pdfs/build-better-brics.pdf> (21.02.2014)
- Opitz, Peter J. (2002): China – Der Aufstieg des Drachen, in: Ferdowsi, Mir A. (2002): Internationale Politik. Wilhelm Fink Verlag. München, S. 203-245
- Overbeek, Henk (2014): Chinas Staatsfonds-Strategie: Klassenfraktionen und globale politische Ökonomie, in: Nölke, Andreas u.a. (Hrsg.) (2014): Die großen Schwellenländer. Ursachen und Folgen ihres Aufstiegs in der Weltwirtschaft. Springer Verlag. Wiesbaden, S. 209-225
- PewResearch (2013): Global Indicators Database, unter: <http://www.pewglobal.org/database/indicator/3/> (03.03.2014)
- Pfister, Patrick (2012): Regimekomplexe. Neue Kooperationsformen zur Regulierung globaler Risiken. Campus Verlag. Frankfurt/ New York
- QS (2013): QS World University Rankings 2013, unter: [http://www.topuniversities.com/university-rankings/world-university-rankings/2013#sorting=rank+region="+country="+faculty="+stars=false+search=](http://www.topuniversities.com/university-rankings/world-university-rankings/2013#sorting=rank+region=) (14.03.2014)
- Reserve Bank of India (2014): Current Rates, unter: <http://www.rbi.org.in/home.aspx> (01.03.2014)
- Schieder, Siegfried (2006): Neuer Liberalismus, in: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (2006): Theorien der Internationalen Beziehungen. Verlag Barbara Budrich. Opladen & Farmington Hills. S. 175-212
- Schmalz, Stefan/ Ebenau, Matthias (2014): Brasilien, Indien und China: Unterschiedliche Transformationspfade in der Krise, in: Nölke, Andreas u.a. (Hrsg.) (2014): Die großen Schwellenländer. Ursachen und Folgen ihres Aufstiegs in der Weltwirtschaft. Springer Verlag. Wiesbaden, S. 43-59
- Schörnig, Niklas (2006): Neorealismus, in: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (2006): Theorien der Internationalen Beziehungen. Verlag Barbara Budrich. Opladen & Farmington Hills. S. 65-92

- Schwab, Klaus (2013): The Global Competitiveness Report 2013-2014. WEF, unter: http://www3.weforum.org/docs/WEF_GlobalCompetitivenessReport_2013-14.pdf (03.03.2014)
- Senge, Konstanze (2011): Das Neue am Neo-Institutionalismus. Der Neo-Institutionalismus im Kontext der Organisationswissenschaft. VS Verlag. Wiesbaden
- Shaw, Timothy M/ Cooper, Andrew F/ Antkiewicz, Agata (2007): Global and/or regional development at the start of the 21st century? China, India and (South) Africa, in: Third World Quarterly, Volume 28, Issue 7, S. 1255-1270, unter: <http://dx.doi.org/10.1080/01436590701591804> (08.02.2014)
- Simkins, Charles (2011): South African Disparities, in: Journal of Democracy, Band 22, Ausgabe 3, S. 105-119, unter: <http://search.proquest.com/docview/878633525?accountid=14682> (08.02.2014)
- South African Reserve Bank (2014): Interest Rates, unter: <https://www.resbank.co.za/pages/default.aspx> (01.03.2014)
- Spindler, Manuela (2006): Interdependenz, in: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (2006): Theorien der Internationalen Beziehungen. Verlag Barbara Budrich. Opladen & Farmington Hills. S. 93-120
- Steffek, Jens (2009): Die Legitimation internationalen Regierens: Vom Staatenkonsens zum Bürgerkonsens, in: Deitelhoff, Nicole/ Steffek, Jens (Hg.) (2009): Was bleibt vom Staat? Demokratie, Recht und Verfassung im globalen Zeitalter. Campus Verlag. Frankfurt/ New York. S. 161-186
- Strauch, Fabian (2011): Synthese: Theorieanwendung in den IB – Ein Plädoyer für klugen Pluralismus und konstruktive Interdisziplinarität, in: Müller, Markus M. (Hrsg.) (2011): Casebook internationale Politik. VS Verlag. Wiesbaden. S. 267-277
- Ten Brink, Tobias (2014): Strukturelle Dilemmata des langen Wirtschaftsaufschwungs in China, in: Nölke, Andreas u.a. (Hrsg.) (2014): Die großen Schwellenländer. Ursachen und Folgen ihres Aufstiegs in der Weltwirtschaft. Springer Verlag. Wiesbaden, S. 119-132
- The Central Bank of the Russian Federation (2014): Key rate, unter: <http://www.cbr.ru/eng/> (01.03.2014)
- The Economist (2010): Government and private debt after the crisis. World debt, unter: http://www.economist.com/blogs/newsbook/2010/08/government_and_private_debt_after_crisis (02.03.2014)
- The Economist (2014): The Big Mac index. Global exchange rates, to go, unter: <http://www.economist.com/content/big-mac-index> (03.03.2014)
- The People's Bank of China: Key rate, unter: <http://www.pbc.gov.cn/publish/main/index.html> (01.03.2014)
- Transparency International (2014): Corruption Perceptions Index 2013, unter: <http://www.transparency.org/cpi2013/results> (02.03.2014)

- Ulbert, Cornelia (2006): Sozialkonstruktivismus, in: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (2006): Theorien der Internationalen Beziehungen. Verlag Barbara Budrich. Opladen & Farmington Hills. S. 409-440
- Ulbrich, Nina (2014): Chinas Engagement in Afrika im Bereich der Rohstoffförderung und Textilindustrie, in: Nölke, Andreas u.a. (Hrsg.) (2014): Die großen Schwellenländer. Ursachen und Folgen ihres Aufstiegs in der Weltwirtschaft. Springer Verlag. Wiesbaden, S. 265-282
- UNDP (2013): Human Development Index and its components, unter: <https://data.undp.org/dataset/Table-1-Human-Development-Index-and-its-components/wxub-qc5k> (03.03.2014)
- United Nations (2014): Databases, unter: <http://www.un.org/en/databases/> (02.03.2014)
- Von Beyme, Klaus (2000): Die politischen Theorien der Gegenwart. Eine Einführung. Westdeutscher Verlag. Wiesbaden
- Weinlich, Silke/Fues, Thomas (2014): Aufstrebende Schwellenländer bei den Vereinten Nationen, in: Nölke, Andreas u.a. (Hrsg.) (2014): Die großen Schwellenländer. Ursachen und Folgen ihres Aufstiegs in der Weltwirtschaft. Springer Verlag. Wiesbaden, S. 299-316
- Weltbank (2014): World Databank. World Development Indicators, unter: <http://data.worldbank.org/> (02.03.2014)
- Weltbank (2014a): Worldwide Governance Indicators, unter: <http://info.worldbank.org/governance/wgi/index.aspx#countryReports> (02.03.2014)
- World Trade Organization (2013): International Trade Statistics 2013, unter: http://www.wto.org/english/res_e/statis_e/its2013_e/its2013_e.pdf (02.03.2014)
- World Trade Organization (2014): Regional trade agreements and preferential trade arrangements, unter: http://www.wto.org/english/tratop_e/region_e/rta_pta_e.htm (05.03.2014)
- Wullweber, Joscha/ Graf, Antonia/ Behrens, Maria (2014): Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie, in: Wullweber, Joscha u.a. (2014): Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie. Springer Verlag. Wiesbaden, S. 7-30
- Zangl, Bernhard (2006): Regimetheorie, in: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (2006): Theorien der Internationalen Beziehungen. Verlag Barbara Budrich. Opladen & Farmington Hills. S. 121-144

Abstract (deutsch/englisch)

„Die BRICS-Staaten – Mächtige „Ziegelsteine“ für den Aufbau einer neuartigen und zukünftigen internationalen politischen und ökonomischen Macht?“

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit den BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) und geht der Frage nach, ob diese Staaten geeignet sind zukünftig auf dem internationalen Parkett eine politische bzw. ökonomische Macht darzustellen. Dazu werden die Staaten zunächst einzeln dargestellt und an Hand politischer, wirtschaftlicher, sozialer und militärischer Dimensionen beschrieben und kategorisiert. In einem nächsten Schritt werden die BRICS-Staaten miteinander entlang dieser Dimensionen verglichen und unter Einbeziehung von Schlüsselindikatoren auf Asymmetrien untersucht. Dadurch sollen mögliche dominante Staaten bzw. asymmetrische Machtverhältnisse identifiziert werden, die die Bildung einheitlicher Interessen erschweren. Darüber hinaus wird das BRICS-Gebilde als solches analysiert und mit Hilfe von Theorien der Internationalen Politik zu erklären versucht. Hierzu wird vor allem auf die Statements und Forderungen der Staaten auf den jährlich stattfindenden BRICS-Summits eingegangen, deren Ambitionen hinsichtlich einer starken Rolle im Rahmen der UN bzw. der G20 untersucht und Beschlüsse zu Institutionalisierungen (gemeinsame Entwicklungsbank) herangezogen. Die Beweggründe der einzelnen Staaten zur Allianzbildung bzw. Kooperation im Rahmen der BRICS sollen dabei genauso Erwähnung finden, wie das mögliche zukünftige internationale Gewicht des BRICS-Verbundes.

The BRICS – Powerful „Bricks“ for a novel and future international Economic and Political Power?

The present paper deals with the states Brazil, Russia, India, China and South Africa – states also known as BRICS – and aims to answer the question if these states are able to generate future economic and political power in international fields. Therefore the states are described and categorized at first isolated along political, economic, social and military dimensions. A next step is the comparison of the single states with each other in order to identify asymmetries by the application of key indicators. Thereby potential dominant states as well as asymmetric power relations shall be identified as these exacerbate integrative and homogeneous interests. Furthermore there will be an analysis of the BRICS alliance in itself including explanations of the formation by using theories of international politics. Statements and requests of the BRICS articulated within the framework of the BRICS summits, their ambitions concerning their role within the UN or G20 and decisions made in favor of institutionalizations (common development bank) shall be analyzed as well as the motives of the single states for agreeing to the BRICS alliance and cooperation and the potential international power of the BRICS in the future.

Lebenslauf

Sibylle Drexel

* 20. April 1984, Feldkirch (Vorarlberg)

Schulbildung

1994-2002 Gymnasium Sacre Coeur Riedenburg, Bregenz

2002-2004 Kaufmännisches Kolleg, HAK Bregenz

Studium

WS 2008 – WS 2012 Bachelorstudium Politikwissenschaft, Universität Wien

Titel der Bachelorarbeit: *„Die politische und symbolische Wirkungskraft der Anschläge vom 11. September 2001 in New York. Wie mit Symbolen Politik gemacht werden kann“*

WS 2008 – SS2013 Bachelorstudium Internationale Betriebswirtschaft (IBW),
Wirtschaftsuniversität Wien

Titel der Bachelorarbeit: *“Marketing of Clusters: How can Corporate Branding become a promising Strategy in Global Cluster Competition?”*

SS2012 – SS 2014 Masterstudium Politikwissenschaft, Universität Wien
Spezialisierung im Bereich Internationale Politik und
Europäische Union

Seit WS 2013 Masterstudium Management, Wirtschaftsuniversität Wien

Auslandsstudium

SS 2011 Studium im Fachgebiet Economics an der Technischen
Universität Berlin, Deutschland

Berufserfahrung

07/2004 – 09/2008 Beraterin Retail Privatkunden bei Hypo Landesbank Vorarlberg,
Bregenz

Seit 2008 Organisation, Marketing, Buchhaltung, Service bei Hypo
Landesbank Vorarlberg

07/2012 Redaktion Innenpolitik bei Die Presse, Wien